· Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

14. Juli 1980
Jg. 8 Nr. 29

Ausgabe für die Bezirke Hannover, Südostniedersachsen, Ostwestfalen. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Island: Neugewählte Präsidentin gegen US-Stützpunkt Keflavik

z.wos. Vigdis Finnbogadottir ging als Kandidatin der Linksparteien mit 33,6% der Stimmen siegreich aus den Präsidentschaftswahlen hervor. Selbst parteiunabhängig, hat sie früher aktiv gegen den von den USA unterhaltenen NATO-Stützpunkt Keflavik demonstriert. Dort hat die US-Supermacht 2900 Mann stationiert. Keflavik dient einerseits als Tankauffüllstation für US-Kampf- und Aufklärungsflugzeuge, andererseits als Horch- und Beobachtungsposten gegen Bewegungen der Sowjetunion im Nordatlantik. Die ,,Neue Zürcher Zeitung“ pikiert: Frau Finnbogadottir sehe ,,auch heute den Zweck (dieses Militärstützpunktes für das isländische Volk) nicht ein“. Sie will ferner die isländische Sprache und Kultur gegenüber der von der US-Fernsehstation auf Keflavik ausgehenden kulturellen Zersetzung schützen.

Proteste gegen die Anerkennung Heng Samrins durch Indien

z.krk. Am 7.7. hat Indien das Marionettenregime Heng Samrin anerkannt und will diplomatische Beziehungen zu ihm aufnehmen. Die ASEAN-Staaten verurteilten dies als Billigung der Aggression gegen das Demokratische Kampuchea. Die VR China erklärte, der indische Schritt sei besonders bedauerlich, da die ASEAN-Staaten und alle anderen friedliebenden Länder den Abzug der Truppen Hanois aus Kampuchea fordern. Jugoslawien verurteilte die Anerkennung ebenfalls: die ,,Borba“ schrieb am 10.7., der Schritt Indiens sei unvereinbar mit der Charta der UN und verstoße gegen das Prinzip der Blockfreienbewegung, daß alle Nationen das Recht haben, ohne Einmischung von außen ihre Angelegenheiten zu regeln. Das Heng Samrin-Regime sei lediglich durch die Präsenz von 200000 vietnamesischen Truppen an der Macht gehalten worden.

Zimbabwe unterstützt nationalen Befreiungskampf Azanias

Zimbabwe unterstützt nationalen Befreiungskampf Azanias

z.mif. Auf einer Pressekonferenz zum Abschluß der Tagung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) hat Präsident Mugabe erklärt, daß Zimbabwe den Kampf gegen Südafrika weiterführt. Nach seinen Worten kann Zimbabwe aber den Kämpfern Azanias keine Stützpunkte zur Verfügung stellen, da es nicht stark genug ist, Angriffe aus Südafrika zurückzuschlagen. Präsident Mugabe teilte weiter mit, daß das südafrikanische Kolonialregime kurz nach den Wahlen in Zimbabwe über seine Botschaft in Salisbury mit der Anwerbung von insgesamt 5000 Söldnern für ein ,,32. Bataillon“ begonnen hat, die jetzt in Südafrika zum Angriff auf Zimbabwe bereitstehen. Die ZANU mischte Befreiungskämpfer unter die Söldner und konnte so den Plan aufdecken. Die Regierung von Zimbabwe hat daraufhin die diplomatischen Beziehungen zu Südafrika abgebrochen.

Südkoreanische Militärdiktatur will Exempel statuieren

z.wos. Am 12.7. hat der vom ,,Außerordentlichen Sicherheitsrat“ unter General Chun Du-hwan beschlossene Kriegsgerichtsprozeß gegen Kim Dae-jung – 1973 durch den KCIA aus Japan gekidnappt, heute für breite Teile des Volkes Symbol des politischen Widerstands – begonnen. Anklage ist: ,,Hochverrat“. Darauf steht die Todesstrafe. Offiziellen Angaben zufolge sind nach dem Aufstand von Kwangju rund 2500 in Haft, tatsächlich dürften es aber ca. 7500 politische Gefangene sein. Gegen 19 ,,Rädelsführer“ der zweitägigen Streiks der Bergarbeiter von Anfang Mai hatte der Rat bereits je 7 Jahre Gefängnis verhängt. – Gewerkschaftsführer, Oppositionspolitiker und Intellektuelle in Japan haben am 11.6. ein Komitee gegründet, das binnen weniger Wochen 10 Millionen Unterschriften für die sofortige Freilassung Kims sammeln will.

Sowjetunion täuscht die Welt mit ,,Teilabzügen“

Noch wildere Aggressionen gegen Afghanistan und Kampuchea / In Moskau ,,Friedensspiele“

z.gek. Die afghanische Olympiamannschaft in Moskau wird noch 13 Mann zählen; fast durchweg Ersatzleute. Nach der Fußballmannschaft hatten sich die Hockey-, die Volleyball- und Basketballmannschaft, zum Schluß noch die Ringer dem olympischen Ehrendienst durch Flucht entzogen. Im Mai waren die Leichtathleten, nachdem sie an Freundschaftsspielen in der Sowjetunion teilgenommen hatten, auf der Rückfahrt von Befreiungskämpfern gefangengenommen und hingerichtet worden wegen Landesverrats. – Der Funktionär, der das verbliebene Team jetzt nach Moskau brachte, klagte darüber, daß sie bis zur letzten Minute bedroht worden seien.

Lustig ist an dem Vorgang nichts. Er ist allerdings bezeichnend. In den neuerrichteten Prachtstadien in Moskau wird man die weltumspannenden 5 Ringe hissen, ,,Mischa“ wird drollig die Augen rollen. Als Friedenstaube für Schmidts vorolympische Visite hatte die Regierung der UdSSR den ,,Teilabzug“ von Truppenkontingenten aus Afghanistan angekündigt. Man wundert sich nur über die Dreistigkeit. Fest steht: Zurückgeschickt wurden wenig kampferfahrene Reservisten und untaugliches schweres Gerät. Dafür ist inzwischen die größte Luftbrücke seit der Invasion selbst angerollt. Über 80 Antonow-Großraumtransporter sind allein in Kabul zwischen dem 5. und 9. Juli gelandet. Eine Brigade nach der andern von für den Anti-Guerillakampf trainierten Elitetruppen ist, ausgerüstet mit hunderten leichter, geländegängiger Panzer, Truppentransporter und Feldgeschütze, von Bord gegangen. Da war Schmidt eben wieder in Bonn eingetroffen und schwärmte vor den SPD-Kanalarbeitern in der Parlamentskneipe: ,,Das ist in Moskau gelaufen, Zucker!“

Am Montag wurden die frischen sowjetischen Truppen bereits in eine erste große Anti-Guerilla-Operation im Kohdaman-Tal nördlich von Kabul ge-

wjetischen Truppen bereits in eine erste große Anti-Guerilla-Operation im Kohdaman-Tal nördlich von Kabul ge-

worfen. 400 gepanzerte Fahrzeuge wurden gezählt. MiGs und schwere MI-Hubschrauber – den ,,fliegenden Festungen“ der US-Armee, wie man sie aus Vietnam noch kennt, weit überlegen – bombardierten Dörfer, von denen aus die Mujahedeen in der Vorwoche in einem Nachtangriff auf das Militärlager Guldara den Okkupanten schwere Verluste beigebracht hatten. – Eine ähnliche Operation mit ca. 200 gepanzerten Fahrzeugen wurde einen Tag später gegen die Provinz Ghazni südlich Kabuls unternommen. – Im Kunar-Tal, wo Russen seit Wochen solche Feldzüge unternehmen, schilderte ein französischer Korrespondent, der 7 Tage mit den Mujahedeen unterwegs war, weite Landstriche als vollständig verödet und verbrannt.

In Kampuchea hat das vietnamesische Oberkommando, nachdem sich die Lage seit Beginn der Regenzeit rapide verschlechtert hatte, mehrere Divisionen an die thailändische Grenze geworfen, um zu verhindern, daß das Demokratische Kampuchea sich durch eine große Rückwanderungsbewegung von Flüchtlingen in die freien Gebiete konsolidiert. Die Vietnamesen haben sich eingegraben und konzentrieren sich darauf, die ,,Landbrücke“, über die annähernd eine Million Menschen im Innern Kampucheas von Thailand aus versorgt wurden, zu unterbrechen. Mehr als je wird die Strategie der Aushungerung und Ausrottung angewandt, um sich Kampuchea als künftige Reiskammer Groß-Vietnams einzuverleiben. Die vietnamesischen Truppen sind jetzt in verlustreiche Kämpfe auf breiter Front verstrickt.

Im ,,Spiegel-Interview letzte Woche hat sich Schmidt gespreizt: ,,Ich glaube, daß die Ankündigung eines sowjetischen Truppen-Teilabzugs aus Afghanistan eine Konsequenz ist aus den eindringlichen Darlegungen, die Giscard d'Estaing in Warschau der sowjetischen Führung gemacht hat.“ Und seine, Schmidts, eindringliche Darlegungen in Moskau dürften wohl ein übriges getan haben. Schließlich habe er der Sowjetunion ausdrücklich ,,berechtigte Sicherheitsinteressen“ an ihrer Südflanke zuerkannt. ,,Der Versuch, eine Weltmacht zu isolieren, kommt mir reichlich abenteuerlich vor. Da hat jemand die Verhältnisse auf dem Globus nicht richtig studiert.“

Den Widerstand der Völker Afgha-

Da hat jemand die Verhältnisse auf dem Globus nicht richtig studiert.“

Den Widerstand der Völker Afgha-

nistans und Kampucheas gegen die nackten Aggressionen, denen sie ausgesetzt sind, unterstützen, das hieße also, die Sowjetunion ,,isolieren“! Einflußzonen abstecken, um Garantien für ein ,,neutralisiertes“ Afghanistan feilschen (wo man als BRD schließlich auch Kapital investiert hat!), das soll Friedenspolitik sein. Diese Sorte von Realismus kann sich schnell schon als sehr abenteuerlich erweisen.

Der Besuch Schmidts in Moskau hat die internationale Lage verwickelt, haben wir geschrieben. Das zeigt sich schon deutlich. Das angebliche Verhandlungsangebot der Sowjetunion über Mittelstreckenraketen ist, kaum war Schmidt weg, in der ,,Prawda“ mit hundert Bedingungen über die Einbeziehung verschiedenster US-Waffensysteme gespickt worden. Auf den Wiener MBFR-Verhandlungen ist die Sowjetunion gleich noch mit dem Vorschlag eines neuen ,,Teilabzugs“ von 20000 SU- und 13000 US-Soldaten aus Europa herausgekommen. Abgesehen davon, daß der berühmte einseitige Abzug aus der DDR vor kurzem sich als reiner Truppenaustausch herausgestellt hat – im Zuge dessen ist die ,,Gruppe der Sowjetischen Streikräfte in Deutschland“ jetzt mit neuesten T-72-Panzern ausgerüstet worden –, ist die Zahl der sowjetischen Truppen in Europa um nicht weniger als 150000 umstritten. Einigung über die Ausgangszahlen wäre aber Vorbedingung jedes Teilabkommens. Übrigens schlägt die UdSSR vor, daß einzelne Mitglieder beider Militärallianzen ihre Armeen individuell erhöhen dürften. ,,Anderen soll dies aber nicht gestattet werden.“ Mithin möchte die Sowjetunion gern ein Einspruchsrecht gegen die Militärhaushalte bestimmter europäischer Staaten, um die Widersprüche untereinander wie gegenüber den USA zum Spielen zu bringen.

Betrügerisch, wie die Vorschläge sind, ist jetzt der Ball wieder bei der NATO. Breschnew wird also die Moskauer ,,Friedensspiele“ in großer Pose eröffnen. Die Aggressionen können dann umso wilder betrieben werden.

Selbst für blanken Terror noch ,,humanitäre Gründe“ – Asylrecht wird beseitigt



Noch lange nicht schäbig genug ist den Regierungspolitikern die Aufnahme der

Noch lange nicht schäbig genug ist den Regierungspolitikern die Aufnahme der Asylsuchenden. Man müsse die Neuankommenden unverzüglich mit dem Elend konfrontieren, das ihresgleichen harrt. Die hessische SPD/FDP-Regierung betreibt die Errichtung eines Sammellagers keinen Steinwurf neben der Landebahn des Frankfurter Flughafens. Nur aus humanitären Gründen würde sie zustimmen, erklärte die Flughafengesellschaft. CDU-Oberbürgermeister Wallmann hatte den Anstoß gegeben, indem er Asylsuchende ins Lager Zirndorf verfrachten ließ. Nach Frankfurt kommen viele Afghanen und Eritreer, die vor der sozialimperialistischen Aggression fliehen mußten. Schon bisher läßt die Auslegung des Asylrechts viel Spielraum, jetzt wird es sturmreif geschossen.

Medienpolitischer Streit der bürgerlichen Parteien

Umrüstung des Verwaltungsapparates der westdeutschen Monopolbourgeoisie

z.jük. Eine der letzten Debatten des Bundestages während dieser Legislaturperiode lief Ende Juni über die ,,Entwicklung neuer Kommunikationstechniken“ in Westdeutschland und Westberlin. In diesem Zusammenhang wurde auch eine heftige Polemik zwischen CDU/CSU und der Bundesregierung, also SPD/FDP, über die Benutzung der Radio- und Fernsehanstalten aus Anlaß der Wahlen geführt. Die CDU/CSU beklagt die Tatsache, daß die Berichterstattung über die Politik der Bundesregierung in einigen Fernsehsendungen direkt der Wahlkampfführung von SPD/FDP nütze und diese ihre Leute in den Rundfunkanstalten auch unverhüllt für diesen Zweck in Bewegung setzten. Die Drohung einiger CDU/CSU-Länder, die Verträge der öffentlichen Rundfunkanstalten zu kündigen, wie sie zuletzt von Bayern ausgesprochen wurde, der Versuch Albrechts in Niedersachsen, einen eigenen Sender zu schaffen, ist aber eher Ausdruck einer noch nicht ausgereiften Taktik der westdeutschen Monopolbourgeoisie und all ihrer Parteien, eine völlige Umwälzung des gesamten Kommunikationsnetzes in Westdeutschland einzuleiten. Denn darin besteht der Kern des Streites der bürgerlichen Parteien: ,,Es geht dabei um weit mehr als um zusätzliche Übertragungsmöglichkeiten für Rundfunk und Fernsehen. Es geht langfristig um die Entwicklung einer Konzeption für den Aufbau eines umfassenden integrierten Informations- und Kommunikationssystems, eines neuen Bereichs von Infrastruktur für Gesellschaft und Wirtschaft.“ (Lambsdorff)

Über den Ausbau des elektronischen Datenvermittlungsnetzes in Westdeutschland, den Ausbau der Bildschirmtexte, das heißt die Übermittlung von Texten und Grafiken von Großrechnern auf Bildschirme, die Einrichtung des Videotextes über die Rundfunkanstalten, die Einführung von Satellitenfernsehen versucht das westdeutsche Monopolkapital, seine gesamte innere Verwaltung gegenüber den imperialistischen Gegnern konkurrenzfähig zu halten. Dabei geht es um den Ausbau der Kommunikationsnetze in den Monopolen und Konzernen selber, ihre Verbindung zu den Banken und Börsen, dabei geht es weiter vor allem auch um die völlige Umrüstung des bürgerlichen Staatsapparates mit Nachrichten- und Computertechnik, eine Vorbereitung sowohl auf den imperialistischen Krieg wie auf große Klassenkämpfe. Daß in diesem Zusammenhang die Frage der Kontrolle und Ausdehnung des Rundfunk- und Fernsehnetzes zur Indoktrinierung der Volksmassen eine immer größere Rolle spielt, ist eine Seite des Streits über die Besetzung der Rundfunkstationen zwischen CDU/CSU und SPD/FDP. Im weiteren geht es zwischen den bürgerlichen Parteien um den richtigen Weg, der den westdeutschen Monopolkapitalisten Voraussetzungen schaffen könnte, gegenüber den USA und Japan in der Entwicklung der Daten- und Fernübertragung, der ganzen Kommunikationsmittel überhaupt, konkurrenzfähig zu sein. ,,Um in dieser Konkurrenzsituation auf Dauer zu bestehen ..., müssen wir vor allem auf die Produkte setzen, bei denen wir unseren Standortvorteil, die Fähigkeit zur Entwicklung und Nutzung neuer anspruchsvoller Techniken, voll einsetzen können ... Die Informations- und Kommunikationstechnik gehört ohne Zweifel dazu, ... um die Definition der richtigen Rahmenbedingungen (dafür) muß es uns gehen“ (Lambsdorff).

39000 Kupferarbeiter im Lohnstreik legen US-Kupferförderung lahm



Die neue Kupferverhüttungsanlage Carr Ford des US-Monopols Anaconda, berechnet auf 50000 t reines Kupfer Jahresproduktion, liegt still: Die in der Stahlarbeitergewerkschaft organisierten Arbeiter streiken für 0,95 $ pro Stunde mehr.

z.ges. **Nach dem Wirtschaftsgipfel in Venedig und dem Besuch in Moskau gab der Besuch Giscard d'Estaings Schmidt Gelegenheit, deutsch-französische Freundschaft zu demonstrieren.** Die „Erbfeindschaft" war schon immer eine Erfindung der herrschenden Klassen. Umso eher kann die Bourgeoisie damit rechnen, bei den Volksmassen Beifall zu finden, wenn die Regierungschefs beider Länder bei jeder Gelegenheit beschwören, die Vergangenheit sei Vergangenheit und ein für allemal begraben. Giscard verkündete, Europa müsse seine weltpolitische Rolle zurückfinden, und es sei Aufgabe der BRD, dabei mit voranzugehen. Die Achse Bonn-Paris hat eine relativ solide Interessenbasis. Die Monopolbourgeoisien beider Länder sehen sich in ihren Expansionsbestrebungen hauptsächlich auf den Mittelmeerraum und Afrika verwiesen. Um gegenüber den USA Gewicht zu haben, müssen sie weitgehend zusammengehen. Um sich gegenüber der anderen Supermacht zu behaupten, können sie das Bündnis mit den USA nicht verlassen. Um selbständige Verbindungen mit den arabischen und afrikanischen Völkern zu knüpfen, müssen sie deren Unabhängigkeitsstreben wenigstens in Worten anerkennen. Einer der Höhepunkte des Besuches war ein deutsch-französischer Truppenappell in Baden-Baden. Im Mai 1968 hatte sich de Gaulle gegenüber den aufbegehrenden Volksmassen auf die französischen Truppen in der Bundesrepublik gestützt. Auch gegenüber der Arbeiterklasse beider Länder sind die herrschenden Klassen aufeinander angewiesen. Mit Völkerfreundschaft hat ihre Kumpanei nicht zu tun.

z.lup. **Am Montag, den 14. Juli, wird Offergeld zu einer 8tägigen Reise nach Niger, Zimbabwe und Mozambique aufbrechen.** In Zimbabwe wird er ein Entwicklungshilfeabkommen unterzeichnen, das im April zwischen der Regierung Zimbabwes und Genscher ausgehandelt worden war. Die Bundesregierung geht dabei davon aus, daß es sich bei dieser Entwicklungshilfe um einen Eintrittspreis handelt, den sie für die geplanten Investitionen der westdeutschen Kapitalisten in Zimbabwe zahlen muß. Was die Regierung Zimbabwes angeht, so hat R. Mugabe, der Ministerpräsident Zimbabwes, in einem Interview gegenüber dem „Spiegel" erklärt: „Ich glaube, viele Länder würden gern investieren, Westdeutschland zum Beispiel. Es waren schon Gruppen aus Westdeutschland hier, Vertreter von Siemens beispielsweise ... Aber wir wollen erst einmal sehr sorgfältig prüfen, ob die einzelnen Projekte mit irgendwelchen Bedingungen verknüpft sind oder ob sie wirklich dazu dienen, die Entwicklung voranzutreiben, die wir gern in diesem Land sehen würden."

z.chm. **Die Regierungen Marokkos, Qatars und des Irak laden Strauß wieder aus.** Laut „Süddeutsche Zeitung" vom 3.7. begründen sie diesen Schritt mit den Erklärungen, die Strauß auf seinem Israel-Besuch abgegeben hat. Die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser im Sinne der Gründung eines eigenen Staates enthalte einige Irrealitäten. Wörtlich zum israelischen Rundfunk: „Jetzt einen Palästinastaat gründen, wäre nur möglich durch Anwendung physischer Gewalt gegen Israel". Kein Wunder, daß die Zionisten voll des Jubels waren über diesen Gast. Von „exzellenter Atmosphäre" und „einem Maximum an Übereinstimmung" war die Rede. Es



ist ja derselbe Strauß, der 1963 als Verteidigungsminister umfangreiche Waffenlieferungen an den zionistischen Kolonialstaat vereinbarte und durch einen Großauftrag, die Bundeswehr mit der israelischen Maschinenpistole UZI auszurüsten, die israelische Kriegsindustrie ankurbelte. Ein Mitarbeiter der irakischen Botschaft in Bonn erklärte: „Herr Strauß ist zweifellos kein Freund der arabischen Nation, deshalb werden wir ihn nicht einladen."

z.elf. **Die vier Kriegsschiffe, die die Bundesregierung am 29. April als ersten westdeutschen Flottenverband seit dem 2. Weltkrieg in den Indischen Ozean geschickt hat, haben Ende Juni auf der Insel Diego Garcia haltgemacht.** Die US-Imperialisten bauen gegenwärtig Diego Garcia zur Aggressionsbasis gegen die Anliegerstaaten des Indischen Ozeans aus. Die Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit, OAU, hat auf ihrer Abschlußsitzung am 5. Juli einstimmig die bedingungslose Rückgabe von Diego Garcia an Mauritius gefordert und erklärt, der Ausbau der britischen Kolonie zu einer US-Basis stelle eine „Bedrohung für Afrika und für das Konzept des Indischen Ozeans als Zone des Friedens" dar. Die OAU bekräftigte die Forderung nach Entfernung aller Militärbasen aus dem Indischen Ozean. Die vier Kriegsschiffe sind am 6. Juli für vier Tage in Mombasa, Kenia, eingelaufen.

z.thc. **Vom 4. bis 6. Juli fand in Kiel ein Seminar der Sinti statt.** Eingeladen hatte der „Verein zur Durchsetzung der Rechte der Sinti in Kiel und Schleswig-Holstein". Teilnehmer war u.a. Romani Rose (Vorstandsmitglied des Verbandes deutscher Sinti). Drei Themen wurden auf dem Seminar verhandelt: 1. Vergangenheitsbewältigung, 2. Wohnsituation, 3. Ausbildungssituation. Dabei wurde in einem Beitrag von R. Rose herausgearbeitet, daß alle westdeutschen Regierungen von „Adenauer bis Schmidt" nichts gegen die anhaltende Verfolgung und Diskriminierung der Sinti unternommen hätten. Vor allem wurde gefordert, die Ermordung der Sinti durch die Faschisten in den Konzentrationslagern als Völkermord anzuerkennen. 1956 hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden, daß die Einweisung der Sinti in KZs eine „kriminalpräventive" Maßnahme gewesen sei. Deswegen erhalten Sinti nur 5 statt 10 DM/Tag KZ Wiedergutmachung. Eine von der SPD angestrebte „Stiftung Wiedergutmachung" wurde als „Augenwischerei" abgelehnt, weil Sinti keine Almosenempfänger seien, sondern ihnen Rechte vorenthalten werden. Weitere Forderungen sind die Beseitigung sämtlicher „Landfahrerparagraphen", die das Lagern der Sinti behindern.

z.haw. **Zu den „Umweltproblemen der Nordsee" hat der „Rat von Sachverständigen für Umweltfragen" im Auftrag des Bundesinnenministeriums ein Gutachten vorgelegt.** Nachdem die Bundesregierung auf diesem Gebiet jahrelang nichts unternommen hat, sah sie sich jetzt aufgrund sich häufender Proteste der Nordseefischer und Küstenanwohner genötigt, eine solche Studie anfertigen zu lassen. Im wesentlichen bestätigt das Gutachten die langjährigen Erfahrungen der Fischer, daß bereits weite Bereiche des Küstenmeeres geschädigt oder zumindest aufgrund von jahrelangem unkontrollierten Einleiten von verschiedensten Schadstoffen gefährdet sind. Die Hauptseite der Schadstoffe machen Chlorkohlenwasserstoffe, Schwermetalle wie Quecksilber, Cadmium, Abfälle der Titanoxidproduktion, Klärschlamm und Tankerrückstände aus. Öleinleitung durch Tankerhavarien und Erdölförderung sowie der küstennahe Schiffsverkehr mit Großschiffen, haben das ihrige dazu beigetragen, daß es bereits zu erheblichen ökologischen Störungen in der Küstenregion und im Wattenmeer, welche den Nordseefischen als Laichplätze dienen, gekommen ist, und damit ist das gesamte ökologische System der Nordsee gefährdet. Aufgrund der erheblichen Verschmutzung sieht sich denn auch der Sachverständigenrat gezwungen, einige Wahrheiten gegenüber der versäumten Tätigkeit der Bundesregierung auszusprechen.

z.jüd. **Die miserable Ausstattung der Hochschulen soll weiter verschlechtert werden.** Das geht aus dem jetzt verabschiedeten 10. Rahmenplan für den Hochschulbau hervor. Im erfaßten Zeitraum von 1981 bis 1984 soll „auch künftig eine Überbelegung der Hochschulen in Kauf genommen werden." 1972 gab es eine Überbelegung von 125%, die sich bis 1979 auf 131% erhöht hat: 941000 Studenten studieren auf 720000 Studienplätzen. Gleichzeitig wurden die Ausgaben für den Hochschulbau erheblich reduziert: 1972 noch 2,5 Mrd. DM, 1979 nur noch 1,76 Mrd. Bis 1985 sollen die Studienplätze auf 850000 erhöht werden, gerechnet wird mit ca. 1,1 Mio. Studenten. – Schmude hält jedoch diese Überbelegung „angesichts des absehbaren Rückgangs der Spitzennachfrage in den 90er Jahren für vertretbar." Die Hochschulen müßten nur *besser* genutzt werden. Deshalb würde es auch keine Neugründungen geben, allerdings müßten die „alten" Universitäten entlastet, die „neuen" attraktiver gemacht werden. Für die Studenten heißt das nur weitere Einschränkung der freien Wahl des Studienplatzes.

DGB: Verbot der Kinderarbeit

300000 Kinder in Lohnarbeit / CDU: Der Zeitungsjunge ist in Gefahr

z.mak. „Die Entwicklung zum mündigen Staatsbürger setzt voraus, daß Kinder und Jugendliche bereits frühzeitig als selbständige Persönlichkeiten anerkannt werden ... Zur Selbständigkeit gehört auch, mit Pflichten vertraut und gefordert zu werden", so im FDP-Wahlprogrammentwurf für die Bundestagswahl 1980. Jede gesetzliche Einschränkung, die die Kapitalisten daran hindert, die Arbeitskraft von Kindern und Jugendlichen auszubeuten, ist der FDP ein Greuel. Der CDU/CSU auch. In der Auseinandersetzung um das 1976 geänderte Jugendarbeitsschutzgesetz hat sie sich direkt gegen das Verbot von Kinderarbeit stark gemacht: „Der Zeitungsjunge ist in Gefahr! ... Die CDU/CSU-Fraktion ist der Meinung, daß das Austragen von Zeitschriften durch Kinder ab zwölf Jahren und Jugendliche ab 14 Jahren durchaus dazu dienen kann, daß sie lernen, Verantwortung zu tragen ... und sich an kleine, ständig wiederkehrende Pflichten zu gewöhnen." (Berliner Extradienst, Jg. 75, H. 51, S. 5f)

Ist das Verbot der Kinderarbeit beseitigt bzw. durchlöchert, nutzen die Kapitalisten das, um den Lohn der erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen zu senken. Und ist der Lohn dann so niedrig, daß eine Familie sich nur ernähren kann, wenn auch die Kinder mitarbeiten, sind immer mehr Arbeiter gezwungen, ihre Kinder ausbeuten zu lassen. Die Arbeiterbewegung ist entschieden gegen Kinderarbeit.

Das zuletzt von der SPD/FDP-Regierung 1976 geänderte Jugendarbeitsschutzgesetz bietet den Kapitalisten noch mehr Möglichkeiten, Kinder auszubeuten, als das Jugendarbeitsschutzgesetz von 1960. Das Verbot der Beschäftigung gilt für Kinder unter 14 Jahren, bzw. auch dann, wenn sie der Vollzeitschulpflicht unterliegen. Sondergenehmigungen sind für Kinder ab 13 Jahren möglich (vorher ab 12 Jahren). Ausnahmen für eine Beschäftigung von Kindern über 13 Jahren sind unter folgenden Bedingungen möglich: *generell* für verwandte Kinder im Haushalt, für Beschäftigungen zum Zwecke der Erziehung und Therapie; *mit Sonderregelungen* für Kinderarbeit in der Landwirtschaft, beim Zeitungsaustragen (bis 1976 verboten), für Handreichungen zum Sport (bis 1976 verboten); *mit behördlichen Ausnahmegenehmigungen* für Theatervorstellungen, Musikveranstaltungen, Werbeveranstaltungen (bis 1976 verboten), Hörfunk-, Fernseh-, Film- und Fotoaufnahmen.



Schwere Kinderarbeit bei der Anlieferung von Altpapier

Laut einer jetzt veröffentlichten Untersuchung „Kinderarbeit in der Bundesrepublik und im Deutschen Reich" müssen in der BRD über 300000 Kinder ihre Arbeitskraft verkaufen. Davon in den Bereichen Handel und Verkehr 30000, im Zeitungs- und Zeitschriftenvertrieb 70000 und in der Gewerblichen Produktion 20000. „Ein 11jähriges Kind arbeitet seit einer Woche täglich von 7 bis 18 Uhr mit 2 Stunden Pause in einem größeren Gerüstbau-Unternehmen. Es schleppt schwere Bohlen und trägt Werkzeuge auf ein Gerüst", dies ist ein Beispiel von vielen aus der Untersuchung, das widerlegt, daß es Kinderarbeit höchstens in Familien- oder Kleinbetrieben gäbe.

Ein Sprecher des DGB hat nach der Veröffentlichung dieser Untersuchung die Forderung nach Verbot der Kinderarbeit bis zum 16. Lebensjahr bekräftigt.

Hintergrund des Automobilarbeiterstreiks in Azania

Von Zola Sonkosi, Vertreter des ANC/AN in Westeuropa

z.zos. Das südafrikanische Kolonialregime hat in den vergangenen Wochen einmal mehr für unrühmliche Schlagzeilen gesorgt: Tausende von demonstrierenden Schwarzen wurden von der Polizei erschossen, Boykottaktionen und Streiks deuteten an, daß sich in Azania der Widerstand neu formiert und auf eine breite Unterstützung in der schwarzen Öffentlichkeit rechnen kann. Grob gesehen, regt sich der schwarze Widerstand auf zwei Ebenen: In Azania selbst, vor allem in Schulen, Universitäten und in schwarzen Wohngebieten sind locker organisierte Gruppen am Werk, die mit öffentlichen Protesten, Boykott und Streiks für die Abschaffung der Weißen-Herrschaft kämpfen. Im Exil formiert sich in Form der Befreiungsbewegungen der nationale, bewaffnete Widerstand. Von entscheidender Bedeutung sind dabei die Querverbindungen zwischen der internen Opposition, die in jüngster Zeit verstärkt worden sind.

Azania ist deutliches Beispiel eines Kolonial- und Polizeistaates, der auf brutaler Unterdrückung der schwarzen Arbeitermassen beruht. Während eine Fassade „parlamentarischer Demokratie" aufrechterhalten wird, um zwischen der herrschenden Klasse und der weißen Arbeiteraristokratie zu vermitteln, kennt das schwarze Volk in Azania nur die Herrschaft des Gewehrs. Im wesentlichen hat die Apartheid den Zweck, die schwarzen Arbeiter zu gängeln und zu kontrollieren, um sie, arm und zersplittert, unter Verfügung der Minen-, Plantagen- und Fabrikbesitzer zu halten. Billige, leicht kontrollierbare schwarze Arbeit war der Schlüssel zu Azanias rapidem wirtschaftlichem Wachstum, das nur den Kolonialisten genützt hat.

Auf dem Gelände der Automobilwerke, deren Arbeiter in den letzten Wochen im Streik gestanden haben (der Streik wurde in dieser Woche abgebrochen, nach dem die Kapitalisten eine Erhöhung des Mindestlohns auf 1,49 Rands, das sind 3,30 DM pro Stunde, zugestanden hatten, Red.), haben noch 30 Jahre vorher Schwarze als Kleinbauern gelebt. Das Gebiet wurde zum weißen Gebiet deklariert, dann wurden die Fabriken gebaut. Die schwarzen Bewohner wurden in das Reservat Ciskai vertrieben und mittels der eingeführten Kopfsteuer von mindestens 30 DM als Arbeiter in die Fabriken getrieben. Der jetzige Kampf der schwarzen Automobilarbeiter um gewerkschaftliche Rechte, gerechte Löhne und bessere Arbeitsbedingungen sowie gegen Ausbeutung und Weißen-Herrschaft entspricht der Aufgabe der Arbeiter in der ganzen Welt, sich fabrikmäßig und innerhalb der ganzen Industrie zusammenzuschließen, um für ihre Interessen zu kämpfen.

Durch die Arbeitsgesetze kontrollieren das Rassistenregime und die Kapitalisten die schwarzen Arbeiter – wo sie zu arbeiten haben und bei welcher Lohnhöhe – und halten die Arbeiter zu Bedingungen halber Sklaverei. Aber anders als die früheren Sklavenhalter, die ihre Sklaven von der Geburt bis zum Tode versorgen mußten, sind die Kapitalisten in Azania vor solchen dauernden Kosten verschont. Sie zahlen Hungerlöhne nur solange gearbeitet wird, und sind die schwarzen Arbeiter zu alt oder krank, um weiterzuarbeiten, werden sie wie Hülsen auf den Müll in die Ghettos geworfen, andere werden in Verbannungslager geschickt.

Letzteres ist ein wirksames Mittel, die Disziplin in den Fabriken durchzusetzen und politische Demonstranten einzuschüchtern. Trotzdem, die schwarzen Arbeiter durchbrechen diese Einschüchterungen. Die schwarzen Arbeiter sind völlig überzeugt davon, daß mit gewaltlosen Mitteln nichts gegen das ausbeuterische und koloniale Regime in Azania erreicht werden kann. Sie schließen sich für den bewaffneten Befreiungskampf zusammen.

z.gkr. **Ihre erfolgreiche Rentensenkungspolitik rühmt die Bundesregierung im Sozialbericht '80, den das Kabinett am 25. Juni verabschiedet hat.** Die weiteren Schwerpunkte, die dort verhandelt werden, sind: die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, der Ausbildungsplätze für Jugendliche und vor allem die Finanzierung der Krankenversorgung. Während der Bericht die Zunahme der beschäftigten Lohnabhängigen seit 1976 um 700000 als Erfolg feiert, muß Stingl bekannt geben, daß erstmals im Juni seit Jahren die Zahl der Arbeitslosen höher als im Vorjahr ist. Die Krankenversicherungen zeigten eine „stärkere Orientierung an volkswirtschaftlichen Möglichkeiten", stellt der Bericht erfreut fest. Die Krankenkassen meldeten gerade für das erste Quartal 1980 Steigerungen der Ausgaben von 9,1% (AOKs) und 9,9% (Ersatzkassen). Schuld seien die Ausgaben für die Krankenhausbehandlung, für die Heil- und Hilfsmittel und vor allem der Zahnersatz mit 20% Steigerung bei den AOKs. Das „Handelsblatt" meint, „daß eine so großzügige Versorgung ... nicht durchgehalten werden könnte". Auf der Herbsttagung der Konzertierten Aktion müsse es verhandelt werden.

z.hot. **Am 3.7. verabschiedete die Volkskammer der DDR das „Gesetz zum Schutz des Kulturgutes der DDR".** Darin wird festgestellt: „Die Zugehörigkeit zum Kulturgut der DDR wird durch Verlagerung oder rechtswidrige Ausfuhr, Entwendung oder Verbringung von Kulturgut nicht berührt". Empört stellt die FAZ fest, daß die DDR damit insbesondere ihre Ansprüche auf die Kulturgegenstände der „Stiftung Preußischer Kulturbesitz" in Westberlin anmeldet. – Gleichzeitig übergab die DDR aufgrund einer deutsch-polnischen Vereinbarung Archivmaterial über die polnischen West- und Nordgebiete aus 14000 Archiveinheiten an Polen. Dieser Schritt der DDR erfolgte aus Anlaß des 30. Jahrestages der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Friedensgrenze durch die DDR. Aus diesem Anlaß fand auch eine deutsch-polnische Kundgebung mit 10000 Bürgern beider Länder an der Grenze statt, auf der die beiden Regierungschefs das Ereignis würdigten. In einer historischen Aufarbeitung des deutsch-polnischen Verhältnisses kritisiert das „Neue Deutschland" vom 28./29.7. Preußen, weil es mit dem Zarismus auf Kosten Polens paktierte, und berichtet von der Unterstützung des Widerstandeskampfes des polnischen Volkes gegen den Zarismus durch die Volksmassen in Deutschland. Dieser Artikel steht in erfreulichem Gegensatz zu der sonst in der DDR üblichen Geschichtsklitterei von der „progressiven Rolle" des reaktionären preußisch-russischen Bündnisses und der Waffenbrüderschaft.

z.jüd. **Im September 1979 waren 6902 arbeitslose Lehrer bei den Arbeitsämtern gemeldet.** Das sind ca. 1,4% aller voll- und teilzeitbeschäftigten Lehrer. Fast ⅔ davon sind Frauen. – Die Zahlen sagen nichts aus über das Verhältnis der ausgebildeten zu den beschäftigten Lehrern, denn wer sich nicht mehr als Lehrer bewirbt, andere Arbeit hat oder nur stundenbeschäftigt ist, wird nicht erfaßt. Nach Angaben der GEW gibt es 35000 teilzeitbeschäftigte Lehrer. Nach Schätzungen soll es allein in Hessen 1985 20000 arbeitslose Lehrer geben. Der Druck auf Lohn- und Arbeitsbedingungen der Lehrer wird immer größer. – Die CDU hat jüngst vorgeschlagen, viel mehr Lehrer in den Entwicklungsdienst zu schicken. Wenn sie dann in ein paar Jahren zurückkommen, gäbe es auch wieder mehr Schüler. Mit Kulturimperialis-

Jerusalem ist die Hauptstadt Palästinas

Autonomiegespräche stocken / Breite Unterstützung für die PLO gegen die Annexion Jerusalems

z.chm. Die Verhandlungen zwischen Ägypten und Israel über eine „Autonomieregelung für die Bewohner des Westufers und des Gazastreifens“, die unter der Schirmherrschaft des US-Imperialismus geführt werden, sind ins Stocken geraten. Nach zweimonatiger Pause sollen sie am 5. August fortgesetzt werden, obwohl Präsident Sadat mit keinem Ergebnis vor den Präsidentschaftswahlen in den USA rechnet. Vorbereitet werden die Verhandlungen, die auf Ministerebene stattfinden sollen, durch Expertentreffen: Am 13. Juli trifft sich die Juristenkommission und am 4. August die „Sicherheitsgruppe“.

Gemäß den Vereinbarungen von Camp David sollten diese Verhandlungen schon am 26.5. abgeschlossen sein. Am 7. Mai kündigte Ägypten die Verhandlungen auf wegen der unnachgiebigen Haltung der zionistischen Regierung in bezug auf Jerusalem. Der israelische Delegationsleiter Burg hatte erklärt, daß das besetzte Jerusalem von jeder Verhandlung ausgeschlossen sei. Es sei und bleibe die Hauptstadt Israels. Eine Woche später reichte die Abgeordnete Geula Cohen einen Antrag in der Knesseth ein: „Jerusalem ist die Hauptstadt Israels; die Einheit Großjerusalems in den Grenzen von 1967 ist unantastbar.“ Am 30.6. hat der Rechtsausschuß der Knesseth diesen Antrag angenommen. Damit soll die Annexion der Hauptstadt Palästinas rechtlich abgesichert werden, um zu dokumentieren, daß der zionistische Kolonialstaat keinen Millimeter von seinem illegalen Besitzanspruch am palästinensischen Boden zurückweichen will.

Am 27.6. hatte die israelische Regierung ihr „Verteidigungskonzept“ für die besetzten Gebiete nach der Autonomie vorgelegt, was ebenfalls von Ägypten abgelehnt wird.

„Die israelischen Streitkräfte sollen entlang aller Straßen in den Gebieten verteilt werden. In der Höhe aller Bevölkerungszentren und wichtiger Straßenverbindungen sollen Stützpunkte gebaut werden. Es soll eine Kontinuität zwischen den israelischen Siedlungen und den Militäreinrichtungen hergestellt werden. Auf dem Gebirgskamm sollen Frühwarn- und Radaranlagen errichtet werden. Truppen der israelischen Streitkräfte werden weiterhin in den Lagern entlang des Jordantals bleiben. Die Einheiten der israelischen Verteidigungsstreitkräfte werden keine Erlaubnis der Selbstverwaltungsbehörde für Truppenbewegungen auf den Straßen am Westufer und im Gazastreifen brauchen. Wie im Rahmenabkommen von Camp David vereinbart, wird Israel seine Truppen aus den Ballungszentren abziehen. Aber wie bereits erwähnt, wird beabsichtigt, diese Truppen in der Nähe solcher Ballungszentren zu verteilen.“ (Israelischer Rundfunk, 27.6.80)

Für den zionistischen Kolonialstaat ist die Kontrolle über Jerusalem entscheidend für die Beherrschung Palästinas. Jerusalem bildet den Knotenpunkt und das Zentrum für die militärische Schneise, die von Jenin im Norden über Nablus und Ramallah nach Hebron führt und das besetzte Westufer von Norden nach Süden durchschneidet. Sie sichert über den dort angelegten Siedlungsgürtel, der die arabischen Städte einschnürt und sie ökonomisch und demografisch ausbluten soll, den Fortbestand der Besatzerherrschaft.

Im Aggressionskrieg von 1948 wurden die Dörfer im Westen und Süden der Stadt überrannt, die Bewohner vertrieben und die Häuser dem Erdboden gleichgemacht. So sicherten sich die Zionisten die Kontrolle über den Westteil der Stadt.

Am ersten Tag des Junikrieges konzentrierte die israelische Luftwaffe ihre Angriffe auf den Ostteil der Stadt; ebenso an den darauffolgenden Kriegstagen, bis er in ihre Hände fiel. Von 1968 – 1970 raubten die zionistischen Besatzer 1589,7 ha arabischen Bodens und zerstörten 700 Gebäude, insgesamt vier arabische Stadtteile, mit 1048 Wohneinheiten, 437 Geschäften und Betrieben, zwei Schulen und zwei Moscheen.

Die zweite Welle von Landraub umfaßte die umliegenden Dörfer: Von 1973 – 76 wurden 8808 ha Land beschlagnahmt. Drei Siedlungsringe sind auf dem geraubten Boden entstanden: Der erste Ring umgibt das Gelände der al-Aqsa-Moschee, der zweite die übrigen arabischen Stadtteile Jerusalems und der dritte die Dörfer um Jerusalem herum. Während 1918 noch 94% des Bodens in palästinensischem Besitz waren, sank dieser Anteil im Jahre 1948 auf 84%, und heute sind es nur noch 14%. 84% des Grundbesitzes in und um Jerusalem sind in zionistischer Hand konzentriert. 1968, unmittelbar nach der Annexion, wurde ganz Jerusalem der Verwaltungshoheit Israels unterworfen. Der arabische Stadtrat wurde zerschlagen, der Bürgermeister der Stadt und ein Teil der Ratsmitglieder nach Jordanien deportiert. Das Telefonnetz wurde an das von Tel Aviv angeschlossen, ebenso das Stromnetz, indem die arabische Elektrizitätsgesellschaft enteignet wurde. Schon 1968 wurde die al-Aqsa-Moschee in Brand gesteckt, angeblich von einem Fanatiker. Ein großer Teil der Kanzel ist beschädigt worden. Die Grabungen nach jüdischen Altertümern geschehen auf dem Gelände der al-Aqsa-Moschee und des Felsendoms, was die Fundamente beider islamischer Heiligtümer, die Ende des 7. Jh. entstanden sind, stark beschädigt hat.

In der Frage der Verteidigung der arabisch-islamischen Identität Jerusalems hat die PLO, gestützt auf den hartnäckigen Kampf, den die Massen im besetzten Palästina führen, die Unterstützung aller arabischen Staaten, der islamischen Staaten und der Mehrheit der Staaten der 3. Welt. Der ägyptische Außenminister, Hassan Kamal Ali, erklärte am 3.7., Ägypten werde jede einseitige Änderung des Status von Jerusalem nicht hinnehmen und betrachte jede Annexion des Ostteils als null und nichtig. Die OAU verurteilte die israelischen Pläne, den Sitz der Regierung nach Ostjerusalem zu verlegen. Im Auftrag von 22 islamischen Staaten brachte der pakistanische Außenminister, Agha Shahi, einen Antrag in den Sicherheitsrat ein, diese Annexionsmaßnahmen des zionistischen Staates zu verurteilen. In der Begründung sagte er, „dieser Schritt der israelischen Regierung stelle eine neue Dimension der israelischen Besetzung und Aggression der Heiligen Stadt“ dar. Auf einer Sitzung vom 30.6. entschied der Sicherheitsrat diesen Antrag mit einer Mehrheit von 14 Stimmen. Er verurteilte „Israels beharrliche Versuche, die geographischen, demographischen und verwaltungsmäßigen Merkmale der Heiligen Stadt Jerusalem zu verändern.“ Die Einheit der 3. Welt in der Jerusalemfrage hat die europäischen Staaten unter Druck gesetzt. Sie mußten für die Resolution stimmen; die USA haben es nicht gewagt, ihr Veto einzulegen. Sie haben sich der Stimme enthalten.



Der äußerste Siedlungsring um Jerusalem liegt auf den Hügelkämmen, um die militärische Kontrolle der umliegenden Täler zu sichern



Iranische Direktoren hat die Regierung des Iran in mehreren pharmazeutischen Betrieben eingesetzt (Bild: Merck). Der Iran will die Produktion seines Landes unter seine Kontrolle bekommen. Unter Berufung auf ein Kapitalschutzabkommen fordert die pharmazeutische Industrie Maßnahmen der Bundesregierung gegen den Iran. Mit solchen Abkommen verschafft sich die BRD Mittel zur Einschränkung der Souveränität der Länder der 3. Welt.

Bei ihren Einmischungsversuchen im Iran stützt sich die Sowjetunion auch auf innere Kräfte

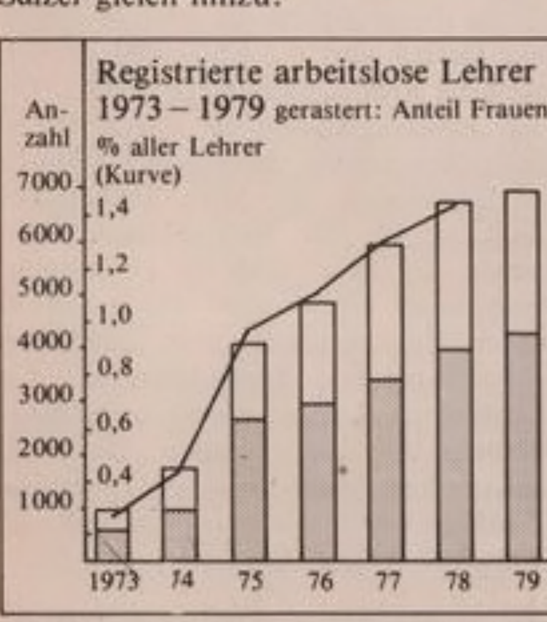
z.lup. „Unsere Isolierung in der Welt ist sehr gefährlich, aber das ist besser, als wenn wir uns von einer Supermacht befreien, nur um uns in die Hände von irgend jemand anderem zu begeben. Wir dürfen keinem inneren Druck nachgeben, der darauf abzielt, unser Land zu isolieren“, erklärte kürzlich Irans Außenminister Ghotbzadeh gegenüber einer Teheraner Zeitung. Am 19. Juni hatte der iranische Rundfunk Verleumdungen des iranischen Außenministers durch die Prawda zurückgewiesen: „Man kann uns zum Vorwurf machen, daß wir unseren kämpfenden Brüdern in Afghanistan Asyl gewähren – aber die revolutionäre Regierung des Iran anzuklagen, sie folge der imperialistischen Politik der Vereinigten Staaten, und den iranischen Außenminister, Herrn Ghotbzadeh, einen Lautsprecher der USA zu nennen, zeigt, daß die Sowjets nicht wissen, wie sie sich von der Scham reinwaschen sollen, die sie erleiden, wenn der afghanische Widerstand schließlich unvermeidlich siegen wird.“

Am 2. Juli hat die iranische Regierung erklärt, daß die Anzahl des diplomatischen Personals der Sowjetunion und des Iran in ihren jeweiligen Botschaften auf der Basis der Gleichheit beruhen müsse, und die Sowjetunion aufgefordert, eines ihrer 2 Konsulate im Iran zu schließen. Am 30. Juni war der 1. Sekretär der sowjetischen Botschaft des Iran wegen Spionageaktivitäten zur „persona non grata“ erklärt und aufgefordert worden, den Iran innerhalb von 24 Stunden zu verlassen.

Die Sowjetunion, die in den letzten Monaten große Truppenmassen an der Grenze zum Iran konzentriert hat, bedroht die Unabhängigkeit des Iran nicht nur von außen. Sie versucht auch zunehmend, sich in die inneren Verhältnisse im Iran einzumischen, wobei die sowjetische Botschaft im Iran die Fäden spinnt. Die Sowjetunion stützt sich dabei vor allem auf die Tudeh-Partei. In ihrem Programm von 1975 hat die Tudeh-Partei die KPdSU als „die Hauptkraft und Vorhut im weltrevolutionären Prozeß“ bezeichnet und die Sowjetunion als „vertrauenswürdigen *Garanten* für die Erhaltung der Unabhängigkeit und Freiheit unseres Landes gegen imperialistische Provokationen und Aggressoren“. Es handelt sich dabei um die gleiche Formel, mit der Babrak Karmal die Aggression der Sowjetunion gegen Afghanistan rechtfertigt. Zunehmend kann sich die Sowjetunion auch auf Teile der „Organisation der Feddayin Guerillas des iranischen Volkes“ stützen, die im Kampf des iranischen Volkes gegen das Schah-Regime noch eine positive Rolle gespielt haben. Die Mehrheitsgruppierung der Führer dieser Organisation, die sich kürzlich gespalten hat, vertritt in dem von ihr herausgegebenen Zentralorgan „Kar“, daß der gegenwärtige Hauptwiderspruch zwischen den Kräften des Imperialismus, die von den USA geführt würden, und den Kräften des Sozialismus, die von der Sowjetunion geführt würden, verlaufe, und hat zum Ausdruck gebracht, daß sie zu einem Bündnis mit der Tudeh-Partei gegen die Regierung des Iran bereit sei.

Die Partei des Proletariats des Iran, die am 26. Dezember 1979 von 9 marxistisch-leninistischen Zirkeln gegründet wurde, schreibt in ihrer Zeitschrift: „Bedeutet Einheit im Kampf gegen den US-Imperialismus Zusammenschluß mit jedem, der gegen die Vereinigten Staaten ist? Die vergangenen Erfahrungen haben gezeigt, daß die Teilnahme von Agenten der russischen Supermacht in den Reihen des Kampfes gegen den US-Imperialismus nicht nur die Stärkung dieser Reihen verhindert, sondern auch zu Unordnung in den Reihen des Volkes, zu Auseinandersetzungen und Spaltungen führt und schließlich zu Abweichungen vom Weg des Kampfes. Der gerechte Kampf unseres Volkes für Unabhängigkeit würde einen irreparablen Schaden erleiden ... Während unser Volk gegen den US-Imperialismus kämpft, um seine nationalen Interessen und die Unabhängigkeit seines Landes durchzusetzen, kämpfen die Kianuri-Clique (die Führung der Tudeh-Partei, Red.) und andere russische Söldner gegen den US-Imperialismus für die Interessen ihrer Herren, um unser Land zu unterjochen ... Sie sagen, daß Rußland unser natürlicher Verbündeter sei und daß der einzige Weg, den US-Imperialismus zu schlagen, darin besteht, sich auf die Sowjetunion zu stützen ... Das würde aber nicht zur Unabhängigkeit unseres Landes führen, sondern in Abhängigkeit von der anderen Supermacht enden.“

mus hätte das nichts zu tun, setzt der Kultur- und Europapolitiker der CDU Sälzer gleich hinzu.



Quelle: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister, RS Nr. IIB-218/80

z.vol. **Die Bundesregierung hat beschlossen, die Entwicklungshilfe nicht auf 0,7% des Bruttosozialprodukts zu steigern.** Damit stellt sie sich gegen die Resolution der UNCTAD (V) Konferenz vom Juli 1979. Die CDU-Opposition fordert scheinbar die Einhaltung der 0,7%. Erreichen will sie dies durch Aufbau einer „zweiten Säule für die Entwicklungshilfe“. Bankkredite an Länder der Dritten Welt in Höhe von 3 Mrd. DM sollen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau mit 2,5% für Zinsen und Bearbeitungsgebühr subventioniert werden. Auch dies richtet sich gegen die Beschlüsse der UNCTAD (V) Konferenz, in der Vergabe der Kreditmittel über die Vereinten Nationen und die internationalen Banken für Entwicklungspolitik, in denen die Länder der Dritten Welt eine Mehrheit haben, gefordert wird. Gleichzeitig will die CDU mit dem Aufbau der „zweiten Säule“ die Zahlungen an die Vereinten Nationen und ihre Unterorganisationen zugunsten direkt von der Bundesrepublik kontrollierter Kredite einschränken. Für die „rasche und erhebliche Steigerung“ der Entwicklungshilfe durch die Bundesregierung lehnt sie Überlegungen über die Einführung einer Entwicklungshilfesteuer nicht mehr ab. 6 Mrd. DM, 0,44% des BSP nur, hat die Bundesrepublik 1979 gezahlt.

z.ebk. **Der Rechts- und der Haushaltsausschuß des Bundestages haben die von der Bundesregierung eingebrachten Erhöhung der Rechtsanwaltsgebühren zugestimmt.** Nach dem Regierungsentwurf sollen die Gebühren für Zivilprozesse um rd. 4%, für Strafprozesse um rd. 10% erhöht werden. Der Rechtsausschuß sieht Erhöhungen gestaffelt bis zu 20% vor, wobei die prozentual höchsten Erhöhungen für die niedrigeren Streitwerte vorgesehen sind. Die Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung regelt, für welche Tätigkeiten der Anwalt wieviel Gebühren fordern kann. Die letzte Erhöhung der Anwaltsgebühren wurde 1975 vorgenommen. Seit 1977 fordern Anwaltsorganisationen die Anpassung ihrer Gebühren an die allgemeine Steigerung der Kosten. Unberührt von der geplanten Gesetzesänderung bleiben frei vereinbarte Gebühren, die außerhalb der Gebührenordnung zulässig sind. Keine Stellung haben Regierung und Parlament zu den Forderungen aus der Rechtsanwaltschaft genommen, daß in bestimmten Fällen der Staat die Gebühren zahlen soll. – Der von Professoren vorgelegte und von Teilen der Anwaltschaft unterstützte Entwurf für eine Änderung der Strafprozeßordnung sieht vor, daß jeder Angeklagte einen Verteidiger „auf Kosten der Staatskasse mit seiner Verteidigung beauftragen“ kann. Auch die kürzlich beschlossenen Prozeßkosten- und Beratungshilfegesetze tragen diesen nützlichen Forderungen nicht Rechnung, weil sie die Rückzahlung der vorgeschossenen Gebühren vorsehen und für die Strafverteidigung sowieso nicht gelten.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/73 02 31, Telex 4 13080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/73 02 31 / Redakteur: Lutz Plümer *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/81 40 45, Redakteur: Wolfgang Müller / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27 – 29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/72 08 76 – 77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/53 13 48, Redakteur: Dieter Liebig

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



b.kek. **Im Einzelhandel Niedersachsen ist die erste Lohn- und Gehaltszahlung nach dem neuen Tarif, rückwirkend zum 1. Mai, erfolgt.** Bruttoerhöhungen zwischen 70 und 105 DM kommen für die Masse der Arbeiter und Angestellten bei 6,8% im Durchschnitt heraus. Die Auszahlung haben die Kaufhauskonzerne mit Angriffen im großen Stil auf bestehende außertarifliche Zulagen verbunden. Z.B. ist uns bei Hertie in Göttingen keine Zulage bekannt, die in der alten Höhe aufrechterhalten wurde. Zugleich hat der Hertie-Gesamtkonzern mit dem 1. Juli in allen Häusern die Kantinenpreise erhöht. Wer täglich in der Kantine ein Mettbrötchen, einen Kaffee und ein Mittagessen verzehrt, zahlt pro Tag 60 Pfg. mehr, macht 13,20 DM im Monat. Bei einer durchschnittlichen Nettolohnerhöhung von 54 DM in Gehaltsgruppe II/4 kassiert Hertie gleich über 24% wieder ein. In den Kaufhausbelegschaften herrscht starke Empörung. Bei Hertie in Göttingen ist eine regelrechte Bewegung gegen die Zulagenstreichung und für Höhergruppierung entstanden. Der Betriebsrat war tagelang nur mit der Formulierung von Beschwerden beschäftigt. Der HBV-Sekretär hat auf der Betriebsversammlung in Göttingen zu Dienst nach Vorschrift aufgerufen. Weitere Maßnahmen gegen die Überarbeit werden diskutiert.

b.hob. **Entschuldigtes Fehlen bei Arbeitsverhinderung ist kein Urlaub.** Mehrfach hat die Geschäftsleitung von Schmalbach-Lubeca Celle in den letzten Monaten versucht, den § 2,5 der Arbeits- und Sozialordnung des Konzerns zu ignorieren. Der § verpflichtet den Arbeiter, dem Vorgesetzten eine Arbeitsverhinderung unverzüglich mitzuteilen. Bei Krankheit muß am dritten Tag eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung vorliegen. Die Betriebsführung hat versucht, Arbeiter, die wegen Krankheit *einen* Tag die Arbeit nicht aufnehmen konnten, zu bewegen, nachträglich Urlaub zu nehmen. In mindestens zwei Fällen gelang es ihr. Mit Unterstützung des Betriebsrates konnte sich Anfang letzter Woche einer der Auszubildenden erfolgreich weigern, nachträglich für einen Tag Krankheit einen Tag Urlaub einzureichen. Die Betriebsführung hat jetzt die Kürzung der Ausbildungsvergütung angedroht.

b.fds. **,,Blaupunktwerke machen weniger Verluste'', meldete die Hildesheimer Allgemeine Zeitung am 4.7. im Leitartikel.** Erwartet wurden 38 Millionen ,,Verlust'', herausgekommen sind 29 Mio. DM für 1979. 1977 noch 13700 Beschäftigte, 1979 auf 11860 gesunken, Ende 1980 soll die Beleg-
13700 Beschäftigte, 1979 auf 11860 gesunken, Ende 1980 soll die Beleg-
schaftszahl auf 10500 dezimiert sein. Die Gesamtlohnsumme wurde von 1979 auf 1980 um 3,7% gesenkt – bei durchschnittlich um die 6% Effektivlohnerhöhung. Ein Zeichen für Abgruppierungen und niedrigeres Einstufen von neuen Belegschaftsmitgliedern.

b.elb. **Seit über zwei Monaten zahlen die Kapitalisten der Spedition Gebrüder Mönkemöller in Bielefeld weder Lohn noch Gehalt aus.** Am 11. Juni hatte Mönkemöller, mit 450 Arbeitern und Angestellten eine der zehn größten Speditionen in Westdeutschland, ein Vergleichsverfahren beantragt. In einer Presseerklärung machte die ÖTV auf die Einbehaltung der Löhne und Gehälter aufmerksam, was von den Kapitalisten kommentiert wurde als weder für die Beschäftigen noch für sie dienlich. Immerhin aber mußten sie öffentlich erklären, daß die Bezahlung der rückständigen wie der laufenden Löhne und Gehälter gesichert sei; die Frage steht, wann die Kapitalisten zahlen. Denn nach eigenen Angaben werden sie erst in etwa einem Monat Verhandlungen über den Verkauf des Betriebes beendet haben. Interessiert an der Übernahme sind Unilever, Thyssen und die Nordwest-Kraftverkehr, die sich im Besitz eines Sohns der größten Mönkemöller-Gesellschafterin befindet.

b.ütü. **Die Betriebsversammlungen bei den Gothaer Versicherungen in Göttingen standen im Zeichen der geplanten weiteren Expansion des Betriebes durch die Einführung der Bildschirmarbeit.** Der Betriebsrat enthüllte das Geschäftsergebnis, welches 1979 ,,glänzend'' war, freilich bloß für die Kapitalisten. Sie machten ein Neugeschäft von 2,05 Mrd. DM. Die Zahl der Beschäftigten hat sich hingegen von 1975 – 1979 nicht verändert. Sie beträgt im Innendienst, ohne Vorstand, Aushilfen, Putzfrauen, unverändert 980. 223 Bildschirme (aller Erfahrung nach kann man aber von 250 ausgehen) sollen 1980 zur weiteren Rationalisierung und zur weiteren Erhöhung der Intensität der Arbeit installiert sein. Die Verhandlungen des Betriebsrates über eine Betriebsvereinbarung sind noch im Gange. Auf 4 Std. Arbeitszeit, auf Zusage, daß keiner entlassen wird, auf Schutz vor Abgruppierung hat sich die Geschäftsleitung schriftlich nicht eingelassen. Mündlich mußte Personalchef Schütte zusagen, daß ,,keiner entlassen wird''. Das wird sich die Belegschaft merken.

b.drf. **In einem Überraschungscoup hat letzte Woche die Mehrheit des Studentenparlaments der Universität Göttingen den Austritt aus der vds beschlossen.** Ohne daß dieser Punkt auf der Tagesordnung gestanden oder ein schriftlicher Antrag vorgelegen hätte, beantragte der Liberale Hochschulverband den Austritt aus dem Dachverband der Studentenschaften. Unterstützt wurde er darin sowohl vom Sozialistischen Büro, als auch von den rechten Listen RCDS und UFO. Gegen den Antrag haben u.a die Jusos, die die Mehrheit im AStA stellen, und die Liste ,,Demokratischer Kampf'' gestimmt. Die Jusos haben Konsequenzen bezüglich der Zusammenarbeit mit dem SB im AStA angedroht. Wegen Nichtbeachtung der Geschäftsordnung bei Behandlung des Antrags wird das SP voraussichtlich erneut darüber befinden müssen.

r.jol. **Trotz einstweiliger Verfügung des Verwaltungsgerichts Hannover führen die studentischen Wahlausschüsse der Universität Hannover die Wahlen zum Studentenparlament zuende und stellten das Wahlergebnis fest.** Am zweiten Wahltag, der vom Präsidenten der Universität Hannover ausgeschriebenen Wahlen, erwirkte die Clique um den RCDS, die das von 2% gewählte ,,Studentenparlament'' bildet, einen Richterspruch, der das von über 30% unterstützte Begehren für die Absetzung dieses ,,Studentenparlamentes'' für verfassungswidrig erklärte und die Wahlen für gegenstandslos. Trotz Einspruch des Kanzlers als Wahlleiter führten die Studenten die Wahl durch und stellten das Wahlergebnis fest. Die Fachschaftslisten der Aktionseinheit, die den Kampf für eine Wahlordnung nach dem Prinzip ,,Fachschaftsräte in die Kammer'' geführt hatten, auf denen auch KHG und MSB kandidierten, erhielten 53, JUSOs 4, ARGUS (Rechte) 2, andere Listen 13 Kammersitze.

r.klg. **Der AStA der Universität Mün-**

r.klg. **Der AStA der Universität Münster beschloß folgenden Brief an Bundeswissenschaftsminister Schmude:** ,,Die Bundesregierung bezeichnete das 6. Bundesausbildungsförderungsgesetz im Juli letzten Jahres als ein Stück mehr Chancengleichheit im Bildungswesen. Der AStA der WWU Münster kann diese Auffassung nicht teilen, im Gegenteil betrachtet er das BAföG immer mehr als Spargesetz... Bei anhaltend steigenden Lebenshaltungskosten beträgt der Zentralwert der monatlichen Ausgaben eines Studenten 1979 686 DM (9. Sozialumfrage des DSW). Das DSW errechnete im Januar 1979 an Hand eines studentischen Warenkorbes monatliche Aufwendungen für einen Studenten von 710 bis 750 DM. Der Förderungshöchstsatz unterschreitet damit die realen Aufwendungen um 130 DM! ... Wir fordern Sie auf, als politisch Verantwortlicher, sich dafür einzusetzen, daß das BAföG für den Großteil der Studenten die finanzielle und materielle Absicherung des Studiums beträgt! Dazu sind unerläßlich: – Kostendeckende Ausbildungsförderung mit 750 DM Förderungshöchstsatz; – Erhöhung des Elternfreibetrages auf 1520 DM; – Streichung des Grunddarlehns; – Anpassung der Förderungshöchstdauer an die tatsächliche durchschnittliche Studiendauer; – Miteinbeziehung der ausländischen Studenten in die BAföG-Förderung; – Ersatzlose Streichung des Antistreikparagraphen...''

b.hem. **Ab August 1980 werden die drei Schulaufsichtskreise aufgelöst und ein Schulamt in Wolfsburg errichtet.** Die Auswirkungen für die Personalvertretung der Lehrer: Die drei Personalräte mit insgesamt 27 Mitgliedern schrumpfen zu einem mit neun bis elf Mitgliedern zusammen. Die 66 Vergütungsstunden für die Personalarbeit reduzieren sich dadurch um 32 Stunden, was mehr als eine Lehrerstelle ausmacht, wenn nicht eine größere Stundenentlastung für die vermehrte Arbeit der PR-Mitglieder erkämpft wird. Eine größere Bedeutung kommt nach Remmers Schulgesetznovelle den Personalausschüssen an den Schulen zu: Ging es bisher um Konflikte innerhalb der Schule, so sollen sie jetzt bei Abordnungen, Versetzungen usw. gehört werden. Es wird umso wichtiger, die Personalausschußarbeit von der GEW zu intensivieren, angesichts der Tatsache, daß das Unterrichtsfehl an den Wolfsburger Schulen im neuen Schuljahr erheblich steigen wird, und der Dienstherr nicht vorhat, neue Stellen einzurichten, sondern das Fehl durch Versetzungen und Abordnungen anzugleichen. Die GEW Wolfsburg hat auf einer Vorbereitungssitzung ihrer Personalräte zu den PR-Wahlen im November 1980 folgende Kriterien für die Aufstellung der Listen beraten: die Kandidaten sollten aktiv die Beschlüsse der GEW vertreten und energisch gegenüber der Dienstaufsicht auftreten.

b.mal. **Am 27.6. wurde bei den Wirus-Werken in Gütersloh Alarm gegeben, weil sich an der Holzstraße ein Feuer entfacht hatte.** Durch die Sogwirkung von Frischluftanlagen breitete sich das Feuer rasch aus. Ursache war ein Defekt des Ventilatormotors. Am 29.6. explodierte bei den Hornitex-Werken in Horn/Bad Meinberg der Spänetrockner und verursachte ein Feuer, das von der städtischen Feuerwehr gelöscht werden mußte, weil die Löschanlage, die sofort einsetzte, nicht ausreichte. Solche Explosionen kommen oft vor, die letzte vor ca. vier Monaten. Ursachen sind z.B. Funken, die durch Reibung in Getrieben (besonders bei mangelhafter Wartung) sowie durch zu großes Erhitzen des Spänetrockners entstehen. Weil abfallende Späne und Holzstaub an den Maschinen durch Saugschläuche mit viel Luft (bzw. Sauerstoff) zum Spänebunker transporteirt werden, sind in diesem Luftgemisch die Bedingungen für eine Explosion überaus gut. Die Leute, die im Trockenraum arbeiten sind dabei besonders gefährdet. Soweit keine Verletzungen vorkommen, wie dieses Mal (ein Arbeiter hatte Glück, keine herabstürzenden Geländerteile abzukriegen), sind die Explosionen und Brände bei Hornitex zur ,,Alltäglichkeit'' geworden. Arbeiter erzählen oft von schlimmeren Vorfällen in den vergangenen Jahren, wo z.B. ganze Wände durch die Druckwelle eingerissen wurden.

b.ram. **Die Stadtverwaltung Wolfsburg erhöht, vorbehaltlich der Zustimmung des Stadtrates, den Krankenpflegesatz um 15,7% auf 241,90 DM.** Trotz dieser Erhöhung muß die Stadt ein Defizit von 3,1 Mio. DM decken, weil die Krankenkassen 0,58 Mio. DM für Personalkosten im Pflegebereich (Schichtzuschlag, Zuschläge für kleinere Stationen), 0,5 Mio. DM Unterdeckung für die Betriebskindertagesstätte, 1,5 Mio. DM für Personalkosten (med.-technischer Dienst, klinisches Hauspersonal) und Sachkosten (Medikamente, Verbandsmittel Lebensmittel, Laborbedarf) nicht anerkennen und nicht zahlen. Die Stadt spurt: Vor allem zu den genannten Punkten werden jetzt im Gesundheitsausschuß Sparmaßnahmen beraten.

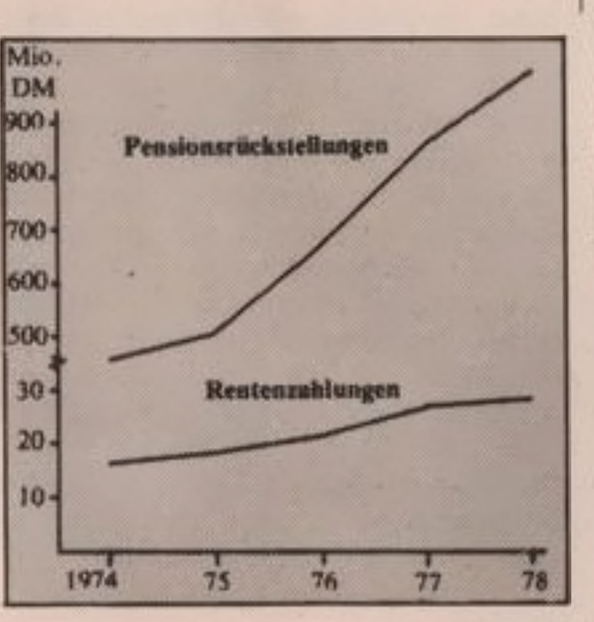
b.wop. **Der größte Vermieter Hildesheims, die Gemeinnützige Baugesellschaft, geht daran, nach Verabschiedung des ,,Ersten Gesetzes zur Änderung des Energieeinsparungsgesetzes'' vom 20.6.80 alle Wohnungen auf eine individuelle Abrechnung von Heizkosten umzustellen.** Nach dem Gesetz sollen bei gemeinschaftlichen Heizanlagen der Energieverbrauch der Benutzer erfaßt und die Kosten nach dem Verbrauch aufgeteilt werden. Nachdem die Steigerung z.B. der Strompreise bereits zu einem Rückgang des

Betriebsrente Bosch: Billige Kredite für die Kapitalisten, für die meisten Beschäftigten Almosen

r.reb. ,,In der Tat wurde die Bosch-Hilfe als eine Art Sparkasse für das Werk im Zur-Verfügung-Stellen von Betriebskapital ganz wichtig.'' Dieses denkwürdige Zitat stammt aus dem Buch ,,Robert Bosch – Leben und Leistung'' von Theodor Heuss. Das muß ihm rausgerutscht sein, denn normalerweise liest man über die Bosch-Hilfe eher folgendes: ,,Noch etwas besonderes schuf Bosch in dieser Zeit des wirtschaftlichen Auf und Ab: die Bosch-Hilfe, eine Stiftung für die Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenfürsorge, die damals wie heute in der breiten Öffentlichkeit als vorbildlich und beispielgebend gilt. Sie ist die wichtigste soziale Einrichtung des Hauses Bosch.'' (75 Jahre Bosch)

Dazu müßte man wissen, daß Bosch bis 1913 die Arbeiterbeiträge zur Sozialversicherung vollständig selber trug. Als er sie dann 1913 auf die Arbeiter überwälzte, kam es zu einem großen Streik, nach dem er zusichern mußte, den so eingesparten Betrag weiter zum Wohl der Arbeiter zu verwenden. Gegründet wurde die Bosch-Hilfe jedoch erst 1927. Sie ist in keiner Weise ein Ersatz für die geraubten Lohngelder. Die Robert Bosch GmbH zahlte im Jahr 1978 rund 290 Mio. DM für Sozialabgaben, zahlte sie wie 1913 noch immer den Arbeitnehmeranteil mit, so wären das nochmal 290 Mio. DM. Die Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung machten rund 146 Mio. DM aus, die ausgezahlten Betriebsrenten jedoch nur 28 Mio. DM. Also erstens kein Ersatz für die Zahlung aller Sozialversicherungsbeiträge wie 1913 und zweitens eine beachtliche Kluft zwischen eingezahlten und ausgezahlten Geldern. Betrachtet man das nebenstehende Schaubild, so sieht man, daß diese Kluft sich in den letzten Jahren sogar noch vergrößert hat. 1978 haben die an der Bosch-Hilfe beteiligten Firmen fast 1 Milliarde DM Pensionsrückstellungen getätigt, dazu kommt noch das Vermögen der Bosch-Hilfe selber mit 487 Mio. DM, aber nur besagte 28 Mio. DM Renten ausgezahlt.

Gehen wir nun der oben zitierten Aussage von Theodor Heuss auf die Spur. In der Satzung der Bosch-Hilfe von 1980 heißt es: ,,Gestattet ist jedoch eine Rückübertragung von Vermögensteilen auf Verlangen von Stifterfirmen, soweit diese steuerlich zulässig ist.'' Und weiter: ,,Die Anlage des Vereinsvermögens hat entsprechend den jeweiligen gesetzlichen, insbesondere steuerbefreienden Vorschriften zu
dere steuerbefreienden Vorschriften zu

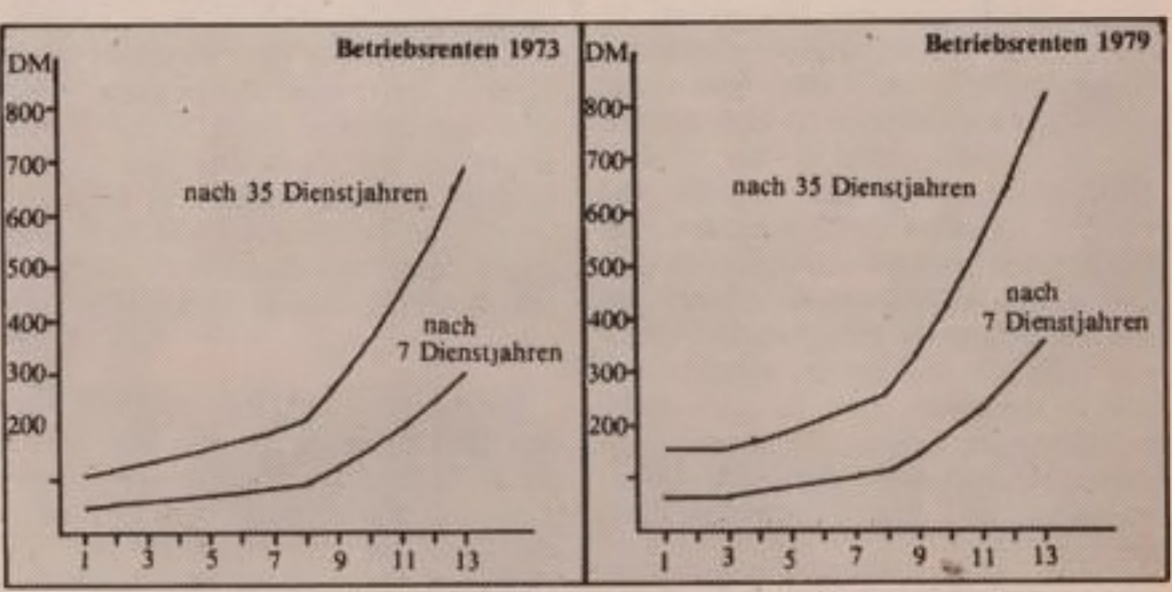


erfolgen. Soweit diese es zulassen, ist das Vereinsvermögen bevorzugt und überwiegend den Stifterfirmen als Darlehen gegen Zinsvergütung zur Verfügung zu stellen.'' Die Bosch-Hilfe ist also zum überwiegenden Teil ein Investitionsfonds für die beteiligten Kapitalisten und dazu noch billiger als die Banken.

Die beiden Schaubilder über die Höhe der Rente nach Einkommensklassen der Bosch-Hilfe machen deutlich, daß die Betriebsrenten erst ab einem Einkommen der Gruppe 9, das sind 3345 DM, so richtig zu steigen anfangen. Bei einem Einkommen von 1524 DM gibt es nach 35 Dienstjahren 153 DM Rente, bei einem Einkommen über 4500 DM sind es bereits 816 DM. Verdient einer dreimal soviel wie eine Arbeiterin in LG 1, so bekommt er dafür auch noch fünfmal soviel Rente. In den beiden Schaubildern haben wir die Entwicklung sowohl der Bemessungsgrundlagen als auch der Renten von 1973 auf 1979 verglichen. Die Begünstigung der hohen Einkommen hat sich noch verstärkt.

ganze 66,20 DM Rente. Bei 35 Dienstjahren waren das 10% des Bruttolohns, was als Rente herauskam, bei sieben Jahren sind es nur noch 4,3%. Bei der Hungerrente, die jemand mit diesem Einkommen im Rentenalter erhält, sind 66,20 DM nicht genug zum Leben, während bei einem hohen Einkommen 816 DM schon eine nette Beigabe sind, machen sie bei 4500 DM Einkommen doch immerhin 18% aus.

Das sind noch lange nicht alle Einschränkungen und Gerechtigkeiten dieser ,,vorbildlichen'' Rentenregelung. Die ausländischen Arbeiter haben z.B. überhaupt keinen Anspruch auf Betriebsrente. Auch die übrigen Anwärter müssen die Leistung als ,,freiwillig'' ansehen und haben keinen ,,Rechtsanspruch'' auf Betriebsrente. Voraussetzung für die Betriebsrente ist sowieso eine Betriebszugehörigkeit von fünf Jahren. Wechselt man die Arbeitsstelle, bleibt die Rentenanwartschaft nur bestehen, wenn man zu diesem Zeitpunkt mindestens 35 Jahre alt ist und zehn Jahre Betriebszugehörigkeit hat. Ansonsten sieht man keinen



Einkommensbandbreiten für die Rentengruppen des Versorgungsplans
Rentenfähiges Monatsarbeitseinkommen im Jahresdurchschnitt

Jahr	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1973	1000	1105	1220	1350	1490	1645	1820	2010	2220	2455	2715	3000	3315
1979	1524	1680	1850	2045	2255	2490	2745	3030	3345	3690	4075	4500	mehr

Bis jetzt sind wir die ganze Zeit von der Höchstrente ausgegangen, d.h. von der Rente, die man nach 35 Jahren Betriebszugehörigkeit erhält. 1978 standen 75339 Beschäftigten der Bosch-Gruppe Inland 18249 Rentenempfänger gegenüber, ein Verhältnis 1:4. Anwartschaft auf eine Rente hatten 1978 37000 Beschäftigte, also die Hälfte. In der Glanzschrift von Bosch kann man leider nicht erfahren, wieviele Beschäftigte es überhaupt auf 35 Dienstjahre bringen. Mit wachsender Intensität der Arbeit, zunehmender Schichtarbeit und höheren Akkorden
Intensität der Arbeit, zunehmender Schichtarbeit und höheren Akkorden
wächst jedoch bekanntlich die Fluktuation der Beschäftigten in diesen Bereichen. Vergleichbare Daten haben wir nur von ,,fuba'', wo die Fluktuation in den 70er Jahren 10% höher war als in den 60er Jahren. Eine Frau arbeitet bei ,,fuba'' im Durchschnitt sieben Jahre. Die Jahre der Betriebszugehörigkeit werden sich also mit dem Einkommen steigern, weil die Arbeit wie auch der Lohn in den unteren Einkommensklassen gar nicht 35 Jahre lang zu ertragen sind. Bei sieben Jahren Betriebszugehörigkeit in Einkommensklasse 1, also bis 1524 DM, bekommt man nach der Berechnung von 1979

Pfennig, was bei fristloser Kündigung sowieso der Fall ist. Diese Mindestregelung, sowie die Zahlungspflicht des Kapitalisten, wenn er pleite ist, sind auch erst seit dem Gesetz zur betrieblichen Altersversorgung von 1974 gültig. Dennoch sind dem Kapitalisten Kürzungen vorbehalten, wenn sich die ,,wirtschaftliche Lage des Unternehmens nachhaltig wesentlich verschlechtert,'' oder der Personenkreis mit Rechtsanspruch sich wesentlich ändert, oder sich die ,,steuerrechtliche Behandlung der Aufwendungen, die zur planmäßigen Finanzierung der Versor-
handlung der Aufwendungen, die zur planmäßigen Finanzierung der Versor-
gungsleistungen gemacht werden'', sich wesentlich ändern, sprich die Kapitalquelle nicht mehr so billig ist.

Bezahlte die Betriebsführung die jährlichen Pensionsrückstellungen in die allgemeine Rentenversicherung ein, wären das 1978 pro Beschäftigten und Monat 161 DM, grob gerechnet, gewesen. Der durchschnittliche Rentenversicherungsbeitrag in der BRD liegt bei 216 DM, mit den 161 DM Pensionsrückstellungen könnten die Bosch-Kapitalisten 74% des ,,Arbeitnehmerbeitrages'' zur allgemeinen Rentenversicherung bezahlen.



Betriebsversammlungen in den VW Werken

r.pee. In den ersten Tagen nach der Aktionärshauptversammlung in Wolfsburg haben in den VW-Werken Braunschweig, Kassel und Wolfsburg die Betriebsversammlungen stattgefunden. Begierig hat sich die Pressemeute auf die Ausführungen der Vorstandssprecher wie des Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Ehlers zur Automobilkonjunktur gestürzt.

„Japaner sollen Auto-Export beschränken"... „Forderungen des VW-Betriebsratsvorsitzenden Ehlers – Appell an die Bundesregierung" war die Hauptüberschrift in der Braunschweiger Zeitung vom 10.7.80 auf Seite 1. Was steckt dahinter? Innerhalb von 19 Jahren haben die japanischen Automobilkapitalisten ihren Anteil an der Weltautomobilproduktion von 3% auf 23% ausgebaut, in der BRD haben sie einen Marktanteil von 9%. „Man könne nicht zusehen wie unter rigoroser Ausnutzung der japanischen Automobilarbeiter die Bundesrepublik mit einer billigen Fahrzeugschwemme überzogen werde" erklärte S. Ehlers in Wolfsburg. Als wenn es die VW-Kapitalisten im Inland und in der Welt jemals anders machen und gemacht haben. Jahrelang haben die VW-Kapitalisten das Monopol auf dem Klein- und Mittelklassewagenmarkt gehabt, und sie haben durch die Einführung technischer Neuerungen den Vorsprung in der Ausbeutung und Vernutzung der Arbeitskraft genossen. Nur auf anderem Niveau wie die japanischen Kapitalisten, aber Ausbeutung ist und bleibt es. Da rauszukommen gibt es nur eine Lösung: die Verschärfung der Ausbeutung, mittels Drücken der Löhne und Verschärfung des Akkords in den inländischen und ausländischen Werken. Dafür können der Betriebsrat und die „Arbeitnehmervertreter" im Aufsichtsrat auch nicht sein. Es ist das schiere kapitalistische Prinzip „der Größere schlägt den Kleineren tot", nicht anders hat es VW auf dem Weltmarkt gemacht, und die Kapitalisten anderer Automobilfirmen werden genauso Zeter und Mordio gebrüllt haben wie es jetzt Schmücker und die Kapitalisten tun. Die VW-Arbeiter können auf keinen Fall für die Konkurrenzschlacht der Kapitalisten ins Feld gehen, und das haben sie auch nicht vor, wie der spontane Beifall für einen Redner auf der Wolfsburger Betriebsversammlung bezeugt, der erklärte „... die VW-Arbeiter sollen in die Konkurrenzschlacht ziehen, damit beim Vorstand die Kasse und bei den Aktionären die Dividenden stimmen ... das ist nicht einzusehen..."

Auf jeden Fall ist es keine Krise der Automobilindustrie hat Vorstandsmitglied K.H. Briam in Wolfsburg erklärt. Es ist „ein Auf und Ab im Wellental der Konjunktur". Das hätte VW schon lange vorher gesehen.

Arbeitszeitverkürzungen in allen Formen sei notwendig, um die Folgen der Rationalisierung auszugleichen. Auch müsse man überlegen, ob Schicht- und Bandarbeit überhaupt noch zeitgemäß sei, erklärte z.B. der Betriebsratsvorsitzende Mihr aus Kassel. Damit wird er sicherlich Recht haben, die Forderungen nach Verbot von Schicht- und Akkordarbeit stehen schon geraume Zeit. Über folgende Punkte befinden sich die Betriebsräte mit der Betriebsführung in Verhandlungen: Gleichbehandlung von Arbeitern und Angestellten bei der Krankheitsregelung. Gefordert wird, daß auch die Arbeiter sich 3 Tage ohne ärztliches Krankschreiben entschuldigen können. Der Betriebsrat tritt für einen Ausschuß ein, der die Arbeitsplätze nach auftretenden Krankheitsursachen untersuchen soll. Wegfall der 100 DM Strafgebühr bei der Fahrzeugabbestellung. Zahlung einer Sonderprämie für das gute Geschäftsjahr zum Weihnachtsgeld, was von den Arbeitern unterstützt, aber tarifvertraglich gefordert wurde.

Von Seiten der Arbeiter wurde in etlichen Redebeiträgen vom Vorstand die Erhöhung des Rabattes auf Neufahrzeuge gefordert. Redner in Kassel, Braunschweig und Wolfsburg forderten die Heraufsetzung auf mindestens 18%, wie sie VW nur bei den großen Fahrzeugen gewährt, sowie ein weiteres Garantiejahr für Jahreswagen von Werksangehörigen. Ebenfalls wurde auf den verschiedenen Betriebsversammlungen vom Vorstand die Zusage gefordert, daß es bei VW keine Kurzarbeit gibt, stattdessen die Überstunden und Sonderschichten abzubauen, sowie die Stückzahlen zu senken, und dies durch Betriebsvereinbarung festzuschreiben. Die Sicherheitsvorkehrungen an den Arbeitsplätzen, die schleppende Durchführung bei der Lohndifferenzierung und die Schinderei an den Bändern und Maschinen waren weitere zentrale Punkte der Arbeiter, wie auch die Unterstützung der Streikbewegung in den ausländischen VW-Werken ein zentraler Punkt war. Über 18000 DM hat nach Auskunft des Betriebsratsvorsitzenden Ehlers die IGM und der Vertrauenskörper in Wolfsburg für die Unterstützung des brasilianischen Metallarbeiterstreiks gesammelt. Der VW-Konzern wurde auf den Versammlungen aufgefordert, die Forderungen der streikenden VW-Arbeiter in Azania zu erfüllen.

Zentrale Wasserversorgung: Gebührenpresse mit betrügerischem Etikett

b.voh. Im „Generalplan Wasserversorgung Niedersachsen" (1974) wird das Bundesland in 46 große Versorgungsgebiete eingeteilt. Innerhalb eines solchen Raumes soll möglichst nur *ein* leistungsfähiger Träger vorhanden sein. Die Zentralisierung der Wasserversorgung, begründet mit der Sicherstellung qualitativ und quantitativ ausreichenden Trink- und Brauchwassers, hat seitdem v.a. in den ländlich strukturierten Gebieten zu einem konzentrierten Kosten- und Gebührenangriff auf die Arbeiter und Bauern geführt, der überall Widerstand hervorrief. Anschlußkosten von 3 – 5000 DM für ein Wohnhaus sind normal und dies bei Gemeinden, die vorher in der Regel über eine ausreichende preiswerte eigene Versorgung über Brunnen und Quellen verfügten.

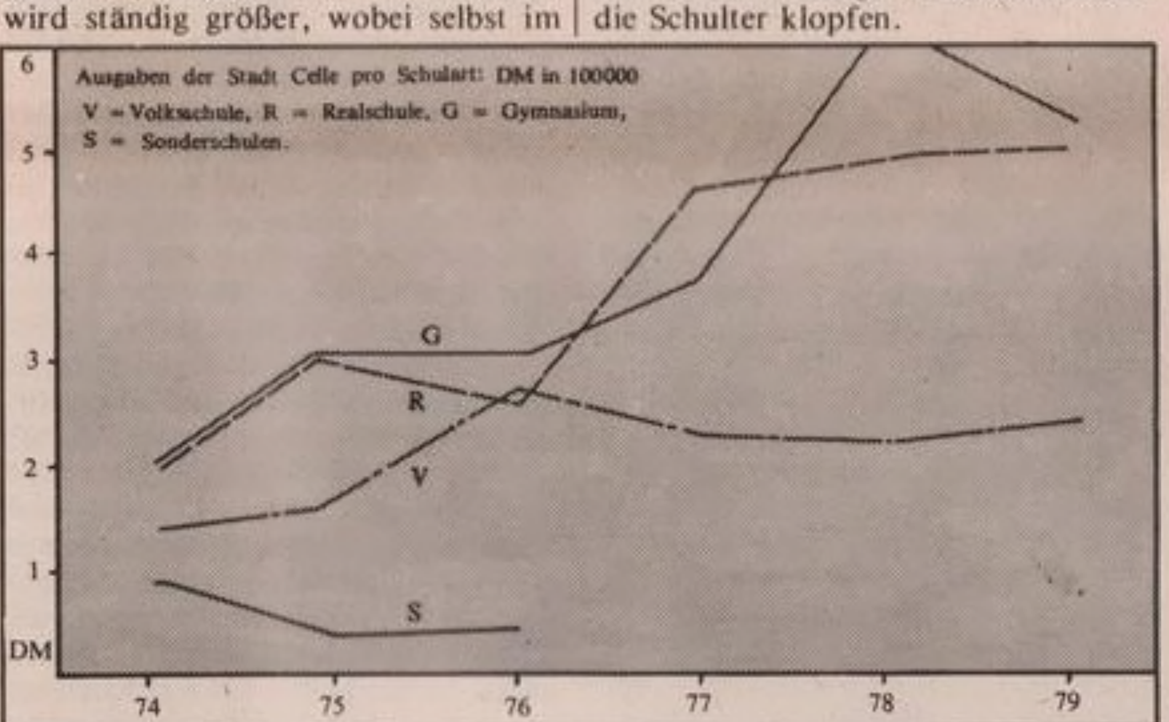
Die Gemeinde Scheden im Landkreis Göttingen verfügt z.B. seit 70 Jahren über eine Wasserleitung, die aus einer der größten Quellen Niedersachsens gespeist wird. Seit der Gebietsreform, die Scheden zur Samtgemeinde Dransfeld schlug, war ausgemacht, daß dieser Zustand gegen die „Gebührengerechtigkeit" verstieß, folglich Wasseruhren eingebaut werden mußten, um die Gleichheit wiederherzustellen. Der Preis: mehr als 300% Gebührensteigerung für die Bewohner, die vorher pauschal 37 DM pro Kopf und Jahr zahlten. Ähnlich im Landkreis Northeim. In Edesheim zahlte eine fünfköpfige Familie 30,- DM Wassergeld im Jahr. Mit dem Anschluß an die Northeimer Ringleitung müssen 0,75 DM/m³ gezahlt werden – nicht berücksichtigt Anschlußkosten und Kanalgebühren.

Einher mit der zentralen Wasserversorgung geht die Zentralisierung der Abwasserbeseitigung. Am 1.1.81 wird die 4. Novelle zum Wasserhaushaltsgesetz in Kraft treten, die die Gemeinden zur Abwasserbeseitigung verpflichtet und – falls sie dieser Pflicht nicht nachkommen – mit erheblichen Gebühren belegt. Nach Berechnungen eines Ingenieursbüros müßten die Northeimer Ortschaften Hollenstedt, Stöckheim, Edesheim und Hohnstedt Gelder zwischen 52500 DM (1981) und 175000 (1986) aufbringen, wenn sie nicht an die Northeimer Kläranlage angeschlossen würden. Mit diesem finanziellen Druck sollen die Gemeinden gepreßt werden, sich der zentralen Abwasserbeseitigung anzuschließen, um dann – im Namen des Umweltschutzes – Mark um Mark für steigende Gebühren aufzuwenden. Heute schon beträgt die Kanalgebühr in Northeim 2,20 DM/m³. Die bürgerlichen Politiker sehen hier allerdings noch erheblich mehr drin. Mit Blick auf die hohen Investitionen schreibt die SPD: „Aber selbst, wenn Bund und Land sich an der Finanzierung beteiligen, wird es nicht zu umgehen sein, daß die Gebühren Zug um Zug in vertretbarer Höhe angehoben werden." (North. Rundschau, April 79).

Die Bauern und Arbeiter in Scheden wie in Edesheim, Lagershausen usw. haben den Kampf gegen diese Maßnahmen des Staatsapparates geführt, weil „Sicherstellung der Wasserversorgung" und „Umweltschutz" betrügerische Etiketten für diese Gebührenpresse sind. Durch den Anschluß an Echte an die Kalefelder Wasserversorgung ist nur *sichergestellt,* daß der Wiesenhof-Hähnchenkapitalist in Kalefeld nun nicht mehr mit Versorgungsengpässen rechnen muß. Zahlen müssen das die Arbeiter und Bauern in Echte. Und Umweltschutz? Daß das Wasser in den kleinen Orten überall qualitativ gut sei und anschließend optimal geklärt würde, wird niemand behaupten. Nichts gegen die Verbesserung der Wasserversorgung, gegen gründliche Klärung des verbrauchten Wassers. Aber daß dies eine Notwendigkeit ist, fällt den bürgerlichen Politikern just ein, weil den Kapitalisten, die für ihre hochentwickelte Maschinerie Wasser hoher Güte benötigen, Quantität und Qualität des vorhandenen zu schäbig ist. Auf welchem Wege die daher notwendigen Investitionsmittel beschafft werden, zeigen die Beispiele. Im Kampf dagegen hat die Bürgerinitiative Lagershausen/Edesheim einen Teilerfolg erzielen können. Seit 1975 wurde gegen den Einbau der Wasseruhren gekämpft. Der erzielte Kompromiß – Berechnung nach Verbrauch erst ab 1982 – hat den Einwohnern Zehntausende erspart.

CDU-Schulpolitik Celle: „Ein Herz für die Arbeiterjugend"

b.hok. Landauf, landab tönt die CDU in Niedersachsen, wie in Celle, daß Wohl der Sonderschüler liege ihr besonders am Herzen. Doch der Wolf frißt Kreide. Tatsache ist 1., der CDU-Stadtrat stellt für die Volks- und Sonderschulen entschieden zu geringe finanzielle Mittel bereit. Die Schere zwischen Gymnasien und Volksschulen wird ständig größer, wobei selbst im Lehrmittelraum der Gymnasien nicht eitel Sonnenschein herrscht. Tatsache ist 2., der CDU-Kreistag hat bis 1977 8,4% der Schüler in Sonderschulen gepreßt, fast doppelt soviel wie im Bundesdurchschnitt. Schallschluck und Telefunken werden dem Stadtrat für einen solch hohen Anteil unausgebildeter und damit billiger Arbeitskräfte auf die Schulter klopfen.



Zugrundegelegt sind die Gesamtausgaben der Stadt für wahlweise insg. 9 Schulen. 3 V., 2 R., 2 G. und 2 S.

Schüler der 7., 8. und 9. Klassenstufen nach Schulzweigen 1978 (Landkreis Celle 9/77)

	Hauptsch.	Sondersch.	Realsch.	Ges. Sch.	Gymnasien
Bund	40,8%	4,8%	25,6%	3,6%	25,3%
Hamburg	23,5	5,1	31,9	6,4	33,1
Niedersachsen	37,7	5,2	30,4	2,4	24,4
Landkreis Celle	34,5	8,4	31,5		25,4

Quellen: Stat. Bundesamt, Fachserie 11.1. Allgemeines Schulwesen; Schul- und Kulturamt Landkreis Celle, Stand 1.10.1977

Zum 1. August 1980 öffnet Remmers erneut sein sorgenvolles Herz für die Arbeiterjugend. Das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) wird verpflichtend eingeführt. Sämtliche Schüler, die unterhalb der Klasse 8 die Volksschule verlassen, sowie Sonderschüler, müssen ins BVJ. Von wöchentlich 36 Unterrichtsstunden dort sollen 18 in Fachpraxis (2 Berufsfelder) erteilt werden. Gesetzlich ist festgelegt, daß der Hauptschulabschluß nicht abgelegt werden kann – damit erlischt nach diesem Jahr die Berufsschulpflicht.

Volle Arbeitskraft für die Geldsäcke. Gewerkschaftssekretär P. Lindner von der IG Metall bezeichnet in einer Unterrichtsstunde am Gymnasium Ernestinum das BVJ – völlig zur Recht – als Lehrerbeschäftigungstherapie und Schülerverdummungsanstalt.

Lehr- und Lernmittel pro Schüler in den versch. Schultypen in DM

	76	77	78	79
Volksschulen				
Wietzenbruch	33,5	31,9	34,1	41,1
Altencelle	20,3	20,2	21,6	21,7
Klein-Hehlen	27,2	30,2	27,7	29,2
Realschulen				
Auf der Heese	48,8	44,2	42,9	41,4
Burgstraße	150,0	42,9	46,1	44,1
Gymnasien				
KAV	52,7	44,5	42,2	41,4
Ernestinum	151,2	147,5	128,7	30,2

Stromverbrauchs geführt hat, soll die Einschnürung der Reproduktion gesetzmäßig intensiviert werden. Die Gemeinnützige hatte die Umstellung in Hildesheim schon vor einigen Jahren „mit unterschiedlichem Erfolg" versucht. Die Umstellungen sollen insgesamt „Energieeinsparungen" von 15% bringen. Die Kosten, z.B. für Heizkostenverteiler nach dem Verdunstungsprinzip: 5,79 DM pro Heizkörper oder für Warmwasserventilzähler – nachträglich eingebaut – 197,29 DM dürfen die Mieter aufbringen.

r.bia. **Der Olympia-Betriebsrat lehnt die Massenentlassungen von 350, hauptsächlich Angestellten, ab.** Zu der Ablehnung war es gekommen, nachdem die Geschäftsleitung angekündigt hatte, sie wolle nach den Sommerferien 175 neue Arbeiter einstellen, gleichzeitig jedoch die geplanten Entlassungen durchsetzen. Trotz der drohenden Massenentlassungen werden von den Olympia-Arbeitern die Forderungen nach einem neuen Lohntarifvertrag aufrechterhalten. Am 16.6. kündigte die IG-Metall den Arbeitswertgruppenvertrag mit dem Ziel, den Sondertarif mit 11 Lohngruppen zu beseitigen. Ferner konnte zum 1. Mai ein Abgruppierungsschutzvertrag mit 18-monatiger Lohnabsicherung durchgesetzt werden. Ehrenberg, Bundestagsabgeordneter aus Wilhelmshaven, ist auf einer Sitzung des Betriebsrates, der Vertrauenskörperleitung und dem SPD-Unterbezirksvorstand Wilhelmshaven, angegriffen worden. Er hatte immer wieder in den Tageszeitungen verbreiten lassen, daß mit Olympia alles klar sei, von Entlassungen wollte er nichts gewußt haben. Mit seinen Äußerungen in der Presse hatte er immer wieder verhindern wollen, daß die Belegschaft Kampfmaßnahmen einleitet. Das ist ihm nicht gelungen. Stattdessen sind Ehrenberg und die Sozialdemokraten bei Olympia unter Druck geraten.

b.wal. **Auf einem ÖTV-Seminar studentischer Extrawachen am 5./6. Juli in Bad Lauterberg/Harz wurde ein Forderungskatalog erarbeitet.** Er enthält u.a. Forderungen nach festen Dauerarbeitsverträgen auf Grundlage von bezirklichen Tarifverträgen, die zwischen ÖTV und Krankenhausträgern abgeschlossen werden. Bezahlung und Sozialleistungen sollen entsprechend dem BAT geregelt werden. Die Extrawachen wollen eine feste Zuordnung zu einer Krankenhausstation oder Abteilung.

b.peh. **Auf der Betriebsversammlung bei Zeiss am letzten Dienstag berichtete der Betriebsrat über zwei abgeschlossene Betriebsvereinbarungen.** Die Maschineneinrichter sollen künftig in der Regel in der LG 9 (statt bisher 7 – 10) eingestuft werden. Wer 200 Stunden im Halbjahr höherwertige Arbeiten gemacht hat, soll in die entsprechende höhere Lohngruppe eingestuft werden. Unbeantwortet sind noch die Angriffe, die die Geschäftsleitung mittels der neuen CNC-Maschinen durchführt: Die Schichtarbeit wird unbeschränkt ausgedehnt, Lohngruppen und Vorgabezeiten an den neuen Maschinen sind nicht festgelegt.

Veranstaltungen

Veranstaltungen im Rahmen des revolutionären Volksbildungsprogramms des KBW und der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten (Auszüge)

Montag, 14.7. bis Freitag, 18.7.80
Der deutsch-französische Krieg und die Reichsgründung
Hannover, Freizeitheim Lister Turm, Walderseestr., 20.00 Uhr
Celle
Der Dreißigjährige Krieg und die Vernichtung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Der Feudalismus verfault und siecht weiter. In Deutschland fehlt der Bourgeoisie der Hebel des Königtums.
Stadthagen, Bahnhofsgaststätte, Bahnhofstr., 19.00 Uhr
Mit dem Faschismus schlägt die Finanzbourgeoisie die Arbeiterbewegung nieder und greift erneut nach der Weltherrschaft.
Braunschweig, Treffpunkt TU Hauptgebäude, 19.30 Uhr
Bielefeld, Universität, Raum M 3100, jeweils 19.30 Uhr
Schulung
W.I. Lenin: „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus"
Göttingen, Afro-Asiatenheim, 19.30 Uhr
Dienstag, 15.7.80
Prozeß wegen „fahrlässiger Tötung" im Straßenverkehr
Wolfenbüttel, Amtsgericht, Rosenwall 1a, Zimmer 32, 9.00 Uhr

Vorankündigung

Montag, 21.7. bis Freitag, 25.7.80
Die Unterdrückertätigkeit Friedrichs des Großen und Preußens Rolle im Kampf um die Einheit der Nation. Feudalismus und Bourgeoisie beginnen sich zu verschwägern.
Nienburg, Gaststätte am Stadtrand, Verdener Landstr., 20.00 Uhr
Schulung
W.I. Lenin: „Was tun?"
Braunschweig, Treffpunkt TU Hauptgebäude, 19.30 Uhr
Montag, 28.7. bis Freitag, 1.8.80
Entstehung und Geschichte des Hannoverschen Königshauses
Hannover, Universität, Architekturgebäude, 20.00 Uhr
Die Epoche des Imperialismus. Ungleichmäßige Entwicklung der imperialistischen Hauptmächte. Der deutsche Imperialismus greift nach der Weltherrschaft. Unvermeidlichkeit des Krieges.
Holzminden, Hotel Deutsches Haus, Stahle, 20.00 Uhr
Schulung
J. Stalin: „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR"
Hildesheim, Gaststätte Jägerhof, Steuerwalderstr., 20.00 Uhr
Nach der Zerschlagung des NAZI-Regimes durch die Alliierten: Kampf für einen demokratischen Friedensvertrag.
Minden, jeweils 19.30 Uhr.

Landesregierung diktiert die Kündigung der Belegärzte

b.mas. ,,Vollziehen sie doch endlich einmal die gefaßten Beschlüsse...'', erklärte Regierungspräsident W. Stich bei der Teilbereichsbesichtigung des Krankenhauses Halle/Werther in Halle. Offensichtlich stoßen die gefaßten Beschlüsse auf wenig Gegenliebe bei den Kommunalpolitikern. Dementsprechend hat die Landesregierung als ,,Hilfeleistung'' die Sperrung bereits bewilligter Gelder für die Krankenhäuser Harsewinkel und Halle/Werther angeboten.

So mußte das Kuratorium des St.-Lucia-Hospitals die Kündigung der Belegärzte und die Kooperation mit zwei Gütersloher Krankenhäusern beschließen. Diesem Beschluß waren einige Drohungen des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Farthmann, vermittelt über seinen Referenten beim RP, Dr. Koblenz vorausgegangen. U.a. ließ Farthmann sagen: ,,Beharrt das Kuratorium auf dem bisherigen Belegarztsystem, können die Landesmittel bereits per 1.7.1980 gestrichen werden''. Zu den Landesmitteln aus dem Krankenhausfinanzierungsgesetz gehören u.a. Mittel nach §9 (Umstrukturierung und langfristige Investitionen), §10 (Investitionen für 3 – 15 Jahre, die pauschal gezahlt werden), sowie §12 (alte Lasten). Die alten Lasten betragen z.Z. etwa 800000 DM mit einer jährlichen Belastung von ca. 80000 DM. Auch von den Krankenkassen ist in letzter Zeit Druck in Richtung Kündigung der Belegärzte zur Umwandlung in eine Fachklinik für Geriatrie (Sterbeklinik) ausgegangen. So sind Anträge von zwei Ärzten um eine Belegung von der kassenärztlichen Vereinigung nicht genehmigt worden.

Anträge auf eine stationäre chirurgische Versorgung bei Umwandlung in eine Sterbeklinik wurden abgelehnt. D.h. die Behandlung von Unfällen wird um ca. 20 Kilometer verlagert. Insbesondere gegen diese Maßnahme haben seinerzeit der Betriebsrat sowie die Betriebsleitung von Claas protestiert und wurde eine Bürgerinitiative unter Führung von CDU-Mitgliedern gegründet. Die Betriebsleitung Claas fürchtet in diesem Zusammenhang profithemmende Arbeitsschutzmaßnahmen. Zu der Kooperation mit Gütersloher Krankenhäusern ist zu sagen, daß Stadtdirektor Wixforth vor ca. einem Jahr Klagen über Überbelastung bestätigen mußte. In bezug auf die Demonstration am 31.1. in Gütersloh hat Wixforth diese Fakten schnell wieder vergessen. Da waren zum Zweck der Spaltung keine Gütersloher Interessen berührt, obwohl sich in den Krankenhäusern nichts verändert hat.

Forderungslage nach den Betriebsversammlungen in der Metallindustrie / 2. Quartal

b.roh. Die Betriebsversammlungen des 2. Quartals sind weitgehend durchgeführt worden. Es sind fast überall Forderungen nach mehr Lohn erhoben worden bzw. nach Sicherung der Löhne und Gehälter gegen die Angriffe der Kapitalisten. Dafür setzen sich die Betriebsräte ein. Jedoch sind die Forderungen unterschiedlich und die Möglichkeiten sie durchzusetzen auch. Dies hängt ganz offensichtlich mit der unterschiedlichen Geschäftslage der Kapitalisten zusammen und den sich daraus ergebenden Möglichkeiten, die Belegschaften und die Betriebsräte zu erpressen bzw. den Forderungen der Belegschaften nachzugeben. Wenn überhaupt sind die Kapitalisten anscheinend nur bereit, über einmalige Sonderzahlungen zu verhandeln und damit die Belegschaften hinzuhalten, um in einer Situation des Absatzrückganges den Angriff auf den Lohn umso besser führen zu können. Es zeichnet sich ab, daß die Interessen der Belegschaften nur erfolgreich verfochten werden können, wenn sich die Tarifkommissionen der IG-Metall auch mit der Frage von Lohnerhöhungen befassen. Ei-

können, wenn sich die Tarifkommissionen der IG-Metall auch mit der Frage von Lohnerhöhungen befassen. Ei-

ne Möglichkeit, die tarifliche Sicherung der Löhne mit stärkerer Anhebung der unteren Lohngruppen zu verbinden sowie das Interesse an sofortiger Lohnerhöhung mit der Tarifbewegung 80/81 zu verbinden, ist, von den Kapitalisten die Vorweganhebung der Tariflöhne und -gehälter zu verlangen.

Übersicht: *VW-Werke:* Sonderprämie für gutes Geschäftsjahr, Erhöhung des Rabatts für Werksangehörige, Rationalisierungsschutz gegen die Auswirkungen von Bildschirmarbeit, Einsetzung einer Kommission des Betriebsrates, die die Ursachen des hohen Krankenstandes untersucht und Forderungen dagegen erarbeitet (Forderungen des Betriebsrates), Erhöhung aller Löhne und Gehälter durch eine tariflich abgesicherte Vorweganhebung, Erfüllung der Forderungen der Arbeiter in den Auslandswerken (Diskusionsredner); *MAN/Braunschweig:* Zahlung eines 13. Monatslohnes bzw. -gehaltes (Betriebsrat), Vorweganhebung aller Löhne und Gehälter (Diskussionsredner); *Siemens/Braunschweig:* Beteiligung des Betriebsrates bei der Festlegung von innerbetrieblichen Lohnerhöhungen, Vereinbarung über Bildschirmarbeit (Betriebsrat), Steuergrundfreibetrag von 25% des Durchschnittslohns, Vorweganhebung aller Löhne und Gehälter (Diskussionsredner); *Zeiss/Göttingen:* Keine Eingruppierungen in Lohngruppe 1 (Betriebsrat), keine Lohneinbußen für Arbeiter, die aus gesundheitlichen Gründen keinen Akkord mehr arbeiten können (Vertrauenskörperleitung); *Fuba/Bad Salzdetfurth:* Keine Ausweitung von Akkord- und Schichtarbeit, Anhebung der unteren Lohngruppen (Be-

Bad Salzdetfurth: Keine Ausweitung von Akkord- und Schichtarbeit, Anhebung der unteren Lohngruppen (Be-

triebsrat); *Max Müller/Hannover:* Vereinbarung über Bildschirmarbeitsplätze (Betriebsrat); *Hanomag/Hannover:* Abbau der Überstunden, neues Akkordbewertungssystem, das die Nachteile der unteren Lohngruppen einschränkt, Vereinheitlichung der Werksrenten (Betriebsrat), höhere Löhne, keine Ausweitung der Nachtarbeit, höhere Nachtarbeitszuschläge (Diskussionsredner); *Benteler/Bielefeld:* mehr bezahlte Pausen bei Dreischichtarbeit (Betriebsrat), Abbau von Überstunden, höhere Löhne (Diskussionsredner).

Erfolg für Fachschaften bei Wahlen – erneut ungültig?

b.hee. Nach der ungefähr anderthalbjährigen Auseinandersetzung um Wahlordnung und AStA-Anerkennung konnten in der vergangenen Woche vom 8. bis 10. Juli die vom Universitätspräsidenten Seidel ausgeschriebenen und von der großen Mehrheit der Studenten geforderten Neuwahlen zu den Fachschaftsräten und den Fachschaftsvertretern für das Studentenparlament durchgeführt werden. Es haben 4551 Studenten der Universität von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht; das entspricht einer Wahlbeteiligung von 24,5%. Gültige Stimmen: 4397, ungültig: 154. Gemessen an den verschrobenen Vertretungsansprüchen des im Februar mit etwas über 2% ,,gewählten'' und seitdem an der Uni herumgeisternden RCDS-Schatten-AStAs ist dies ein eindeutiges demokratisches Votum der Studentenschaft, wenngleich das ziemlich gute Ergebnis von vor einem Jahr (Wahlbeteiligung über 30%) nicht erreicht werden konnte.

Die in einer einheitlichen Listenverbindung (Bezeichnung: ZOFF) kandidierenden Fachschaftslisten konnten im allgemeinen einen überwältigend großen Anteil der gültigen Stimmen verbuchen, nur bei Jura lag der Anteil der ZOFF-Liste mit 47,5% unter dem der neben ZOFF kandidierenden Juso-Liste mit 52,5%. Ansonsten liegen die ZOFF-Listen im Bereich von 69,7% (Elektrotechnik) bis 90,9% (Erdwissenschaften), während gleichzeitig kandidierende Juso-Listen bei 8,1% (Erdwissenschaften) bis in den Bereich um die 20% herum liegen. Argus (eine rechte Liste) erhielt an verschiedenen Fachbereichen Stimmenanteile von 0,9% bis zu 23,8%. Im Studentenparlament werden vertreten sein: 4 Jusos, 2 Vertreter von Argus; von den 53 ZOFF-Mandatsträgern sind 4 (soweit erkennbar) MSB-Mitglieder und 1 Mitglied der KHG.

Am 9.7.1980, dem zweiten Tag des Zeitraumes der Wahlen, erließ das Verwaltungsgericht Hannover auf Antrag des RCDS-Schatten-,,AStA'' eine einstweilige Verfügung, wonach die Wahlen für ,,gegenstandlos'' und damit ungültig erklärt worden sind. Das von der Studentenschaft zu Semesteranfang durchgeführte Begehren zur Auflösung des Schattenkabinetts – was von über 6500 Studenten unterzeichnet worden war, woraufhin schließlich der Uni-Präsident Neuwahlen ausschrieb, – sei verfassungswidrig. Diese Taktik soll die Widerstandskraft der Studenten zermürben. Die Vertretungsorgane sollten schnell zu arbeiten beginnen; es gilt, sie erneut zu verteidigen.

Stadt Hannover (I)

Wachsende Lohnabhängigkeit und Zerfall der Familien als Reproduktionsbasis

b.hob. Wir können für Hannover feststellen, daß der Anteil der Lohnabhängigen ständig weiter ansteigt bei gleichzeitiger Vernichtung von Handwerk (1949: 6083, 1977: 3372 Betriebe) und Bauern (von 1961/62: 436 auf 1970/71: 210 in der Stadt und 10305 auf 6092 im Landkreis). Die Stadt saugt weit mehr Arbeitskräfte ein, als in ihr leben. Der Großraum Hannover ist nach den Großräumen Rhein/Ruhr, Frankfurt/Main, Hamburg, München, Stuttgart mit über einer Million Menschen der sechstgrößte Ballungsraum in der Bundesrepublik.

Verbunden mit der Vergrößerung des Heers der Lohnabhängigen ist eine ständige Verschmälerung der Reproduktionsbasis der Lohnabhängigen bei Zerfall der Familien. Indizien hierfür sind der krasse Anstieg der Ausgaben für Sozialhilfe, der Rückgang der Zahl der Personen, die in einem Haushalt leben sowie der Anstieg der Ein-Personen-Haushalte. Je weniger Menschen in einem Haushalt zusammenwohnen und besonders bei *einem*, desto größer wird der Anteil der Ausgaben für Miete, Essen usw. an dem jeweiligen Lohn. Es ist ja kein Zufall, daß es immer mehr Junggesellen-Wohnungen gibt. Gegen diese durch den kapitalistischen Produktionsprozeß hervorgetriebene Entwicklung gibt es zunehmend verschiedene Formen, die Reproduktion gemeinschaftlich zu organisieren. Die alten großen Bürgerwohnungen in Ost- und Nordstadt z. B. sind häufig von Wohngemeinschaften belegt, und nicht nur von Studenten. Die Nachfrage nach billigem Wohnraum ist größer als das vorhandene Angebot. Bei jeder einigermaßen billigen Wohnung gibt es immer gleich 30/40 Bewerber.

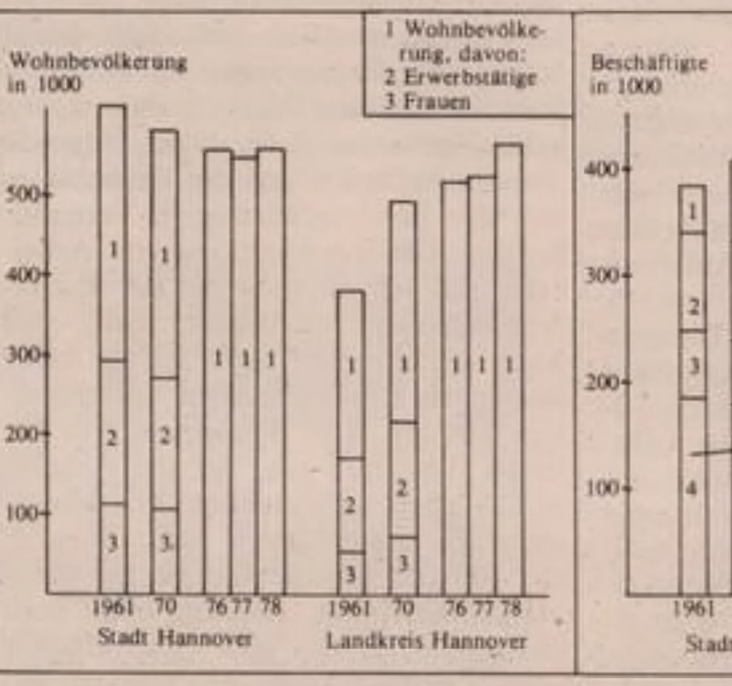
Die bürgerlichen Parteien reagieren entsprechend auf diesen Vorgang. Die *CDU* stellt in ihrem Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1980 fest, ,,...Im letzten Jahrzehnt haben sich die Lebensbedingungen für die Familie deutlich verschlechtert... Wir werden diese familienfeindliche Politik beenden und zu einer moralischen wie politischen Offensive für die Familie antreten.'' Weiter wird ausgeführt, daß die verfehlte Familienpolitik der SPD/FDP-Koalition für diese Entwicklung verantwortlich ist. Die *SPD* sieht die oben beschriebene und nebenstehend dargestellte Entwicklung auch, hält prinzipiell an der Familie fest als

sieht die oben beschriebene und nebenstehend dargestellte Entwicklung auch, hält prinzipiell an der Familie fest als

grundlegend und stellt in ihrem Wahlprogramm 80 fest: ,,...Wichtig sind familien*ergänzende* Einrichtungen wie z. B. Tageskindergärten und Ganztagsschulen... Dem häufig vorhandenen Wunsch der Großeltern-Generation, stärker in das Leben der Familien einbezogen zu werden, sollte durch geeignete Wohnformen und Freizeitmöglichkeiten Rechnung getragen werden.'' Hier wird dem zunehmenden Zerfall der Familien Rechnung getragen. Weiter wird vorgeschlagen, ,,z.B. die Arbeitszeiten so (zu) gestalten und die Arbeitsplätze so gesichert werden, daß Eltern sich mehr um ihre Kinder kümmern können.'' Das ist die Reaktion auf den wachsenden Anteil der Frauenarbeit, der in Hannover vergleichsweise noch höher liegt. Beispielsweise im öffentlichen Dienst hat seit Beginn der 70iger Jahre ein enormer Zuwachs an teilzeitbeschäftigten Frauen eingesetzt.

Jüngst wurde festgestellt, daß ab Mitte 1979 die Geburtenziffern wieder ansteigen, weil jetzt die geburtenstarken Jahrgänge im heiratsfähigen Alter sind. Gleichzeitig steigt aber der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen in Hannover weiter an. Krippenplätze gibt es in ganz Hannover unter 50. Insofern ist die Schaffung weiterer Ganztagskindergärten, wie die SPD sie fordert, tatsächlich dringlich, aber nicht ausreichend. Zwangsläufig wird es über diese Frage in der Zukunft zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Stadt kommen.

Die SPD regiert auch nach 1945, wie schon vor 1933, ununterbrochen die Stadt. Die SPD hat die Zentralisation und Konzentration des Monopolkapitals in Hannover z. B. in der Sanierung Lindens (Mitfinanzierung des Ihme-Zentrums usw.) und der Oststadt ständig mit vorangetrieben und ist damit den Interessen des Finanzkapitals nachgekommen. Darüber kann auch das jetzt vorgelegte Wahlprogramm nicht hinwegtäuschen. Die vorgeschlagenen Lösungsmöglichkeiten z. B. für die Kinderversorgung: ,,...Erweiterung der schon vorhandenen Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst'' (SPD-Landtagsfraktion Nds. im familienpolitischen Programm vom Oktober 1979) sind völlig unzureichend und setzen deren bisherige Politik zielstrebig fort.



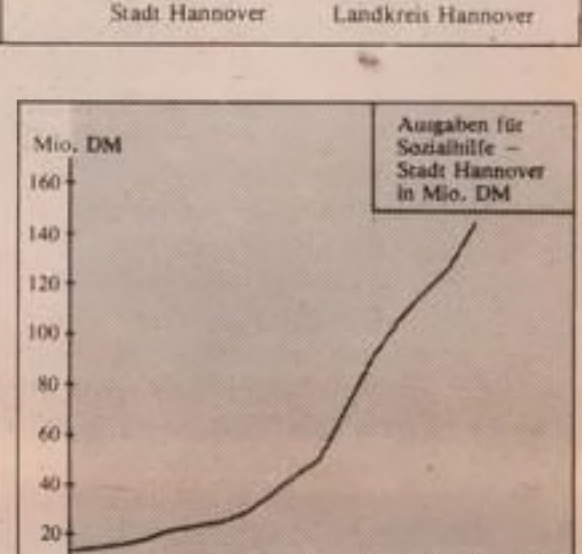
Beschäftigte in 1000

Beschäftigte (ohne Landwirtschaft)
1 Staat, sonstiges
2 Dienstleistungen
3 Handel
4 Produzierendes Gewerbe
– beschäftigte Frauen

1977, 1978 nur sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Stadt Hannover — Landkreis Hannover

Geburten, Sterbefälle Stadt Hannover (in 1000): Sterbefälle, Geburten



Anteil der erwerbstätigen Frauen an den Erwerbstätigen in %:

Rangfolge der ersten 10 Kreise Niedersachsens nach dem durchschnittlichen

Anteil der erwerbstätigen Frauen an den Erwerbstätigen in %:

	BRD	Nds.	Hann.	LK Hann.
1961	33,5	32,6	34,5	35,0
1970	34,8	34,4	34,5	36,5
1976	37,2	36,3	38,1	39,5

Durchschnittliche Belegungsdichte je Wohnung in Hannover:
1961: 3,2 — 1976: 2,34

Einpersonenhaushalte in Hannover:
1961: 65253 — 1975: 95789

Rangfolge der ersten 10 Kreise Niedersachsens nach dem durchschnittlichen Jahresbruttolohn je Steuerpflichtigen 1974 (nach der Lohnsteuerstatistik Niedersachsen 1974) in DM

1.	Harburg	25977
2.	Wolfsburg	25334
3.	Hann. Landkreis	24755
4.	Salzgitter	23826
5.	Osterholz	23389
6.	Wolfenbüttel	23343
7.	Oldenburg	23325
8.	Stade	23177
9.	Gifhorn	23077
10.	Hann. Stadt	23051

Die Zahlenangaben sind aus: Statistische Vierteljahreshefte der Stadt Hannover, 1960 – 1979; Hefte ,,Statistik von Niedersachsen'' vom Landesverwaltungsamt, Abt. Statistik; Strukturdaten des Großraums Hannover Nr. 9/77; Jahresbericht 1979 des Arbeitsamtes Hannover.

Moderne Arbeitshäuser – die Werkstätten für Behinderte

b.fdo. ,,Schildbürgerstreich'' hat der Göttinger SPD-Abgeordnete Curdt den Erlaß des niedersächsischen Sozialministers genannt, der die Löhne in den Werkstätten für Behinderte um durchschnittlich 55 DM kürzt, bei einem durchschnittlichen Monatsverdienst von 170 DM. Ein Schildbürgerstreich ist es gewiß nicht. Vielmehr sieht das Bundessozialhilfegesetz die ,,Eigenleistung'' bzw. den ,,Kostenbeitrag'' der Behinderten vor. Durch Einziehung eines Teils der Behindertenlöhne sollen die Kosten gesenkt werden, die dem Staat entstehen, indem er die Arbeitskraft der Behinderten verfügbar macht.

Die Kostensätze, die das Landessozialamt bzw. die Versicherungsträger an die Werkstatt zahlen, tragen die Kosten für Personal und Anlagen, die Löhne der Behinderten nur bezgl. Sozialversicherung, Lohnfortzahlung, Urlaub – alles Kosten, die der auftraggebende Kapitalist dann erspart. Ansonsten werden die Löhne der Behinderten, genannt therapeutische Vergütung, nach einem individuellen Bewertungskatalog, aus 80% des Gewinns gezahlt. 20% sind Rücklage für Zeiten schlechter Auftragslage. Das gibt es sonst nirgends. Überall haben sich die Arbeiter feste Tariflöhne erkämpft und zahlen 1,5% (nicht 20) Arbeitslosenversicherung, was bei schlechter Auftragslage zu Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld berechtigt.

Der überwiegende Teil der Arbeiten sind Lohnaufträge für Firmen wie Bosch, Phywe, Mehle u.a.. Gezahlt wird der übliche Bruttolohn/Std. plus ,,Gemeinkostenaufschlag'' für Instandhaltung der Werkzeuge, Maschinen, Strom usw. Dabei wird die Leistung des Behinderten an der des gesunden Arbeiters gemessen, d.h. er muß die gleiche Leistung schaffen. Daß dies nicht der Fall sein kann, geht voll zu Lasten des Lohns. Zusätzlich ersparen sich die Kapitalisten vielfach die Anschaffung teurer Maschinen und lassen einfache Arbeiten in der Werkstatt für Behinderte mit rückständigen Methoden herstellen, was länger dauert. Bezahlt wird nur die gesellschaftlich notwendige Zeit, was abermals auf den Lohn drückt. Schließlich werden die Werkstätten z.T. um die ,,Gemeinkosten'' geprellt, indem z.B. Bosch eigene Maschinen aufstellt und selbst wartet (zu 50% als Spende absetzbar).

Die Werkstätten sind für die Kapitalisten die lohnende Alternative zur unprofitablen Beschäftigungspflicht für Behinderte. Von der Ausgleichsabgabe von 100 DM/Monat pro nichtbesetztem Pflichtplatz, ohnehin lachhaft, können 30% der Aufträge abgesetzt werden, die an Werkstätten vergeben werden. Die Arbeitsplätze in den WfB sind überwiegend Dauerarbeitsplätze. 1976 waren es in Göttingen 140, jetzt sind es ca. 210, geplant sind 322. Dazu ein Vergleich: 1971 waren von allen vorhandenen Pflichtplätzen in den Betrieben 43% besetzt, 1977 4,5%.

Die Löhne in den Werkstätten für Behinderte drücken auf die Löhne insgesamt, insbesondere auf die unteren Lohngruppen. 30 – 50% der Industrienorm wird durchschnittlich in den Göttinger Werkstätten geschafft. 15,2% der Lohngruppe II in der Metallindustrie werden gezahlt, nach der neuesten Lohnkürzung noch weniger. Die Gewerkschaften haben allen Grund, den Widerstand gegen diese Lohnkürzungen zu unterstützen.



Schüler einer Braunschweiger Hauptschule bauen die Schwierigkeiten, die ihrer Theater-AG gemacht werden, in ihr Stück ein.

Schultheaterwoche in Braunschweig
Kreativitätsförderung – Form der Auslese

b.juh. Die Aneignung und Darstellung von Wirklichkeit mit künstlerischen Mitteln – in diesem Fall durch Theaterspielen – ist ein Teil der allseitig auszubildenden Fähigkeit der Jugend. Der Verlauf der 11. Schultheaterwoche, jährlich veranstaltet von der Braunschweiger Bezirksregierung und den Theatern in Braunschweig und Göttingen, zeigt aber, daß die große Masse der Schüler, die in den Haupt-, Real- und Berufsschulen ist, von der Entfaltung dieser Fähigkeit ausgeschlossen wird: Von den 21 Schülergruppen, die im Kleinen Haus des Braunschweiger Staatstheaters ihre teils selbstverfaßten, teils umgeschriebenen Stücke vorführten, kamen 14 von Gymnasien (2 von Grundschulen,
benen Stücke vorführten, kamen 14
von Gymnasien (2 von Grundschulen, 2 von Orientierungsstufen), aber nur eine einzige von der Hauptschule und keine von der Real- und Berufsschule. Die Theater-AG der Hauptschule Streitberg durfte nicht wie die Gymnasien am Abendtermin, sondern mußte vormittags um 11 Uhr spielen. Daß die Hauptschüler trotzdem als einzige vor ausverkauftem Haus spielten, lag am Interesse und der Solidarität von Lehrern, die die Aufführung zur Schulveranstaltung erklärten und mit ganzen Klassen erschienen.

Im Schreiben der Bezirksregierung heißt es: „Die in den letzten 10 Jahren durchgeführten Schultheaterveranstaltungen haben bewiesen, wie sehr das darstellende Spiel die Schüler aktivieren und motivieren, das Schulleben bereichern und die wünschenswerten Kontakte zwischen Schule und Theater festigen kann... Die Auswahl der zu spielenden Werke treffen Vertreter der Schule, des Theaters, der Presse und der Schulbehörde." Die 14köpfige Jury wählte unter 35 Stücken 21 für die öffentliche Aufführung aus. Für das Hauptschulstück entschieden sie sich erst nach harten Auseinandersetzungen und nachdem erst noch die Zustimmung des Schulleiters eingeholt worden war. Und das, obwohl „die Beteiligung aller Schulformen" gewünscht wird. In den offiziellen Kriterien heißt es: „Eines der wichtigsten Ziele ist homogene Gruppenarbeit in Darstellung, Regie und Organisation" und „Qualität ist nicht unbedingt gleichbedeutend mit großem Aufwand". Diese Bedingungen, besonders die des notgedrungenen minimalen materiellen Aufwandes, erfüllte die Hauptschul-AG wie die anderen. Allerdings unterscheidet sich ihre Produktion in einem Punkt wesentlich von allen anderen: Sie stellen nämlich auf der Bühne dar, daß und weshalb sie ihr Ziel, das bekannte Stück des Berliner Gripstheaters „Das hältste ja im Kopf nicht aus", nicht geschafft haben. So beginnt die Aufführung gleich mit einem Streitgespräch zwischen der Lehrerin (die selbst spielt) und dem Schulleiter, der die Aula nicht zur Verfügung stellen will. Der Zuschauer erkennt – und das kann allerdings der Schulbehörde nicht gefallen –, daß Theaterspielen für Hauptschüler als überflüssig, wenn nicht gar als gefährlich angesehen wird. Warum das so ist, dafür gibt die Pantomime „Abi-Tour", dargestellt von Schülern der ‚Neuen Oberschule', einen Hinweis:
„Abi-Tour", dargestellt von Schülern
der ‚Neuen Oberschule', einen Hinweis: Mit anschaulichen Gesten und Figuren zeigen sie Verbiegung, Erniedrigung und Unterdrückung als Preis der Schüler für die Reifeprüfung. Eine so ausgefeilte Darstellung (an der NO wurde bis vor kurzem ‚Darstellendes Spiel' sogar als Prüfungsfach anerkannt) setzt gründliche Auseinandersetzung mit den eigenen Erfahrungen und der Funktion von Schule voraus. Aber während die Gymnasiasten immerhin noch die Hoffnung haben, im Schüttelsieb der Auslese in der Schule zu bleiben, sind Hauptschüler von vornherein abgestempelt. Darüber sollen sie nicht nachdenken, das sollen sie hinnehmen. Die Darstellung ihrer eigenen Erfahrungen könnte der ohnehin vorhandenen Rebellion eine gefährliche Richtung geben. Hauptschüler würden sich wohl kaum – so wie die Gymnasiasten das in vielen Szenen getan haben – dazu bereitfinden, als Hauptursache für das gesellschaftliche Elend den „Konsumterror" oder die „Kontaktarmut" anzuprangern. Das und ein bißchen witzige Strauß-Kritik kann die Schulbehörde gut verkraften. Die Hauptschüler aber spielten Szenen aus dem Grips-Stück, die sie besonders betreffen: vergebliche Suche nach einer Lehrstelle und Ausbeutung im Praktikum. Dazwischen improvisierte Szenen, die ihre Schwierigkeiten und schließlich das „Sterben ihres Stückes" begründen.

Die NO z.B. bekommt jährlich 500 DM und dazu die Einnahmen aus vielen Vorführungen. Die Hauptschul-AG bekommt keinen Pfennig. Darstellendes Spiel sollte als Kursangebot in allen Schularten aufgenommen und für alle gleich finanziert werden.

Lärmbelästigung bis zur Schmerzgrenze

Wörner besucht NATO-Flugplatz

b.grr. Die Gütersloher Aktionsgemeinschaft gegen den Fluglärm hatte gefordert, die Wehrexperten aller Bonner Parteien zu sprechen. CDU-Wehrexperte Wörner kam und mußte sich vom Vorsitzenden des Bürgervereins Blankenhagen sagen lassen, daß dort Messungen bereits 103 Dezibel Fluglärm registriert hatten.

Zum „Schutz gegen Lärm" schreibt eine noch gültige „Allgemeine Verwaltungsvorschrift" von 1968 vor, daß „Immissionsrichtwerte festgesetzt werden für Gebiete, in denen vorwiegend Wohnungen untergebracht sind, auf 55 dB(A) tagsüber und 40 dB(A) nachts." Im Bundes-Immissionsschutzgesetz sind die Besatzertruppen ausdrücklich von Schallschutzmaßnahmen ausgenommen: Sie „dürfen... von den Vorschriften dieses Gesetzes... abweichen, soweit dies zur Erfüllung ihrer besonderen Aufgaben zwingend erforderlich ist." Wörner erklärte entsprechend, daß „die Bundesrepublik Deutschland die britischen Streitkräfte zur Verteidigung des Landes gern sieht." (NW, 28.6.80) Schließlich ist der weit östlich gelegene NATO-Flugplatz in Gütersloh für die „Vorneverteidigung" der Imperialisten unabdingbar.

Was bedeutet nun eine Belastung von über 100 Dezibel (dB(A))? Die Dezibel-Skala ist eine logarithmische Skala. 40 dB(A) bedeuten eine 100fache Lautstärke der untersten Hörschwelle von 0 dB(A); 80 dB(A) bezeichnen wiederum das 100fache von 40 dB(A). Zu „auralen reinen Gehörschäden... führt fast unweigerlich jede akustische Überlastung ab einer Intensitätsgrenze um 100 dB(A). Schon einmalige starke Lärmreize können zu Ohrensausen, Ohrenschmerzen, zu Schwindel und Kopfbrummen führen." Der kritische Lärmpegel für diese auralen Schäden liegt zwischen 80 und 90 Dezibel. Nach mehrjährigem Aufenthalt in einem solchen Milieu ist generell mit Schäden des Innenohrs zu rechnen. (1)

Verlängerung der Landebahn des Flugplatzes um 1 km (Kosten: 16,5 Mio. DM) schlug Wörner vor, dann müßten die Flugzeuge nicht mehr über dem Wohngebiet Blankenhagen anlanden. Ausbau des NATO-Flugplatzes zwecks Lärmschutz, das ist dreist. Mehr als 80 dB(A) Fluglärm hätte man dann immer noch in Blankenhagen und neuerlich betroffene Bauern über 100 dB(A). „Alle Bürger hätten Verteidigungslasten zu tragen", erklärte Wörner. „Von vielen werde ein Sonderopfer verlangt." (NW, 28.6.80) Das muß man sich gut überlegen.

(1) F. Vester, Phänomen Streß, München 1978, S.162ff



Der CDU-Wehrexperte, Oberstleutnant d.R., Wörner (links) beim Besuch des Gütersloher NATO-Flughafens der Royal Air Force. Senkrechtstarter „Harrier" und Wessex-Hubschrauber sind hier stationiert. Die französischen und amerikanischen Imperialisten können den Flugplatz mitbenutzen.

Urlaub gibt es für die kleinen Bauern und Arbeiter-Bauern nicht

b.thf. Auf 10 ha, einschließlich Zugepachteten, hat der Bauer T. in Werfen (Kreis Herford) Wiesen und Acker. Er betreibt Milchwirtschaft. Elf Kühe geben 100 – 150 Liter Milch am Tag, je nach Jahreszeit. Fünf Rinder zieht er sich noch heran. Drei Schweine sind überwiegend für den privaten Verzehr. Die 6 ha Wiese und 4 ha Acker bewirtschaftet er, um Futter für die Kühe zu gewinnen. Die Milch kauft die Westmilch-Molkerei und zahlt dafür 0,70 DM/l, 2100 – 3000 DM im Monat also. Zum Hof gehören neben dem Bauern seine Schwester und deren Mann und Sohn. Die Arbeit wird von dem Bauern, seiner Schwester, einem 75jährigen verrenteten Arbeiter und, je nach Lage, von dem Sohn, wenn er aus dem Betrieb zu Hause ist, gemacht. Der Mann der Schwester ist ebenfalls verrentet und hilft gelegentlich. Seine Rente geht voll in den Haushalt und, wenn möglich und nötig, auch mit in den Betrieb ein. Der Bauer hat eine chronische Bronchitis, schwer Heben und schnell Gehen rauben ihm rasch den Atem. Vor vier Jahren war er einmal zur Kur, das war in den letzten 20 Jahren überhaupt das einzige Mal, daß er weg war. Der Hof wurde zu der Zeit verstärkt vom Sohn der Schwester, vom Mann und mit Hilfe der Nachbarn geführt. Auch die Schwester des Bauern kennt keinen Urlaub, eine Kur vor acht Jahren war das einzige Mal, daß sie für längere Zeit vom Hof weg war. Selbst der Sohn, der in einem Tischlerbetrieb arbeitet, kann seinen Urlaub nicht einfach nehmen. Vor zwei Jahren verzögerte sich die Heueinfahrt wegen Nässe; damit er trotzdem in Urlaub fahren konnte, halfen seine Bekannten tagelang bei der Heuernte.

Ungewöhnlich ist das nicht. Nebenan der Bauer hat sechs Kühe. Tagsüber arbeitet er in einer Fabrik. Den Urlaub benutzt er, um auf dem Hof die Arbeiten zu erledigen, die das Jahr über nebenbei nicht gehen. Vor vier Jahren hat er einmal Urlaub gemacht, damals hatten sein Sohn und dessen Frau den Hof geführt. Fünf Kühe hat der Müller nebenan. Für seine Kühe hat er noch ein paar Wiesen, ansonsten verkauft er Mehl an Bäckereien und Tierfutter an die Bauern. Er arbeitet das ganze Jahr über. Bauer und Bäuerin W. hatten seit ihrer Hochzeit eine Reise vor. Geklappt hat es nie. Beide waren schon mal zur Kur weg, da hatte die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft landwirtschaftliche Helfer bzw. Helferinnen gestellt. Heute sind sie auf Rente und haben das Land verpachtet. Aber die Hochzeitsreise geht nicht mehr: Die Bäuerin ist vom Rheuma an den Rollstuhl gefesselt, und der Bauer hat einen Schlaganfall gehabt.

Doch kommen wir auf den Bauern T. zurück. Geht der gewöhnliche Arbeitstag sowieso von 6.30 Uhr bis 20 Uhr, wenn das Wetter es zuläßt, unterbrochen vom Frühstück um 10 Uhr, Mittag 1 Uhr und Kaffeetrinken 18 Uhr, an sechs Tagen in der Woche, kann im Sommer eher noch Ausdehnung nötig sein. Um sich halten zu können, mußte der Bauer in den letzten zehn Jahren den Kuhbestand ausdehnen. Eine Hochdruckpresse, die das Heu zu festen Ballen preßt, von wo es dann allerdings wegen des Gewichtes über ein Förderband auf den Heuboden laufen muß, hat er aber nicht. Immer noch wird das Heu nur lose zusammengedrückt, von Hand gebunden und dann vom Wagen auf den Heuboden gewuchtet. Nur eben heute für 16 Stück Vieh statt für sechs. Jetzt hat die Molkerei noch einen Brief geschrieben, daß die Qualität der Milch gefährdet sei und die Kühlung verbessert werden müsse. Der Bauer hat keine Absauganlage, von der die Milch in Kühltanks läuft und dort automatisch umgerührt wird. Er hat nur zwei fahrbare Melkmaschinen. Von da kommt die Milch in Kannen und in der Kanne in einen gekühlten Wasserbottich. Auf den Brief der Molkerei hin muß die Bäuerin abends nach den anderen Arbeiten jetzt die Milch noch mal umrühren.

82,2% der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe im Kreis Herford haben bis zu 15 ha Nutzfläche. Bei dieser Größe kann jeder Mißerfolg die Bauern zwingen, seine Haut auf den Arbeitsmarkt zu tragen, jede Schikane der Molkerei, um den Preis zu drücken, zur endlosen Ausdehnung des Arbeitstages. Ohne Erhöhung der Erzeugerpreise und Anbindung an die Industriepreise ist da gar nichts zu machen.

Nur befristete Arbeitsverträge für Stufenlehrer in NRW

b.kiu. Der NRW-Kultusminister hat eine neue Methode gefunden, die Nichteinstellung von Lehrern in den Schuldienst zu verdecken. 460 Lehrer der Sekundarstufe I haben in diesem Jahr nur einen auf ein Jahr befristeten Arbeitsvertrag erhalten als Angestellte. Die Begründung: Es gebe keine Stellen für Lehrer der Sekundarstufe I.

Die 460 Lehrer sind die ersten, die ihr Studium nach dem Lehrerausbildungsgesetz von 1974 und der damit festgelegten Prüfungsordnung als Stufenlehrer absolviert haben. Ausgebildet werden danach Lehrer der Primarstufe für die Klassen 1 bis 4, Lehrer der Sekundarstufe I für die Klassen 4 bis 10 und Lehrer der Sekundarstufe II, Klassen 11 bis 13, egal ob sich die Klassen an Haupt-, Real-, Ober- oder Berufsschulen befinden.

Gleichzeitig gibt es natürlich an den Schulen und auch unter den Lehrern, die jetzt ihre Prüfung ablegen, noch zahlreiche, die ihre Ausbildung nach Schultypen absolviert haben. Der Philologenverband übernimmt im Personalrat des Landes für die Gymnasien die Aufgabe, die Einstellung der Stufenlehrer an Gymnasien zu verhindern.

Für die Landesregierung besteht das Problem darin, die Bezahlung der Stufenlehrer nach der jeweils niedrigstbezahlten Schultype durchzusetzen, also vor allem alle Lehrer der Sekundarstufe I als Hauptschullehrer zu bezahlen statt als Oberschullehrer.

Girgensohn verspricht Abhilfe, zu welchen Bedingungen, dazu hat er sich nicht geäußert. Die Philologenverband besteht auf vorrangiger Einstellung der „Vollgymnasiallehrer", obwohl selbst dann noch nicht alle Planstellen an den Oberschulen voll besetzt sind. Demgegenüber hat die GEW erklärt, daß „Arbeitslosigkeit auch bei Lehrern nicht dadurch bekämpft werden" könne, „daß die Arbeitslosen noch einmal nach Ständen differenziert und diskriminiert werden."

Neue ASten an TU und PH Braunschweig gewählt

b.sab. In der letzten Woche wurden an der TU und PH Braunschweig die ASten für das Wintersemester 80/81 gewählt. An der TU wird der AStA-Vorstand wie auch in den vergangenen Semestern von der Basisgruppe TU gestellt, an der PH von der Basisgruppe PH und Fachschaftsräten. Folgende Arbeitsschwerpunkte wurden auf Grundlage des alten AStA-Programms an der TU festgelegt:

1. Studentenwerk: um mit der Forderung nach Selbstverwaltung der Studentenwerke und ihrer Finanzierung durch den Staat, sowie nach Absetzung des Studentenwerksgeschäftsführers Loschke ein Stück weiter zu kommen, sollen das Mensaessen (entspricht es den Normen für Großküchen?) und die Arbeitsbelastung des Mensapersonals untersucht werden. Für die Höhe der Wohnheimmieten soll ein Kriterienkatalog erarbeitet werden. Weiter sollen die Auswirkungen der Ausweitung des Bochumer Mensaplans auf die Cafeterien untersucht werden (die Studenten würden dann hier wie auch beim Mensastammessen nur den Wareneinsatz für das Essen zahlen).

2. Zum BAFöG wird die Forderung nach Anhebung des Höchstsatzes auf 750 DM und des Elternfreibetrages auf 1520 DM und Anbindung der BAFöG-Sätze an die Entwicklung des Durchschnittslohnes unterstützt. Die Auswirkungen der 3%-Erhöhung im Herbst sollen untersucht werden.

3. Zu den Studienbedingungen konnte man sich lediglich auf ein Untersuchungsprogramm des AStA einigen, das die Tätigkeiten der Landes- und Bundesregierung, sowie der Studienreformkommissionen umfaßt. Schwerpunkt der Arbeit soll die Untersuchung der neuen Prüfungsordnungen für Diplom- und Lehrerstudiengänge sein, um im Herbst möglichst zu landeseinheitlichen Kampfmaßnahmen gegen die Prüfungsordnungen zu kommen. An der PH hat dazu schon ein Treffen der Fachschaftsräte stattgefunden, um noch in den Semesterferien Forderungen der Fachschaften gegen die Prüfungsordnungen auszuarbeiten. Der AStA PH will weiterhin den Kampf für die Prüfungsberechtigung von Assistenten organisieren unter der Forderung „wer lehrt, soll auch prüfen", externe staatliche Prüfer werden abgelehnt.

Während an der PH der Zusammenschluß der Basisgruppe mit den Fachschaftsräten ein Fortschritt ist, hat sich an der TU die Basisgruppe noch soweit durchsetzen können, daß sie allein den AStA-Vorstand stellt. Mit der Begründung, mit „Organisierten" wie MSB oder KSB könne sie nicht den AStA-Vorstand stellen, hat die Basisgruppe TU die Einigung auf das, was zu tun ist, erschwert. Sogenannte „Unorganisierte" aus den Fachschaftslisten und Institutsgruppen hat sie nicht für den AStA-Vorstand gewinnen können. Die Fachschaften können so nur über die Arbeitsgruppen des AStA Einfluß auf die AStA-Politik nehmen. Von den Fachschaftsräten wurde scharf kritisiert, daß der letzte Basisgruppen-AStA wenig Nützliches für die Fachschaften geleistet hat, indem er die Arbeitsgruppe zu den Studienbedingungen hat fallen lassen und die Ergebnisse der anderen Arbeitsgruppen nicht veröffentlicht hat. Das beschlossene Untersuchungsprogramm muß schon in den Semesterferien aufgenommen werden, um damit die Grundlage für die Vereinheitlichung der Fachbereichskämpfe zu schaffen.



Demonstration in Garbsen bei Hannover. U.a. in Bielefeld, Rheine und Soltau hat es letzter Zeit Kämpfe um Jugendzentren und Selbstverwaltung gegeben.

Christliche Reaktion verstärkt Fischzüge unter der Jugend

r.wom. Auch wenn die CDU/CSU als Partei der christlichen Reaktion und die Schwarzröcke sich nicht besonderer Wertschätzung erfreuen unter der Jugend der arbeitenden Klassen, so haben sie doch in letzter Zeit beachtliche Erfolge: Unter den mehr als 70000 Teilnehmern des Katholikentages in Westberlin überwiegend Jugendliche; auf dem Ahldener Jugendtag der ev. Kirche Anfang Juni 8000 und auf einem katholischen Jugendtreffen in Paderborn im Frühsommer 10000 Teilnehmer. Die kirchliche Jugendarbeit wird nicht nur auf dem Land, sondern auch in den Ballungszentren verstärkt.

Das muß schon tiefere Gründe ha-

Das muß schon tiefere Gründe haben als den Glauben an ein höheres Wesen. Die kapitalistische Zerstörung der Familien der Lohnabhängigen als Reproduktionsgemeinschaften hat den familiären Erziehungsprozeß untergraben. Die SPD-Bildungsreform der letzten 15 Jahre mit der Betonung von Auslese und Konkurrenz hat den Zwangscharakter der Schulausbildung verstärkt; das Lernen ist zurechtgestutzt auf die Prüfungsinhalte an den Schleusenstellen des Bildungssystems. Die Neigungen der Jugendlichen werden unterdrückt. Ihr Interesse, sich über die Auseinandersetzung mit weltanschaulichen Fragen und mit der Geschichte selbständige Standpunkte zu erarbeiten, wird nicht befriedigt. Gegen den Wunsch, in der Gemeinschaft zusammen mit anderen Jugendlichen zu lernen und Nützliches zu leisten, steht die schulische Konkurrenz. In den staatlichen Jugendzentren mit sozialdemokratischen Jugendkontrolleuren setzt sich das fort.

Hier setzt die christliche Reaktion an und bietet Klärung über den „Sinn des Lebens" und die „grundlegenden Lebens" und die „grundlegenden Werte", „Verständnis für unsere Geschichte" und biegt das Engagement der Jugendlichen in den „Dienst am Nächsten" um. Und weil es schwierig ist, Chauvinismus und Pfaffenideologie an den Mann zu bringen, kommt die christliche Reaktion kritisch daher mit Angeboten wie „Kirche und Faschismus", „Kirche und Armut" oder „Dritte Welt".

CDU *„Wir brauchen und wollen die Mitarbeit der Jugend.* Unser Staat schreibt nicht vor, wie jemand leben soll. Der junge Mensch kann sich frei entscheiden, ohne politische Bevormundung, ohne staatliche Reglementierung. Wir wollen, daß das so bleibt.

Unser Staat ist kein autoritärer Staat. Er garantiert die freie Entfaltung aller Bürger. Aber alle Bürger müssen auch für seine Freiheit einstehen. Und diese Freiheit ist es wert, daß wir für sie eintreten.

Unsere Gesellschaft ist nicht vollkommen, Schwache sind auf die Unterstützung der Gemeinschaft angewiesen. Der Dienst am Nächsten, am Menschen, braucht auch den Idealismus der Jugendlichen, ihre Bereitschaft zum Engagement...

Eine Gesellschaft, die in Freiheit leben will, kann auf Bindungen nicht verzichten. Unser Ziel ist ein gemeinsames Verständnis der grundlegenden Wertentscheidungen, die unser Volk zu einer Gemeinschaft verbinden. Dazu gehört auch ein Verständnis für unsere Geschichte mit ihren Licht- und Schattenseiten. Eine Jugend, die ihre Geschichte kennt, wird mehr Bereitschaft zeigen, die Verantwortung für eine Zukunft in Freiheit zu übernehmen...

– Unsere staatliche und gesellschaftliche Ordnung ist es wert, verteidigt zu werden. Deshalb werben wir um Zustimmung für sie.

– Die Jugend hat das Recht und die Pflicht, unsere Gesellschaft verantwortlich mitzugestalten. Schule, außerschulische Jugendbildung, die Arbeit der Jugendverbände sollen dieses Verantwortungsbewußtsein wecken und stärken.

– Wir wollen die ehrenamtliche Tätigkeit junger Menschen ideell fördern und die Jugendarbeit in freier Trägerschaft materiell unterstützen..."

„... und warum nimmt ein junger Mensch die Droge? Weil er damit hofft, der inneren Leere zu entfliehen, der Sinnlosigkeit seines Lebens. Hier zeigt sich das zentrale Ereignis und die Kraft des Glaubens. Denn wenn wir erkennen, daß wir alles Geschöpfe Gottes sind, daß wir uns ihm anvertrauen können, wenn wir erfahren in unserm eigenen Leben, daß Gott lebt und daß er für uns lebt, jedem einzelnen von uns lebendig ist, dann plötzlich machen wir die Erfahrung, daß sich alles öffnet. Dann fügt sich wieder das eine zum anderen, dann wird aus dem Chaos, der Orientierungslosigkeit plötzlich wieder ein Weg und eine Ordnung, und dann verschwindet auch die Angst aus dem Leben." (Albrecht auf dem Ahldener Jugendtag der Ev. Kirche)

IGM: MTV-Anhang Auszubildende

Von betrieblich durchgesetzten Regelungen aus operieren

r.uwz. Die metallindustriellen Kapitalistenverbände versuchen, die IGM Jugend von der Arbeiterbewegung abzuspalten, indem sie bei den Verhandlungen in der Frage des Manteltarifvertrages Nordverbund (Anhang V, Rahmenbedingungen Auszubildende) mauern und alle Forderungen der IGM in der 2. Verhandlung ablehnten. Die IGM forderte in dem IGM Entwurf u.a. *„Übernahme aller bei Stufenausbildung! Übernahme nach der Ausbildung! Volle Bezahlung der Fahrkosten, Ausbildungsmittel, Arbeitskleidung durch die Arbeitgeber! 40 Std.Woche, Verbot von Akkord-, Fließarbeit und Überstunden" u.a.* Bei dem langwierigen Kampf, der ganz offensichtlich darum ansteht, können sich die IGM Jugend und die Gesamtorganisation auf das stützen, was IGM Jugendgruppen und -vertretungen, Vertrauenskörper und Betriebsräte den Kapitalisten betrieblich bereits abgezwungen haben. Um zu zeigen, daß die Ausgangsbedingungen nicht schlecht sind, und daß man sich auf in einigen Betrieben Erkämpftes beziehen kann im Kampf um den Tarif, hat die IGM Jugend eine Zusammenstellung aller Betriebsvereinbarungen gemacht. Dies wird den Forderungen entsprechende Kraft geben können, was der IGM Ortsverwaltungsvertreter auf einer Kundgebung/Vollversammlung in der Berufsschule G1 zum MTV ausgeführt hat. Hier die Lage in wichtigen Hamburger Großbetrieben, die ca. 1500 Jugendliche ausbilden. (Gesamt Metallindustrie 7500):

Volle Bezahlung des Fahrgeldes (Monatskarten 2 Zonen 31,50 DM, Gesamtnetz 62 DM)
MBB: zahlt alle Fahrgelder über 10 DM; MAN: muß das gesamte Fahrgeld in Form des Gesamtnetzabos vergüten; STILL: zahlt alles über 20 DM und AEG: zahlt alles über 21,75 DM. Das ist eine wertvolle Entlastung der lohnabhängigen Haushalte.

40 Std. Woche, Verbot aller Überstunden!
Arbeitszeit in der Lehrwerkstatt: MBB 39,5 Std; MAN 38,75 Std.; Blohm und Voss (B.u.V.) 38,45 Std.; AEG N4 38,75 Std. Arbeitszeit in der Produktion: MBB 40,25 Std.; MAN 40 Std.; B.u.V. 40 Std.; AEG N4 40 Std. Verbot von Überstunden durch Betriebsvereinbarung bei MBB; bezahlte Waschzeiten bei MAN. Bei B.u.V. und AEG N4 werden keine Überstunden gemacht, AEG Regelung über Bezahlung von Überstunden für Auszubildende.

Bezahlung aller Ausbildungsmittel!
Sicherheitsschuhe müssen aufgrund der Unfallverhütungsvorschrift in den Betrieben für Lehrlinge in Maschinenwerkstätten gestellt werden. Arbeitszeug (dazu gehören Kittel, Jacke, Hose; in Klammern ob Wäsche durch den Kapitalisten ja oder nein): MBB stellt Arbeitszeug (ja); MAN Arbeitsanzüge (nein); AEG N4 Jacke, Hose, Kittel (ja); STILL nichts; Philiphs Arbeitskleidung. Schulische Ausbildungsmittel (Papier, Hefte, Zeichenbrett, Bücher, die nicht von der Schule gestellt werden): MBB (nein); MAN stellt; B.u.V. stellt, aber nicht alles; AEG N4 nur bei Kaufleuten, Fachbücher für Dreher; STILL stellt alles; Philiphs nicht.

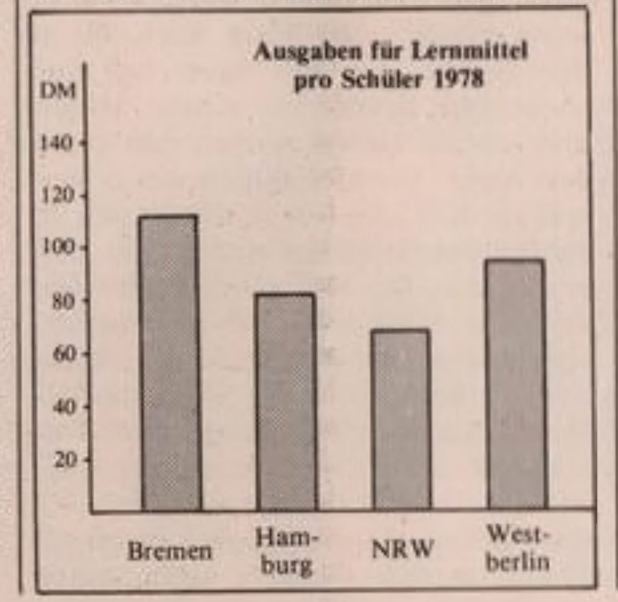
Abschaffung der Betriebszeugnisse und Beurteilungsbögen, Lernzielkontrolle, abteilungsbezogener Ausbildungsplan, nur bestanden oder nicht bestanden!
Der Gesamtbetriebsrat bei MAN hat mit der Jugendvertretung entsprechend dem Vorschlag des Bundesvorstandes der IGM einen Vorschlag für einen Lernzielkontrollbogen vorgelegt.

Einzelne Forderungen aus dem MTV die bereits durchgesetzt sind: MBB-Betriebsvereinbarung: an Jugendversammlungen können alle Auszubildenden auch über 18 teilnehmen (Ausbildungsversammlung). MAN: Betriebsvereinbarung Bordmontage, gleiche Auslösung wie Gesellen. AEG N4: Essensgeld während der Berufsschule 3,30 DM pro Tag auf Essensbon.

Nicht nur in Niedersachsen kann von Lernmittelfreiheit keine Rede sein

r.gea. Die gesetzlichen Bestimmungen sind in den norddeutschen Ländern kurz zusammengefaßt folgende Regelungen vor:
In *Niedersachsen* werden als einzigem Bundesland keinerlei Lernmittel von der Landesregierung gezahlt.
In *Hamburg* werden die Schulbücher zur Verfügung gestellt. Die Bezahlung von Unterrichtsmitteln wie Geodreiecke, Hefte usw. wurde 1975 rückgängig gemacht.
In *Bremen* und *Westberlin* werden neben den Schulbüchern auch ein Teil der Unterrichtsmittel wie Schreibhefte, Zirkel usw. von der Regierung bezahlt.
In *Schleswig-Holstein* wird ein Teil der Bücher gestellt. Bücher unter 3 Mark (bis Klasse 10) bzw. unter 5 Mark müssen selbst gekauft werden.
In *Nordrhein-Westfalen* werden die Bücher bezahlt.

Außer in Niedersachsen werden also in allen Ländern die Schulbücher den



Schülern – leihweise – ausgehändigt, – soweit es sich um von den Ministern/Senatoren genehmigte Bücher handelt. So überhaupt, decken die Gelder für Schreibpapier, Werkmaterialien usw. nur einen Bruchteil. In Bremen sind z. B. die Ausgaben für Lernmittel austauschbar mit denen für Lehrmittel, den Unterrichtsmaterialien für die Lehrer, wenn „die Versorgung aller Schüler mit den erforderlichen Lernmitteln entsprechend den Richtwertlisten sichergestellt ist". Da die Gelder zu gering sind, machen die Lehrer davon häufig Gebrauch und müssen dann den tatsächlichen Mangel an Lernmitteln verschweigen.

Der geringe Anteil, den die Regierungen zahlen, verteilt sich eindeutig zugunsten der Gymnasiasten und – während der Einführungsphase – der Gesamtschüler. Das Schlußlicht bilden die Grund- und Berufsschüler. Das zu vertuschen weist der Bremer Senat, sehr fortschrittlich, nur noch Lernmittel für die Sekundarstufe II aus, womit er Gymnasiasten und Berufsschüler zusammenfaßt.

Eine Zusammenfassung der Erfahrung von 10 Hamburger Familien hat ergeben, daß sie zwischen 360 und 600 DM im Jahr pro Kind ausgeben ausschließlich für: kleine Lernmittel und Bücher, Klassenfahrten, Materialien für Werken und Handarbeit, Turnkleidung. Diese hohen Kosten, zu denen ja noch Fahrtkosten, Nachhilfe, Verpflegung, Kinderhorte usw. dazukommen, sind die Grundlage für ständige Auseinandersetzungen und die Forderung nach Bezahlung *aller* Lernmittel.

In Niedersachsen greifen die Gemeinden, als finanzschwächster Teil, unter dem Druck zunehmend zur Selbsthilfe. Von 462 Gebietskörperschaften haben inzwischen über 70 Lernmittelfreiheit, meist für Bücher, eingeführt. Die SPD hat 1978 einen Gesetzentwurf zur Lernmittelfreiheit im Landtag eingebracht, nachdem pro Schüler etwa 120 DM vorgesehen waren, die Bücher den Schülern gehören sollten, für die Berufsschüler ein einmaliger Betrag von 250 DM für Arbeitskleidung vorgesehen waren. Die CDU-Mehrheit hat abgelehnt. Die veranschlagten Kosten pro Jahr: gut 50 Mio. DM. Das macht 0,22% des Niedersächsischen Landeshaushalts (1980) aus, während die Stadt Bremen z. B. 0,56% (1978) für Lernmittel ausgibt. Der Kulturausschuß stöhnt über die vielen Eingaben, Anfragen an die Landesregierung. Das kann man, auch über die Gewerkschaften, verstärken.

Ausgaben für Lernmittel 1978 pro Schüler in DM

	NRW	Hamburg
Grundschulen	45,53	k.A.
Hauptschulen	76,87	k.A.
Realschulen	77,26	k.A.
Volks- und Realschulen	62,14	78,53
Gymnasien	84,42	104,93
Gesamtschulen	85,57	104,53
Berufs- und Berufsfachschulen	53,38	59,22
Sonderschulen	70,69	92,40

Hauseigentümerverband betreibt Beseitigung des HH-Mietspiegels

r.clc. Die Anwendung des Hamburger Mietspiegels vom Juli '79 ist durch das Landgericht Hamburg von Richter Kaninsky, der viele Häuser besitzt, abgelehnt worden. Die minimalen Schranken, die durch den Mietspiegel gegeben wurden, will der Hauseigentümerverband beseitigt wissen. Der Mietspiegel hat den Charakter einer Empfehlung und konnte bei Mietstreitigkeiten herangezogen werden. Der Hauseigentümerverband will die Vergleichsmiete als „erzielbare" Marktmiete, der Mieterverein als „gezahlte Vergleichsmiete" angewendet wissen. Der Hamburger Mieterverein greift an, daß durch willkürlich benannte Mieten für Vergleichswohnungen oder durch Sachverständigengutachten, die von den Hausbesitzern zunehmend mehr herangezogen werden, bis zu 50% mehr Miete von den Lohnabhängigen herausgezogen werden können. Die Ablehnungsgründe des Gerichts sind fehlende Angaben bei Neubauwohnungen mit mehr als 90 bzw. 130 m² Wohnfläche, die Nichtberücksichtigung der Neuvermietungen des 2. Halbjahres 1979 und die Ermittlungsweise der Vergleichsmieten. Auf dem gleichen Weg wurde der Mietspiegel '77 schon beseitigt, der Mietspiegel '79 angegriffen mit erheblich höheren Vergleichsmieten. Bausenator Lange spürte prompt, er hat die Erstellung eines neuen Mietspiegels in Auftrag gegeben.

Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente in Gorleben

r.scm. Dieses Vorhaben hat jetzt das niedersächsische Kabinett beschlossen. Für 50 Mio. DM soll ein luftgekühltes Trockenlager mit einem Fassungsvermögen von 1500 Tonnen Abfall entstehen, das von 50 bis 60 Arbeitskräften gewartet wird. Der Entscheidung der Landesregierung, die Albrecht am 3.7. bekannt gab, war am 5.3. eine Entschließung des Kreistages von Lüchow-Dannenberg vorausgegangen, in der der Bau eines Zwischenlagers und die Tiefbohrungen für die Untersuchung der Endlagermöglichkeit befürwortet wurden. Mit einem 200-Millionen-Fonds, den Bund und Land Niedersachsen für infrastrukturelle Maßnahmen dem Kreis in Aussicht stellten, wurden die Kommunalpolitiker geködert. Reisen von Hauff, Baum und Albrecht in das Gebiet und Verhandlungen Schmidts mit Kreistagsvertretern erfolgten, um den Kreistag auf den Beschluß einzuschwören. Der Bau des Zwischenlagers hat nicht nur Bedeutung für die sukzessive Durchsetzung des Kernenergieprogramms in Hinblick auf die Abfallagerung. Er dient auch der Bildung einer nuklearen Rohstoffreserve, wie Albrecht jetzt ausdrücklich erklärte. Die Verseuchung der Umgegend wird dabei in Kauf genommen und zugleich geleugnet. Undichtigkeiten von Brennelementen – Albrecht streitet sie ab – gehören so sehr zur Regel, daß sie in Kernkraftwerken nicht als Störfälle gerechnet werden.

Landgericht Hannover: Demonstranten sollen zahlen

r.ine. Am 10.7.1980 hat das Landgericht Hannover in erster Instanz 14 Teilnehmer der Grohnde-Demonstration vom 19.3.1977 dazu verurteilt, dem Land Niedersachsen den Schaden zu ersetzen, der durch Verletzung von Polizeibeamten und Beschädigung von Einsatzmitteln der Polizei entstanden ist. Gegen 4 Beklagte wurde die Klage abgewiesen. Mit dem Urteil hat das Gericht die ursprünglich 18 Beklagten aufgespalten in Gewalttäter und friedliche Demonstrationsteilnehmer. Es wurden diejenigen Beklagten verurteilt, die sich gegen den Polizeiüberfall auf die Demonstration zur Wehr gesetzt haben, z. B. mit einer Zeltstange, einem Fußtritt, einem Steinwurf, einer Säge, einem Bolzenschneider, einem Knüppel, einer Zwille. Verurteilt wurde auch der Fahrer eines VW-Bullis, aus dem Lautsprecherdurchsagen an die Demonstration ergingen. Der Prozeß und jetzt das Urteil sind von der Bourgeoisie darauf angelegt, nach dem Versuch der Zerschlagung der Demonstration durch die Polizeitruppen weiter nachzusetzen. Das Energieprogramm ist längst nicht durchgesetzt gegen die Volksmassen, ebensowenig die Wiederaufarbeitungsanlage Gorleben. Schmerzlich für die Bourgeoisie ist, daß eine endgültige Entscheidung darüber, ob gezahlt werden muß und wer wieviel, erst in einigen Jahren feststehen wird.

Kampfstofflager: Besatzer machen deutsche Behörden verantwortlich

r.kög. Nachdem auf dem ehemaligen Gelände der Lonal-Kampfstoffabrik in Westberlin-Haselhorst hochgiftige Chemikalien gefunden worden waren, besichtigte Anfang Juli ein Kampfstoff-Experte des britischen Verteidigungsministeriums das Gelände. Obwohl zahlreiche Zeugenaussagen aus der Bevölkerung bestätigten, daß unter der Spandauer Festung ein Tunnelsystem verlauft, in dem weitere Giftstoffe lagern, erklärte dieser, daß die aufgefundenen Chemikalien, unter denen sich auch das tödliche Lungengift Phosgen befand, noch kein ausreichender Beweis für ein Lager von Kampfstoffen seien. Da die britischen Besatzer aber nur für die Bergung von Kriegsmaterial zuständig seien, wurde der Fall wieder in die Zuständigkeit des Westberliner Senats gegeben. Seit 1946 haben die zuständigen Westberliner Behörden Hinweise auf die Giftmülldeponie der ehemaligen Kampfstoffabrik Lonal erhalten. Seit über 30 Jahren wurde dazu nichts unternommen, als unmittelbare Spuren zu beseitigen. Daß die britische Besatzungsmacht die Verantwortung dafür abschieben will, ist schiebt und die vorliegenden Anhaltspunkte für nicht ausreichend erklärt, hat nicht nur den Grund der politischen Unannehmlichkeiten. Die langwierigen und teuren Bergungsarbeiten müssen jetzt aus den Steuergeldern der Westberliner Bevölkerung getragen werden.

Besuch bei der Kommunebäuerin Yang Caifen

Überdurchschnittliches Einkommen in den chinesischen Volkskommunen mit hoher Spezialisierung

z.jon.Beijing. Die Kommunebäuerin Yang Caifen lebt mit ihrem Mann Sing Guitang und sechs erwachsenen Kindern in der Produktionsgruppe Gouzhuangzhi in der Volkskommune an der Lougou-Brücke im Süden Beijings. Guozhuanzhi ist ein Dorf mit 83 Familien. 120 Arbeitskräfte der Produktionsgruppe bearbeiten 333 Mu Land (22 ha), das zu 90% mit Gemüse und zu 10% mit Getreide bebaut ist. Weil die Kommune ganz auf die Lieferung von Gemüse nach Beijing spezialisiert ist, haben ihre Mitglieder ein relativ hohes Einkommen.

Wir werden von Yang Caifen auf dem Hof der Familie begrüßt, einem hochummauerten, rechteckigen Grundstück, dessen größter Teil von einem mit Bohnen, Tomaten, Kräutern und Blumen bepflanzten, rund 250 m² großen Garten eingenommen wird. Links liegen die Küche und andere Wirtschaftsräume. Die ganze Hinterfront füllt das ebenerdige Wohnhaus mit großen, auf den Hof gehenden Fenstern aus. Die z.T. geschnitzten Holzleisten, mit denen das Haus verziert ist, beginnen zu verwittern und sind teilweise schon erneuert. Die beiden mittleren Räume, von denen der größere von den Eltern und der kleinere von den beiden Töchtern bewohnt wird, sind mit einem Kang, einem großen beheizbaren Bett aus Stein ausgestattet. Sie wurden in den 50er Jahren gebaut. Später kamen noch links und rechts je ein Raum hinzu, in dem heute jeweils einer der Söhne wohnt.

Die beiden ältesten Söhne, Arbeiter in einer staatlichen Fabrik, wohnen in eigenen Häusern in der Nähe. Yang Caifen ist 53 Jahre alt. Sie arbeitet seit einem Jahr nicht mehr auf dem Feld mit, sondern kümmert sich um die Privatparzelle und den Hof. Die jüngste 17jährige Tochter geht noch in die Mittelschule. Insgesamt habe der Haushalt 1979 ein Einkommen von 2510 Yuan gehabt, berichtet Yang Caifen. 600 Yuan habe ihr 63jähriger Mann bei der Feldarbeit verdient, die beiden jüngeren Söhne, 26 und 24 Jahre alt, 700 bzw. 560 Yuan in einer kommuneeigenen Fabrik und die ältere, 20jährige Tochter 310 Yuan bei der Feldarbeit. 340 Yuan seien noch aus dem Verkauf von vier privat gemästeten Schweinen dazugekommen. Die Arbeitszeit in der Produktionsgruppe beträgt mindestens 6 Stunden an 28 Tagen im Monat für Männer und an 26 Tagen für Frauen. 40–50% des Lohns sind fest, der Rest wird je nach Arbeitsleistung bezahlt. 10% des Arbeitslohns werden zusätzlich als Getreide verteilt.

Mit diesem Lohn kämen sie gut aus, meint Yang Caifen. Ja, sie sagt sogar: „Wir können kaufen, was wir gerne möchten", und stolz zählt sie auf, was sie sich in den letzten Jahren leisten konnten. Alle zwölf, also einschließlich der Familien der älteren Söhne, besitzen sie unter anderem: 1 Fernseher (rd. 1000 Yuan), 7 Fahrräder (je 160–180 Yuan), 1 Nähmaschine, 6 Armbanduhren. Der sechsköpfige Haushalt verbraucht etwa 70 Yuan pro Monat für Essen. Fleisch kommt fast jeden Tag auf den Tisch. 7 Yuan kosten Kohle und Strom. Gesundheitsversorgung und Wasser sind kostenlos. Im letzten Jahr wurde ein Fahrrad gekauft, ferner haben sie sich für 70 Yuan Kleiderkisten, eine Kommode und einen Schrank zimmern lassen, weniger als ein Fünftel, was ein Städter dafür bezahlt. 50 Yuan wurden für Reparaturen am Haus ausgegeben. 500 Yuan liegen auf der Bank, und außerdem hat die Familie noch Geld an Nachbarn verliehen, die bauen. Was auf der Privatparzelle wächst, wird im Haushalt verbraucht. Auf dem Stück Land am Dorfrand, etwa gleich groß wie der Garten, steht übermannshoher Mais, der z.T. als Schweinefutter verwandt wird, dazwischen Gemüse. Die Schweinezucht freilich lohne sich. Ein Ferkel kostet bei der Kommune 3,50 bis 4 Yuan, für die Mast müsse sie rund 20 Yuan ausgeben. – Obwohl die Löhne hier niedriger sind, widerspricht Yang Caifen nicht, als der Dolmetscher sagt, daß sie besser leben als die meisten Arbeiter in der Stadt.

Das durchschnittliche pro-Kopf-Einkommen der Bauern aus der Kollektivwirtschaft betrug 1979 in ganz China 83,40 Yuan und nicht 470 Yuan wie in der Kommune an der Lougou-Brücke. In manchen Gegenden lag es bei 20 Yuan und darunter. Die Landwirtschaft ist dort kaum über die Subsistenzwirtschaft hinausgewachsen, und nur der kleinste Teil des Produkts kann an den Staat oder auf dem Markt verkauft werden, um Konsumgüter oder Produktionsmittel zu kaufen.

Auch in der von uns besuchten Kommune wird noch sehr arbeitsintensiv gewirtschaftet. Ein Vertreter der Kommuneleitung sagte uns, daß selbst die 200 Handtraktoren und 40 Traktoren der Kommune (24000 Arbeitskräfte, 2200 ha Felder) vor allem im Transport und nicht auf dem Feld eingesetzt werden, wo fast ganz ohne Maschinen gearbeitet wird. Aber die Spezialisierung der Kommune und die Regierungspolitik der Anhebung der Agrarpreise würde die Steigerung der Produktion, die Akkumulation von Geldmitteln und die Schaffung neuer Betriebe ermöglichen. In drei Jahren sei die Zahl der nichtlandwirtschaftlichen Betriebe der Kommune von 10 auf 15 und die Zahl ihrer Arbeitskräfte um 1000 auf 3000 gestiegen. Diese Betriebe hätten 1979 27 Mio. Yuan, genau die Hälfte des Gesamteinkommens der Kommune umgesetzt. In der Familie, die wir besuchten, arbeitet nur noch eines der Kinder in der Landwirtschaft. – Die KPCh und die chinesische Regierung fördern heute nachdrücklich, daß die Volkskommunen sich auf die Produkte spezialisieren, die für ihre Lage und ihre natürlichen Bedingungen am günstigsten sind, um die Produktion zu steigern, die Einkommen der Bauern zu erhöhen und den Kollektiven die Möglichkeit zu schaffen, an der Industrialisierung teilzunehmen, durch die dann die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte verringert werden kann.



Schwere körperliche Arbeit und niedrige Erträge sind noch immer Kennzeichen für die chinesische Landwirtschaft. – Reisumsetzen in Mittelchina.

Erzeugerpreise für Frühkartoffeln 45% niedriger als im Vorjahr

z.brb. Zwischen 30 und 33 DM wurde den Bauern durchschnittlich für 100 kg Frühkartoffeln im Juni bezahlt. Damit lag der Erzeugerpreis für Frühkartoffeln um rund 45% niedriger als im letzten Jahr. Den Vorjahrespreis konnten die Bauern in diesem Jahr lediglich zu Beginn der Ernte erzielen, als sie 100 kg zu Preisen zwischen 60 und 70 DM verkaufen konnten. Mit zunehmender Ernte fiel der Erzeugerpreis auf den Stand von Juni. Die steigenden Importe an Frühkartoffeln sind ein weiteres Druckmittel auf die Erzeugerpreise. Nachdem bereits 1978 die Erzeugerpreise drastisch gefallen waren, konnten nur noch wenige Bauern den Anbau zu diesen Preisen durchführen. Die Anbaufläche für Frühkartoffeln reduzierte sich 1979 um ca. ⅓ und die Ernte etwa um den gleichen Betrag. Das brachte den Bauern, die noch Kartoffeln anbauen konnten, die etwas höheren Erzeugerpreise des Vorjahres. Mit dem jetzigen Preisrückgang wird dieser kurzfristige Anstieg der Erzeugerpreise wieder zunichte gemacht. Für noch mehr Bauern wird sich erneut die Frage stellen, ob sie zu diesen Preisen den Anbau noch weiter betreiben können. Für die Verbraucher hat dieser Verfall der Erzeugerpreise für Frühkartoffeln keine Auswirkungen, sie müssen den gleichen Preis zahlen wie im Vorjahr, durchschnittlich 58 Pfennige für das Pfund.

Wilstedter Bauern lehnen Flurbereinigung ab

z.edp. Die betroffenen Bauern in Wilstedt (Kreis Rotenburg/Wümme) haben das geplante Flurbereinigungsverfahren abgelehnt und sich für freiwillige Landzusammenlegung entschieden. 1978 wurde vom Amt für Agrarstruktur eine Umfrage durchgeführt. Die Bauern wurden über Hofgröße, Lage der landwirtschaftlichen Flächen, Bewässerung und Zufahrtswege befragt. Ende 79 wurde ein agrarstrukturelles Gutachten vorgelegt, das ein Flurbereinigungsverfahren (FBV) vorschlug. Der Gemeinderat stimmte zu. Auf einer Informationsveranstaltung wurden den Bauern die Vorteile dargelegt; bei Ablehnung sollte keine einzelbetriebliche Förderung mehr gezahlt werden. Kosten sollte das FBV, neben 150000

che Förderung mehr gezahlt werden. Kosten sollte das FBV, neben 150000

DM, die die Gemeinde für das Gutachten bezahlen mußte, pro eingebrachtem ha jährlich 30 DM. Die Bauern lehnten nach Überprüfung anderer flurbereinigter Gemeinden ab. Erfahrungsgemäß kostet das FBV 70 DM/ha/Jahr und die Zusammenlegung von Landflächen regeln sie besser untereinander; dies schrieben über 90% der betroffenen Bauern, die zusammen 1000 ha haben, an den Landwirtschaftsminister Glup. Der Gemeinderat war gezwungen, seine Zustimmung zurückzunehmen. Die Bauern haben beschlossen, andere Seiten aufzuziehen, falls die Landesregierung auf Durchführung der Flurbereinigung drängen sollte.

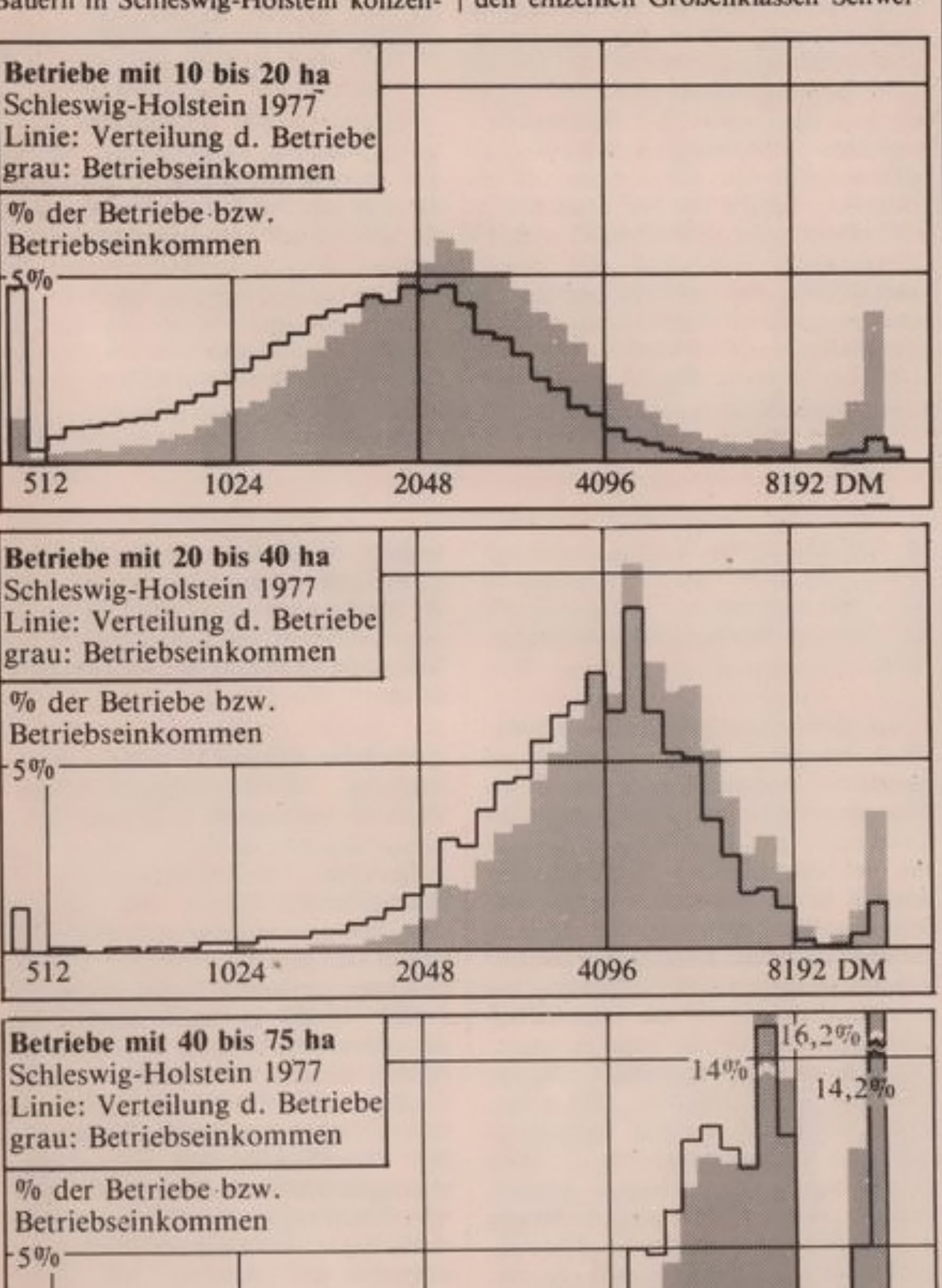
Tansania: Neue Richtlinien für Ujaa'ma-Dörfer

z.hef. Tansanias Regierung gab am 24. Juni neue Richtlinien für die Verbesserung der Lage der Bauern in den Ujaa'ma-Dörfern bekannt. Ujaa'ma-Dörfer sind Genossenschaftsdörfer, meistens mit mehr als 1000 Einwohnern, in denen Bauern aus mehreren kleinen Dörfern jetzt zusammenwohnen und den Ackerbau gemeinsam betreiben. 87% der Bevölkerung Tansanias lebt in den 8300 Dörfern. Mit ihnen versucht Tansania, die traditionelle gemeinschaftliche Bodenbebauung im Dorf in kollektive Großbewirtschaftung umzuwandeln. Die neuen Richtlinien sehen vor, daß jedes Dorf mindestens 40 Hektar gemeinschaftlich bewirtschaften sollte und daß jeder Arbeitende 0,1 Hektar zur Eigenbewirtschaftung zur Verfügung hat. Innerhalb der nächsten Jahre will Tansania die mühselige Arbeit mit der Handhacke endgültig durch Pflügen ersetzen. Ein Dorf braucht mindestens 50 Pflüge oder mehr, und die fortgeschrittenen Dörfer sollen einen Traktor anschaffen, erklärte Premierminister Sokoine im Parlament bei Vorlage des Berichts. Auf die wachsende Kritik der Bauernmassen an schlechter Planung und Arbeit der staatlichen Aufkaufs- und Verkaufs-Organisationen antwortete die Regierung mit einer ausführlichen Untersuchung. Sokoine gab bekannt, daß inzwischen 38% der Dörfer mit sauberem Wasser versorgt werden und 92% Grundschulen, 74% Läden und 35% Apotheken haben.

Die Bauern in Schleswig-Holstein bis 75 Hektar

Gestützt auf die eigenen Interessen fester Zusammenschluß möglich

z.ham. In dem Betriebsgrößenbereich von 10–75 Hektar sind die Masse der Bauern in Schleswig-Holstein konzentriert. Die Verteilung der Betriebe und der Betriebseinkommen (BE) zeigt in den einzelnen Größenklassen Schwerpunkte: Bei 10–20 ha um 3000 DM BE, bei 20–40 ha um 5000 DM, bei 40–75 ha 6500 DM. Mit wachsender Betriebsgröße gruppieren sich die Betriebe enger um diesen Schwerpunkt, in der Gruppe 40–75 ha hat sich ein weiterer Punkt von 12% der Betriebe dieser Gruppe gebildet, die über 9000 DM BE monatlich haben (16,2% des BE dieser Größenklasse).



Die Einkommens- und die Betriebsanzahlkurven der drei Gruppen zeigen eine ähnliche Form, aber die Einkommenskurve ist nach rechts verschoben. Das wird seine Ursache in der Mehrbewirtschaftung von Boden haben. Denn die BE weisen auch mit den steigenden Betriebsgrößenklassen einen absoluten Zuwachs auf. Von der Höhe des BE darf man sich nicht täuschen lassen, von ihm müssen nicht nur der Lebensunterhalt der Bauernfamilien und Steuern, sondern u.a. auch Neuinvestitionen bestritten werden. Und die Mehrheit der Bauernfamilien leistet Arbeit in der Produktion für zwei und mehr Vollarbeitskräfte: der Mann, die Frau übernimmt z.B. das Melken und arbeitet in der Ernte ganztags auf dem Betrieb (Haushalt und Kinder betreuen die Großeltern), Kinder und Altenteiler leisten etliche Stunden.

Die Spanne der BE von um 3000 bis um 6500 DM ist nicht einfach gering. Aber man kann feststellen: Auch die Arbeiterklasse muß den Kampf um die Bezahlung ihrer Arbeitskraft unter der Bedingung der Aufspaltung in verschiedene Lohn- und Gehaltsgruppen führen. Den BE der Bauern ist mehreres gemeinsam. Das wichtigste ist: 1. Sie sind durch eigene Arbeit verdient worden. 2. Der Arbeitstag ist von der Dauer wie von der steigenden Intensität her so, daß die vollständige Wiederherstellung der Arbeitskraft nicht gelingt. Insbesondere auch deshalb nicht, weil 3. die BE absolut zu niedrig liegen, unter dem richtigen Gesichtspunkt der Bauern nach voller Erhaltung des Hofes, und nicht dessen Auszehrung (Gebäude- und Bodenverfall, Maschinenüberalterung).

In einer nächsten Untersuchung wollen wir u.a. die Frage klären, ob und wie die großen Höfe und Güter Einkommen durch Besitz an Boden beziehen und wie das Einkommen sich hier auf eigene und auf Lohnarbeit verteilt. Die bürgerliche Klasse hat eine ökonomische Theorie der „Produktionsfaktoren" ausgefeilt zur Fesselung des Kampfes der arbeitenden Klassen. Danach bezieht der Bauer sein Einkommen aus Arbeit *und* Boden *und* Kapital. Er soll sich von der Tatsache des Besitzes an Produktionsmitteln (-faktoren) leiten lassen, die er als Unternehmer „kombiniert". Wie? Durch Arbeit, wenn fremde nicht bezahlt werden kann, muß er sich eben (vorübergehend) mit seiner eigenen aushelfen. Die Bauern wollen aber ihre Arbeitskraft bezahlt haben, die in ihren Erzeugnissen steckt. Ein sichtbares Zeichen des Drucks auf die Erzeugerpreise durch die hochkonzentrierte Nahrungsmittelindustrie ist die Preis-Kosten-Schere. Die Forderung nach Anbindung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise an die industriellen Produktionspreise ist nützlich.

Die Bauern können politisch einige günstige Bedingungen einsetzen: Sie sind zu über 90% im Bauernverband organisiert. Die Futterbaubetriebe machen allein 66,7% (24000 Höfe) aus. Darunter bilden die Milchvieh-Spezialbetriebe nochmals die stärkste Gruppe mit 33,1% aller Höfe, das sind 11726 Bauern in Schleswig-Holstein. Sie werden in den Naturräumen konzentriert: in der Eider-Treene-Niederung sind 68% Milchvieh-Spezialbetriebe, auf der Schleswigschen Geest über 50%. Um die Bauern zu spalten, haben bürgerliche Politiker ihnen empfohlen – ohne Erfolg –, jeweils eigene Verbände (Milchbauernverband, Getreidebauernverband usw.) zu gründen. Vergangene Woche hat ein Bauer auf einer Delegiertenversammlung des Kreisverbandes Husum-Eiderstedt anläßlich Heeremans falschen Vorschlägen zum EG-Milchpreis gefordert, daß der Bauernverband jetzt mit den Gewerkschaften und den Verbraucherverbänden sprechen muß!

Daimler Bremen – Endmontage Halle I

z.wob. Seit die Daimler-Benz AG den Hanomag-Henschel Betrieb nicht mehr als ihre hundertprozentige Tochter ausweist und in die Kette der Daimler Betriebe eingegliedert hat, gibt es eine ganze Latte von Neuerungen.

Neben der Belegschafts-Aktie zu 156 DM wurde unter anderem das MTM-System zur Akkordzeitbemessung, die Analytische Arbeitsplatzbewertung zur Lohnbestimmung und das Rauchverbot während der Arbeitszeit und außerhalb der Pausenzonen eingeführt. Der geschlossene Betriebsurlaub ist seitdem abgeschafft. Die Produktion läuft mit einem leicht reduzierten Programm die Sommermonate durch. Der Urlaub mußte im Januar angemeldet werden. Aus „betrieblichen Gründen" gab es zusammenhängend nur vier Wochen und das nur außerhalb der Schulferienzeit. Innerhalb der Zeit der großen Schulferien nur drei Wochen zusammenhängend und das nur, wenn schulpflichtige Kinder in der Familie sind. Für die ausländischen Arbeiter ist es auf dieser Grundlage natürlich nichts mit dem Besuch der eigenen Familie in der Heimat. Schon gleich zu Beginn des Jahres hatte die KBW-Zelle bei Daimler anhand der Urlaubspläne, des Produktionsprogrammes für die Monate Juni bis Oktober und der Anwesenheitslisten vom Vorjahr das Verhältnis von zu produzierender Stückzahl und Belegschaftsstärke für die anstehende Urlaubszeit vorausberechnet. Das Ergebnis war bei einem durchschnittlichen Krankenstand von 14%, der seine Spitze in den Sommermonaten hat, eine voraussichtliche Unterbesetzung bis zu 19%. Jetzt sieht man, daß es noch schlimmer gekommen ist.

In der Halle I bei Daimler Benz arbeiten in beiden Schichten insgesamt 3700 Arbeiter. Untergebracht ist in der beiten in beiden Schichten insgesamt 3700 Arbeiter. Untergebracht ist in der Halle die gesamte Lackiererei, sowie die Endmontage des Leichttransporters. Die Bänder in der Endmontage laufen kontinuierlich mit einer Geschwindigkeit von 2 m pro Minute. Die Halterungen für die zu montierenden Fahrzeuge sind so angebracht, daß bei einer Bandgeschwindigkeit von 2 m pro Minute alle 3,35 Min. die Fahrzeuge wechseln. Daraus ergibt sich die Taktzeit von eben 3,35 Min., in der der Arbeiter die jeweilige Arbeit pro Fahrzeug abgeschlossen haben muß einschließlich 8,72 Sekunden sachliche Verteilzeit, die dazu da ist, um z.B. einen abgebrochenen Bohrer auszuwechseln usw. Das bedeutet, daß z.B. in 3,35 Min 28 Schrauben in 6 verschiedenen Größen mit verschiedenen Drehmomentschlüsseln auf ihre Anzugsfestigkeit überprüft und anschließend die überprüften Schrauben mit Farbe gekennzeichnet werden müssen. Oder es müssen in 3,35 Min. ein Tankstutzen komplett montiert und ein Handbremsseil gewechselt werden. Das heißt in 3,35 Min. 5-10 Meter zum Fahrzeug gehen und anhand der Baukarte feststellen, welche Art von Tankstutzen erforderlich ist, zurückgehen, entsprechenden Tankstutzen aus dem Materialkorb entnehmen und drei Blechmuttern auf den deckelseitigen Flansch des Tankstutzens drücken, einen Dichtungsring um den Flansch legen, den so vormontierten Tankstutzen über den linken Arm hängen, auf ein entsprechendes Entlüftungsrohr einen kurzen Gummischlauch schieben, zwei Schellen und einen Tankdeckel einstecken, zurück zum Fahrzeug, auf dem Weg dahin einen Kasten mit verschiedenem Kleinmaterial mitnehmen. Am Fahrzeug den Stutzen mit dem Tank verbinden, Deckel aufschrauben, einen Gummiring in die Karosserie drücken, das Entlüftungsrohr durch diesen Ring schieben und auf der einen Seite mit dem Tank, auf der anderen Seite mit dem oberen Ende des Tankstutzens verbinden, unter das Fahrzeug gehen, Halter für das Handbremsseil anschrauben, mit einer Schelle das Seil mit dem Halter verbinden, das Ende des Seils durch eine Bohrung pressen und mit einer Spange sichern. Kontrollieren, ob alle Verbindungsteile symmetrisch sitzen, alles festschrauben. Dann das gleiche am darauffolgenden Fahrzeug. Um nun aber nicht ständig gegen das Band arbeiten zu müssen, muß die Taktzeit von 3,35 Min. unterboten werden. Dabei ist kaum ein Arbeiter davor sicher, daß seine Arbeit zu Schichtbeginn nicht umgestellt wird, weil irgendwo am Band jemand in Urlaub gegangen ist. Seine Arbeit wird auf die anderen Plätze verteilt. Man muß sich wieder neu einfuchsen, was eine Menge Kraft kostet.

Von den zwei Schichten, die in der Halle I gearbeitet werden, ist die Frühschicht das kleinere Übel. In der Frühe um drei Uhr für die, die aus dem Raum Bremerhaven mit dem Werksbus angekarrt werden, spätestens um halb fünf für die, die aus Bremen kommen, ist die Nacht zu Ende. Zwischen sieben und acht Uhr meldet sich der erste Hunger. Die erste Pause ist aber erst um neun. Schnell was vom mitgebrach- Hunger. Die erste Pause ist aber erst um neun. Schnell was vom mitgebrach- ten Brot abbeißen und mit vollen Backen weiterarbeiten.

Wer eine Zigarette rauchen will, muß sowieso zusehen, daß er schon vor der eigentlichen Pause gegessen hat. Die zehn Minuten Frühstückspause, minus Hände waschen, Kaffee ziehen und Weggehen zum Pausenraum, reichen eh nicht, weder für das eine, noch für das andere. Die nächste Pause ist viertel vor elf, sechs Minuten lang und mittags um zwölf, fünfundzwanzig Minuten lang. Feierabend ist um 14.25 Uhr. Gegenüber der Spätschicht hat die Frühschicht den Vorteil, daß man die Arbeit relativ frühzeitig hinter sich hat und den Nachmittag für sich nutzen kann. Die Spätschichtwoche dagegen geht voll an Daimler. Erstens schläft man länger und hat bei dem, was man an den freien Vormittagen anfängt, immer die Uhr im Nacken. Um zwölf Uhr ist es dann schon Zeit, sich zur Arbeit fertig zu machen. Pausen gibt es in der Spätschicht insgesamt zehn Minuten weniger als in der Frühschicht.

Die Forderung nach 10 Minuten bezahlter Bandpause alle Stunde ist im Betrieb fest verankert. Immer häufiger kommt es vor, daß Wagen halbfertig vom Band laufen. Vor kurzem haben sich die Arbeiter eines Bandabschnittes aus beiden Schichten eine Stundenlohnerhöhung von 0,30 DM erkämpft.

Umverteilung der Steuerlast auf niedrige Löhne

Für niedrige Löhne keinerlei Entlastung, für höhere Löhne nach einem Jahr der alte Steuersatz

z.frb. Das Steueränderungsgesetz 1981 liegt nun auch im einzelnen vor. Folgendes sind die wesentlichen Änderungen:

– Im Steuertarif wird der Grundfreibetrag um 510 / 1020 DM erhöht, der 1978 eingeführte allgemeine Tariffreibetrag in gleicher Höhe entfällt. Die Proportionalzone wird, wie im SPD/FDP-Entwurf vorgesehen, von 16000 auf 18000 DM verlängert. Die Progression beginnt in Steuerklasse I bei etwa 1860 DM monatlich gegenüber jetzt 1720 DM. Der Steuersatz im anschließenden Progressionsbereich wird etwas gesenkt. Die Steuerlast soll durch diese Maßnahmen um 6,1 Mrd. DM gesenkt werden.

– Der Weihnachtsfreibetrag wird ab 1980 von 400 auf 600 DM erhöht. (Steuerminderung 1,4 Mrd. DM) Der Sonderausgaben-Pauschbetrag steigt von 240 auf 270 DM.

– Das Kindergeld für das zweite Kind wird von 100 auf 120 DM, für jedes weitere Kind von 200 auf 240 DM erhöht, dies jedoch erst ab Februar.

– Auf 1982 verschoben ist die Erhöhung des Haushaltsfreibetrags für Alleinstehende mit Kindern (Steuerklasse II).

– Erst ab 1982 werden Vorwegabzug für Vorsorgeaufwendungen für Selbständige und die Vorsorge-Höchstbeträge in der Lohnsteuertabelle erhöht. (1,6 plus 2 Mrd. DM)

Damit bleiben von den im Regierungsentwurf für 1980 und 1981 vorgesehenen 11,4 Mrd. Steuerminderung noch 9,5 Mrd. Vor allem bei den kinderabhängigen Bestandteilen wurde gekürzt. Der SPD/FDP-Entwurf hatte 4,85 Mrd. DM Steuerminderung für den jetzt fallengelassenen Kindergrundfreibetrag, der pro Kind 30 DM Steuernachlaß gebracht hätte, vorgesehen. Die Kindergelderhöhung macht noch 2 Mrd. DM aus. Geblieben ist zwar der Freibetrag für Kinderbetreuung (Ausgaben für Kindergarten usw.), aber er kann erst im Lohnsteuerjahresausgleich geltend gemacht werden. Er beträgt höchstens 1200 DM je Kind im Jahr, bis zur Hälfte kann das Finanzamt von einer Nachprüfung absehen. Sonst müssen alle Ausgaben belegt werden. Die 600 DM bringen in der Proportionalzone 11 DM im Monat, bei höherem Einkommen etwas mehr.

Die Änderungen des Steuertarifs gleichen nicht einmal die Progressionsverluste eines Jahres aus. Für Löhne, die in der Proportionalzone besteuert werden, findet – abgesehen von ein paar Pfennigen – keine Entlastung statt; dazu das 1. Beispiel in der Tabelle. Steigt der Lohn 1981, so steigt auch der Steuersatz – wegen der indirekten Progression – kräftig. In der Tabelle ist eine Lohnsteigerung von 7% unterstellt. Auch bei dem Facharbeiterlohn findet keine Entlastung statt. In Steuerklasse I wird 1980 18,0% weggesteuert. Steigt der Lohn um 7%, so würden nach Steuerrecht 1980 19,2% weggesteuert. Nach dem Steueränderungsgesetz 1981 werden nur 18,0% weggesteuert. Damit wird aber bereits nach einer Erhöhung des Nominallohns um 7% derselbe Anteil des Lohnes weggesteuert wie 1980 vor der Reform. Auch der höhere Angestellte kommt in diese Falle, wenngleich hier noch am ehesten von einer Entlastung gesprochen werden kann.

So findet folgendes statt: 1. werden die unteren Löhne gar nicht entlastet, so daß sie ungebremst höheren Steuersätzen ausgeliefert werden. 2. Die mittleren und höheren Einkommen werden etwas entlastet, aber nur vorübergehend. 3. Dadurch ist für mittlere Löhne bereits nach einem Jahr der alte Steuersatz wieder erreicht, während niedrige Löhne bereits höher besteuert werden. Eine Umverteilung der Steuerlast zuungunsten der unteren Löhne findet statt. 4. Der Anteil der Lohnsumme aller Lohnabhängigen, der weggesteuert wird, steigt. Sowohl der Steuersatz in der Proportionalzone steigt, wie immer mehr in die Progressionszone mit ihrem rasch steigenden Steuersatz kommen. 1958 waren noch 95% aller steuerbelasteten Personen in der Proportionalzone besteuert, nach der Reform 1975 waren es 69% der Lohnsteuerzahler, 1980 sind es rund 40%. Jene Sorte Steuerreform senkt die Steuerlast nicht, sondern steigert sie ständig nach der Methode einen Schritt zurück, um drei nach vorne zu machen.

Nach der Verabschiedung des Steueränderungsgesetzes hat Matthöfer erklärt, über die Erhöhung der Mineralöl- und Branntweinsteuer werde im November entschieden. Tatsächlich hat die Regierung Anfang Juni längst beschlossen, die Steuererhöhung an die jetzt vereinbarte Einigung mit den Bundesländern zu koppeln. Darüber täuscht keine Schönschwätzerei, auch nicht, wenn die Musik von Matthöfer kommt, der darin Meister ist. Er will die Verbrauchssteuern erhöhen, ohne die Lohnsteuer zu senken.

Lohnsteuer nach altem und neuem Recht – Steuerklasse I bis V ohne und mit Kindergeld

Lohnsteuer nach altem und neuem Recht – Steuerklasse I bis V ohne und mit Kindergeld

Lohn	Steuerrecht	Brutto Lohn/Gehalt	I DM	I %	II/0 DM	II/0 %	II/1 DM	II/1 %	III/0 DM	III/0 %	III/1 DM	III/1 %	III/2 DM	III/2 %	III/3 DM	III/3 %	IV/1 DM	IV/1 %	IV/2 DM	IV/2 %	IV/3 DM	IV/3 %	V DM	V %
Arbeiterin Schuhindustrie (ungelernt)																								
1980	1980	1448	170	11,7	155	10,7	109	7,6	79	5,5	79	5,5	79	5,5	79	5,5	167	11,5	164	11,4	162	11,2	327	22,6
+7%	1980	1552	191	12,3	176	11,3	131	8,4	98	6,3	98	6,3	98	6,3	98	6,3	189	12,1	186	12,0	183	11,8	372	24,0
+7%	*1981*	*1552*	*190*	*12,2*	*174*	*11,2*	*130*	*8,4*	*95*	*6,1*	*95*	*6,1*	*95*	*6,1*	*95*	*6,1*	*187*	*12,0*	*184*	*11,9*	*182*	*11,7*	*339*	*21,8*
+14%	*1981*	*1663*	*213*	*12,8*	*197*	*11,8*	*152*	*9,1*	*117*	*7,0*	*117*	*7,0*	*117*	*7,0*	*117*	*7,0*	*210*	*12,6*	*207*	*12,4*	*204*	*12,3*	*381*	*22,9*
Facharbeiter Metallindustrie																								
1980	1980	2521	453	18,0	428	17,0	345	13,7	284	11,2	278	11,0	273	10,8	273	10,8	440	17,4	427	16,9	422	16,7	945	37,5
+7%	1980	2702	520	19,2	494	18,3	404	14,9	320	11,8	315	11,6	309	11,4	306	11,3	506	18,4	492	18,2	481	17,8	1060	39,2
+7%	*1981*	*2702*	*487*	*18,0*	*463*	*17,1*	*383*	*14,2*	*319*	*11,8*	*313*	*11,6*	*307*	*11,4*	*303*	*11,2*	*475*	*17,6*	*462*	*17,1*	*453*	*16,8*	*956*	*35,4*
+14%	*1981*	*2896*	*555*	*19,2*	*529*	*18,3*	*443*	*15,3*	*358*	*12,4*	*353*	*12,2*	*347*	*12,0*	*341*	*11,8*	*542*	*18,7*	*528*	*18,2*	*515*	*17,8*	*1080*	*37,3*
Höherer Angestellter Chemische Industrie																								
1980	1980	4390	1265	28,8	1231	28,0	1110	25,3	716	16,3	701	16,0	693	15,8	685	15,6	1247	28,4	1229	28,0	1211	27,6	2090	47,6
+7%	1980	4705	1415	30,1	1381	29,4	1260	26,8	819	17,4	802	17,0	794	16,9	786	16,7	1398	29,7	1379	29,3	1362	28,9	2279	48,4
+7%	*1981*	*4705*	*1338*	*28,4*	*1303*	*27,7*	*1181*	*25,1*	*780*	*16,6*	*756*	*16,1*	*748*	*15,9*	*740*	*15,7*	*1321*	*28,1*	*1301*	*27,7*	*1284*	*27,3*	*2259*	*48,0*
+14%	*1981*	*5043*	*1504*	*29,8*	*1468*	*29,1*	*1343*	*26,6*	*883*	*17,5*	*860*	*17,1*	*851*	*16,9*	*843*	*16,7*	*1486*	*29,5*	*1466*	*29,1*	*1448*	*28,7*	*2473*	*49,0*
Steuern minus Kindergeld																								
Arbeiterin Schuhindustrie (ungelernt)																								
1980	1980	1448	–	–	–	–	59	4,1	–	–	29	2,0	–71	–4,4	–331	–22,8	142	9,8	89	6,2	–13	–0,9	–	–
+7%	1980	1552	–	–	–	–	81	5,2	–	–	48	3,1	–52	–3,4	–312	–20,1	164	10,5	111	7,1	8	0,5	–	–
+7%	*1981*	*1552*	–	–	–	–	*80*	*5,1*	–	–	*45*	*2,9*	*–75*	*–4,8*	*–315*	*–20,3*	*162*	*10,4*	*99*	*6,4*	*–23*	*–1,5*	–	–
+14%	*1981*	*1663*	–	–	–	–	*102*	*6,1*	–	–	*67*	*0,4*	*–53*	*–3,2*	*–293*	*–17,6*	*185*	*11,1*	*122*	*7,3*	*1*	*0,1*	–	–
Facharbeiter Metallindustrie																								
1980	1980	2521	–	–	–	–	295	11,7	–	–	228	9,0	123	4,9	–137	–5,4	415	16,4	352	13,9	247	9,8	–	–
+7%	1980	2702	–	–	–	–	354	13,1	–	–	265	9,8	159	5,9	–104	–3,9	481	17,8	417	15,4	351	11,3	–	–
+7%	*1981*	*2702*	–	–	–	–	*333*	*12,3*	–	–	*263*	*9,7*	*137*	*5,1*	*–107*	*–4,0*	*450*	*16,7*	*377*	*13,9*	*248*	*9,2*	–	–
+14%	*1981*	*2896*	–	–	–	–	*393*	*13,6*	–	–	*303*	*10,4*	*177*	*6,1*	*–69*	*–2,4*	*517*	*17,9*	*443*	*15,3*	*310*	*10,7*	–	–
Höherer Angestellter Chemische Industrie																								
1980	1980	4390	–	–	–	–	1060	24,1	–	–	651	14,8	543	12,4	275	6,3	1222	27,8	1154	26,3	1036	23,6	–	–
+7%	1980	4705	–	–	–	–	1210	25,7	–	–	752	16,0	644	13,7	376	8,0	1373	29,2	1304	27,7	1187	25,2	–	–
+7%	*1981*	*4705*	–	–	–	–	*1131*	*24,0*	–	–	*619*	*14,1*	*578*	*12,3*	*330*	*7,0*	*1296*	*27,5*	*1216*	*25,8*	*1079*	*22,9*	–	–
+14%	*1981*	*5043*	–	–	–	–	*1293*	*25,6*	–	–	*706*	*15,0*	*681*	*13,5*	*433*	*8,6*	*1461*	*29,0*	*1381*	*27,4*	*1243*	*24,6*	–	–

Beträge auf volle DM gerundet, Prozentzahlen vom Bruttolohn in Pfg. gerechnet. Bei den unteren Spalten ist das Kindergeld von der Steuerschuld abgezogen. Die Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages, die in der Proportionalzone eine Ersparnis von 44 DM im Jahr bringt, ist nicht berücksichtigt. Die Löhne sind runde Angaben aufgrund der amtlichen Statistik.



z.bew. **Drei Wochen vor Amtseinführung des neuen Präsidenten Belaunde hat die Streikwelle der peruanischen Arbeiterklasse den öffentlichen Dienst erfaßt.** Ziel der gegenwärtigen Kämpfe sind ausreichende Lohnerhöhungen – von 1973 bis Mitte 1980 waren die Reallöhne der Arbeiter um 43,3% gesunken. Ausgehend von der Stadtverwaltung Limas sind die Beschäftigten der Gemeindeverwaltungen, mit Ausnahme der Müllabfuhr und der Polizei, in einen unbefristeten Streik getreten. 71 Gemeindearbeiter Limas befinden sich im Hungerstreik. Die Beschäftigten der Stadtverwaltung Limas fordern: zusätzliche Einstellung von 10600 Arbeitern, Durchführung des 1979 beschlossenen Inflationsausgleichs, feste Absicherung und pünktliche Auszahlung der Zulagen, Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter und keinerlei Abzüge für die Streiktage. Darüber hinaus wird die Bestrafung der Verantwortlichen für den Tod von vier streikenden Arbeitern, die Freilassung inhaftierter Gewerkschaftsführer und die Entlassung der obersten Dienstherren, die für die Korruption und Unterdrückung verantwortlich sind, gefordert. Seit dem 1. Juli streiken 35000 gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte des Gesundheitswesen für höhere Löhne, Zahlung der rückständigen Löhne und Freilassung der verhafteten Gewerkschaftsführer. Die Gewerkschaften des Flugpersonals und der Piloten haben angekündigt, sich dem Streik anzuschließen.

z.hef. **Die Regierung Sambias verbot am 24. Juni alle Streiks.** Sie werde eine Beratung mit Gewerkschaften und Unternehmern über Löhne und Streiks durchführen. Die Inflationsrate beträgt zur Zeit 20% und steigt. Die imperialistischen Handelsmonopole nutzen Sambias Transport- und Devisenprobleme zu wucherischen Aufschlägen. Im letzten August mußten die Gewerkschaften hartnäckig darum kämpfen, die Regierungs-Lohnleitlinie von 131 Kwacha Höchstlohnerhöhung im Jahr (ca. 27 DM im Monat) wenigstens auf 156 Kwacha (ca. 32 DM) zu erhöhen. Trotzdem sind die Löhne der meisten Arbeiter real gesunken, und das bei steigender Arbeitslosigkeit. Gegen die niedrigen Löhne streiken jetzt einzelne Belegschaften, vor allem bei ausländischen Firmen.

z.hef.London. **Eine Lohnforderung von 35% hat der Gewerkschaftstag der britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM in der letzten Woche für den im Januar 1981 fälligen Tarifabschluß gefordert.** Das würde den Mindestgrundlohn der Übertagearbeiter von 73,65 Pfund pro Woche (ca. 1300 DM im Monat) auf 100 Pfund (ca. 1750 DM) bringen. Die Bergarbeiter haben schlechte Erfahrungen mit dieser Art von Forderungen, die der Einheit hinderlich sind. Im letzten Jahr forderte die Führung 60%. Die Bergarbeiter waren dann aber im Tarifkampf in einer solchen Lage, daß sie in einer Urabstimmung einem 20%-Abschluß zustimmten und keinerlei Fortschritte im Kampf gegen das Akkordsystem machten, das ihnen das staatliche Kohlemonopol 1977 aufgezwungen hatte. Vom Durchschnittslohn der Untertagearbeiter (147 Pfund pro Woche) sind inzwischen 14% Überstundenzuschläge und 18% Akkordprämien. Die Konferenz faßte keinen Beschluß zum Akkordsystem.

z.jüd. **In Portugal gibt es seit ca. 2 Wochen eine ganze Reihe von Streiks im gesamten Transportbereich.** Schon seit Monaten wird immer wieder gegen die fortschreitende Reprivatisierungspolitik der bürgerlichen Regierung gestreikt. In den letzten Wochen sind jetzt die Brauereien und die Zementproduktion an die Kapitalisten zurückgegeben worden – die Regierung unternimmt vieles, um das imperialistische Kapital wieder ins Land zu lassen. Die westdeutsche Kapitalhilfe z.B. war 1979 von 70 auf 100 Mio. DM aufgestockt worden. Vor einem Monat erst hatte das Verfassungsgericht der Wiederzulassung von privaten Banken auch vor der beabsichtigten Änderung der Verfassung zugestimmt. Die Gewerkschaften fürchten, daß in der nächsten Zeit auch die Fluglinie TAP reprivatisiert werden soll. – Die neueste Streikwelle wurde ausgelöst durch den Streik von 400 Piloten und 750 Ingenieuren der Handelsmarine, die sich neben der Forderung nach höherem Lohn gegen die steigende Steuerlast wenden. Sie fordern die Durchsetzung eines Tarifvertrages vom letzten Jahr, der immer noch nicht erfüllt ist. In Lissabon hatten 20000 Arbeiter der Eisenbahn zwei Tage lang die Arbeit niedergelegt.

z.ans.Rom. **Für den 17. Juli hat die italienische Metallarbeitergewerkschaft FLM die anderthalb Millionen Arbeiter der Branche zu einem Generalstreik aufgerufen.** Alle Industriearbeiter im Einzugsbereich Turins sind aufgefordert, sich dem Streik anzuschließen. Er richtet sich gegen die von den Fiat-Kapitalisten geplanten Entlassungen von 14000 – 15000 Lohnabhängigen. Für die weiterbeschäftigten Arbeiter hat Agnelli verschärfte Arbeitshetze angekündigt: „Wir müssen die Produktivität erhöhen und die Beschäftigung senken". Dem Streikaufruf waren vorausgegangen: Abbruch der Fiat-Firmentarifverhandlungen und Streiks an mehreren Tagen. Im Fiatwerk Rivalta antworteten die Arbeiter mit einem 7stündigen Streik, als die Kapitalisten eine Produktionssteigerung pro Schicht um 22 Autos erzwingen wollten.

z.ans.Rom. **Ein Nein zum Krisenpaket der italienischen Regierung – das ist**

Regierungsbericht zur Leiharbeit überfällig – Bundesregierung gegen Verbot der Leiharbeit

z.brp. Der zweijährliche Bericht der Bundesregierung über das 1972 eingeführte Arbeitnehmerüberlassungsgesetz ist seit dem 30. Juni überfällig. Er befindet sich noch im Stadium des Referentenentwurfs des Ehrenbergministeriums und muß mit den verschiedenen Ressorts abgestimmt werden. Auf dem Boden der gesetzlichen Leiharbeit hat sich der illegale Sklavenhandel entfalten und ausdehnen können; die illegal vermittelten Arbeiter – meistens im Ausland angeworben – werden auf eine halbe Million geschätzt, im Baubereich ungefähr auf 200000 gegenüber 6000 legal vermittelten. Für die Leiharbeiter gelten keine Tarifverträge, und der Betriebsrat des entleihenden Betriebs hat ihm gegenüber keine Vertretungsrechte. Keine Lohnfortzahlung und fristlose Kündigung bei Krankheit, Kündigung zur Einsparung des Weihnachtsgeldes oder des Lohns bei Leerzeiten, oftmals keine Zahlungen von Überstundenzuschlägen, keine Stellung von Arbeits- und Schutzkleidung, Arbeitsvertäge mit Konventionalstrafe – das sind die Praktiken von konzessionierten wie illegalen Seelenverkäufern, wobei letztere noch die vom Arbeiter einbehaltenen Lohngelder für Sozialversicherungen und Steuern in die eigene Tasche stecken.

Ehrenberg schlägt vor: Sobald Werksverträge abgeschlossen werden, wird davon ausgegangen, daß es sich um Leiharbeit handelt, und das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz wird wirksam: Kontrolle des Vermittlers und (neu) des Entleihers; Kapitalisten, die illegal Vermittelte beschäftigen, sollen Bußgeld zahlen; Gebühr für neue Arbeitsvermittler-Konzessionen. Für den Baubereich erwägt Ehrenberg ein Verbot der Leiharbeit.

Ehrenberg ist unter Druck durch die Gewerkschaften, die das vollständige Verbot der Leiharbeit fordern. Selbst Mitglied der IG Bau Steine Erden erklärte er auf dem letzten Gewerkschaftstag 1979: ,,Ich fürchte, alle die, die ein Verbot der Leiharbeit statt nur einer strengeren Überwachung und einer strengeren Regelung fordern, werden wir aus zwei Gründen enttäuschen müssen. Zum ersten gibt es ernstzunehmende verfassungsrechtliche Probleme bei einem totalen Verbot. Zum anderen ... werdet auch ihr mir für die nächste Legislaturperiode nicht in der ganzen Bundesrepublik ostfriesische Mehrheiten geben können, um ein solches Verbot durchsetzen zu können.'' Mehrere Delegierte griffen ihn deswegen direkt an, und der Gewerkschaftstag verabschiedete einen Antrag zum vollständigen Verbot der Leiharbeit und zur Arbeitsvermittlung allein über die Bundesanstalt für Arbeit. Mit seinem jetzigen Zugeständnis an die Bauarbeiter ist Ehrenberg auf Kritik der FDP gestoßen. In dieser Legislaturperiode können sowieso keine gesetzlichen Maßnahmen mehr verabschiedet werden, nach der Wahl werden die Ressorts ihre Arbeit geleistet haben – so das Kalkül. Man muß Ehrenberg jetzt festnageln.

Schwere Kämpfe der Seeleute gegen Lohnsenkungen

,,Billigflaggenschiffe'': Waffe der Reeder, um alle tariflichen Rechte zu beseitigen

z.rül. Am 1. und 2. Juni lagen 4000 unter griechischer Flagge fahrende Schiffe in Häfen überall in der Welt fest. 12000 Schiffsingenieure, von den Kapitalisten zu Grundheuern bis maximal 45480 Drachmen im Monat (nach Wechselkursen ca. 1890 DM) ausgebeutet, waren in den Streik getreten. Sie forderten die Einbeziehung mehrerer Zulagen in die Grundheuer sowie einen Anspruch auf Heimbeförderung für jeden Ingenieur spätestens nach sechs Monaten Fahrt, anstatt wie bisher erst nach neun Monaten.

Der Streik der griechischen Schiffsingenieure – sein Ergebnis ist uns noch nicht bekannt – war eine der größten Kampfaktionen der Seeleute in den letzten Jahren überhaupt. Der Aufschwung der Kämpfe der Seeleute zeigt sich vor allem in der zunehmenden Zahl der Streiks, in denen besonders Mannschaften aus Ländern der Dritten Welt gegen ihre Hungerlöhne an Bord antreten. Allein letzte Woche meldete die britische Zeitung ,,Lloyds List'' zwei solcher Aktionen. So wird seit dem 27. Juni in Bremen die ,,Aractos Bridge'' von der ÖTV und der streikenden philippinischen Besatzung im Hafen festgehalten. Die Seeleute fordern eine Erhöhung ihrer Heuer auf den von der ITF, der Internationalen Transportarbeiterföderation, geforderten Tarif für gelernte Matrosen, das sind 674 $ im Monat oder ca. 1180 DM. Außerdem soll der Kapitalist 300000 $ Heuer nachzahlen, die er der Mannschaft bislang durch die Bezahlung unter ITF-Tarif geraubt hat. Im April hielten neun Besatzungsmitglieder und die niederländische Transportarbeitergewerkschaft FNV sechs Tage lang das westdeutsche Frachtschiff ,,Hans Oldendorff'' des Lübecker Reeders Oldendorff im Hafen fest. Der Kapitalist, der bislang auf keinem seiner Schiffe die ITF-Mindestheuern zahlte und das Schiff unter der Flagge Singapurs fahren ließ, hatte den Lohn der Besatzung noch einmal von 450 $ im Monat (ca. 792 DM) auf 350 $ (ca. 616 DM) kürzen wollen. Nach sechs Tagen Streik mußte er nachgeben: Die Heuer der Mannschaft wurde auf die ITF-Mindestsätze erhöht, 50000 $ Heuer zahlte er nach.

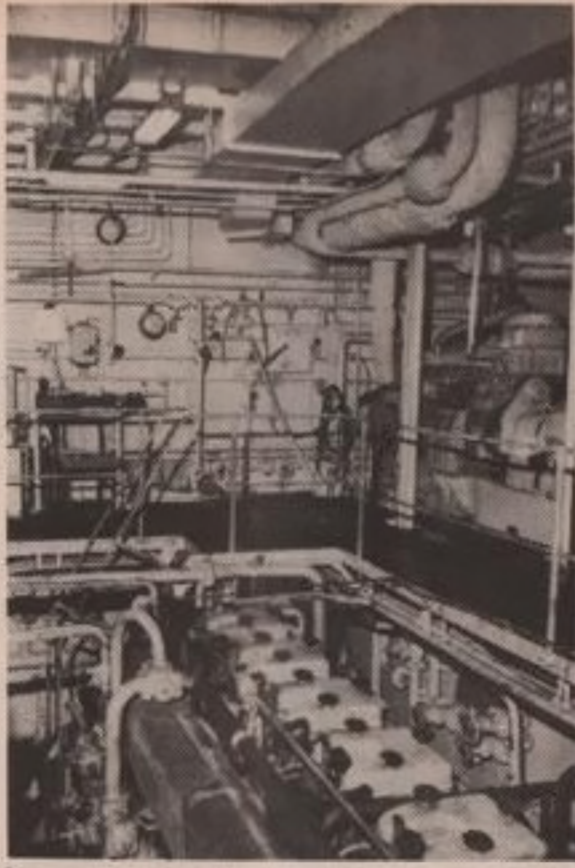
Das sind nur zwei Beispiele. Immer entschlossener antworten die Seeleute, zusammengeschlossen in der Internationalen Transportarbeiterföderation, auf die Versuche der Reeder, den durch jahrzehntelange Kämpfe errungenen Lohnstandard zu zerschlagen und sämtliche gewerkschaftlichen Rechte auf den Schiffen zu beseitigen.

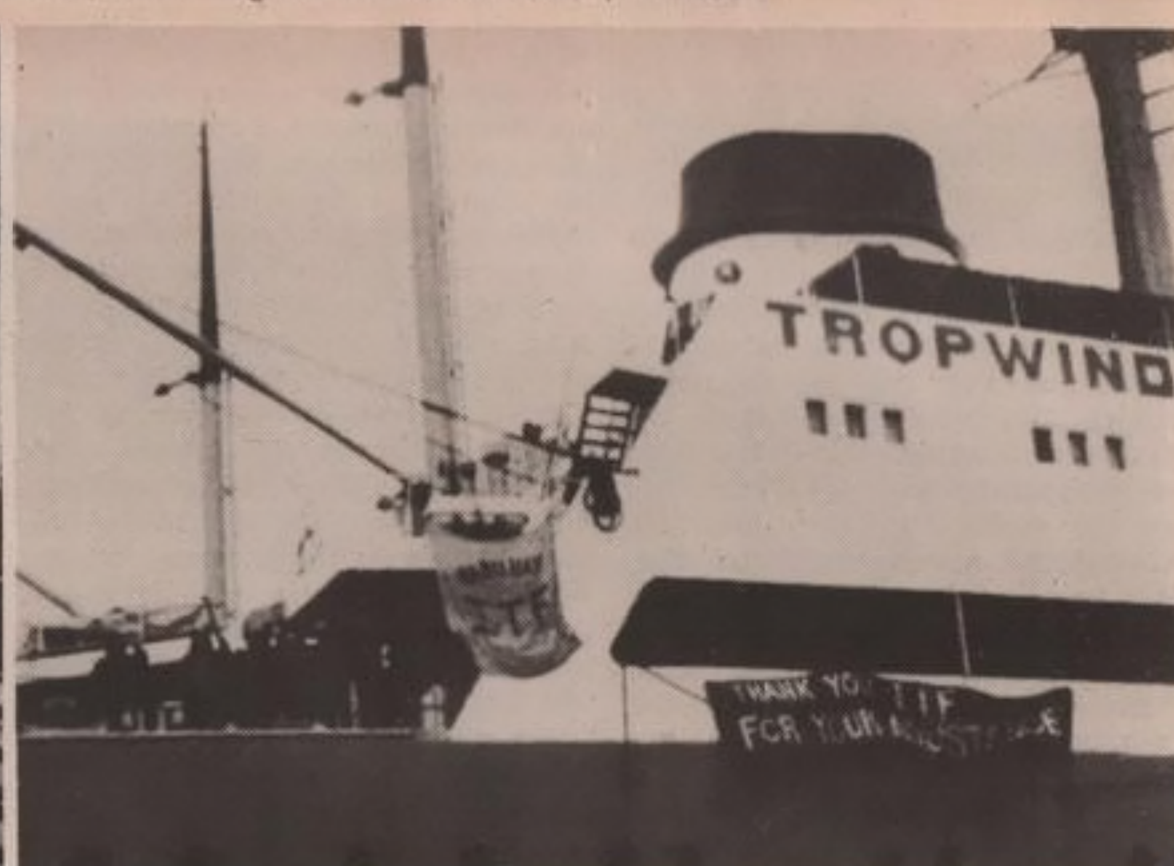
Eine ihrer Hauptmethoden ist das Umflaggen ihrer Schiffe auf die sogenannten ,,Billigflaggenländer''. Das bringt den Reedern nicht nur Steuer- und Versicherungsersparnisse: Vor allem gelten für die Besatzungen dann die in den imperialistischen Ländern erkämpften tariflichen Rechte und Löhne nicht mehr! Außerdem nehmen so die Reeder den Seeleutegewerkschaften in ihren eigenen Ländern jedes Recht, Seeleute weiter zu organisieren und zu vertreten. Ist diese Entrechtung erst einmal durchgesetzt, so folgt meist die nächste auf dem Fuß: Anstatt den Besatzungen zumindest die von der ITF für diese ,,Billigflaggenländer'' geforderten Mindestheuern zu zahlen, werden die Besatzungen kurzerhand gefeuert und an ihrer Stelle Besatzungen aus Ländern der Dritten Welt angeheuert, zu den dortigen Lohnsätzen, versteht sich! Mr. Laughton, Sprecher der Seeleute-Abteilung der Internationalen Transportarbeiterföderation ITF, berichtete uns: ,,Die Schiffsbesitzer stellen sich auf den Standpunkt, daß sie frei sind, ihre Mannschaften dort zu rekrutieren, wo sie wollen. Sie sind dafür, daß ihre Mitglieder tarifliche Vereinbarungen abschließen, *aber zu den örtlichen Sätzen* ... Texaco z.B. beschäftigt auf seinen panamesischen Schiffen Italiener. Sie haben deswegen keine Tarifabkommen, aber zahlen mehr oder weniger gemäß den italienischen Tarifabkommen. Das gleiche gilt, wenn diese Leute Philippinos sind, z.B. bei Esso, die bezahlen ungefähr, um einen gelernten Matrosen als Beispiel zu nehmen, in der Gegend von 280 bis 300 $ pro Monat, normalerweise für 48 Stunden pro Woche ..., auf See natürlich 56 Stunden und mehr. Dann gibt es andere Besitzer, die beschäftigen philippinische Seeleute, sie bezahlen ihnen nur 140 $. Oder nehmen Sie Gesellschaften wie Mobil oder Chevron, die beschäftigen Inder, die ... jetzt vielleicht 190 $ im Monat verdienen.''

Auf der liberianischen Flotte – die in Wirklichkeit zum größten Teil aus US-Schiffen besteht – beuten die Kapitalisten aus: 6845 Offiziere und 15191 Mannschaften aus Hongkong, Singapur, Taiwan, 2280 Offiziere und 8256 Mannschaften aus den Philippinen, 3380 Offiziere und 5472 Mannschaften aus Griechenland, 1932 Offiziere und 4841 Mannschaften aus Süd-Korea, 675 Offiziere und 3197 Mannschaften aus Indien, insgesamt 83736 Seeleute (1979).

Gestützt auf dieses ständige Druckmittel der ,,Billigflaggenflotten'' versuchen die Imperialisten, den Lohnstandard *aller* Seeleute zu senken. Bereits 1977 kamen – nach unvollständigen Angaben der OECD – von den insgesamt 540000 Seeleuten auf den Flotten der OECD-Staaten – ohne Italien und Kanada – mindestens 75000, wahrscheinlich aber über 100000 Seeleute aus anderen Staaten als den ,,Flaggenländern'' der Reedereien. Der internationale Zusammenschluß der Seeleute – die meisten Seeleutegewerkschaften sind heute in der Internationalen Transportarbeiterföderation ITF organisiert – dagegen ist eine unumgängliche Notwendigkeit. Ihre Forderungen: Sämtliche Besatzungen müssen nach Tarifverträgen gezahlt werden, die im Herkunftsland *des Reeders* von den Gewerkschaften erkämpft wurden. Sind diese Reedereien in sogenannten ,,Billigflaggenländern'' angesiedelt, so sollen die Kapitalisten mindestens die von der ITF festgelegten Heuern zahlen, die Arbeiter sollen das Recht haben, in jedem Hafen sich an eine der in der ITF zusammengeschlossenen Gewerkschaften zu wenden und sich durch diese vertreten zu lassen.

Mannschaft bislang durch die Bezahlung unter ITF-Tarif geraubt hat. Im April hielten neun Besatzungsmitglieder und die niederländische Transportarbeitergewerkschaft FNV sechs Tage lang das westdeutsche Frachtschiff ,,Hans Oldendorff'' des Lübecker Reeders Oldendorff im Hafen fest. Der Kapitalist, der bislang auf keinem seiner Schiffe die ITF-Mindestheuern zahlte und das Schiff unter der Flagge Singapurs fahren ließ, hatte den Lohn der Besatzung noch einmal von 450 $ im Monat (ca. 792 DM) auf 350 $ (ca. 616 DM) kürzen wollen. Nach sechs Tagen Streik mußte er nachgeben: Die
Schiffsbesitzer stellen sich auf den Standpunkt, daß sie frei sind, ihre Mannschaften dort zu rekrutieren, wo sie wollen. Sie sind dafür, daß ihre Mitglieder tarifliche Vereinbarungen abschließen, *aber zu den örtlichen Sätzen* ... Texaco z.B. beschäftigt auf seinen panamesischen Schiffen Italiener. Sie haben deswegen keine Tarifabkommen, aber zahlen mehr oder weniger gemäß den italienischen Tarifabkommen. Das gleiche gilt, wenn diese Leute Philippinos sind, z.B. bei Esso, die bezahlen ungefähr, um einen gelernten Matrosen als Beispiel zu nehmen, in der Gegend von 280 bis 300 $
deration ITF organisiert – dagegen ist eine unumgängliche Notwendigkeit. Ihre Forderungen: Sämtliche Besatzungen müssen nach Tarifverträgen gezahlt werden, die im Herkunftsland *des Reeders* von den Gewerkschaften erkämpft wurden. Sind diese Reedereien in sogenannten ,,Billigflaggenländern'' angesiedelt, so sollen die Kapitalisten mindestens die von der ITF festgelegten Heuern zahlen, die Arbeiter sollen das Recht haben, in jedem Hafen sich an eine der in der ITF zusammengeschlossenen Gewerkschaften zu wenden und sich durch diese vertreten zu lassen.





Die philippinische Besatzung der ,,Tropwind'', ein US-Schiff unter der Flagge Singapurs, setzte im November 1978 nach einem mehrwöchigen Streik mit Unterstützung der ITF eine Verdoppelung ihrer Heuer auf ITF-Tarif durch.

Neue Lohnordnung im Steinkohlebergbau trägt hoher Ausbeutung Rechnung
z.uls. Bei den diesjährigen Tarifverhandlungen im April im rheinisch-westfälischen Steinkohlebergbau setzte die IGBE zusätzlich zu einer 5 DM-Untertagezulage, dem 7,15 %-Abschluß und einigen Nebenforderungen auch eine neue Lohnordnung durch. Die IGBE schätzt, daß mit der neuen Lohnordnung die Höhergruppierung von rund 50 % der Untertagearbeiter und eines Teils der Übertagearbeiter ohne Facharbeiterausbildung durchgesetzt
Lg 10; die Höhergruppierung der Schießmeister und Ausbilder von Lg 10 + 15 % nach Lg 13; der Kolonnenführer außerhalb von Gewinnung, Vortrieb und Herrichtung nach Lg 12 und der Kolonnenführer innerhalb dieser Bereiche nach Lg 13, der Strebmeister nach Lg 14. Die Höhergruppierung tragen in ihrer Gesamtheit dem erheblichen Verschleiß der Arbeitskraft im Kohlenabbau Rechnung. Sicherlich versprechen sich die Bergbaukapitali-

Neue Lohnordnung im Steinkohlebergbau trägt hoher Ausbeutung Rechnung

z.uls. Bei den diesjährigen Tarifverhandlungen im April im rheinisch-westfälischen Steinkohlebergbau setzte die IGBE zusätzlich zu einer 5 DM-Untertagezulage, dem 7,15 %-Abschluß und einigen Nebenforderungen auch eine neue Lohnordnung durch. Die IGBE schätzt, daß mit der neuen Lohnordnung die Höhergruppierung von rund 50 % der Untertagearbeiter und eines Teils der Übertagearbeiter ohne Facharbeiterausbildung durchgesetzt werden kann. Zusätzlich zu den 7,15 % ergäbe das eine Erhöhung der Tarifschichtlöhne zwischen 5,53 DM und 16,71 DM unter Tage und 0,57 DM und 3,13 DM über Tage.

Nimmt man die Lohngruppe 8 als unterste Facharbeiterlohngruppe gleich 100 %, dann ergibt sich für die Ruhrtarife (Saar) eine Spreizung von Lg 2 = 79,66 % (79,64 %) bis Lg 14 = 146,36 % (146,36 %). Nach alter Lohnordnung hatte die Lohngruppenspreizung eine Spanne von 79,66 % (79,64 %) bis 133,66 % (133,62 %)

Die wesentlichen Höhergruppierungen der Lohnordnung für Ruhr unter Tage sind: die Gleichstellung der Bläser mit den anderen Arbeitern im Streb durch Einstufung von Lg 9 nach 11; die Höhergruppierung aller Strebarbeiter der Gewinnungsschichten von Lg 10 nach 11; Einführung des Maschinen- und Elektrohauers 3 in Lg 11 mit denselben Tätigkeitsmerkmalen wie bisher der Elektro- und Maschinenhauer 2 in der alten Lohnordnung in Lg 10; die Höhergruppierung der Schießmeister und Ausbilder von Lg 10 + 15 % nach Lg 13; der Kolonnenführer außerhalb von Gewinnung, Vortrieb und Herrichtung nach Lg 12 und der Kolonnenführer innerhalb dieser Bereiche nach Lg 13, der Strebmeister nach Lg 14. Die Höhergruppierung tragen in ihrer Gesamtheit dem erheblichen Verschleiß der Arbeitskraft im Kohlenabbau Rechnung. Sicherlich versprechen sich die Bergbaukapitalisten eine Spaltung durch die besonders starke Anhebung der Vorarbeiter jeder Art. Das kann aber auch anders ausgehen: durch den stark erhöhten Tariflohn verlieren Prämien an Gewicht; der große Druck auf die Vorarbeiter zu Höchstzahlen an Überschichten verliert auf der Lohnseite an Gewicht.

Die Belegschaften und Betriebsräte haben eine komplizierte Aufgabe sicherzustellen: Die weitestgehende Anwendung der Höhergruppierungen nach neuer Lohnordnung, die Ausnutzung von Abgruppierungsmöglichkeiten durch die Kapitalisten, die nach wie vor in der Lohnordnung enthalten sind, zu verhindern und dabei den Tarifabschluß voll ins Effektive überzuwälzen. Nach unserer Übersicht hat die IGBE das weitgehend sichergestellt. Einzelne Versuche von Gedingekürzungen und Zulagenstreichungen werden auf Belegschaftsversammlungen besprochen. Gegen Nicht-Höhergruppierungen gehen Einsprüche bei den Betriebsräten ein.

---

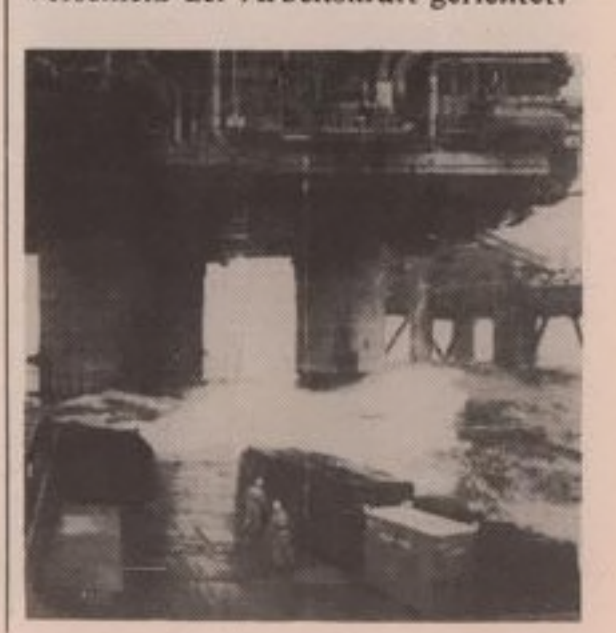
das Ergebnis aller Fabrikversammlungen, zu denen die Gewerkschaftsbünde überall im Land aufgerufen haben. Die Gewerkschaftsführung gerät mit ihrer Stellungnahme zum Plünderprogramm der Regierung unter Druck. Statt die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Streichung von Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung und die Erhebung einer Sondersteuer auf Lohn für einen ,,Solidaritätsfonds'' mit den Kapitalisten rundweg abzulehnen, betont sie allein dessen ,,Begrenztheiten und seine Unangemessenheit''. Seit den spontanen Streiks in der vorletzten Woche sind die Streiks, Demonstrationen, Kundgebungen und Versammlungen in der letzten Woche nicht abgerissen. Am Donnerstag demonstrierten Tausende von Italsider-Arbeitern in Genua gegen das Krisenpaket der Regierung und den Angriff auf den Lohn. Wie bereits die Belegschaft von Alfa Sud di Pomigliano bei Neapel fordert die Fabrikversammlung von Italsider die Gewerkschaftsbünde auf, zum Generalstreik aufzurufen.

z.anb. **Die Arbeiterinnen des tschechoslowakischen Staatsbetriebs Konstruktiva in Nordböhmen haben die Verkürzung der Frühschicht um 1 Stunde für Frauen mit kleinen Kindern durchgesetzt.** Bei der Umstellung auf Sommerzeit – mit Vorverlegung des Schichtbeginns auf 5 Uhr – war das staatlicherseits zwar in Aussicht gestellt worden, die Betriebsleitung jedoch schränkte den Anspruch auf Alleinverdienende ein. Trotz Protesten der Belegschaft rührte sich die Gewerkschaftsvertretung nicht. Dies wurde auf dem Gewerkschaftsplenum der ROH (vgl. KVZ 28/80) enthüllt. 44 bis 46% der Industriearbeiter sind Frauen, gleichzeitig besteht Mangel an Kinderkrippen. Das Gesetz über Tagesmütter von 1976 zielt auf kurzfristige Beseitigung solcher Hindernisse gegen die Ausdehnung der Frauenarbeit.

z.anb. **In ihrer im Frühjahr begonnenen Kampagne für Anerkennung der Koalitions- und Tarifrechte in den Klein- und Mittelbetrieben hat die schweizerische Gewerkschaft Textil Chemie Papier (GTCP) einen wichtigen Erfolg errungen.** Der Zürcher Chemiebetrieb Hefti AG muß ab sofort die GTCP im Betrieb anerkennen einschließlich ihres Rechts auf Aushandlung eines Gesamtarbeitsvertrags für alle Arbeiter. Der Kapitalist hatte versucht, durch Lohnkürzungen und Abgruppierung den Aufschwung der gewerkschaftlichen Organisierung im Betrieb zu brechen. Der Kampf hatte sich zugespitzt über die Forderung der GCTP an Hefti, unverzüglich in Verhandlungen über einen Tarifvertrag einzutreten, der die Arbeiter mit denen in Großbetrieben gleichstellen sollte. Obwohl die Einigungsbehörde durch den Vergleich sofortige Verhandlungen ausgesetzt hat, muß der Kapitalist vorderhand nach dem Niveau in vergleichbaren Betrieben zahlen und hat bereits neue Verhandlungsforderungen der Gewerkschaft auf dem Tisch.

z.inl.Paris. **Die französische Arbeiterbewegung hat einen zweiten Sieg im Kampf gegen die Kostendämpfungspolitik errungen, der Gesundheitsminister mußte am 9.7. das Dekret über die Selbstbeteiligung an den Kosten der Gesundheitsversorgung zurückziehen.** Seit 1. Mai war das ticket modérateur, der ,,Mäßigungsbeitrag'', in Kraft, angewendet wurde es nicht. Die Hilfskassen, in denen 20 Mio. Lohnabhängige und ihre Familien zusatzversichert sind, weil die Leistungen der Sozialversicherung unzureichend sind, weigerten sich, ihren Mitgliedern den vollen Versicherungsschutz zu entziehen und 5–12% ,,Selbstbeteiligung'' zu verlangen. Drei große Aktionstage mit Streiks von mehreren Millionen Lohnabhängigen haben die Gewerkschaften CGT, CFDT und FEN am 13.5., 23.5. und 5.6. organisiert gegen die staatlichen Angriffe auf die Reproduktionsbedingungen der Arbeiterbevölkerung. ,,Rücknahme des Gesetzentwurfs Berger'', ,,Stoppt das Honorarabkommen'', ,,Weg mit dem ticket modérateur'' sind die Forderungen. Das letzte Dekret ist jetzt Makulatur, nachdem die Regierung schon unter der Wucht des Kampfes den Gesetzentwurf Berger über Ausgabenbeschränkung der Sozialversicherung und automatische Erhöhung der Beiträge mit steigenden Kosten Mitte Mai für diese Legislaturperiode zurückzog. Gute Bedingungen, auch das Honorarabkommen zu Fall zu bringen.

z.bag.Aarhus. **Am 2.7. traten 2000 Arbeiter auf den Bohrplattformen im norwegischen Teil der Nordsee in den Streik.** Vorausgegangen war das Scheitern der Tarifverhandlungen zwischen der ,,Operateur-Gewerkschaft'' und den Konzernen Mobil,- Phillips-Petroleum und Elf-Aqitaine. Am 10.7. schloß sich die Seemannsgewerkschaft dem Streik an. Damit sind jetzt insgesamt 3000 Mann im Ausstand; die Bohrtätigkeit auf 22 Plattformen ist lahmgelegt. Die wichtigsten Forderungen der Ölarbeiter sind: 1. Einheitliche Tarifverträge für den ganzen Bereich der Ölplattformen; bisher gelten verschiedene ,,Hausverträge''. 2. Generelle Lohnerhöhungen und Zuschläge für besondere Arbeiten, zusammen rund 30%. 3. Einheitliche Schichten: 12 Tage auf der Plattform, 24 Tage an Land. 4. Herabsetzung des Rentenalters auf 55 Jahre. 5. Verbesserung der Sicherheitseinrichtungen. Deutlich laufen diese Forderungen auf eine Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen und damit auf stärkeren Zusammenschluß hinaus und sind gegen den enormen Verschleiß der Arbeitskraft gerichtet.



Kieler Punk-Rocker gründen Verein und fordern ein Haus von der Stadt

z.abc. In Kiel haben Punker, Rocker und Punk-Rocker einen Verein gegründet zur Förderung der Freizeitgestaltung, zur Pflege der Punk-Rock-Musik und zur Durchsetzung eines eigenen Hauses. Zur Erreichung dieser Ziele finden 14tägige Mitgliederversammlungen statt. Den aktivsten Teil des Vereins bilden die Punk-Rocker. In ihrer Mehrheit sind dies Jugendliche und Heranwachsende, die arbeitslos sind, eine Lehre abgebrochen haben oder in Heimerziehung waren. Ein Teil von ihnen befindet sich jedoch in einer Ausbildung oder arbeitet.

Die Punk-Rock-Bewegung kommt ursprünglich aus England und ist ein Zusammenschluß von Jugendlichen aus der Arbeiterklasse. Sie rebellieren gegen die bestehenden Verhältnisse durch ihr provozierendes Aussehen und aggressives Verhalten. In der Punk-Rock-Bewegung gibt es verschiedene Strömungen und erst in Ansätzen eine politische Stoßrichtung, was zur Folge hat, daß es zeitweise unter den Jugendlichen selbst Kämpfe gibt und – allerdings in geringem Umfang – faschistische Elemente einfließen können.

In Kiel stellt sich für die Punk-Rocker vor allem das Raumproblem. In fast allen Kneipen haben sie Hausverbot, 3 Jugendtreffs der Stadt sind seit längerem geschlossen, und so können sie sich nur zu begrenzten Zeiten im Kommunikationszentrum ,,Pumpe" in der Innenstadt versammeln. Ihr Ziel, ein Haus von der Stadt zu erhalten, ist also eine Forderung, die im Interesse aller Jugendlichen liegt und daher auch breite Unterstützung finden kann.

Magistrat, Polizei, Jugendamt und ,,Kieler Nachrichten" behandeln die nach Straftatbeständen, wie Verstoß gegen das Waffengesetz, Bildung eines bewaffneten Haufens, Landfriedensbruch, Sachbeschädigung und Körperverletzung. Auf die Anfrage der FDP in der Ratsversammlung am 12.6.80 zum Thema ,,Rockerprobleme" legte der CDU-Ratsherr Zimmer die Strategie dar: Hartes Vorgehen und Observieren durch die Polizei, Einzelfallhilfe und Randgruppenarbeit durch das Jugendamt. Die ca. 15 zur Ratsversammlung erschienenen Punk-Rocker verließen empört die Zuhörertribüne, mit ihnen die vom SPD-Stadtpräsidenten Johanning gerufene Polizei. Der Staat geht auf Zerschlagung dieser Bewegung und Anpassung sogenannter Besserungsfähiger durch die Randgruppenprojekte der Jugendbehörden. Gegen einige Punk-Rocker hat der Jugendrichter bereits Arrest verhängt.

Die Bourgeoisie befürchtet, daß sich der Zusammenschluß der Punk-Rocker *bewußt* gegen sie richten könnte, wie z.B. die Aktion von über 200 Punk-Rockern im Hamburger Schickeria-Viertel Pöseldorf gegen Bourgeois-Autos und Boutiquen. In Kiel drohte die Polizei Punk-Rockern Prügel an, falls sie sich an den Demonstrationen zur Kieler Woche gegen Carstens und die Kriegspropaganda beteiligen würden.

Gesprächskreis Bildungsplanung: Zwischen 3 und 4% der Schüler besuchen Ganztagsschulen

z.gih. Der Gesprächskreis Bildungsplanung des Bundesministeriums hat Vorschläge zum Thema ,,Ganztagsschulen" veröffentlicht. Er geht davon aus, daß ,,das Bedürfnis nach ganztägigen Angeboten für Schüler und Jugendliche wächst ... Der Wunsch nach vermehrten Angeboten in Ganztagsschulen zum Teil auf veränderte Situationen und Bedürfnisse der Familie, der Eltern wie der Kinder zurückzuführen (ist)". 1978 gab es z.B. 3102000 erwerbstätige verheiratete Frauen mit 5,2 Millionen Kindern unter 18 Jahren und 788000 Alleinstehende mit 1,2 Millionen Kindern unter 18 Jahren.

Im Jahre 1979 besuchten nur zwischen 3 und 4 Prozent der Schüler Ganztagsschulen. In Westdeutschland gab es 1978 26000 allgemeinbildende Ganztagsschulen. In Westdeutschland gab es 1978 26000 allgemeinbildende Schulen, darunter rund 800 Ganztagsschulen. Unter den übrigen etwa 300 Schulen sind nur wenige Grundschulen, die meisten Ganztagsschulen finden sich in der Mittelstufe und hier wiederum bei den Gesamtschulen. Seit 1971 hat die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung im Rahmen ihres Modellversuchsprogramms etwa 50 Vorhaben von Ganztagsschulen gefördert. Für weitere Planungen ist vorgesehen, den Anteil der Schüler in Schulen mit ganztägigen Angeboten bis zum Jahre 1985 auf 5 bis 15 Prozent und im Jahre 1990 auf 10 bis 20 Prozent zu erhöhen.

Der ,,Gesprächskreis Bildungsplanung" fordert einerseits, daß die sachlichen Voraussetzungen für den Ganztagsschulbetrieb geschaffen werden: ,,Unverzichtbar sind Einrichtungen für Zubereitung und Einnahme des Mittagessens, z.B. auch eine Cafeteria. Neben den üblichen Unterrichtsräumen sollten Gruppenräume, Bastelräume, Werkstatträume, Fotolabor, Musikräume, Bibliothek, Mediothek, Arbeitsräume ... Sportflächen, Sporthalle u.ä. vorhanden sein. Weiter fordern sie eine größere Selbstverwaltung in Schulangelegenheiten: ,,Schulordnung, Stundenplangestaltung, Wahl in Schulangelegenheiten: ,,Schulordnung, Stundenplangestaltung, Wahl des Stundenrasters und Finanzfragen müssen angemessene Spielräume für eigene Verantwortung (bieten). Die Schulaufsicht sollte die besonderen Bedingungen der Ganztagsschulen berücksichtigen." Andererseits richten sich die Vorstellungen z.B. direkt gegen den Kampf der Lehrer für eine kürzere Arbeitszeit: ,,Die Verwendung (der Lehrer) in Ganztagsschulen stellt neben erhöhten fachlichen auch besondere persönliche Anforderungen an die Lehrer ... z.B. längere Dienstzeiten."

vds-Fachtagung Medizin: Gegen Prüfungsverschärfungen und für Ausbildungs-und Tarifvertrag

z.luh. Fachschaftsvertreter aus 18 Städten trafen sich am 28./29.6. in Göttingen zur Fachtagung Medizin in der vds. Seit Anfang des Sommersemesters konnten die Fachschaften die Zusammenarbeit mit der ÖTV auf örtlicher Ebene verstärken. Auf dem 9. Gewerkschaftstag der ÖTV wurde beschlossen, den Antrag zum Abschluß eines Ausbildungs- und Tarifvertrages im Praktischen Jahr als Material an den Hauptvorstand weiterzuleiten. Beschlossen wurde von der Fachtagung: ,,Schwerpunkt der kommenden Tätigkeit ist Gewinnung der ÖTV und der vds ... gegenüber der Regierung Verhandlungen zu führen bezüglich der Erfüllung folgender Forderungen: Keine zusätzlichen mündlichen Prüfungen, keine Verlängerung des Praktischen Jahres, keine Pflichtassistentenzeit, Abschluß eines Ausbildungs- und Tarifvertrages für das Praktische Jahr, Begrenzung und Kürzung des Stoffes der Gegenstandskataloge, keine Benotung der Staatsexamina. Geht die Bundesregierung nicht auf die Forderung nach Verhandlung ... ein und/oder wird der Bundestag die AO-Novelle eher als jetzt absehbar verabschieden wollen, dann arbeiten wir auf die Errichtung einer Streikfront zur Durchsetzung unserer Forderungen hin."

Als erste praktische Maßnahme verabschiedeten die Delegierten einen persönlich unterzeichneten Brief an den ÖTV-Hauptvorstand und den DGB, in dem festgehalten wird, daß weitgehende Übereinstimmung herrscht über die Forderungen zur Veränderung der Ausbildungsbedingungen der Medizinstudenten und eine gemeinsame Beratung zwischen ÖTV-Hauptvorstand und vds-Sekretariat vorgeschlagen wird. Das Sekretariat der Fachtagung wurde beauftragt, sich darum zu bemühen, ÖTV-Vertreter für den geplanten bundesweiten Studienkongreß der Fachtagung Anfang Dezember zu gewinnen. Den Fachbereichen wird empfohlen, je nach örtlicher Gegebenheit, eine einwöchige Aktionswoche im Wintersemester durchzuführen, um ,,die Front gegen die 3. Novelle" und ,,die Diskussion um eine klausurenfreie Vorklinik und Klinik" zu stärken. Die ÖTV / Bund gewerkschaftlicher Ärzte in Frankfurt hat in Zusammenarbeit mit dem Sprecherrat der PJ-Absolventen eine Untersuchung über die Lage der PJ-Absolventen im Praktischen Jahr erstellt. Die Untersuchung soll bundesweit einheitlich durchgeführt und als Dokument der vds-Fachtagung zusammengestellt werden, als Grundlage für die Präzisierung der Bestimmungen des Ausbildungs- und Tarifvertrages im Praktischen Jahr.

Mit neuem Programm an die jugendliche Arbeitskraft

Nach ,,Mädchen in Männerberufen" sind jetzt die ausländischen Jugendlichen dran

z.jüd. In Westdeutschland und Westberlin leben etwa 4 Mio. Ausländer; das sind knapp 7% der gesamten Wohnbevölkerung und bleibt seit dem Anwerbestopp für ausländische Arbeiter von 1973 etwa gleich. Mehr als eine Million davon sind Türken (29%), über 600 Tsd. Jugoslawen, 570 Tsd. Italiener und ca. 300 Tsd. Griechen. Etwa 75% sind inzwischen mehr als 6 Jahre in der BRD und Westberlin. Die Hälfte von ihnen sind lohnabhängig Beschäftigte, davon arbeitslos sind 5,5%. Die westdeutschen Kapitalisten beuten seit den 60iger Jahren ausländische Arbeiter in hoher Anzahl aus.

Mehr als 1 Mio. der Ausländer sind Kinder und Jugendliche bis zu 20 Jahren. 70% der ausländischen Kinder im entsprechenden Alter sind nicht im Kindergarten, fast 25% gehen – trotz Schulpflicht – nicht zur Schule; 40% erreichen den Hauptschulabschluß. Im Alter zwischen 15 und 18 Jahren haben nur 25% einen betrieblichen Ausbildungsplatz. (nach ,,Institut der Deutschen Wirtschaft", alle vorherigen Zahlen nach FR und H. Seidel, in ,,Deutsch lernen", Heft 1, 1979) – An der Ausbildung der Jugendlichen und Kinder haben die Kapitalisten keinerlei Interesse.

Anfang Juli hat die EG einen neuen Assoziierungsvertrag mit der Türkei abgeschlossen, der ein Schritt sein soll zur späteren Aufnahme in die imperialistische Gemeinschaft (vgl. letzte Nr. der KVZ). Neben einer Finanzhilfe über 1,5 Mrd. DM wurden folgende ,,Freizügigkeiten" beschlossen: Türkische Arbeiter dürfen nach einem Jahr Lohnarbeit in der EG auch dort bleiben; nach drei Jahren haben sie Anspruch auf einen Arbeitsplatz, wenn er nicht von einem ,,EG-Bürger" beansprucht wird; nach 4 Jahren hat er dann das gleiche ,,Recht auf Arbeit" wie alle anderen auch. Kinder von türkischen Arbeitern bekommen ,,freien Zugang zu den Schulen" und natürlich auch zum Arbeitsmarkt. Die ausländischen Arbeiter werden weiterhin vollkommen rechtlos gehalten – bis auf ihr ,,Recht auf Arbeit".

Jetzt hat der Bildungsminister Schmude einen Brief an die ,,Lieben ausländischen Mädchen und Jungen" in den Tageszeitungen veröffentlichen lassen, in dem er sich darüber beklagt, daß sich nur wenige beim Arbeitsamt um einen Ausbildungsplatz beworben haben. Die Chancen seien doch jetzt besser und deshalb ,,meine Bitte: Gehen Sie zur Berufsberatung ..." – Um ein Beispiel zu nennen: Laut Auskunft des Arbeitsamtes Duisburg (Vermittlungsstelle) besteht für Jugendliche ohne Hauptschulabschluß folgende Möglichkeit, eine Lehrstelle zu finden: Jungen: Maler/Lackierer, Dachdecker, Tankwart mit 2-jähriger Kurzausbildung, evtl. Bäcker (6 Stellen) oder Fleischer; Mädchen: Friseuse oder Lebensmittelverkäuferin.

Gleichzeitig hat der Minister ein ,,Modellversuchsprogramm zur Förderung der Ausbildung von ausländischen Jugendlichen in anerkannten Ausbildungsberufen" verkündet. Drei Jahre soll es laufen und ,,einen vergleichbaren Umfang wie das erfolgreiche Mädchen-Modellversuchsprogramm (,Mädchen in Männerberufe') erhalten." Der Minister hat sich mittlerweile einen Namen gemacht als Modellversuchsprogrammierer in Sachen Verfügbarmachung von mobiler jugendlicher Arbeitskraft. In den nächsten Jahren wird der Anteil jugendlicher Arbeitskraft stark sinken – da erweist es sich als notwendig, sein Herz für die ausländischen Jugendlichen herzuzeigen, und zwar anknüpfend an ihren besonderen Schwierigkeiten (Sprache, Kultur, niedriges Familieneinkommen, Rechtlosigkeit). Aber nicht gute Ausbildung ist das Ziel, sondern durch die kapitalistische Produktion bestimmte Bereitstellung eines jungen Arbeiterheeres: ,,Dies muß auch im Interesse der Wirtschaft liegen, die in den kommenden Jahren verstärkt für qualifizierte Nachwuchskräfte zu sorgen hat."

Die Modellversuche, stets wissenschaftlich begleitet, sollen Wege aufzeigen, wie die betriebliche Berufsausbildung inhaltlich, methodisch und organisatorisch ,,erprobt und zur Umsetzung ausgewertet werden" kann. Folgende Aufgaben sollen gelöst werden: 1. Aufklärung über Ausbildung und Beruf; 2. zusätzliche Fördermöglichkeiten; 3. Erarbeitung von Inhalten sozialpädagogischer Arbeit; 4. Informations- und Bildungsangebote für Ausbilder; 5. Zusammenarbeit von allem der Klein- und Mittelbetriebe. Die Kosten für die einzelnen Modellversuche übernimmt bis zu 75%, für Unterrichtsmaterialien bis zu 90%, das Bundesministerium – aus Steuergeldern natürlich, für die Bereitstellung der Arbeitskraft für den Profit der Kapitalistenklasse. Die müssen nur noch die Ausbildungsvergütung – von der man sowieso nicht leben kann – bezahlen. So ist es ein Programm ebenso wie das unter dem Titel ,,Mädchen in Männerberufe": Für die Interessen der Käufer von Arbeitskraft, gezahlt mittels der Plünderung der Taschen der Arbeiter.

Demgegenüber hat z.B. der Kongreß des Verbandes griechischer Gemeinden in der BRD und Westberlin am 25.2.1979 in Frankfurt gefordert: ,,Vollständige und gleichberechtigte Teilnahme der ausländischen Arbeiter in der BRD; Änderung des bestehenden Ausländergesetzes; Beteiligung an den Parlamentswahlen in der Heimat, sowie an den Kommunalwahlen in der BRD und Westberlin – Schaffung eines Schulsystems, das den Kindern sowohl eine Weiterbildung in Deutschland als auch in Griechenland ermöglicht."



Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Stuttgart, Gutenbergstr. 2, Tel. 62 05 82
Kommunistischer Jugendbund
Freiburg
23. Juni 1980
26k2d0500n

,,Verbale Leistungsbeurteilung": Eine gemeine Ergänzung zum Notensystem

Gegen die in den 70er Jahren angewachsene Auflehnung gegen die Schulunterdrückung gab es 1976 von seiten der ,,Kommission Anwalt des Kindes" – ihr Ehrenvorsitzender ist Graf Waldburg-Zeil – Empfehlungen, wie der andauernde Kleinkrieg zwischen Lehrern, Schülern, Rektoren und Schulämtern befriedet werden könne. Die ersten Empfehlungen behandeln u.a. die ,,Leistungsbeurteilung". Das Kultusministerium folgte dieser Empfehlung durch Ersetzung der Noten in den ersten beiden Schuljahren durch eine ,,verbale Beurteilung". Eine Reform, die den Kampf gegen das Notensystem entschärfen sollte, ohne aber das System der Auslese anzutasten, im Gegenteil. Sie sollte das weitverbreitete Argument entkräften, daß der Leistungsterror, der in den Noten seinen Ausdruck findet, auch schon in der Grundschule ein immer schärferes Ausmaß annimmt. Nicht nur Eltern und Schüler traten dagegen auf den Plan, sondern auch in immer größerem Umfang die Gewerkschaften selbst. 1978 schrieb die Gewerkschaftszeitung ,,metall" 19/20:

,,Schule ist Akkordarbeit für Kinder ... Streß, Angst vor dem Versagen, das Aussieben von Vielen ist Bestandteil eines Schulsystems, das von den Zwängen des Wirtschaftssystems beherrscht wird ... Die Schule übernimmt die Vorauswahl ... Wer zu viele Fünfen und Sechsen hat, bleibt sitzen und erhält keinen Schulabschluß. Ohne Hauptschulabschluß erhalten Jugendliche nur selten eine Lehrstelle. Dann bleibt ihnen nichts anderes übrig, als wechselnde, ungelernte Tätigkeiten für schlechte Bezahlung zu übernehmen. Es ist gewiß kein Zufall, daß unter solchen Bedingungen – wo Noten immer wichtiger werden – die Durchschnittsnoten an den Hauptschulen immer schlechter werden ... Es gibt Mittel, die unaufmerksamen und gelangweilten Schüler unter Druck zu setzen. Das sind eben die Noten."

Schon die Schulberichte in den ersten beiden Grundschuljahren sollen über die Arbeitsweise und Arbeitshaltung jedes einzelnen Schülers Auskunft geben. Für die beiden Hauptfächer Mathematik und Deutsch muß der Lehrer im Gegensatz zu früher anstatt Noten eine schriftliche Beurteilung abgeben. Für die Nebenfächer wie Musik, Sachkunde und Textiles Werken gilt eine allgemeine Beurteilung des Leistungsstandes.

Wie diese Beurteilung aussehen soll, hat das baden-württembergische Kultusministerium gleich in dem entsprechenden Erlaß mitveröffentlicht: ,,Jürgen arbeitet in allen Unterrichtsbereichen zielstrebig und selbständig mit. Er konnte Aufgaben mit Ausdauer und Genauigkeit ausführen." Nicht wünschenswert sind zu ungenaue Berichte wie: ,,Jürgen fällt das Lernen leicht. Er ist fleißig und gewissenhaft. Im Unterricht macht er gut mit." Immer feinere Kriterien werden ausgearbeitet zur Beurteilung der Schüler ab dem Grundschulalter. Frühzeitig soll klar sein, wie er später eingesetzt werden kann. Am Ende des 9. Schuljahres ist dann das Bild einigermaßen vollständig.

In der Versetzungsverordnung heißt es dann z.B.: ,,Nicht ausreichende Leistungen in Englisch und Sport können unberücksichtigt bleiben, sofern sie nicht auf Leistungsverweigerung beruhen." D.h. arbeitet ein Schüler mit und bekommt trotzdem eine schlechte Note in den beiden Fächern, kann das bei der Versetzung unter den Tisch fallen. Lehnt er sich jedoch gegen den Unterricht und die Unterrichtsinhalte auf und verweigert somit seine Leistung, spielt die Note für die Versetzung eine Rolle. Am meisten fürchtet die Bourgeoisie die kollektive Verweigerung von Klassenarbeiten und Streiks – die Versetzungsrichtlinien sollen dagegen als Druckmittel eingesetzt werden.

Das Arbeitsamt erhält dann einen ,,vertraulichen" Berufsberatungsbogen von der Schule. Die verschiedenen Eigenschaften des Schülers sind darin angekreuzt. Unter der Rubrik ,,Arbeitseigenschaften" ist zu ersehen, welche Leistungen der Kapitalist von seinem Lohnarbeiter erwarten kann. Z.B. ,,arbeitet schneller als die Mehrzahl der Mitschüler" oder ,,ausdauernd, hält durch", ,,manuell eher ungeschickt", ,,körperlich wendig" usw. Für die ,,vertrauliche Behandlung" der Arbeitsämter spricht auch, was Arbeitsuchende auf dem Ravensburger Arbeitsamt schon des öfteren miterleben konnten. Während eines Vermittlungsgespräches bekommt der Vermittler etliche Anrufe von Betrieben, die Auskünfte über neu eingestellte Arbeiter erfragen. Die angelegten Karteikarten und beigefügten ,,Berichte" dienen dabei als Grundlage. Das ist nur eine Variante der Zusammenarbeit von Arbeitsämtern und Kapitalisten.

Gerade diese Reformen sind ein eindrückliches Beispiel dafür, daß die wesentliche Methode zur Disziplinierung und Auslese der Schüler das Notensystem selbst ist und die bürgerlichen Politiker alles daran setzen, um nicht daran locker zu lassen.

Neuerdings Vaterlandsverteidigung?

z.ges. Zum erstenmal in seiner Geschichte sieht sich der deutsche Imperialismus in einer Lage, in der er den imperialistischen Krieg aller Wahrscheinlichkeit nach aus der militärischen Verteidigung heraus wird führen müssen. Dafür war und ist die Konzeption der Bundeswehr nicht gedacht. Die Grundentscheidungen dieser Konzeption wurden zu einem Zeitpunkt getroffen, als die NATO von seiten der Sowjetunion keinen Angriff befürchten mußte. Während der US-Imperialismus versuchte, die Sowjetunion rundum einzukreisen, wurden in Westeuropa die Verbände aufgestellt, die der sozialistischen Sowjetunion dann den Entscheidungsschlag versetzen sollten.

Inzwischen hat sich die Lage entscheidend gewandelt. Innerhalb des NATO-Bündnisses und gegenüber dem vorherrschenden US-Imperialismus konnte der BRD-Imperialismus zwar aufholen und seine ökonomische, politische und militärische Position relativ stärken. Mit dem Farbwechsel der Sowjetunion ist aber eine zweite Supermacht entstanden, die gegenüber dem gesamten westlichen imperialistischen Bündnissystem aufholt und als aufstrebende Supermacht von sich aus die gewaltsame Neuaufteilung der Welt auf die Tagesordnung setzt und der US-imperialistischen Supermacht die Vorherrschaft in Westeuropa streitig macht, um mit der Herrschaft über Europa die Voraussetzungen für die Weltherrschaft zu schaffen. Die westeuropäischen Imperialisten und in erster Linie die westdeutsche Monopolbourgeoisie sehen sich der wachsenden Gefahr eines militärischen Angriffes aus dem Osten ausgesetzt. Auf Grund der gewandelten Konstellation im Kräfteverhältnis der imperialistischen Mächte ist auch die gesamte Konzeption der Bundeswehr im Rahmen der NATO in Frage gestellt und erschüttert. Für den militärischen Angriff konzipiert, sehen sich die Streitkräfte des BRD-Imperialismus im Rahmen der NATO zunehmend in die Situation der militärischen Verteidigung verwiesen. Die Debatte um die Konzeption der Bundeswehr dringt langsam in die Öffentlichkeit. Man kann nicht behaupten, daß die Kommunisten schon einen festen Stand gegenüber dieser Debatte hätten.

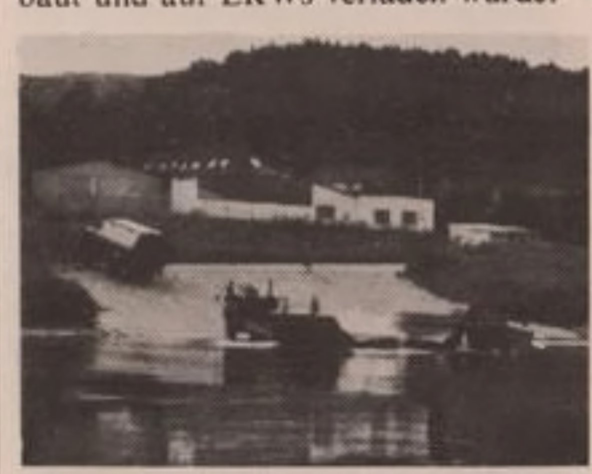
In Auseinandersetzung mit dem letzten Verteidigungsweißbuch hatte es in Kommunismus und Klassenkampf vom Oktober 1979 geheißen: „Im großen und ganzen fühlen sich die europäischen Verbündeten den konventionellen Streitkräften des Warschauer Paktes durchaus gewachsen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Hauch von Furcht und Schrecken, der sich die ganzen vergangenen Jahre stets durch die einschlägigen Publikationen zog, verflogen ist und die schriftstellernden verteidigungsministeriellen Beamten wie auch die Soldaten den Krieg der Supermächte um Europa mit, wie soll man sagen, gemäßigtem Interesse entgegenblicken, wie etwa die Hyäne dem Kampf zwischen Tiger und Elefant. Es müßte doch hernach was zu fleddern geben.“ Das Problem der Hyäne wäre allerdings, daß sie selber das Beutestück darstellt, um das sich Tiger und Elefant streiten, wenn man im mißlungenen Bild bleiben will. In KVZ 27 kommt dann die Kehrtwende im Kommentar an dieser Stelle. Die Konzeption des Panzergenerals Uhle-Wettler enthalte „kein Element von Stärkung der strategischen Verteidigung“: „Ohne eine Volksbewaffnung, die leicht so sein kann, daß das Land für einen gepanzerten Feind zu einer einzigen Falle wird, *ist eine Verteidigung nicht möglich*.“ Arme Hyäne. „Allerdings wär eine solche Volksbewaffnung sowohl schlecht geeignet, um hinter einem geschlagenen Gegner herzustürmen und zu besetzen, wie sie auch zum Schutz der höheren Kommandostäbe, der Konzernzentralen, der Regierungsstellen wenig geeignet ist.“ Soll wohl erklären, weshalb die Monopolbourgeoisie nicht zur Volksbewaffnung greift, obwohl sie angeblich ohne Volksbewaffnung gegenüber der SU keine Möglichkeit der Verteidigung hat. Für die Frage der politischen Macht, die durch Volksbewaffnung aufgeworfen wird, ergibt sich ebenfalls eine merkwürdige Perspektive: die höheren Kommandostäbe, Konzernzentralen und Regierungsstellen werden einfach schutzlos dem äußeren Feind überlassen. In Wirklichkeit werden sie durch Machtorgane der Arbeiterklasse und der Volksmassen ersetzt, und erst diese Eroberung der politischen Macht schafft der Arbeiterklasse und den Volksmassen die Möglichkeit, die Verteidigung gegen den äußeren Feind zu *führen*. Besser, wenn es gelingt, den Krieg zu verzögern und dem imperialistischen Krieg durch die Revolution zuvorzukommen. Gelingt dies nicht, dann bleibt die Eroberung der politischen Macht immer noch entscheidend, wenn die Volksmassen nicht das Kanonenfutter für die Imperialisten abgeben wollen. Revolutionärer Defaitismus besteht dann darin, ausgehend vom Interesse an sozialer Revolution jede Schwächung der Herrschaft der Monopolbourgeoisie durch den äußeren Feind zu nutzen, um die politische Macht zu erobern und damit auch die Bedingungen für die Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse und der Volksmassen gegen den äußeren Feind zu schaffen. Wobei man nicht vergessen sollte, daß vorläufig die Truppen der anderen Supermacht im Land stehen und die Bundeswehr einstweilen der NATO unterstellt ist.

Ausbau der Wasserbeweglichkeit des Heeres / Vorführungen in Hann. Münden

r.joe. Anläßlich des Tages der offenen Tür in der Mündener Pionierkaserne stellte die Bundeswehr in einer Gefechtsübung auch Teile des neuen Pioniergerätes vor. Für die westdeutsche Bourgeoisie hat gerade der Ausbau der Wasserbeweglichkeit des Heeres Vorrang neben der Steigerung der Feuerkraft und der Beweglichkeit der Waffen, weil nur geringe Teile ihrer Waffensysteme schwimm- oder watfähig sind.

Außerdem war die bisherige Ausrüstung entweder zu personal- und zeitintensiv, wie die Schlauchbootbrücken, oder Überbrückungsfläche war zu gering, wie z. B. beim Brückenlegepanzer mit 20 m. Zur Führung von Panzergefechten ist es aber unumgänglich, das Gros der Versorgungs- und Führungsfahrzeuge schnell mit den Kampfverbänden zu verbinden, denn die erhöhte Feuerkraft einers Panzers ist sinnlos, wenn die Munition fehlt. Seit 1978 ist die Faltschwimmbrücke im Einsatz, die den militärischen Überlegungen entspricht: ihre Länge beträgt maximal 140 m, die Belastbarkeit umfaßt auch das schwerste Gerät, und sie kann in jedem Gelände eingesetzt werden. Die beiden oberen Bilder dokumentieren den Aufbau der 60 m langen Brücke, die innerhalb von 20 Min. wieder abgebaut und auf LKWs verladen wurde.

Für Gewässer oder Taleinschnitte bis zu 50 m ist die Schnellbrücke auf Stützen entwickelt worden. In Planung befindet sich ein weiteres Projekt innerhalb der NATO, sämtliche zur Verfügung stehenden Brückenmittel aufeinander abzustimmen.





Brückenelemente werden ans Wasser transportiert. Sie öffnen sich im Wasser selbständig. Motorboote drücken die Elemente an die vorgesehene Stelle. Die Brücke wird von beiden Uferseiten gebaut und durch Seilwinden gespannt.



Die Schnellbrücke auf Stützen, zwei Elemente können gekoppelt werden.

Operationsbasis der westdeutschen Marine nach Norden und Westen ausgedehnt

z.hev. Einem Ersuchen des Bündnisses zuvorgekommen, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 2. Juli meldete, ist die Bundesregierung mit dem Beschluß vom 19. Juni im Bundessicherheitsrat, die Grenzen des Operationsgebiets der westdeutschen Marine über den seit 1973 festgelegten 61. Breitengrad im Norden –, das entspricht etwa der Linie Bergen/Norwegen und Färöer-Inseln – im Westen über die Straße von Calais auszudehnen. Die Bundesregierung will damit der „Notwendigkeit der Umverteilung von Aufgaben Rechnung tragen, die sich aus dem Engagement der größten Seemacht der NATO im Indischen Ozean ergeben.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung) Der Aufgabenbereich der Bundesmarine wird durch diesen Beschluß im Rahmen des NATO-Bündnisses erheblich ausgeweitet. Bisher galt als Regel, daß die Schiffe der Bundesmarine von jedem Punkt ihrer Operationsbasis aus die Ostseezugänge binnen 24 Stunden erreichen und für Schiffe der Sowjetunion blockieren sollten. Jetzt ist die Norwegensee mit einbezogen, durch die die sowjetische Nordmeerflotte von der Halbinsel Kola mit dem eisfreien Hafen Murmansk aus die Nachschubwege der USA nach Europa im Atlantik blockieren könnte.

Obwohl die Bundesregierung erklärte, sie versuchte, um eine Steigerung des Umfangs der Marine an Personal und Kriegsschiffen herumzukommen, ist die weitere Entwicklung aber schon eingeleitet. Am 9.7. hat die parlamentarische Ratstagung der Westeuropäischen Union in London nach dem Votum der beratenden Versammlung von Anfang Juni „angesichts wachsender sowjetischer Seestreitmacht“ entschieden, die Beschränkungen für den Kriegsschiffbau der westdeutschen Marine aufzuheben. Bisher durfte die Bundesmarine mit Ausnahme von 8 genehmigten 6000 Tonnen Zerstörern



und dem 5000 Tonnen Schulschiff Deutschland Kriegsschiffe nur bis 3000 Tonnen und U-Boote bis 1800 Tonnen bauen. Die derzeit geplanten oder im Bau befindlichen Fregatten haben 3000 Tonnen.

Ende April hatten die USA ihren NATO-Verbündeten mitgeteilt, daß sie die „Swing-Strategie“ aufgegeben haben, die besagte, daß im Falle eines „Ost-West-Konfliktes“ sämtliche Marinegeschwader der Vereinigten Staaten vom Pazifik in den Atlantik verlegt werden sollen. General David Jones, der Vorsitzende des Gremiums der Vereinigten Stabschefs der USA, hatte Mitte Juni in der Londoner „Sunday Times“ erklärt, daß die Zeiten vorbei seien, „in denen die USA alle Probleme ohne unsere Verbündeten lösen können, um deren Interessen es geht“. Er sagte dies im Zusammenhang mit der Stationierung von sieben Kampfschiffen in der Golfregion. Ergänzend erklärte Admiral Hayward, Chef der amerikanischen Flotte: „Wir haben eine Verpflichtung in zumindestens drei Ozeanen, und wir haben eine Navy, deren Größe dieser Verpflichtung nicht entspricht. Sie hat einen Umfang, der nur für eineinhalb Ozeane reicht.“ Die Sowjetunion führt seit Ende Juni Manöver in der Norwegensee durch, Schwerpunkt U-Boot-Bekämpfung, Dauer ungewiß.

Nachschub von Truppen und Material der NATO für Kriegsschauplatz Europa

Die stärksten Kontingente stehen in den USA / Luft- und Schiffstransportkapazitäten

z.gkr. Vor wenigen Tagen erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, von Bülow, das Ministerium prüfe Vorschläge der USA, Transportraum für die schnellere Verlegung von Kampftruppen aus den USA nach Mitteleuropa zur Verfügung zu stellen. Die westdeutschen Imperialisten werden bei dieser Prüfung wie alle ihre Militärexperten davon ausgehen, daß rasche Nachführung von Truppen und Material aus den USA für einen Krieg mit den Sozialimperialisten in Europa notwendig ist. Wenig bestritten ist derzeit ein Kräfteübergewicht der Sozialimperialisten von 3:1 bei den Panzern. Auch die Qualität der Panzer der Sozialimperialisten ist mit der Indienststellung des T 72 gegenüber dem Leopard 2 nicht mehr wesentlich unterschieden. Die Österreichische Militärzeitung (ÖMZ) zieht daraus den Schluß: „Obwohl diese (die in Mitteleuropa stationierten Truppen der NATO) in der Lage sind, einige Tage an Kampfführung durchzustehen, bedürfen sie sowohl auf dem personellen wie auf dem logistischen Sektor unterstützender Verbände, insbesondere auf Korpsebene einer Verstärkung.“

Bei der Überlegung gehen Erfahrungen aus noch nicht allzulange zurückliegenden Kriegen mit ein. Im Nahostkrieg verloren Zionisten wie Ägypter und Syrer je etwa 1000 Panzer innerhalb von wenigen Tagen. Trotz aller Anstrengungen, so fürchten die Militärs, werden auch die vielgelobten Leoparden 2 gegen die Panzer und Panzerabwehrwaffen der Sozialimperialisten nicht allzulange standhalten. Einer noch rascheren Aufrüstung seitens der BRD-Imperialisten, um zu versuchen, das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten etwas zu ändern, sind Grenzen gesetzt, ökonomisch wie durch den Kampf der Massen gegen eine Finanzierung durch noch stärkere Steuerausplünderung. Bis 1982 wollen die BRD-Imperialisten die monatlich auszuliefernde Quote an Panzern auf 35 steigern. Ohne über die

Rüstung in Mitteleuropa*

		1980	Überlegenheit des WP
1. Kampf-	WP	18000	
panzer	NATO	6200	fast 3:1
2. Gepanz.	WP	18000	
Fahrzeuge	NATO	14400	1,25:1
3. Panzer-	WP	7400	
abwehr	NATO	5000	2,6:1**
4. Artillerie	WP	6500	
	NATO	2300	fast 3:1
5. Luft-	WP	5000	
abwehr	NATO	2300	fast 5:1**
6. Kampf-	WP	3200	
flugzeuge	NATO	1420	2,35:1

Angaben nach FAZ von Philipp Karber, ehemals Mitarbeiter des Pentagon, die Zahlen liegen auch den westlichen Delegationen bei den Wiener Truppeverhandlungen vor.

* Zu Mitteleuropa gehören DDR, Polen, CSSR, BRD, Benelux-Staaten.

** Relative Überlegenheit des Warschauer Paktes nach Verrechnung der Menge der Abwehrwaffen einer Seite mit entsprechenden Angriffswaffen der jeweils anderen.

darüberhinausgehenden Möglichkeiten einer Produktionssteigerung zu spekulieren, ist abzusehen, daß so kein ausreichender Ersatz möglich ist, wobei den westdeutschen Imperialisten ihre Produktionsanlagen selber nicht sicher sind.

Die Aufgabe der in Mitteleuropa in Bereitschaft stehenden Verbände ist denn auch vor allem, den Raum zu halten, bis genügend Nachschub herangeführt ist. Er kommt vor allem aus den USA. Die BRD-Imperialisten könnten, nachdem das Heer mit Reservisten aufgefüllt ist, noch zusätzlich 12 brigadeähnliche Verbände aus dem Territorialheer bereitstellen. Dies auch erst nach Umgliederung und Ausrüstung entsprechend dem Heeresmodell 4 (bisher 6 Territorialkommandos, etwa in der Stärke und der Ausrüstung einer Brigade). In den USA stehen 10 Divisionen bzw. Kräfte in diesem Umfang bereit, sowie 2 Divisionen der Marineinfanterie, die verlagert werden könnten, nicht gerechnet weiterer Reserveverbände. Innerhalb von 14 Tagen, so die Planung der NATO-Strategen, sollten die Bodentruppen der US-Supermacht in Mitteleuropa verdoppelt werden, die Luftstreitkräfte innerhalb einer Woche verdreifacht.

Die Voraussetzung für diese Möglichkeit, die jedes Jahr im Rahmen der Herbstmanöver geübt wird, ist die Bereitstellung von ausreichendem Transportraum vor allem von Flugzeugen. Mehr als 900 Transportflugzeuge in der Größenordnung zwischen der C-5A (bis zu etwa 110 t Beladung möglich) und der C-141 (etwa 30 t) wären notwendig, um in der erforderlichen Zeit etwa 1,5 Mio. Soldaten zu transportieren und dennoch wären dann noch 90% des erforderlichen Güterbedarfs auf dem Seeweg zu transportieren. Gegenwärtig könnten die US-Imperialisten ca. 1100 Flugzeuge hierfür zur Verfügung stellen (vgl. Tabelle), ein Teil der privaten Transportflugzeuge ist speziell für den Transport schwerer Rüstungsgüter ausgerüstet. Für den Seetransport, im Krieg noch stärker gefährdet als der Lufttransport, stehen im Rahmen der NATO 4000 Schiffe mit einer Gesamttonnage von 50 Mio. Tonnen zur Verfügung. Admiral Isaac C. Kidd, früher als Oberster Alliierter Befehlshaber Atlantik für die militärische Absicherung von Transportflotten auch zuständig, schätzte diese Zahl

Transportflugzeuge

Transportflugzeuge der BRD: 89 Transall C-160 (Nutzlast unter 20 t); 14 sonstige Transportflugzeuge; 30 Verbindungsflugzeuge D-27 und 100 leichte Transport- und Verbindungsflugzeuge D-28; 5 Noratlas. Hinzu kommen noch 192 leichte Transporthubschrauber UH-1D und 228 Alouette. Transportflugzeuge der USA, zusammengefaßt im MAC (Military Airlift Command): 77 C-5 (bis zu 110 t Zuladung); 271 C-141 Starlifter (ca 30 t Zuladung); 357 C-130 Hercules (ca. 15 t Zuladung); hinzu kommen andere Verbände mit 462 C-130 und 465 Flugzeuge der „Civil Reserve Air Fleet“ (Zivile Reserveluftflotte).

als noch zu gering ein und ging von 6000 notwendigen Frachtschiffen während der ersten 180 Tage eines Krieges aus.

Allerdings, die Einsatzfähigkeit der Verbände ist eingeschränkt, solange die Ausrüstung nicht vereinheitlicht ist. Nach Angaben der WEU gibt es gegenwärtig innerhalb der NATO in Mitteleuropa: 23 verschiedene Typen Kampfflugzeuge, 7 verschiedene Typen schwere Kampfpanzer, 8 verschiedene leichte Kampffahrzeuge, 23 unterschiedliche Panzerabwehrraketen und 100 verschiedene Schiffstypen. Das Problem, das sich ergibt, resultiert aus jeweils unterschiedlichen Interessen der in der NATO zusammengeschlossenen imperialistischen Mächte. So war zu Beginn der NATO hohe Standardisierung bei den Kampfpanzern vorhanden, die US-Imperialisten beherrschten den Markt. Inzwischen konnten vor allem die BRD-Imperialisten die Position verbessern und sie hatten gehofft, den Leopard 2 nun ihrerseits zum Standardkampfpanzer machen zu können. Die US-Imperialisten aber werden XM-1 einsetzen. Mit wechselnden NATO-Staaten entwickeln bzw. bauen die BRD-Imperialisten gegenwärtig gemeinsam: die Kampfflugzeuge Tornado, Alpha-Jet, die NATO-Fregatte 122, Panzerhaubitze und Feldhaubitze 155-1, die Panzerabwehrraketen MILAN und HOT und schließlich die (unbemannte) Aufklärungsdrohne 289.

Dänemark: Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 22%

z.bag.Aarhus. Unter dem Druck der einheimischen und der EG-Finanzbourgeoisie hat die dänische Regierung erneut die Mehwertsteuer erhöht: Ab 1.7. beträgt sie 22%. Die Mehrwertsteuer wurde in Dänemark 1967 eingeführt, mit damals 12,5%. 1970 wurde sie auf 15% erhöht, 1977 auf 18%, 1978 auf 20,25%. Insgesamt wurden dabei die staatlichen Einnahmen aus Mehrwertsteuern von knapp 5 Mrd. auf 27 Mrd. Kronen hochgetrieben.

Die Erhöhungen der letzten Jahre fallen deutlich mit den verschiedenen ,,Krisenprogrammen'' zusammen, wo die Regierung jedes Mal unter Berufung auf das hohe Außenhandelsdefizit die Ausplünderung der Volksmassen durch erhöhte Steuern und Abgaben verschärft. Die Lohnsteuer liegt für einen Facharbeiter inzwischen um 40 bis 50%, da ist offensichtlich vorläufig eine Grenze erreicht. Um so mehr wird der Zugriff über die Reproduktion der Volksmassen insgesamt verschärft. Neben den Mehrwertsteuern sind ständig auch die Abgaben auf bestimmte sogenannte Luxuswaren erhöht worden, die stark in die Reproduktion der Volksmassen eingehen. So kosteten 20 Zigaretten 1970 7,80 Kronen, heute 16,50; ein Pfund Kaffee kostete 1970 im Sonderangebot 7,95 Kronen, der billigste Kaffee heute kostet 23,95 Kronen. (100 Kronen = ca. 36 DM) Gestiegen sind vor allem auch Abgaben für Autos, die hohen Benzinpreissteigerungen nicht mitgerechnet: allein an Lizenzen und Gebühren zum Fahren eines Autos zahlen die dänischen Volksmassen 1978: 7,6 Mrd. Kronen (gegenüber 1,6 im Jahre 1968).

Selbst die Regierung gibt inzwischen offen zu, daß der Reallohn in den letzten Jahren um etwa 3% gefallen ist und um weitere 5% fallen wird. Die Gewerkschaften haben in ihrem Grundsatzprogramm eine Forderung nach ,,Steuergerechtigkeit'', die jedoch nur gegen die Vorteile der Kapitalisten bei den Abschreibungsmöglichkeiten gilt. Bei der Mehrwertsteuererhöhung 1978 gab es erhebliche Unruhen; es fanden Streiks und Demonstrationen gegen das gesamte Krisenprogramm statt. Diesmal geschah nichts. Es ist, als wenn die Lohnsenkungen der letzten Jahre sich lähmend auf die Arbeiterbewegung auszuwirken beginnen. Das ist nur zu ändern, wenn die Lohnforderungen mit konkreten Forderungen gegen die Steuerausplünderung verbunden werden. Auch für die dänische Arbeiterklasse und die Volksmassen wird es richtig sein, die Abschaffung aller indirekten Steuer zu fordern sowie eine kräftige Anhebung des Grundfreibetrags, der bisher nur etwas als 10% des Durchschnittslohns beträgt.

Ungarn: Neues Expertenkabinett Bürgerliche Reform des Rechtswesens

z.krk. Der Innen-, der Finanz- und der Landwirtschaftsminister, der Vorsitzende des Obersten Gerichts und der des Staatlichen Planungsamtes sind nach den Wahlen in Ungarn auf der konstituierenden Sitzung des Parlaments ausgetauscht worden.

Faluvégi Lajos, der neue Vorsitzende des Staatlichen Planungsamtes, war bisher Finanzminister, seinerseits für die Preisreform und damit die drastischen Preiserhöhungen des letzten Jahres ressortmäßig verantwortlich. Nun soll er wohl für die konsequente Durchführung der Wirtschaftsreform (vgl. KVZ 44/79) sorgen. Den Landwirtschaftsminister kostete die Mißernte des letzten Jahres seinen Sessel.
wirtschaftsminister kostete die Mißernte des letzten Jahres seinen Sessel.

Die Wechsel im Innenministerium und an der Spitze des Obersten Gerichts können mit der Notwendigkeit erklärt werden, die Rechtsverhältnisse den veränderten Produktionsverhältnissen anpassen zu müssen. Ungarn befindet sich noch im Stadium der formellen Restauration des Kapitalismus. Treten nun die Betriebe als selbständige Kapitale auf, so müssen sie im Recht auch als solche behandelt werden. Ebenso passt sich der Status des Lohnarbeiters immer mehr den klassischen *bürgerlichen* Rechtsverhältnissen an, nachdem die von der Periode des Aufbaus des Sozialismus übriggebliebenen, wenigen, aber grundlegenden Garantien seiner Existenz (z.B. im Falle von Entlassungen) immer mehr abgebaut werden. Die *Klassenrechte* der Arbeiterklasse verschwinden, das *individuelle* Recht des einzelnen wird etwas gestärkt. Diese Reform ist im ungarischen Rechtssystem in den letzten 10 Jahren schrittweise vollzogen worden. Das erfordert aber auch die Umgestaltung des Polizei- und Justizapparates. ,,In der kommenden Fünfjahrplanperiode müssen mehrere konkrete Aufgaben der Rechtschöpfung gelöst werden, auf dem Gebiet der Staatsverwaltung bedarf es sehr wahrscheinlich einer umfassenden Rechtsregelung ...
waltung bedarf es sehr wahrscheinlich einer umfassenden Rechtsregelung ...
Der Polizist, der Anwalt, der Richter, der Staatsangestellte ... vertreten in ihrer täglichen Arbeit die Macht der Arbeiterklasse, treffen in deren Namen Maßnahmen und Entschlüsse. Es ist ein schwerwiegender Fehler, wenn jemand sich selbst mit der ihm übertragenen Macht verwechselt, sich überheblich und machthaberisch benimmt und damit das Recht und die menschliche Würde des ihm gegenüberstehenden Staatsbürgers verletzt'', sagte Korom Mihály, ZK-Sekretär, vor dem Vorstand des Ungarischen Juristenverbandes.

Arbeiter Neuseelands kämpfen gegen Lohndiktat der Regierung

z.sta.Sydney. ,,Die Politik der Federation of Labour hat sich geändert – wir kriechen nicht länger auf dem Bauch zur Regierung'', charakterisierte der Präsident der Federation of Labour, Neuseelands größten Gewerkschaftsbunds, den Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung seit dem erfolgreichen Kinleith-Streik im Frühjahr 1980. Die Arbeiter der New Zealand Forest Products hatten nach vier Wochen Streik einen Stundenlohn von 4,81 $, damit eine Lohnerhöhung von 21%, durchgesetzt. Unter Anwendung des Lohngesetzes von 1979 hatte die Regierung diesen Abschluß revidiert und auf 4,69 $ reduziert. Mit dem Lohngesetz hatte sie das frühere System abgeschafft, nach dem die Gewerkschaften regelmäßig Lohnerhöhungen vor einem Schiedsgericht beantragen konnten. Zeitpunkt und Höhe jeder Tarifänderung stehen jetzt jm Ermessen des Vertreters der britischen Krone, dem Staatsoberhaupt Neuseelands. Aufgrund dieses Gesetzes legte die Muldoon-Regierung eine Lohnerhöhung von 4,5% für 1979 fest, die erst im September ausgezahlt wurde, als die Lebenshaltungskosten bereits um 13,3% gestiegen waren. Die geschlossen streikenden Kinleith-Arbeiter wurden von der gesamten Arbeiterklasse Neuseelands unterstützt. Die Gewerkschaftsbünde FOL und CSU organisierten eine Kampagne ,,Ein Stundenlohn für Kinleith''. Nach drei Monaten Streik mußte die Regierung nachgeben und die 4,81 $ akzeptieren. Seit April führen FOL und CSU eine gemeinsame Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn von ungefähr 170 $ pro Woche, Anhebung der Löhne entsprechend den Steigerungen der Lebenshaltungskosten und die Abschaffung des Lohngesetzes von 1979. Von März 1979 bis 1980 sind die Preise für Nahrungsmittel um 25,4%, für Brennstoffe und Elektrizität um 44,5% und für öffentliche Verkehrsmittel um 24,5% gestiegen. Vor kurzem hat Premierminister Muldoon den Staatshaushalt '81 bekanntgegeben: u.a. Erhöhung der indirekten Steuern um 13% im Schnitt, Erhöhung der Inlands-Postgebühren um 40% – und die Löhne sollen um 4% steigen. Demgegenüber wächst die Bedeutung der FOL/CSU-Kampagne, die sich gegen die offene Absicht der Regierung zur Lohnsenkung richtet. Allein im Distrikt Wellington nahmen ca. 10000 Arbeiter an den Kundgebungen am 1. Juli teil.



Gewerkschaftsdemonstration für Preiskontrollen und höhere Löhne.

Österreich: Tariflage vor der Metallohnbewegung

z.anb.Wien. Am 1. September wird der Zentralvorstand der Gewerkschaft Metall Bergbau Energie die Lohnforderung für die Kollektivvertragsverhandlungen der Metallindustrie aufstellen, die im selben Monat beginnen. Die Kapitalisten haben ihre Marschroute abgesteckt, Reallohnerhöhungen wie in den Jahren bisher seien diesmal endgültig zuviel des Guten. Die bisher abgeschlossenen Tarife (u.a. Chemie, Papier, Glas, Textil, Bekleidung, Banken und Versicherungen) liegen allesamt unter der Inflationsrate (im Juni 6,4%), maximal bei 5,9% brutto.

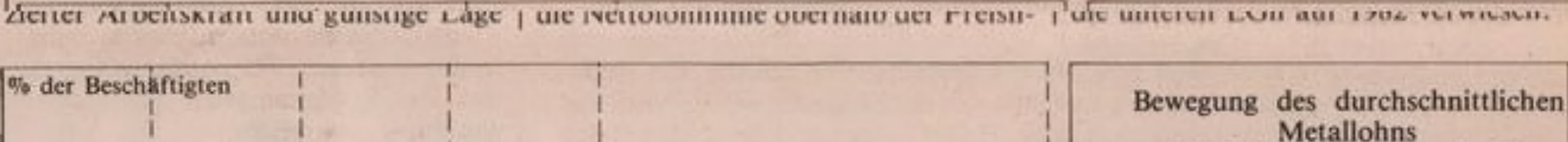
Die Sozialdemokraten der Gewerkschaftsführung, vor allem Anton Benya, Präsident des ÖGB und des Nationalrates, sind sich uneins, ob das bei den beiden größten Gewerken Metall und öffentlicher Dienst ohne Bedrohung des Arbeitsfriedens abgehen kann. Der Bundesvorstand des ÖGB hat im März erklärt, zwar sei die Leitlinie der Lohnpolitik – 3% Reallohnsteigerung im Durchschnitt – die schon im Vorjahr auf 1–2% reduziert wurde, schwerlich zu halten, eine ,,bescheidene Reallohnerhöhung'' werde aber nach wie vor angestrebt.

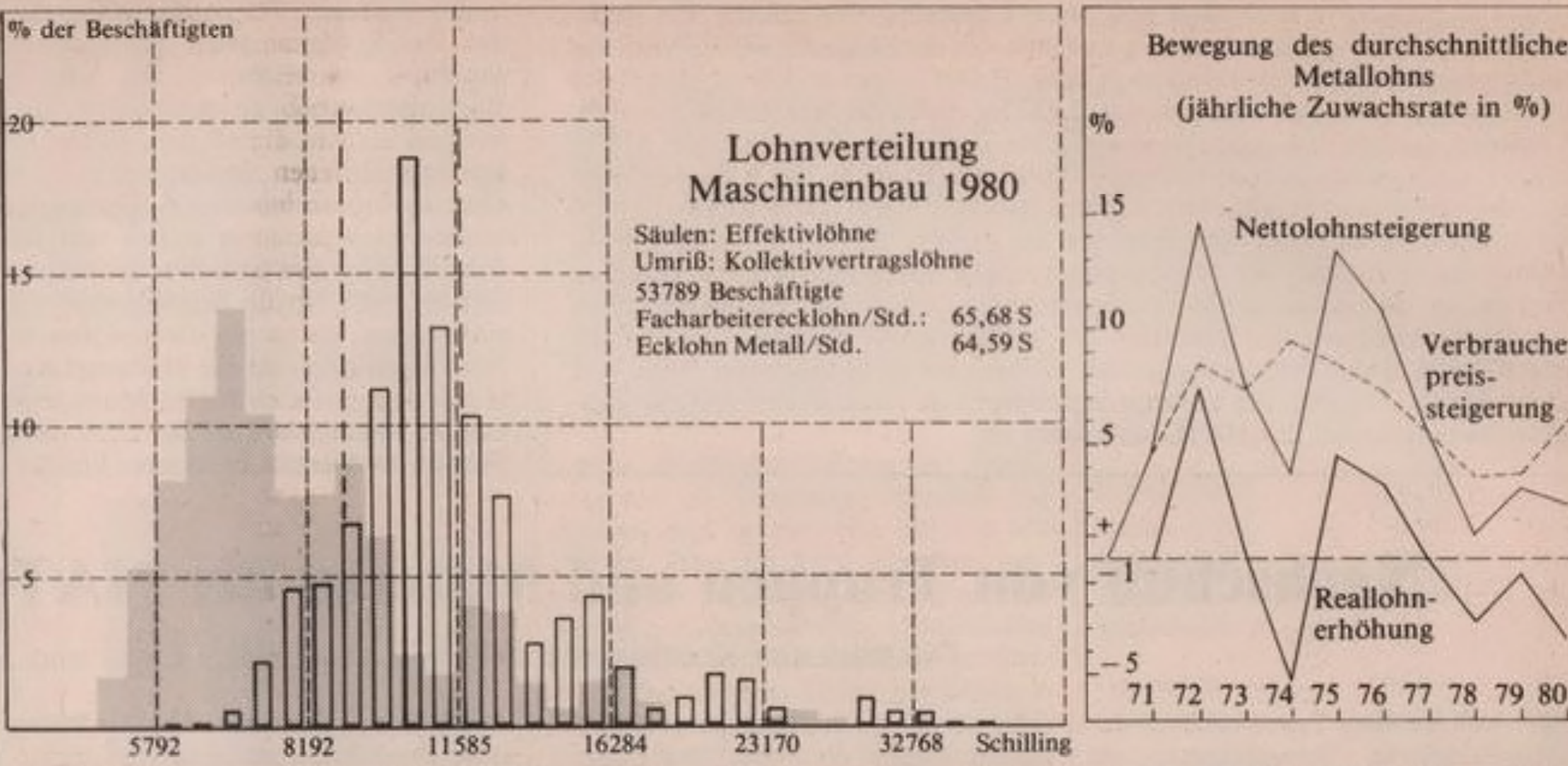
Die Tariflage in der österreichischen Industrie weist einige Besonderheiten auf, die sich von der in Westdeutschland unterscheiden. Der Kollektivvertrag Metall enthält 7 Arbeiterlohngruppen, dazu eine LG 8 für jugendliche Hilfsarbeiter. LG 1–3 sind die Facharbeiter, LG 4 besonders qualifizierte angelernte Arbeiter, LG 5 Angelernte, LG 6 Arbeitnehmer mit Zweckausbildung, hier sind vor allem die Frauen eingestuft, LG 7 ungelernte Arbeiter. Der KV legt in Schillingbeträgen den tariflichen *Mindest*lohn für jede LG fest, gezahlt wird der Metallarbeiter nach dem betrieblichen *Ist*-Lohn-Schema, die Differenz ist die ,,Überzahlung''. Es handelt sich dabei nicht nur um solche Lohnbestandteile, die wie in der westdeutschen Metallindustrie die Differenz zwischen Tarif- und Effektivlohn ausmachen; vielmehr ist der Ist-Lohn Ergebnis einer Entwicklung Ende der 50er Jahre, wo durch hohe Nachfrage nach qualifizierter Arbeitskraft und günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt die Arbeiter auf Betriebsebene einen höheren Preis für die Arbeitskraft durchgesetzt haben, ohne daß dieser durch den KV abgesichert worden wäre. Die Gewerkschaft hat dies eher zementiert als bekämpft, indem sie es zugelassen hat, daß in den Tarifverhandlungen nach und nach 2 Preise für die Arbeitskraft in den einzelnen Lohngruppen ausgehandelt wurden: 1. der KV-Lohn als unterste Grenze, 2. Prozent- oder Festgelderhöhung auf die Ist-Löhne, deren tatsächliche *Höhe* jedoch von Betrieb zu Betrieb variiert.

Die Spanne der Überzahlungen reicht von 20–92% über dem KV-Lohn. Die Verteilung der KV-Löhne und der Effektivlöhne im Maschinen- und Stahlbau (siehe Schaubild) belegt die Gefährlichkeit dieser Tariflage. Aus zwei Gründen: der tariflich sichere Lohnbestandteil liegt, wenn man die am stärksten belegten Lohnklassen betrachtet, um 5–6 Klassen unter dem Effektivlohn. In der Struktur der Verteilung tritt hervor, daß vor allem die Effektivlöhne der Facharbeiter (10000–12000 S) durch hohe Überzahlungen zustandekommen. Umgekehrt, wo der Effektivlohn niedrig, nähert er sich dem KV-Lohn, während am anderen Ende der Verteilung die hohen Angestelltengehälter durch überproportionale KV-Löhne abgesichert sind.

Das zweite Schaubild vergleicht die jährliche Erhöhung des durchschnittlichen *Netto*lohns Metall mit der jährlichen Teuerung der Verbraucherpreise in den Jahren 1970–79. Die Reallohnlinie ist praktisch der Nettolohn von 1970 zu festen Preisen. Wo die Nettolohnlinie über der Inflationslinie liegt, hat es reale Lohnerhöhung gegeben, d.h. konnte der Umfang der Reproduktionsmittel erweitert werden, wobei hier davon abgesehen wird, wie sich in der Zwischenzeit die Reproduktions*erfordernisse*, etwa durch Ausweitung der Schichtarbeit, verändert haben, wie auch davon, daß mehr als die Hälfte der Metallarbeiter weniger als diesen Durchschnittslohn zur Verfügung hat. In den Jahren 1971 bis Ende 1972 und Mitte 1974 bis Ende 1976 bewegt sich die Nettolohnlinie oberhalb der Preislinie, entsprechend die Reallohnlinie im Plusbereich der Skala, während sie von Anfang 1973 bis Mitte 1974 und ab Anafng 1977 in den Minusbereich fällt. Für 1980 ist eine Preissteigerung von 6% angenommen und ein Lohnabschluß von 5,8%, also die Obergrenze der bisherigen Abschlüsse. Ergebnis: auf Basis 1970 = 100 ist der Nettolohn 1979 auf 184,46 gestiegen, der Preisindex auf 172,80, der Reallohn auf 106,50, d.h. jährlich im Durchschnitt um 0,71%. Benya hingegen vergleicht mit dem Preisindex den *Brutto*lohn, der in der gleichen Zeit auf 240,24% steigt, jährlich also um durchschnittlich 10,23% bei 6,27% Teuerung.

In der Benya-Rechnung wird aber noch ein zweites vorausgesetzt: der effektive Bruttolohn enthält nicht nur die gewerkschaftlichen Ist-Lohnabschlüsse, die nämlich hätten nur zu einer Steigerung auf 188,60% statt 240,24% geführt. Enthalten sind die betrieblichen Lohnerhöhungen, die die Metallarbeiter erkämpft haben und die das Absinken des Reallohns abgeschwächt haben. Abgeschwächt – aber sie konnten natürlich nicht die Gewerkschaftspolitik ersetzen, die die Kampfkraft der ganzen Branche ins Gewicht bringen kann. Sicherlich haben diese ,,Innerbetrieblichen'' für Teile der Metallarbeiter den Reallohn halten können – aber um den Preis weiterer Vertiefung der Kluft zwischen KV- und Ist-Lohn. Die jetzige Lage jedenfalls belegt, daß die sozialdemokratische ,,Reallohnpolitik'' den durchschnittlichen Preis für die Arbeitskraft des Metallarbeiters hat drücken helfen. Und es müßten jetzt schon 9% für die Facharbeiter (netto 7,0%) und etwa 900 S (128,85 DM) für die darunterliegenden LGn sein, um den Reallohn zu verteidigen: 6% Preissteigerung im günstigsten Fall, 0,5% für die schon angekündigte Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und 2,5%, die der Steigerung der Abzugslast anheimfallen. Diese ist von 1970–79 auf 350,65% gestiegen, pro Jahr um 14,96%, und die Regierung hat aus Budgetgründen jede Forderung nach Senkung der Progressionslast für die unteren LGn auf 1982 verwiesen.





Die Lohnverteilung stützt sich auf die Lohnerhebung der Bundeswirtschaftskammer vom Oktober 1979, also nach dem letztjährigen Tarifabschluß. – Die Bewegung des Reallohns basiert auf eigenen Berechnungen anhand des Wirtschafts- und sozialstatistischen Handbuchs der Arbeiterkammer Wien.

Wojtylas Brasilienmission in ,,einem historischen Moment''

z.ans.Rom. Wojtylas Mission gegen die brasilianischen Volksmassen war schwierig: Wie den Dreh finden in einem Land der Dritten Welt, in dem sich der Klassenkampf heftig entwickelt und die Arbeiterklasse zunehmend die Führung wahrnimmt? Wie dem Umsturz zuvorkommen? Er setzt an den unmittelbaren Interessen der Massen an und erklärt sie zu gottgewollten Menschenrechten: Arbeit, ausreichend Lohn, ausreichend Land. Da er die Herkunft dieser Interessen ins Himmelreich befördert, kann er sie dem gottgewollten Interesse an Privateigentum – ,,unerläßliche Grundlage der Freiheit'' – gleichsetzen. Den Kapitalisten gibt er zu verstehen, daß dieses oberste Menschenrecht auf Ausbeutung bei Beachtung seiner ,,sozialen Bindung'' zu retten ist. Gegen die sündhafte Verletzung dieser Rechte müßten ,,die verschiedenen Repräsentanten der Gesellschaft ... sich verbinden''. Teufelswerk hingegen ist der Klassenkampf. Wojtyla vor den Arbeitern von Sao Paulo: Ihr gewerkschaftlicher Kampf sei so lange gerecht, wie er ,,auf verantwortliche Weise zum allgemeinen Wohl beiträgt'', also die Klasseninteressen der Kapitalisten nicht antastet. Wohlweislich die imperialistische Ausplünderung Brasiliens vergessend, macht er die Militärregierung zum Garanten, daß ,,allen Brasilianern die Forderungen nach einem würdigen Leben erfüllt'' werden. Die widerspenstigen Strömungen in der brasilianischen Kirche, die zur Räson gebracht werden sollten, müßten die ,,staatliche Autorität'' respektieren.

Surinam: 20000 demonstrierten gegen frühere Kolonialmacht

z.scc. Im Februar 1980 setzten Unteroffiziere die Regierung Surinams ab, der sie Verletzung der nationalen Interessen vorwarfen. Wenige Wochen später konnte ein Putschversuch gegen den neugebildeten Militärrat gerade noch aufgedeckt werden, nachdem niederländische und andere Söldner bereits in das nördlich Brasiliens gelegene Land eingefallen waren. Jetzt versuchte der niederländische Entwicklungshilfeminister, durch politische Erpressung zu erreichen, was damals scheiterte: die ,,Wiederherstellung der Demokratie''. Aber der Abbruch der Verhandlungen über die weitere Entwicklungshilfe, in denen Surinam die Anbindung der Entschädigungszahlungen an die Inflation gefordert hatte, blieb erfolglos. 20000 der knapp 400000 Einwohner Surinams brachten ihn zum Flughafen: ,,Tod dem Kolonialismus!''

Inuit (Eskimos) gründen auf Grönland gemeinsame Organisation

z.bag.Aarhus. In der ersten Juliwoche versammelten sich in Nuuk auf Kaladtlit Nunat (Grönland) 54 Vertreter der Inuit-Bevölkerung Kanadas, Alaskas und Grönlands zu ihrem zweiten Kongreß. Außerdem nahmen rund 200 Gäste verschiedener nationaler Minderheiten an dem Kongreß teil. Die Delegation aus der Sowjetunion mußte nach Auskunft der sowjetischen Botschaft in Nuuk ,,aus zeitlichen Gründen'' absagen. Die Konferenz beschloß: Die Gründung einer gemeinsamen Organisation der Inuit im Polargebiet; dabei gab es Widersprüche zu überwinden, die in der Verschiedenheit

Afrika entwickelt selbständiges Transportwesen

Zentral- und südafrikanische Staaten wollen die Abhängigkeit von Südafrika brechen

z.scc. Afrika, ein Kontinent größer als die USA, Europa, Japan, Indien und Neuseeland zusammen, verfügt bis heute nicht über ein nur halbwegs entwickeltes Transportwesen. Den räuberischen Interessen der ehemaligen europäischen Kolonialmächte hatte es genügt, einige wenige Eisenbahnen von den Bergwerken oder Plantagen im Landesinneren zu den nächstliegenden Häfen zu ziehen, um von dort die Rohstoffe und landwirtschaftlichen Produkte ins „Mutterland“ zu verschiffen. Befestigte Straßen gab es zum Zeitpunkt der Befreiung nur in ganz wenigen afrikanischen Ländern, und wenn, waren sie ebenfalls ausschließlich für den Abtransport der zusammengerafften Reichtümer in die imperialistischen Metropolen gebaut.

Heute, ein bis zwei Jahrzehnte nach der nationalen Unabhängigkeit der weitaus meisten afrikanischen Staaten, werden gerade 3% des gesamten afrikanischen Handels zwischen afrikanischen Ländern abgewickelt, und das innerafrikanische Handelsvolumen ist dabei relativ wie auch absolut rückläufig. Eine der Ursachen für die geringe Entfaltung des innerafrikanischen Handels sind die kolonialen Hinterlassenschaften im Transportwesen, die ihm – trotz gewaltiger bisheriger Anstrengungen – immer noch ihren Stempel aufdrücken.

Nach wie vor kann nicht von einem afrikanischen *Eisenbahnnetz* gesprochen werden. Die Gesamtlänge der Strecken beträgt 78016 km, das sind 2,63 km auf 1000 km² gegenüber 60 km auf 1000 km² in Europa. Nur wenige Länder sind durch eine gemeinsame Eisenbahnlinie verbunden, und wo solche existieren, sind sie oft unbenutzbar; darüber hinaus haben die Kolonialherren auf dem afrikanischen Kontinent insgesamt *neun* unterschiedliche Spurweiten hinterlassen, die den Verbund unendlich erschweren (s. auch Spurweiten hinterlassen, die den Verbund unendlich erschweren (s. auch KVZ 34/79).

Die Dichte des *Straßennetzes* beträgt, je nach Land, zwischen drei und 60 km auf 1000 km² gegenüber rund 1500 km z.B. in der BRD, Frankreich oder Großbritannien. Wobei allerdings die Qualität der afrikanischen Straßen mit der in den imperialistischen Ländern nicht entfernt zu vergleichen ist: Gerade 5 – 10% der Straßen sind dort asphaltiert und befestigt, 70 – 80% dagegen in Europa. Die übrigen 90 – 95% befinden sich in unterschiedlichem Zustand: Ein Teil ist geschottert, ein weiterer mit Erde aufgeschüttet und wenigstens festgewalzt, ein Großteil gleicht jedoch eher ausgetretenen Feldwegen und ist nur bei trockenem Wetter befahrbar. Zwar sind ihre Bau- und Instandhaltungskosten wesentlich niedriger als für die asphaltierten, weswegen die afrikanischen Länder häufig lieber Wege oder Schotterstraßen anlegen als überhaupt keine Straßen; die Transportkosten pro Lastwagen oder Autobus sind dafür jedoch rund zwei- bis dreimal höher als auf asphaltierten Straßen.

Hinsichtlich der internationalen Verbindungen ist die Lage nur wenig besser als im Eisenbahnwesen. Wäre jedes Land (von den Inseln abgesehen) mit jedem seiner unmittelbaren Nachbarn durch eine Straße verbunden, müßte es 84 internationale Straßenverbindungen geben – tatsächlich sind es nur 58, und nur 25 von ihnen sind auch in der Regenzeit benutzbar.

Bedarf es eines deutlicheren Beweises, daß die Imperialisten Afrika zwar *beraubt* haben und weiter berauben, aber niemals *erschlossen* haben und kein Interesse an der Erschließung haben? Für die tatsächliche, bewußte Erschließung, die wirtschaftliche Entwicklung, die Entfaltung des innerafrikanischen Handels und die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit vom Imperialismus ist der Ausbau und die Umwälzung des Transportwesens von hervorragender Bedeutung. Mit dem „Jahrzehnt des Transports in Afrika“ 1978 – 1988 haben sich die afrikanischen Länder weitreichende Ziele gesteckt.

Auf dem Gebiet des Eisenbahnbaus ist die Nord-Süd- und die Ost-West-Verbindung Afrikas erstmals in Angriff genommen. Die Ziele im Straßenbau sind auf der Karte dargestellt. Zusätzlich zu den fünf transnationalen Fernstraßen, mit deren Bau bereits begonnen ist, sind vier weitere Fernstrecken geplant, wobei die Strecke Tripolis-Windhoek erst mit der Unabhängigkeit Namibias endgültig fertiggestellt und in Gebrauch genommen wird. Nach Abschluß dieses Bauprogramms, das außerdem zahlreiche Anschlußverbindungen enthält, werden 101222 km Straßen neu gebaut und alle unabhängigen Staaten des Kontinents an das Fernstraßennetz angeschlossen sein. Weiter werden durch Ausbau und Regulierung der Flüsse die Binnenwasserwege besser in das allgemeine Fernstraßennetz eingepaßt. Und nicht zuletzt haben sich die afrikanischen Länder zum Ziel gesetzt, das Seetransportmonopol der Imperialisten zu brechen. Gegenwärtig werden 97,5% der Seetransporte von und nach Afrika von nicht-afrikanischen Reede- 97,5% der Seetransporte von und nach Afrika von nicht-afrikanischen Reedereien durchgeführt. Vor allem durch den Aufbau regionaler Schiffahrtsgesellschaften soll Schritt für Schritt der UNO-Schlüssel erreicht, d.h. 40% der Seetransporte durch afrikanische Länder übernommen werden.

Von großer Bedeutung für Erfolg oder Scheitern dieses umfassenden gemeinsamen Programmes sind die Anstrengungen der unabhängigen zentral- und südafrikanischen Staaten. Zusätzlich zu den oben umrissenen Problemen, die sie mit allen anderen afrikanischen Staaten teilen, stehen sie vor der Aufgabe, die unmittelbare Abhängigkeit insbesondere vom Eisenbahnnetz Südafrikas zu brechen. Mitte Juni, nur wenige Monate nach der Befreiung Zimbabwes, kamen Vertreter von Zaire, Sambia, Zimbabwe und Mozambique in Lubumbashi (Zaire) überein, die Transportverbindungen untereinander zu verbessern und Mozambique zum regionalen Zentrum auszubauen. Eine weitere Konferenz fand am 10.7. statt, sechs weitere Länder haben inzwischen ihr Interesse an der Zusammenarbeit bekundet, darunter Angola und Tansania. Gemeinsame Treffen zur weiteren Koordinierung der Arbeiten werden zukünftig zweimal jährlich stattfinden.

„Das Eisenbahnnetz im südlichen Afrika gleicht dem menschlichen Körper“, sagte ein Vertreter Zimbabwes. „Man kann einzelne Gliedmaßen abschneiden, der Organismus arbeitet dennoch weiter. Aber man kann nichts anfangen ohne das Herz. Und im Augenblick liegt, was Schwarzafrika angeht, das Herz am falschen Platz, in Südafrika.“

Nach der Schließung der Benguela-Eisenbahn 1975, die bis dahin ⅔ der zairischen Exporte zum angolanischen Hafen Lobito transportierte, besaß *Zaire*, das selbst nur über einen kleinen, verkehrsungünstigen Hafen verfügt, nur noch drei internationale Transportverbindungen. Zwei von ihnen, beide nach Dar es Salaam, fielen wegen überlanger Transportzeiten und umständlicher Verladungen von der Bahn auf Binnenschiffe und wieder auf die Bahn praktisch aus, so daß Zaire den größten Teil seines Handels über Südafrika abzuwickeln gezwungen war. Zwar kam in der vorletzten Woche der nach Wiedereröffnung der Benguela-Bahn erste Zug aus Zaire in Lobito an; doch bleibt die Abhängigkeit vom südafrikanischen Verkehrsnetz bestehen.

Sambia war bis zur Unabhängigkeit 1964 vollständig in das rhodesische und damit in das südafrikanische Verkehrsnetz eingebunden; die einzige Eisenbahnstrecke, die einzige Asphaltstraße führten vom Kupfergürtel nach Rhodesien. Nach der Schließung der Grenze zu Rhodesien war es bis 1975 ebenfalls weitgehend auf die Benguela-Eisenbahn angewiesen, gleichzeitig wurde in Zusammenarbeit mit Tansania und mit Unterstützung der VR China die Tazara-Bahn nach Dar es Salaam ausgebaut und 1975 in Dienst genommen. Schwierigkeiten beim Transport und durch Überlastung des Hafens konnten die Imperialisten 1978 dazu nutzen, Sambia zur Wiedereröffnung der „Südroute“ durch Rhode- sien und Südafrika zu pressen nung der „Südroute“ durch Rhode- sien und Südafrika zu pressen.

Zimbabwe, das gegenwärtig mit der einzigen offenen internationalen Verbindung an die südafrikanischen Häfen angeschlossen ist, arbeitet mit Mozambique an der Wiedereröffnung der Eisenbahnlinien nach Maputo und Beira. Beide waren 1975 vom unabhängig gewordenen Mozambique geschlossen worden, im November wird die erste wieder in Betrieb genommen – ein wichtiger Schritt, die von den Kolonialisten geschaffenen Strukturen zu zerbrechen. *Mozambique* schließlich hat damit begonnen, seine beiden Häfen Maputo und Beira auszubauen und zu modernisieren, um die Kapazitäten den neuen Anforderungen anzupassen. Gleichzeitig kann dadurch der größte Hafen *Tansanias*, Dar es Salaam, entlastet werden. Schon vor einigen Monaten hatte Tansania erst mit Burundi und Ruanda, dann mit Sudan und Uganda den Ausbau der gemeinsamen Transportverbindungen als wichtigste Aufgabe bei der Verbesserung der gegenseitigen Unterstützung festgelegt. Der Aufbau einer gemeinsamen Schiffahrtslinie mit der VR China, die gegenwärtig eine Kapazität von 180000 t erreicht hat, ist ein weiterer fundamentaler Schritt, um die Beherrschung des Transportwesens in Schwarzafrika durch die Imperialisten zu beseitigen.



Sambia: Die Abhängigkeit vom imperialistischen Weltmarkt wird durch die Abhängigkeit des Transportnetzes von Südafrika noch verschärft.

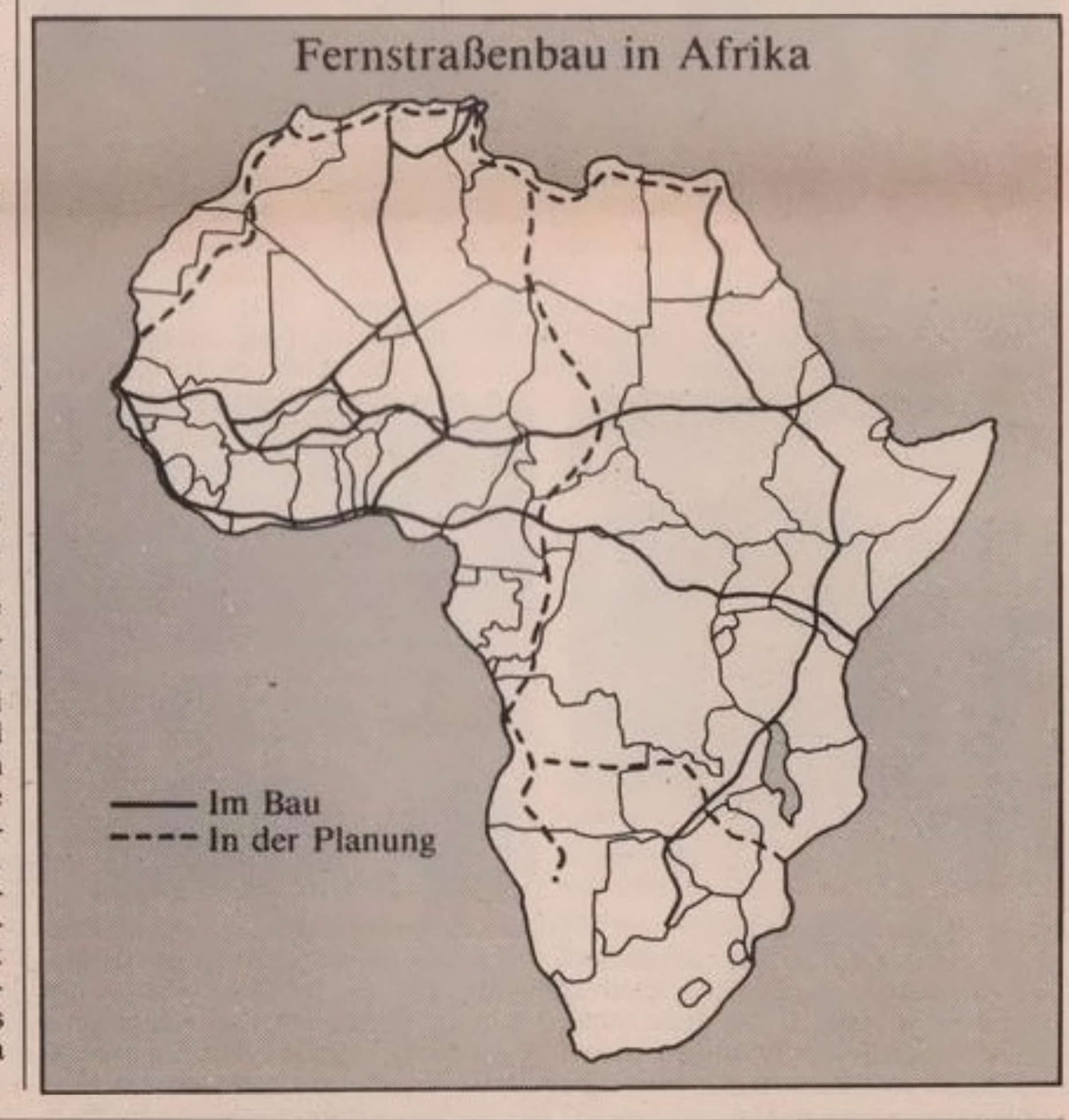




90 – 95% der afrikanischen Straßen sind nicht das ganze Jahr über befahrbar.



Bau der Fernstraße von Lagos (Nigeria) nach Mombasa (Kenia)



der politischen Rechte bzw. der Unterdrückung der Inuit in den einzelnen Ländern bedingt sind. Weiter die Gründung einer eigenen Universität, auf der die gemeinsame Sprache und Kultur erforscht und gelehrt werden soll; und eine Resolution zum Schutz aussterbender arktischer Tierarten. Die bürgerliche dänische Presse berichtete außerdem mit Schrecken, daß die Inuit-Gemeinde North Slope Borough in Alaska, die durch Ölfunde reich geworden ist, den grönländischen Inuit Unterstützung zur Förderung ihrer Bodenschätze angeboten hat; damit könnte Grönland auf die 90 Mio. Kronen Kredite pro Jahr, die es über die EG aufnehmen muß, verzichten und so leichter aus der EG austreten.

Sioux erhalten Entschädigung für Landraub vor 104 Jahren

z.elf. Der Oberste Gerichtshof der USA hat die amerikanische Bundesregierung am 30. Juni verpflichtet, den Sioux für den Raub von Black Hills im Jahre 1876 17,5 Mio. Dollar plus 105 Millionen Dollar Zinsen (zusammen etwa 215 Mio. DM) zu zahlen. Die Regierung hatte schon vorher eingestanden, daß die Siedler den Indianern das Land zu Unrecht weggenommen hatten, aber sie wollte die Zinsen nicht zahlen. Die Siedler ließen den Sioux im Vertrag von Fort Laramie 1868 einzig das knapp 30000 Quadratkilometer umfassende Gebiet Black Hills, nachdem sie zuvor alles übrige Land an sich gerissen hatten. Als sie dort Gold entdeckten, drangen die Siedler erneut in dieses letzte und lebenswichtige Jagdgebiet der Sioux ein. In der großen Schlacht von Little Bighorn gelang es dem Sioux-Häuptling Sitting Bull, mehr als 12000 Indianer, auch anderer Stämme, gegen die Siedlertruppen Custers zu führen und diese am 26. Juni 1876 zu vernichten. Doch die Siedler hatten schon vorher durch Wegschlachten der Büffelherden die entscheidende Lebensgrundlage der Indianer beseitigt. Ein Teil der noch nicht verhungerten Sioux floh im Winter 1876/77 nach Kanada, fast alle übrigen konnten die Siedler töten oder in die Reservate sperren. 1877 widerrief der Kongreß den Vertrag von Fort Laramie. 1924 gingen die Sioux zum ersten Mal gerichtlich gegen den Landraub vor. Ein erster Richterspruch 1942 verwarf ihre Forderungen. Der Vorsitzende der Vereinigten Sioux-Stämme hat jetzt erklärt, der Stammesrat habe vor, die 60000 in acht Stämmen lebenden Sioux durch Abstimmung darüber entscheiden zu lassen, ob sie die Entschädigung für ausreichend halten für den Landraub.

Mugabe: Die Armee muß auch eine Rolle in der Produktion spielen

z.aml.Salisbury. Der Premierminister von Zimbabwe, Genosse Mugabe, hat vor dem Parlament versichert, daß alle ZANLA- und ZIPRA-Kämpfer in die neue Nationale Armee aufgenommen werden. Der Bildungsprozeß der neuen Armee „dauert länger, als erwartet“, wie Genosse Mugabe feststellte. Von den 32500 Guerillas werden deshalb jetzt sofort 15200 auf Farmen angesiedelt, entweder um das Umsiedlungsprogramm vorzubereiten oder, wie 4000 Befreiungskämpfer, um die während des Krieges verlassenen Versuchsanlagen und Bewässerungssysteme im Sabi-Limpopo-Gebiet zu betreiben. Seiner Ansicht nach müsse die Nationale Armee sowieso neben ihrer militärischen Aufgabe auch eine Rolle in der Produktion spielen, erklärte Genosse Mugabe. Auch angesichts der Tatsache, daß Südafrika, wie jetzt bekannt wurde, aus Zimbabwe heraus 5000 Söldner rekrutiert hat, ist dieser Schritt zur Wahrung der Einsatzbereitschaft der Befreiungsstreitkräfte wichtig. Möglicher Zersetzung von ZANLA und ZIPRA durch Verzögerungen beim Aufbau der Nationalen Armee wird dadurch vorgebeugt. Wegen der Rekrutierung von Söldnern in Zimbabwe hatte Genosse Mugabe die Schließung der Botschaft Südafrikas in Zimbabwe und den Abzug des südafrikanischen Botschaftspersonals gefordert.

Erster Schritt in Zimbabwes Neuansiedlungsprogramm

z.aml.Salisbury. Am 26. Juli werden 2500 Subsistenzbauern, die bisher im Gutu-Reservat bei Fort Victoria gelebt haben, darüber entscheiden, wie sie die 32000 ha im benachbarten Soti-Source-Gebiet bebauen wollen: in der bisherigen Weise, in der Form der Volkskommune oder mit einer gemeinsamen Farm als Kern und privaten Höfen darum herum. Auf einer Versammlung haben sich nur ganz wenige der neuanzusiedelnden Bauern für vollständige Kollektivierung ausgesprochen. Der Minister für Land, Neuansiedlung und ländliche Entwicklung, Genosse Sekeramayi, hat erklärt, die Regierung werde sich nach dem Willen der Bauern richten. Allerdings würde sich die Nahrungsmittelproduktion auf dem vor dem Befreiungskrieg als kommerziell genutzten Farmland bald als enttäuschend herausstellen, wenn das Land nur aufgeteilt würde. – Die Bauern aus dem Gutu-Reservat werden als erste umgesiedelt, weil dieses Reservat am überbevölkertsten von allen ist. Insgesamt müssen allein 250000 Flüchtlinge umgesiedelt werden, die in den Frontstaaten waren, 500000 Bauern aus den Konzentrationslagern ähnlichen „geschützten Dörfern“ sowie diejenigen, die in den Flüchtlingslagern der Städte leben und in den überbevölkerten Reservaten. Bisher sind dafür 90 Farmen mit einer Gesamtfläche von 138000 ha zumeist käuflich erworben worden, was wegen der Lancaster-House-Vereinbarung nötig ist. Über den Betrag, den Großbritannien dafür zahlt, wird noch verhandelt.

Mai 1968



Studentenrevolte hieß das Schlagwort, das die westdeutsche Bourgeoisie über ihre Presse als Vorurteil über den Mai 68 in Frankreich verbreiten ließ. Zur Korrektur einige Daten: Einen Monat lang war die Wirtschaft des Landes lahmgelegt; 9 Mio. Arbeiter, Angestellte und Beamte streikten, das waren 53% berechnet auf die Erwerbsbevölkerung ohne die Bauern. Zahlreiche Fabriken wurden von den Arbeitern besetzt, drei Wochen lang fuhr kein Zug, die Benzindepots waren blockiert, Postämter und Banken geschlossen. (Bild: Stahlwerk Usinor, Denain).





Seit Jahresbeginn 1968 hatte die Arbeiterbewegung verstärkt den Kampf um den Lohn geführt, die Kapitalisten verweigerten oder verschleppten die Verhandlungen. Erstmals seit 1954 riefen die Gewerkschaften wieder zu 1. Mai-Demonstrationen auf. Die zunächst spontane, dann von den Gewerkschaften geführte Massenstreikbewegung forderte höhere Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden, Rente mit 60 Jahren. (Bild: Renault-Billancourt) ,,Ja zur Erhöhung der Löhne. Indexierung der Agrarpreise!" fordern die Bauern. (Bild: Straßensperre in der Gironde). Ihr Verband FNSEA fordert neben der Erhöhung der Erzeuger-

Stunden, Rente mit 60 Jahren. (Bild: Renault-Billancourt) ,,Ja zur Erhöhung der Löhne. Indexierung der Agrarpreise!" fordern die Bauern. (Bild: Straßensperre in der Gironde). Ihr Verband FNSEA fordert neben der Erhöhung der Erzeuger-





preise Verringerung der Steuern um 20%. Die Studentenbewegung bekämpfte eine Ausbildung für die Kapitalinteressen und suchte das Bündnis mit der spontanen Arbeiterbewegung. Nach Polizeiüberfällen auf die Sorbonne wurden alle Hochschulen bestreikt. In vielen Städten führten die Studenten gemeinsam mit den Arbeitern heftige Straßenschlachten gegen den imperialistischen Staatsapparat. (Bilder: Marseille/Paris) Was waren die unmittelbaren Ergebnisse der Massenstreikbewegung im Mai und Juni 68? Eine sofortige Lohnerhöhung von 7% in der Industrie, plus 3% ab 1. Oktober; Anhebung der Leistungen der Kranken-



kassen von 70 auf 75%; das Gesetz über die Ausübung der gewerkschaftlichen Rechte im Betrieb, das die Gewerkschaftsdelegierten als Personalvertreter anerkennen mußte. Die Mitgliederzahlen der drei großen Gewerkschaftsbünde CGT, CFDT und FO stiegen sprunghaft um 700000. Zielte die Kampfbewegung auf die revolutionäre Veränderung der Gesellschaft, so war das politische Ergebnis, de Gaulle mußte abtreten, mager. Die Konzentration der reformistischen und revisionistischen Gewerkschaftsführer auf die Teilnahme an der Regierung hat viel dazu beigetragen.

Nur geeint kann die französische Gewerkschaftsbewegung ihre Aufgaben erfüllen

z.pel.Paris. Das nationale Statistische Institut Frankreichs (INSEE) hat im April dieses Jahres erklärt, daß die durchschnittlichen Bruttolöhne der französischen Lohnabhängigen 1979 langsamer als die offizielle Inflationsrate gestiegen seien. Die erlittene Lohnsenkung wird mit 0,9% – 0,3% für Arbeiter, 1,4% für Angestellte, 2,2% für Techniker und Meister – angegeben. Der staatlich festgelegte Mindestlohn soll um 2,6% hinter der Inflationsrate zurückgeblieben sein. Nach unseren Berechnungen hat die französische Finanzbourgeoisie den Anstieg des durchschnittlichen Bruttolohns der knapp 17 Mio. Arbeiter, Angestellten und Beamten seit 1976 mit 37,6% um 3,1% unter die Inflationsrate drücken können. Die 3%ige Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge spülte zusätzliche Milliarden an Lohn in die Kassen des Finanzkapitals. 73% der Waren ihrer westdeutschen Berufskollegen konnten sich französische Industriearbeiter 1978 für ihren Monatslohn kaufen (s. KVZ 2/80, S. 18), ein Teil von ihnen ist auf ein wahres Elendslohnniveau herabgedrückt worden; die in harten Streikkämpfen v.a. 1968 und Anfang der 70er Jahre erkämpften Verbesserungen sind zum Großteil aufgefressen.

24% aller Lohnabhängigen, 4,06 Mio. Arbeiter und Angestellte, verdienen nach einer Untersuchung der Gewerkschaft CFDT Anfang 1980 weniger als 3000 FF brutto, die Summe, die von allen Gewerkschaften als Mindestbasis für die Reproduktion der Arbeitskraft betrachtet wird. Allein 1,6 Mio. sind – wie das untenstehende Schaubild beweist – in den Bereichen Handel, Dienstleistungen, öffentlicher Dienst beschäftigt und erzeugen gemeinsam mit den 1,4 Mio. Arbeitslosen erheblichen Druck auch auf den industriellen Lohnstandard. Die Lohnverteilung für die Metall- und Stahlindustrie verdeutlicht, welche Einbrüche der Bourgeoisie hier in den letzten Jahren gelungen sind. Dreierlei springt ins Auge. Zunächst einmal, daß der schon 1976 ziemlich ausgeprägte Niedriglohnbereich noch gewachsen ist. Das heißt, daß es der Bourgeoisie gelungen ist, den Lohnstandard der angelernten Arbeiter weiter zu senken, vor allem aber, daß die unteren Facharbeiterlohngruppen, die 1976 die Spitze der Säulen bilden, erhebliche Lohneinbußen haben hinnehmen müssen. Die Untersuchung der Durchschnittslöhne der Facharbeiterlohngruppe P1 bestätigt diese Vermutung, nur im Flugzeugbau gibt es eine gegenläufige Entwicklung. So konnten bestimmt einige Tausend der seit 1976 über 20000 wegrationalisierten Stahlarbeiter auf schlechter bezahlte Arbeitsplätze in der Automobilindustrie gedrückt werden, die im gleichen Zeitraum knapp 30000 Arbeiter mehr beschäftigte. Zweitens hat ein Teil der Techniker und mittleren Angestellten – 1976 bei etwa 5500 FF liegend – größere Lohneinbußen erlitten. Der Anteil des höheren Aufsichtspersonals hat hingegen zugenommen. Was auf den ersten Blick als eine Verringerung der Spaltung zwischen den einzelnen Lohngruppen erscheinen mag, stellt sich als Auffüllung der Niedriglohnzone verbunden mit oftmals proportional höheren Lohnverlusten im Facharbeiter- und Technikerbereich heraus, hinter denen sich eine erhebliche Umwälzung des Arbeiterkörpers verbirgt.

Der französischen Kapitalistenklasse sind diese Erfolge bei der Lohnsenkung durch die enormen Hindernisse, welche der Zusammenschluß der Arbeiterklasse im Zustand des Tarifvertragssystems findet, erleichtert worden. Wenn auf dem Papier auch nationale und regionale Tarifverträge für die meisten Industriebranchen existieren, so muß dennoch jede Lohnerhöhung auf einzelbetrieblicher Ebene erkämpft werden. Im Metall/Stahlbereich wendeten 1978 nur 57,2% der Betriebe mit 79% der Beschäftigten überhaupt Tarifverträge an, weitere 10% der Lohnabhängigen kennen nur betriebliche Lohnregelungen. Entscheidend aber ist, daß die national bzw. regional fixierten Tariflöhne derart niedrig sind, daß die Spanne zwischen Tarif- und Effektivlöhnen in der Stahl/Metallindustrie 1979 40% für die Region Paris und 32% für das übrige Frankreich betrug. Noch für 66% der Beschäftigten in der höchsten Lohngruppe der angelernten Arbeiter OS2 liegt der staatliche Mindestlohn (SMIC) über dem tariflich garantierten Entgelt. Auf dieser Basis haben die Kapitalisten, die sich vielfach weigern, auf Konzernebene einheitliche Verträge abzuschließen, ein kunstvoll ausgebautes System von Spaltungslinien entwickelt. Die regionalen Lohnunterschiede können in diesem Industriezweig für einen Facharbeiter der Lohngruppe P1 22% erreichen, ein Facharbeiter der Lohngruppe P2 verdient im französischen Durchschnitt in der Flugzeugindustrie 400 FF (etwa 11%) mehr als in der Automobilindustrie.

Darüber hinaus läßt sich bei führenden Monopolen v.a. der Metall- und Chemieindustrie wie Peugeot, Michelin oder dem Elektrokonzern Thomson seit Jahren die Strategie erkennen, dem Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf vereinheitlichenden Forderungen durch eine Verlagerung von großen Teilen der Produktion aus den traditionellen Industriezentren des Nordens und der Gegend um Lyon in Regionen mit starken bäuerlichem Bevölkerungsanteil und hoher Arbeitslosigkeit zu begegnen. Peugeot z.B. zählt kein einziges Werk in der Region Paris und hat große Teile der Produktion im südlich an Lothringen anschließenden Département Franche-Comté unweit der Schweizer Grenze, das die niedrigsten Löhne ganz Frankreichs kennt. Gerade die Automobilkapitalisten haben durch verstärkte Anwendung von Leiharbeitern und die Einführung von begrenzten Zeitverträgen einen immer größeren Anteil der Belegschaften aus den wenigsten eines Mindestmaß an Schutz gewährenden tarifvertraglichen Regelungen herausreißen können. Peugeot stellt in seiner größten Produktionsstätte Sochaux seit zwei Jahren nur noch auf Zeitverträge, und zunehmend Ausländer, ein. 15% der Gesamtbelegschaft von 30000 sind heute Arbeiter mit Zeitverträgen, 34% der Arbeiter und 51% der angelernten Arbeiter Ausländer, die dem zusätzlichen Druck von Entzug der Arbeiterlaubnis und Ausweisung ausgesetzt sind.

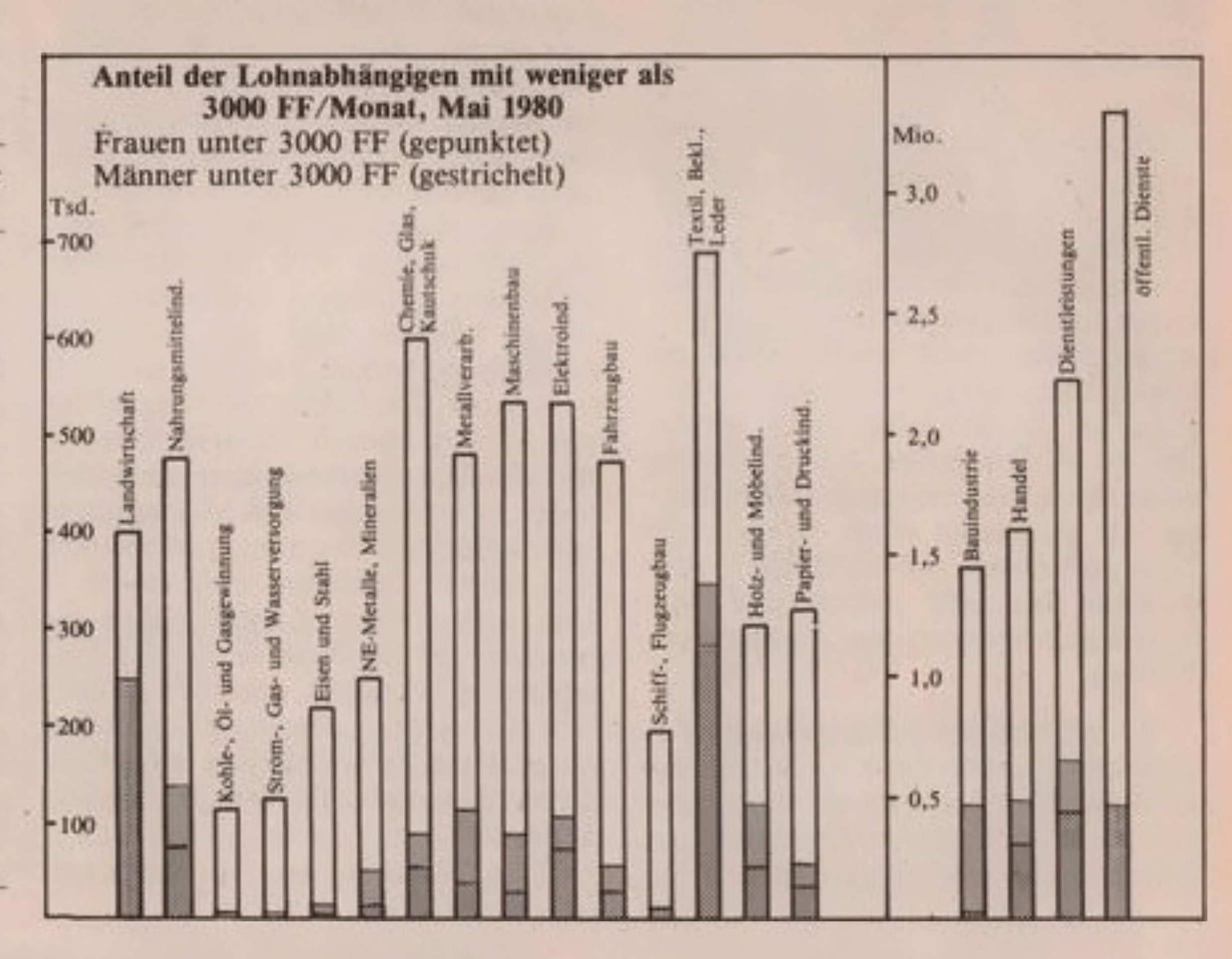
Nun ist es keineswegs so, daß die französische Arbeiterklasse gegenüber dieser massiven Lohnsenkungsstrategie der Finanzbourgeoisie kampflos die

Arbeitskämpfe in Frankreich

	Streiks	Beteiligte (1000)	Streiktage (1000)
1953 .	1761	1783	9722
1955	2672	792	3078
1957	2623	2160	4121
1959	1512	581	1938
1961	1963	1269	2600
1963	2382	1147	5991
1965	1674	688	997
1967	1675	2823	4203
1968	*	9000	150000
1969	2207	1443	2233
1970	2942	1079	1842
1971	4318	*	4387
1972	3464	2721	3755
1973	3731	2246	3914
1974	3381	1563	3380
1975	3888	1827	3868
1976	4348	2022	5010
1977	3302	1919	3665
1978	3200	*	3400
1979	*	*	6083

* keine Angaben; 1968 geschätzt

Anteil der Lohnabhängigen mit weniger als



1789 – 1914: Von den Vereinigungen zur gegenseitigen Unterstützung bis zur Einheitsgewerkschaft CGT

z.pel.Paris. ,,Der Arbeitstag eines jeden Arbeiters soll in freien, von Einzelperson zu Einzelperson abgeschlossenen Verträgen festgelegt werden ... Die Bürger des gleichen Berufes, die Arbeiter welchen Gewerkes auch immer ... können sich weder Präsident noch Sekretär oder Gewerkschafter nennen, noch können sie Bestimmungen über ihre vorgeblich gemeinsamen Interessen treffen." Frühzeitig faßten die bürgerlichen Revolutionäre der Französischen Revolution 1791 in Gesetzesform, daß die von ihnen propagierte Freiheit die Freiheit des Individuums, die Freiheit des Privateigentümers sei und daß jede Beeinträchtigung seiner Freiheit bei der Vernutzung der angekauften Arbeitskraft den Gesetzen der Gesellschaft zuwiderlaufe. War durch das gesetzliche Verbot der Koalition eine erste Schranke gegen die Kraftentfaltung der Arbeiterklasse errichtet, so enthielt das Strafgesetzbuch weitere Knebelbestimmungen. Unter anderem sollte ,,jeder Zusammenschluß der Arbeiter, um zur gleichen Zeit die Arbeit niederzulegen ..., mit Gefängnis von 1 – 3 Monaten bestraft werden."

Es braucht 73 Jahre Kampf der bis dahin auf ca. fünf Millionen angewachsenen Lohnabhängigen, bis die französische Bourgeoisie diese Strafbestimmung *1864* nach einem großen Streik der Pariser Buchdrucker für Lohnerhöhung fallenlassen muß. Weiterhin soll jedoch nur das *individuelle* Streikrecht bestehen, jeder gewerkschaftliche Zusammenschluß bleibt verboten, ebenso besteht kein Recht auf Versammlung.

Einzig die ,,mutuelles", Vereinigungen zur gegenseitigen Unterstützung bei individuellen Unglücksfällen, sind seit 1820 erlaubt. Sie sind auf einzelne Orte und Berufszweige beschränkt und oftmals unter der Fuchtel der Pfaffen, dennoch entwickeln sich aus ihnen die ersten ,,Widerstandskassen" zur Streikunterstützung.

Zu Beginn der 60er Jahre stellt sich der französischen Arbeiterklasse bei rascher Ausdehnung der industriellen Produktion und fortwährenden Versuchen der Kapitalisten, die Arbeitszeit auszudehnen, immer dringender die Aufgabe der einheitlichen Organisierung. Es werden die ersten ,,Gewerkschaftskammern" gegründet. Gegliedert nach Berufen sollen sie gleichzeitig Streikkasse sein, Unterstützung im Krankheitsfall organisieren und Produktionskooperativen entwickeln. Ab *1866* toleriert die Regierung diese Kammern. In Paris werden 1870 allein 100 mit teilweise bis zu 5000 Mitgliedern gezählt. Die französische Sektion der 1864 gegründeten 1. Internationale versucht während der großen Lohnstreikbewegung der Jahre 1869/70, die einzelnen Kammern miteinander zu verbinden.

Die Pariser Kommune übergibt im April *1871* während ihrer 60tägigen Herrschaft die von den Bourgeois verlassenen Werkstätten den Gewerkschaftskammern zur kollektiven Organisierung der Produktion. Nach der Niederschlagung der Kommune und dem Wüten der bürgerlichen Reaktion kommt der Wiederaufbau der Gewerkschaftskammern zunächst nur langsam

Waffen streckt. Die Streikstatistik beweist das Gegenteil. Welche Anstrengungen aber heute für jede Veränderung der Lage notwendig sind, hat der Streik der Arbeiter des Maschinenbaukonzerns Alsthom Ende letzten Jahres bewiesen. 56 Tage hatten die 7000 Arbeiter des Betriebes in Belfort die Arbeit niedergelegt, um eine Angleichung an die zum Teil um 30% höheren Löhne ihrer Kollegen in Zweigwerken der Region Paris zu erreichen. Die Betriebsführung hat schließlich außer einer einmaligen Prämie und dem 13. Monatsgehalt die Anhebung des Mindestlohnes um 400 FF auf 2650 FF zugestehen müssen, mit einer erheblich schwächeren Anhebung der Facharbeiterlöhne andere Spaltungslinien jedoch aufrechterhalten können.

Obwohl die Arbeiter in den meisten Tarifkämpfen der letzten Jahre für einheitliche Lohnerhöhungen in Festgeld eingetreten sind und von den großen Gewerkschaften CGT und CFDT in diesem Kampf unterstützt wurden, ist das erhoffte vereinheitlichende Ergebnis nicht erreicht worden. Einzelne betriebliche Durchbrüche haben das Lohngefüge der Branchen nicht entscheidend verändern können, v.a. aber haben die insgesamt zu niedrigen Festgeldabschlüsse in der Hauptseite zu einem relativen Herabdrücken der Facharbeiterlohngruppen, Teile der Angestellten und Meister geführt. Vor allem die CFDT, die seit einigen Jahren verstärkt versucht, eine Strategie zu entwickeln, die die Aufspaltung der Arbeiterklasse ,,in solche, die ein festes Statut haben, und solche, die kein Statut haben" (Leiharbeiter, Zeitverträge, Teilzeitarbeiter, Ausländer) verhindert, muß erkennen, daß, ,,wenn es uns nicht gelingt, die gesamte Arbeiterklasse zu vereinen, der Kapitalismus seine Strategie der Umstrukturierung durchsetzen und seine Strategie der Erniedrigung verwirklichen kann". (aus unserem Interview mit einem Verantwortlichen der CFDT Paris am 23.5., s. KVZ 23/80)

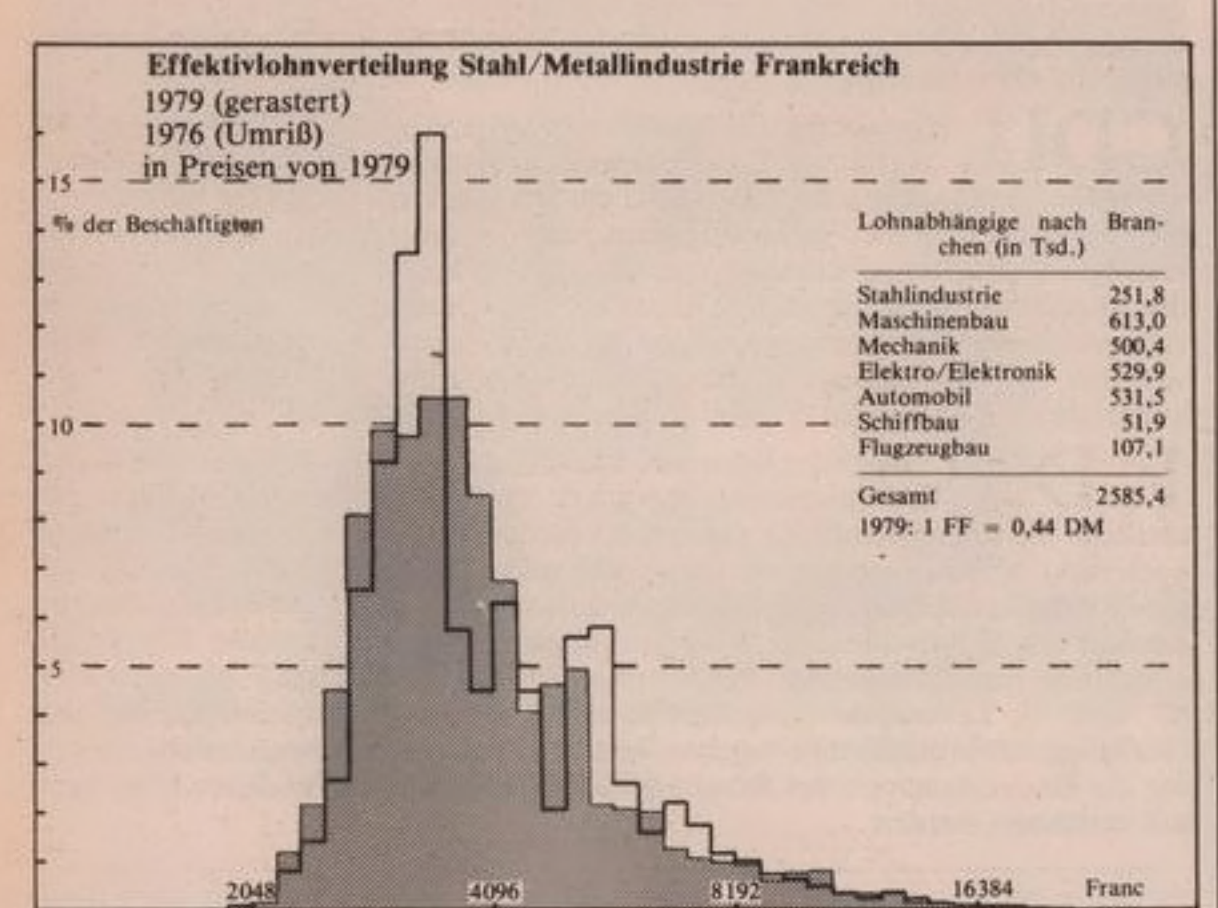
Das entscheidende Hindernis für Erfolge in diesem Kampf ist bis heute die starke Spaltung der französischen Gewerkschaftsbewegung in vier Gewerkschaftsbünde und eine Lehrergewerkschaft und der zum Teil direkt daraus resultierende niedrige Organisationsgrad. Unter fünf Millionen der französischen Lohnabhängigen, etwa 26% (genaue Statistiken liegen nicht vor) sind gewerkschaftlich organisiert. Knapp zwei Millionen davon in der stark von Kadern der revisionistischen PCF geführten CGT, 1,1 Mio. in der CFDT, die mehrheitlich ein von Theoretikern der Sozialistischen Partei entworfenes Konzept von ,,Arbeiterselbstverwaltung" vertritt; ca. 700000 in der rechtssozialdemokratischen FO. Den bürgerlichen Führern der PC und der Sozialistischen Partei ist es in den Kämpfen des letzten Jahrzehnts immer wieder gelungen, die sich unter dem Druck der Arbeiter entwickelnden Aktionseinheiten, v.a. von CGT und CFDT, zu schwächen. Die Revisionisten versuchen seit Anfang des Jahres verstärkt, die Aktionseinheit, die sich auf relativ präzise benannten Forderungen (s. Dokument) und vor allem in der massiven Streikbewegung gegen die Kostendämpfungspolitik der Regierung Barre entfaltet hat, auf die Unterstützung der Politik der Sozialimperialisten und die Präsidentschaftswahlkampagne der PC zu zwingen. So setzen sie heute in gewissem Maße die Politik der französischen Sozialisten und Sozialdemokraten fort, die 1920 die Einheitsgewerkschaft CGT spalteten, als diese sich auf ein Programm des Kampfes gegen das Lohnsystem und für den Sozialismus verpflichtet hatte, die bei Kriegsausbruch 1939 alle Kommunisten aus der drei Jahre zuvor wiedervereinigten CGT ausschlossen und 1947, in die Minderheit geraten, die Spaltergewerkschaft FO gründeten. Die Folge ist ein Sinken der Gewerkschaftsmitgliedschaft seit 1976. Heute ist der Stand von 1947 unterschritten. Gleichzeitig entwickelt sich jedoch in CGT, CFDT und, in geringerem Maß, in der FO eine Strömung, die erkennt, daß die französische Gewerkschaftsbewegung nur vereint ihre Aufgaben erfüllen kann. Sie hat in den jüngsten Kämpfen gegen die Kostendämpfungspolitik und für die Rechte der ausländischen Arbeiter ihren Einfluß verstärken können.

Grundlegend bleibt dabei die Einheit im Lohnkampf. Der Vertreter der CFDT erklärte uns in dem oben zitierten Interview dazu: ,,Es wird notwendig sein, daß wir uns auf klare, präzise Forderungen konzentrieren, die die Gesamtheit der Arbeiter in Bewegung setzen können ... Unser Ziel ist v.a. die Reduzierung der Arbeitszeit und Lohnerhöhungen, die die Ungleichheiten reduzieren." Ende Juni haben CFDT und CGT mit dieser Stoßrichtung eine Aktionswoche durchgeführt.

wortlichen der CFDT Paris am 23.5., s. KVZ 23/80)

Das entscheidende Hindernis für Erfolge in diesem Kampf ist bis heute die starke Spaltung der französischen Gewerkschaftsbewegung in vier Gewerkschaftsbünde und eine Lehrergewerkschaft und der zum Teil direkt daraus resultierende niedrige Organisationsgrad. Unter fünf Millionen der französischen Lohnabhängigen, etwa 26% (genaue Statistiken liegen nicht vor) sind gewerkschaftlich organisiert.

Grundlegend bleibt dabei die Einheit im Lohnkampf. Der Vertreter der CFDT erklärte uns in dem oben zitierten Interview dazu: ,,Es wird notwendig sein, daß wir uns auf klare, präzise Forderungen konzentrieren, die die Gesamtheit der Arbeiter in Bewegung setzen können ... Unser Ziel ist v.a. die Reduzierung der Arbeitszeit und Lohnerhöhungen, die die Ungleichheiten reduzieren." Ende Juni haben CFDT und CGT mit dieser Stoßrichtung eine Aktionswoche durchgeführt.



voran. 1876 sind 40000 Arbeiter Mitglieder. Im gleichen Jahr noch findet der erste nationale Arbeiterkongreß statt. Auf dem zweiten Kongreß im Jahre *1879* beschließen die Delegierten, mehrheitlich aus den Gewerkschaftskammern, die Gründung der Arbeiterpartei. Der Kampf gegen das Privateigentum und gegen die Lohnarbeit wird als Hauptziel benannt. Gleichwohl setzt sich die Auffassung durch, daß den Gewerkschaften im Kamf um die politische Macht nur untergeordnete Bedeutung zukomme, eine nationale Gewerkschaftsorganisation wird abgelehnt.

Während die Partei jedoch bald in sozialutopistische, anarchistische und reformistische Fraktionen zerfällt, macht die Krise von 1882–1887 die einheitliche gewerkschaftliche Organisation nötiger denn je. Die Kapitalisten gehen zu Lohnsenkungen auf breiter Front über und führen den Akkord ein. Nach heftigen Debatten über die nationale Organisation und das Prinzip der Industriegewerkschaft gründet eine Minderheit der 400000 Gewerkschaftsmitglieder *1895* die CGT nach dem Prinzip der Industriegewerkschaften. Schon einige Jahre zuvor hat die Bourgeoisie die Gewerkschaften legalisieren müssen. Die CGT erklärt sich unabhängig von allen politischen Parteien und entwickelt Anfang des 20. Jahrhunderts die Theorie der ,,direkten Aktion", d.h. Ablehnung jeder Zusammenarbeit mit Kapitalisten und Staat, sowie führende Rolle der Gewerkschaft im Kampf der Arbeiterklasse.

In großen Streikbewegungen für den Achtstundentag *1905/06* erkämpfen die Arbeiter mit der CGT die Sonntagsruhe. Die CGT wird zur national führenden und einzig bedeutenden Gewerkschaft. Ihre Mitgliedschaft steigt bis zum ersten Weltkrieg auf über 500000. Gleichzeitig entwickelt sich in der Organisation eine heftige Debatte über den Krieg. 1908 verabschiedet der Gewerkschaftskongreß mit knapper Mehrheit eine Resolution, die den ,,revolutionären Generalstreik" im Falle eines Krieges befürwortet. Die Führung unter Generalsekretär Jouhaux tut jedoch nichts zu ihrer Verwirklichung. Als Deutschland am 3. August 1914 den Krieg erklärt, ruft sie zur Verteidigung des Vaterlandes auf und trägt entscheidend zur Entwaffnung der Volksmassen bei. Die Grundlage für die Spaltung der CGT nach dem Krieg ist gelegt.

Auf der Linie der PCF ist keine Gewerkschaftseinheit möglich

z.pel.Paris. Die Conféderation Générale de Travail (CGT) ist die mit Abstand größte der französischen Gewerkschaften. Sie ist die einzige Gewerkschaft, die wirklich im Industrieproletariat, und dort in den Kernbereichen, verankert ist. Ihr Kaderstamm enthält noch eine Reihe von Gewerkschaftern, die in vorderster Front des Kampfes gegen den Faschismus und die Besatzung Frankreichs gestanden haben. ⅔ der Mitglieder des nationalen Leitungsgremiums, das sich aus Vertretern der einzelnen Industriegewerkschaften und der regionalen branchenübergreifenden Einheiten zusammensetzt, sind Mitglieder der revisionistischen PCF. Generalsekretär Seguy ist Mitglied des ZK der PCF.

Ende Mai hat das Nationale Büro der CGT ein Dokument verabschiedet, das die Politik der Gewerkschaft in den nächsten Monaten leiten soll. Dabei nimmt die Frage der Einheit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung breiten Raum ein. Unter anderem wird ausgeführt: ,,Es ist uns unmöglich, das Problem der Einheit in *unserem Land* unabhängig von der *internationalen Lage* zu behandeln ... Die internationale Lage ist grundlegend vom Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern, dem realen Sozialismus, den nationalen Befreiungsbewegungen und dem Imperialismus bestimmt. In den letzten Wochen hat dieser internationale Kampf Dimensionen ohne Vorbild in der Geschichte angenommen, deren Entwicklung vielleicht entscheidend für die gesamte Menschheit sein kann." Deshalb ,,müssen wir fest reagieren, wenn zum Beispiel unter dem Deckmantel der europäischen Sicherheit Raketen in der BRD stationiert werden, wenn Minister Bourges die Neutronenbombe preist. Wenn unter dem Deckmantel der Zusammenarbeit und unter Verachtung unserer nationalen Unabhängigkeit ganze Produktionssektoren zugunsten anderer Länder aufgegeben werden, wie es beim ‚französisch-deutschen Kampfpanzer' der Fall ist."

Tatsächlich enthält diese Passage nicht nur die zwei tragenden Elemente der Politik der PCF-Fraktion in der CGT, die Unterstützung des Sozialimperialismus und den Chauvinismus, zum ersten Mal verteidigt er diese Politik auch offen und sucht sie allgemein abzustützen. Denn was ist es anderes als Unterstützung des Sozialimperialismus, wenn der ,,reale Sozialismus" als Bündnispartner von Arbeiterklasse und unterdrückten Völkern bestimmt wird, wenn die sowjetische Aggression gegen Afghanistan mit Schweigen übergangen wird und die konkreten Forderungen die Kriegsvorbereitungen von ihrer Seite aussparen? Implizit ist dies auch die offizielle Absegnung eines kurz zuvor im CGT-Organ abgedruckten ,,Reiseberichts", der die Regierung des Demokratischen Kampuchea als ,,völkermörderisch" und ,,gewerkschaftsfeindlich" angreift und die Volksrepublik China zum ,,Fortsetzer der imperialistischen Aggressionen gegen die Völker Südostasiens" macht. Dies ist die offizielle Korrektur des 1978 beschlossenen Aktionsprogrammes, das die Politik der CGT auf die Unterstützung der kämpfenden Völker lenkt und die Auflösung aller Militärblöcke und Vernichtung aller Kernwaffen fordert. Entscheidend aber ist vor allem, daß diese Unterstützung des Sozialimperialismus ,,zum Problem der Einheit in unserem Land" gemacht wird. Damit ist die Aktionseinheit mit anderen Gewerkschaften faktisch unmöglich und wird die Spaltung der französischen Gewerkschaftsbewegung verschärft. Georges Seguy wies in seinem Redebeitrag zu diesem Bericht darauf hin, daß er notwendig gewesen sei ,,aufgrund gewissen Unverständnisses, von Zeichen der Verwirrung in unseren Reihen und unter den Arbeitern über die wahren Gründe der Schwierigkeiten bei der Einheit." Ein dezenter Hinweis auf die schweren Auseinandersetzungen in der CGT über die immer offenere Spaltungspolitik der PCF.

Begeisterung ruft es ebenfalls nicht hervor, wenn die Politik der verschärften Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Konzentration des Kapitals als ,,nationaler Ausverkauf" bekämpft werden soll, anstatt den Kampf für Arbeiterschutzforderungen zu organisieren. Bei Renault Billancourt hat die PCF jetzt gegen Rationalisierungen einen Plan vorgelegt, der die Produktion ,,eines neuen ökonomischen Modelles für den inneren Markt und den Markt der Dritten Welt mit Hilfe von automatisierter und robotosierter Montage" vorsieht, der die Arbeiter auffordert, Verbesserungsvorschläge zu entwickeln und unter weiteren Maßnahmen die ,,Produktion von bisher im Ausland gefertigten Werkzeugmaschinen" empfiehlt. Dies unter dem Schlagwort der ,,weiteren Nationalisierung, die der Sicherung der nationalen Unabhängigkeit dient und an die Wurzeln der wirtschaftlichen Herrschaft der Großbourgeoisie geht". Daß es vielleicht eher darum geht, sich selbst als Herrschaftsträger des französischen Imperialismus für eine Bündnispolitik mit den Sozialimperialisten zu empfehlen, mögen sich einige Mitglieder der CGT denken. Auch, was denn die Grundlage des Reformismusvorwurfes gegenüber der CFDT sei: Eine Ausbreitung des ,,Unverständnisses" kann der Gewerkschaftseinheit nur nützen.

Krieg dem Krieg! Stellungnahmen der Gewerkschaftsbewegung gegen den Krieg 1908 – 1978

z.inl. Die französische Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften haben eine revolutionäre Tradition im Kampf gegen den imperialistischen Krieg. 1908 beschloß der Marseiller Gewerkschaftskongreß der CGT die Mobilisierung der Arbeiter unter der Losung ,,Krieg dem Krieg". Der Aufruf ging davon aus, daß die kapitalistische Konkurrenz den Krieg hervortreibt und es

schistische Besatzung löst die Gewerkschaften auf, viele ihrer Mitglieder kämpfen in der Résistance.

Ist die französische Arbeiterklasse heute besser gerüstet, den drohenden dritten imperialistischen Weltkrieg durch Vorbereitung der Revolution zu bekämpfen? Die PCF hat sich aus einer revolutionären Vorhut in ein revi-

und versucht unter Hinweis auf die Oktoberrevolution, die Arbeiterklasse an die Seite des Sozialimperialismus zu treiben. ,,Die CGT hält eine Politik der nationalen Verteidigung, die den wirklichen Interessen Frankreichs entspricht, für notwendig. Diese Politik darf von einer wirklichen Politik des Friedens, der Abrüstung und der friedlichen Koexistenz in der Welt nicht getrennt sein." (Aktionsprogramm) Der Aufbau einer revolutionären Partei ist

Krieg dem Krieg! Stellungnahmen der Gewerkschaftsbewegung gegen den Krieg 1908 – 1978

z.inl. Die französische Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften haben eine revolutionäre Tradition im Kampf gegen den imperialistischen Krieg. 1908 beschloß der Marseiller Gewerkschaftskongreß der CGT die Mobilisierung der Arbeiter unter der Losung ,,Krieg dem Krieg". Der Aufruf ging davon aus, daß die kapitalistische Konkurrenz den Krieg hervortreibt und es

die Aufgabe der internationalen Arbeiterklasse ist, ihn zu bekämpfen. Im August 1914 aber, nach der Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich, erklärt der CGT-Generalsekretär Jouhaux den Kampf gegen den Aggressor zur Aufgabe. Die revolutionäre Minderheit in der CGT organisiert den Widerstand. Sie fordert einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen und organisiert ab dem Winter 1916 Streiks in den Munitionsfabriken und Meutereien der Soldaten.

Im Programm der Volksfront 1936 wird die Nationalisierung der Rüstungsindustrie gefordert. Wie sich diese reformistische Beschränkung im Kampf gegen den imperialistischen Krieg in der Propaganda der CGT niederschlägt, zeigt das abgedruckte Plakat. Das treibende Interesse an Höchstprofit wird jetzt eingeengt auf die Kriegslieferanten, die Einstellung der Waffenproduktion zum einzigen Mittel gegen den Krieg erklärt. Die fa-

schistische Besatzung löst die Gewerkschaften auf, viele ihrer Mitglieder kämpfen in der Résistance.

Ist die französische Arbeiterklasse heute besser gerüstet, den drohenden dritten imperialistischen Weltkrieg durch Vorbereitung der Revolution zu bekämpfen? Die PCF hat sich aus einer revolutionären Vorhut in ein revi-

sionistisches Bleigewicht verwandelt

Confédération Générale du Travail

GUERRE A LA GUERRE!

Dans les Balkans, LA GUERRE EST DÉCLARÉE!

A l'Opinion Publique!

Le Comité Confédéral.

und versucht unter Hinweis auf die Oktoberrevolution, die Arbeiterklasse an die Seite des Sozialimperialismus zu treiben. ,,Die CGT hält eine Politik der nationalen Verteidigung, die den wirklichen Interessen Frankreichs entspricht, für notwendig. Diese Politik darf von einer wirklichen Politik des Friedens, der Abrüstung und der friedlichen Koexistenz in der Welt nicht getrennt sein." (Aktionsprogramm) Der Aufbau einer revolutionären Partei ist

dringend.

CONFEDERATION GENERALE DU TRAVAIL

...TUEZ-VOUS...
vainqueurs et vaincus sont nos clients!

ELECTRIC-BOAT CREUSOT-SKODA

KRUPP

LA GUERRE

contre cela....... un seul moyen:
SUPPRESSION DE LA LIBERTÉ DE FABRICATION:
NATIONALISATION DES INDUSTRIES DE GUERRE.

2700 FF, 35 Stunden, gewerkschaftliche Rechte! Aktionseinheitsaufruf CGT/CFDT 17.9.1979

Es gibt heute nichts Dringenderes und Wichtigeres als die Aktion. Im Sommer 1979 hat sich die Lage der Arbeiter, Arbeiterinnen und ihrer Familien noch verschlechtert. Das beschleunigte Steigen der Verbraucherpreise und die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge haben für die Mehrheit der Lohnabhängigen zu einer Kaufkraftsenkung geführt, die für die mit Mindestlohn bezahlten Lohnabhängigen noch schwerwiegender ist. Zur gleichen Zeit verschärfen sich die Ungleichheiten, die Arbeitslosigkeit steigt regelmäßig auf neue Rekordhöhen, und die Unsicherheit des Arbeitsplatzes wächst. Diese Lage ist unannehmbar.

Die Entscheidungen von Regierung und Kapitalisten führen unser Land auf den Weg der wirtschaftlichen Schwächung und des sozialen Rückschritts ...

Unsere beiden Gewerkschaftsbünde haben schon gemeinsam die nötigen Entscheidungen getroffen, damit sich die Mobilisierung bezüglich der Sozialversicherung, der Rechte der ausländischen Arbeiter und für die Verbesserung der Gesetzgebung für das Recht auf Schwangerschaftsunterbrechung entwickelt. Sie bestätigen die beabsichtigten Initiativen und werden ihre Anstrengungen in dieser Richtung fortsetzen ...

CFDT und CGT sind überzeugt, daß die Steigerung der gewerkschaftlichen Schlagkraft erreicht wird durch dauernde Aktionen für die Gesamtheit der den Lohnabhängigen wichtigsten Forderungen, wie durch die klare Auswahl einiger begrenzter und besonders dringender Forderungen, die heute nicht durch Verhandlungen durchgesetzt werden können. Diese dringlichen Forderungen stellen die gemeinsamen Prioritäten aller Einzelgewerkschaften dar, welche sie in die Kämpfe für ihre besonderen Forderungen aufnehmen ...

CFDT und CGT beschließen, im Rahmen ihres Aktionseinheitsabkommens von 1974 eine Folge von Aktionen für die folgenden drei Ziele mit Beständigkeit und Entschlossenheit bis zu annehmbaren Ergebnissen zu entwickeln.

– die Erhöhung der Niedriglöhne und des Mindestlohnes, der schnellstmöglich auf 2700 FF angehoben werden soll. Dies hat Priorität im Kampf für die Erhaltung und differenzierte Erhöhung der Kaufkraft im Rahmen einer Reduzierung der Lohnhierarchie nach den jeweiligen Zielen jeder Branche,

– die Verringerung der Arbeitszeit in Richtung 35 Stunden zwecks Schaffung von Arbeitsplätzen und besseren Lebensbedingungen. Dies hat Priorität im Kampf für die Erhaltung der Arbeitsplätze und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen,

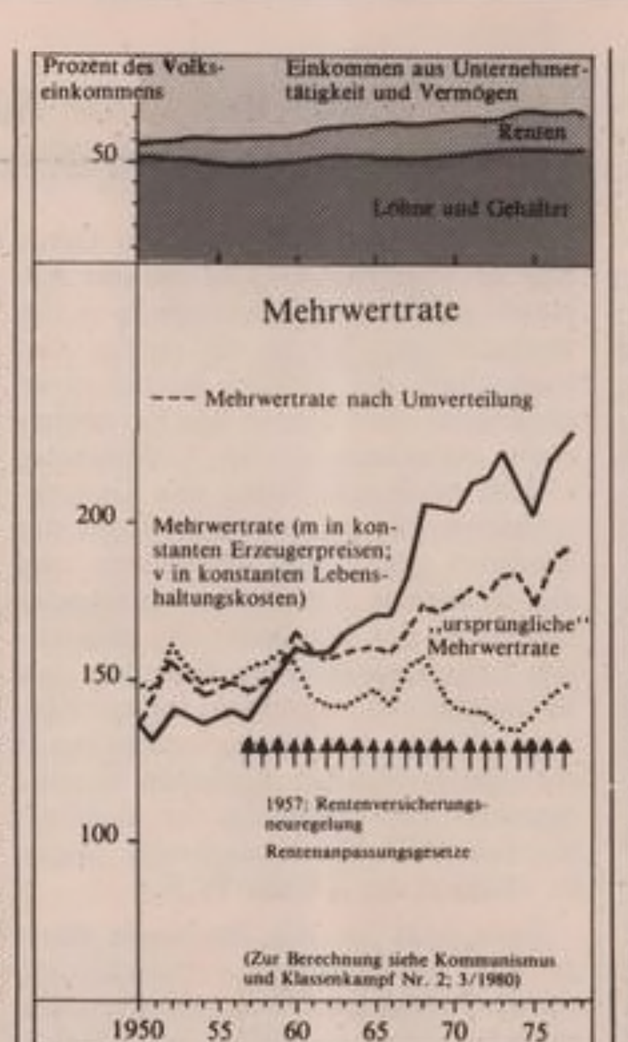
– das Recht der Arbeiter auf Meinungsäußerung und gewerkschaftliche Information ...

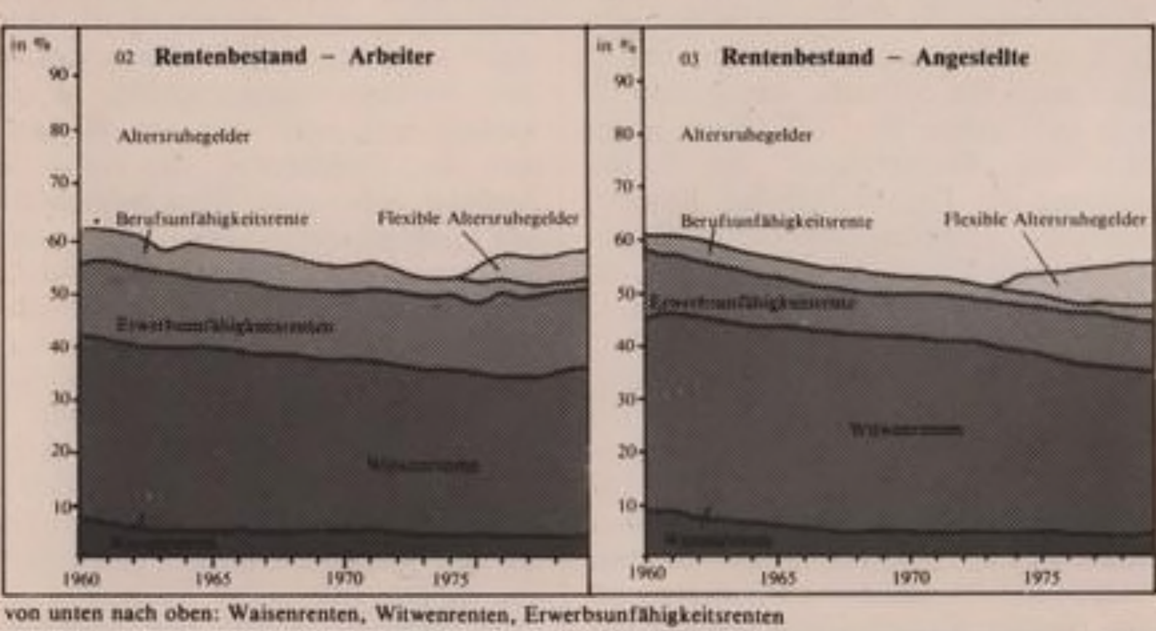
Die beiden Gewerkschaftsbünde rufen zu betrieblichen und branchenmäßigen Arbeitsniederlegungen im Laufe der nächsten Wochen auf.

Jetzt schon erklären sie, daß sie unter der Bedingung der Mobilisierung einer sehr großen Anzahl von Arbeitern eine nationale, branchenübergreifende Aktion großer Tragweite anstreben, um die drei festgesetzten Ziele durchzusetzen.

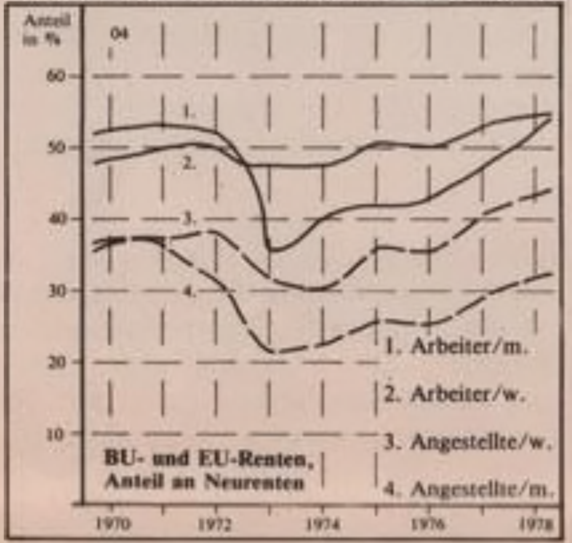
Die Kapitalisten sollen alle Versicherungen zahlen – Selbstverwaltung durch die Versicherten

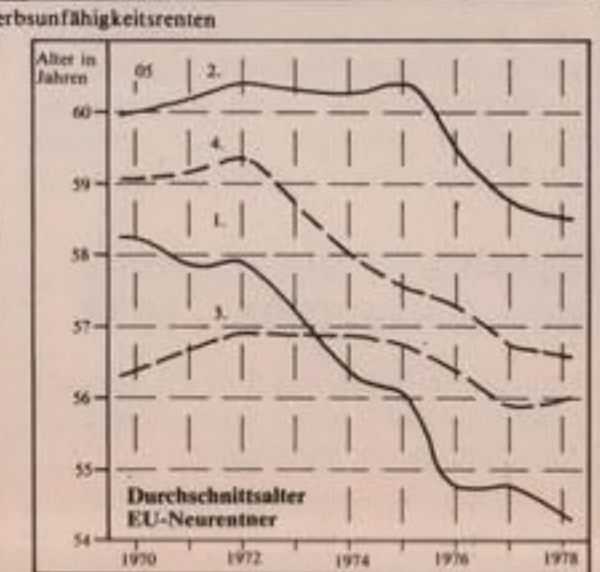
z.ped. Die Entwicklung der Bestandteile des Volkseinkommens nährt den Schein des Anwachsens von Rente und Lohn. Die Rente ist Teil des Werts der Arbeitskraft. Einen Teil des Arbeitstages reproduziert der Arbeiter diesen Wert, den der Kapitalist ihm zahlt. Den dafür überschüssigen Teil des Arbeitstages produziert er den Mehrwert, den die Kapitalisten sich aneignen. Laufend wächst der unbezahlte Teil des Arbeitstages. Insbesondere wächst die Mehrwertrate, indem der bürgerliche Staat Lohnbestandteile in der Form von Steuern und Versicherungsbeiträgen in Kapital rückverwandelt, während ein geringer Teil den Schein des Sozialstaates abgibt und den Lohnabhängigen zurückfließt. Das Saldo des sozialen Netzes ist positiv für die Kapitalisten. Verbucht man diese Ausplünderung zum Mehrwert, so erhält man dessen reale Rate, die deutlich über der ursprünglichen Mehrwertrate liegt. Jede Rentenreform war ein Schritt der Ausplünderung zwecks Hebung der realen Ausbeutungsrate. Wie umgekehrt dem Anstieg der Verrentungen eine brutale Zunahme des Verschleißes der Arbeitskraft in der kapitalistischen Produktion zugrunde liegt. Den Kapitalisten werden durch die Arbeiterbewegung Schranken gegen die Steigerung der Ausbeutung errichtet, wie der Wert der Arbeitskraft verteidigt wird. Dabei werden die Renten als ein Teil mit verteidigt. Entscheidend ist, daß dem Staat jeglicher Zugriff auf die Versicherungskassen genommen wird; daß die spalterische Beitragsmethode (Abzug vom Nettolohn) verändert wird – die Kapitalisten sollen sämtliche Kosten der Versicherungen zahlen, gerade weil diese ein Teil des Werts der Arbeitskraft sind, den sie zu zahlen haben.



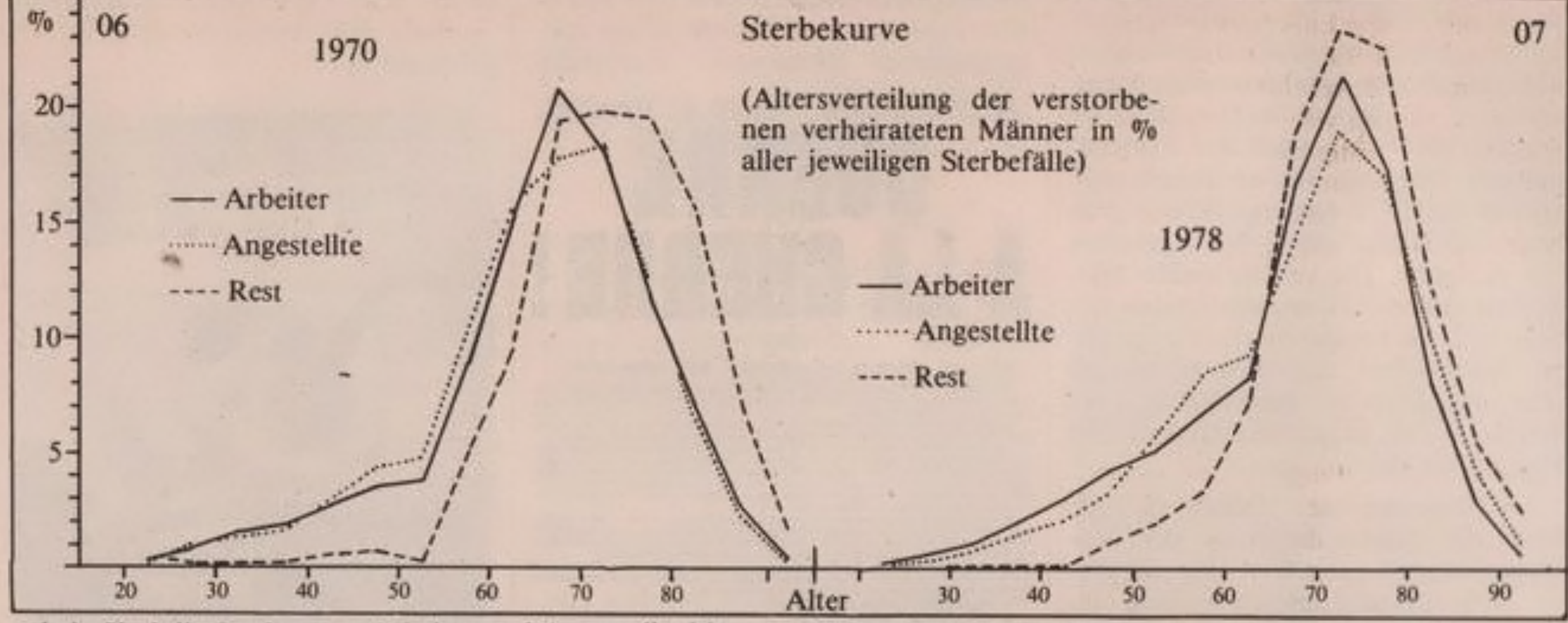


von unten nach oben: Waisenrenten, Witwenrenten, Erwerbsunfähigkeitsrenten





Zu den Schaubildern. § 247 Reichsversicherungsordnung: „Erwerbsunfähig ist ..., (wer) infolge von Krankheit ... Gebrechen ... Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte *auf nicht absehbare* Zeit eine Erwerbstätigkeit in *gewisser* Regelmäßigkeit nicht mehr ... ausüben kann." Die körperliche und geistige Verkrüppelung der lebendigen Arbeit durch die kapitalistische Produktion läßt sich in allen Rentenarten finden. Unbestritten gibt die bürgerliche Klasse sie indes nur in der Statistik der Erwerbsunfähigkeitsrente (EU) zu. 02, 03 zeigen den Anteil der Rentenarten am Gesamtrentenbestand: Der Anteil der EU-Renten bleibt gleich, der der Altersruhegelder (AR) steigt. 04 hingegen zeigt den Anteil der EU- und Berufsunfähigkeitsrenten an den jährlich bewilligten Neurenten. Bei den Arbeitern liegt er über 50%. Diese Masse zeigt sich nicht im Bestand, weil die einzelnen niedrigeren EU-Renten mit Erreichen der Altersgrenze zu AR-Renten werden. 05 zeigt das Durchschnittsalter der amtlich bestätigten EU-Rentenzugänge. Es sinkt für alle Teile des Arbeiterkörpers. Von 58,2 Jahre 1970 auf 54,4 Jahre 1978 bei den männlichen Arbeitern.



z.heb. Sind die Sterberaten Arbeiter und Angestellte bis zur Erreichung der „Altersgrenze" überproportional, so nehmen diese im untersuchten Zeitraum in den Altersklassen 40 – 55 (Arbeiter) bzw. 50 – 55 (Angestellte) weiter zu. Trübt aber wachsender Ausbeutung. – Quelle: Statistisches Bundesamt; Witwenrentenzugangsstatistik des VDR. Die Restkurve enthält sowohl Bourgeois wie Beamte, privat versicherte Angestellte, Selbständige, Bauern.

Erhöhung der Renten auf mindestens des Rentenalters auf 50 Jahre bei

z. std. Im Vordergrund der gegenwärtigen Rentendebatte stehen die Reform der Witwen- und Hinterbliebenenrente, der Rentenanspruch für die Hausfrau, die Rückkehr zur bruttolohnbezogenen Rente, die für 1981 vorgesehen ist und mit einem Beitrag der Rentner zu ihrer Krankenversicherung verbunden wird, sowie die Besteuerung der Renten. Dazu ist ein Verfahren beim Bundesverfassungsgericht anhängig, das die Gleichbehandlung der Pensionen, die besteuert werden, und der Renten verlangt. Es ist anzunehmen, daß das Ergebnis die Besteuerung der Renten sein wird.

Grundlage der Rentenpolitik der bürgerlichen Parteien ist der Generationenvertrag. Er besteht darin, daß die Erwerbstätigen die laufenden Renten aus ihren Beiträgen bezahlen und daß für Schwankungen eine Reserve angelegt wird. Wächst die Ausgabenlast, z.B. durch steigende Krankheitskosten, wie sie die Ausbeutung hervorruft, oder sinkt die Anzahl der Erwerbstätigen im Verhältnis zu den Rentnern, so müssen die Beiträge erhöht werden. Dies ist ständig ein Mittel der Spaltung der Lohnabhängigen, das so lange wirken kann, wie die Beiträge nicht von den Kapitalisten bezahlt werden. Solange die Kassen nicht selbstverwaltet werden, ist den Kapitalisten die Möglichkeit der Plünderung der Kassen gegeben.

Witwen und Frauen erhalten die niedrigsten Renten. Dies liegt einmal daran, daß die Kapitalisten die Arbeitskraft der Frau schlechter bezahlen und die rentenversicherte Frau wegen ihrer Tätigkeit in der Familie durch Hausarbeit und Kindererziehung nicht vergleichbar viel Versicherungsjahre nachweisen kann, wie der Mann, da bisher als anrechnungsfähig nur der Nachweis eigener Lohnarbeit gilt. Diese beiden Momente, die absolute Niedrigkeit der Rente der Frau und die Nichtanrechnungsfähigkeit der Hausfrauentätigkeit auf einen Rentenanspruch, sind die Grundlage, die in die Änderung der Hinterbliebenenrente hineinspielt. Die Reformkommission der Bundesregierung hat darauf mit der sogenannten Teilhaberente geantwortet. Darüber sind sich alle Parteien einig. Der Vorschlag der Bundesregierung und die Forderungen der bürgerlichen Parteien enthalten folgendes: Prinzipiell soll die Kindererziehung bei der Berechnung der Rente berücksichtigt werden. Dazu soll ab 1985 ein Rentenbeitrag für das erste Lebensjahr des Kindes bezahlt werden, für den der Beitrag aus Steuern aufgebracht werden soll. Diese Anerkennung von „Kindererziehungsjahren" soll im Laufe der Zeit ausgebaut werden.

Die Hinterbliebenenrente selbst soll so geregelt werden, daß die Ehepartner – wie nach geltendem Recht – in Lebzeiten ihre eigene Rente erhalten. Beim Tod eines Ehepartners wird der gemeinsame Rentenanspruch aufgeteilt und der Hinterbliebene erhält 70% des von beiden Eheleuten erworbenen Rentenanspruchs. Mindestens erhält er aber seine eigene Rente. Für die Frauen, die Rente aus eigener Arbeit bekommen, bedeutet diese Regelung in den meisten Fällen eine Verschlechterung.

Die Teilhaberente in der vorgeschlagenen Form wird von den bürgerlichen Parteien bevorzugt, um darüber einen stabilisierenden Druck auf die Familie zu erzeugen. Dieser Druck tritt am deutlichsten hervor, wenn die Regelung betrachtet wird, die im Fall der

SPD. Für gering verdienende Arbeitnehmer, die als Pflichtversicherte mindestens 25 Jahre Mitglied der Solidargemeinschaft waren, soll die Rentenberechnung für Zeiten voller Erwerbstätigkeit auf der Grundlage von mindestens 75% des Durchschnittsentgelts aller Versicherten erfolgen. Wir Sozialdemokraten wollen in der gesetzlichen Rentenversicherung eine Mindestrente einführen, die den notwendigen Lebensbedarf sicherstellt und damit die zusätzliche Inanspruchnahme der Sozialhilfe überflüssig macht. Für den Arbeitgeberbeitrag (soll) eine neue Bemessungsgrundlage eingeführt werden, die die Fi-
geberbeitrag (soll) eine neue Bemessungsgrundlage eingeführt werden, die die Fi-
nanzierung der sozialen Sicherung... vor allem am wirtschaftlichen Ertrag des Kapitaleinsatzes orientiert. Die Rentner können... im Rahmen der bruttolohnbezogenen Rentenerhöhung langfristig von ihrer Rente den halben Krankenversicherungsbeitrag selbst zahlen, während die andere Hälfte... von der Rentenversicherung als Solidarbeitrag auf Dauer übernommen würde.

CDU. Wir werden die bruttolohnbezogene, dynamische Rente wieder einführen. Das Festhalten an der bruttolohnbezogenen Rente, deren Einführung durch die CDU/CSU ein Jahrhundertwerk echter Reformpolitik war, ermöglicht die Einführung eines nach den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit gestaffelten Krankenversicherungsbeitrages der Rentner. Wir werden die Altersversorgung der Mütter durch die Anrechnung von Erziehungszeiten verbessern. Die Bemessungsgrundlage für die Anrechnung der Erziehungsjahre soll sich am entsprechenden Durchschnittseinkommen orientieren. Als Erziehungsjahre sollen künftig 5 Jahre je Kind anerkannt werden.

F.D.P. Jährliche Rentenerhöhungen nach der bis 1977 automatischen Bruttoanpassungspraxis könnten längerfristig nur über zusätzliche Beitragserhöhungen finanziert werden, wenn die Steuerzahler nicht noch mehr in Anspruch genommen werden sollen... Die F.D.P. lehnt eine stärkere Rentenbesteuerung und eine Kürzung der Renten ab... Deshalb fordert sie: Ausbau der Wahlfreiheit durch weitere Herabsetzung der flexiblen Altersrente und durch Einführung einer Teilzeitrente für Arbeitnehmer, die zwischen dem 60. und 70. Lebensjahr Teilzeitarbeit ausführen. Die Renten sollen auf der Grundlage der bruttolohnbezogenen Rentenformel in demselben Umfang steigen wie die Realeinkommen der Arbeitnehmer. Die Sozialhilfe für ältere Mitbürger soll verbessert werden...

Beitrag und Leistung der Rentenversicherung für die ausländischen Arbeiter und Angestellten

z.löh. Knapp 1,9 Mio. ausländische Arbeiter und Angestellte waren 1979 beitragszahlend in der Rentenversicherung. Wie hoch diese Beitragsleistungen insgesamt sind, läßt sich bloß grob schätzen, da sie in den Veröffentlichungen der Rentenversicherung nicht extra ausgewiesen sind. Geht man vom Durchschnittslohn 1979 mit 2037 DM aus und rechnet davon den Beitragssatz 18% (9 Prozent die vom Bruttolohn abgehen und 9 Prozent, die die Kapitalisten zahlen), so sind das monatlich 366,66 DM. In der Praxis werden die Beiträge der ausländischen Arbeiter etwas niedriger liegen, weil ihre Löhne und Gehälter in der Regel niedriger sind. Als Gesamtbeitragsleistung aller ausländischen Arbeiter ergeben sich dann monatlich 696 Mio. DM oder jährlich 8,4 Mrd. DM. Das ist ein Anteil von 8,4% an allen jährlichen Rentenbeiträgen 1979.

Gegenüber diesen Beitragszahlungen sind die Versicherungsleistungen für ausländische Arbeiter gering. Die Masse aller Beiträge werden in der Rentenversicherung einbehalten und bekommen sie nicht als Rente zurück. Die Mehrzahl der Arbeiter, knapp 80%, sind in einem Alter zwischen 20 und 44 Jahre. Ganz wenige sind es, die im Rentenalter noch in Westdeutschland sind. Durchschnittlich bleiben sie vier Jahre. Gesetzlich gilt aber, daß erst nach fünf Jahren ein Anspruch auf Rentenzahlung existiert. Zwar ist es ebenfalls Gesetz, daß ein ausländischer Arbeiter „sich nach Ablauf von zwei Jahren seine Beiträge zur Rentenversicherung zurückzahlen lassen" kann, damit bekommen aber diejenigen, die weniger als zwei Jahre Beiträge gezahlt halben, keinen Pfennig zurück und außerdem existiert noch die gesetzliche Bestimmung, daß die „Leistungspflicht (die Rentenzahlung, d.Red.) grundsätzlich nur im Inland" besteht. Nur dort, wo sogenannte zwischenstaatliche Sozialversicherungsabkommen existieren, besteht ein Rentenanspruch auch im Ausland. Solche Abkommen gibt es u.a. mit den folgenden Ländern: Italien, Spanien, Jugoslawien, Tunesien, Portugal, Griechenland und die Türkei. In der Praxis ist es so, daß es für die zurückgekehrten Arbeiter, von ihrem Heimatland aus, bei der komplizierten Rentenregelung kaum möglich ist, ihren Anspruch auf Rente durchzusetzen. Die Rentenversicherungen selbst geben davon aus, daß es ohne „geeigneten Berater" kaum möglich ist. Einen großen Teil der Beitragsgelder der ausländischen Arbeiter in den Rentenversicherungen bekommen diese also nie in Form von Beitrag oder Rente zurück. Und es werden große Geldsummen durch die Aufhäufung im Laufe der Jahre sein, die die Rentenversicherungen einbehalten.

Der DGB fordert deswegen u.a. in seinem Wahlprüfstein 11: „Die von ausländischen Arbeitnehmern und ihren Angehörigen in der Bundesrepublik Deutschland erworbenen Rentenansprüche sind durch internationale Vereinbarungen zu sichern." Es ist richtig, davon auszugehen, daß dies für alle Arbeiter gelten muß, unabhängig, aus welchem Land sie kommen. Weiter muß die Aufhebung der Zweijahresfrist für die Rückzahlung der Beiträge verlangt werden, so daß die Rückzahlung erfolgen muß, unabhängig von dem Zeitraum, in dem diese Beiträge gezahlt wurden. Bei Rückzahlung wird bisher bloß der Anteil gezahlt, der vom Bruttolohn abgegangen ist. Da auch die Zahlungen der Kapitalisten in Wirklichkeit nichts anderes sind als Bestandteile des Lohns der Arbeiter, muß dieser Teil ebenfalls zurückbezahlt werden. Dies muß für alle Versicherten gelten.

Äußerste Einschränkung der Reproduktion

z.wom. Für Millionen Rentner sind über ihre niedrigen Bezüge die grundlegenden Bedingungen ihrer Reproduktion nicht gesichert und ist eine Verkürzung ihrer Lebenszeit wahrscheinlich. Die Ausgaben der Haushalte mit Niedrigrenten für die Grundbedürfnisse der Lebenshaltung haben einen überproportionalen Anteil an den Gesamtausgaben. Dennoch ist das Essensgeld so niedrig, daß es für eine den Erfordernissen des Alters angemessene Ernährung keinesfalls reicht. Was übrig bleibt für Gesundheitsvorsorge oder für persönliche Dinge, ist schäbig wenig. Das Elend des Rentnerdaseins, abgeschnitten von allen Bildungs- und Unterhaltungsmöglichkeiten, sticht daraus hervor. Die erwerbstätigen Kinder von Rentnern in solchen Lebensumständen müssen aushelfen, was die CDU/CSU zynisch als Stärkung der Familie feiert.

Nur 65% der Haushalte der über 65jährigen besaßen 1978 ein Telefon, wodurch die Isolation des Rentendaseins gemildert werden kann. In 81% der Haushalte war ein Fernseher vorhanden und nur in 67% der Haushalte eine Waschmaschine. In den Haushalten von Rentenbeziehern sind solche Geräte noch weniger vorhanden. Das weist daraufhin, daß mit der Verrentung für viele Arbeiter und Angestellte eine deutliche Verengung der Reproduktion eintritt.

Privater Verbrauch der Rentnerhaushalte 1977 (in DM monatl. u. in % der Gesamtausg.):

Einkommen	Nähr-Genußm.	Kleidung	Wohnung	Energie	Übrige Haush.f.	Verkehr	Gesundh. Bildung	persönl. Ausstattg.	Ersparnis
-750 DM	193 32,6%	44 7,4%	107 18,1%	46 7,8%	52 8,8%	37 6,3%	38 6,4%	34 5,7%	41 6,9%
2000-3000	565 23,5%	198 8,2%	324 13,4%	116 4,8%	230 9,6%	279 11,7%	262 11,0%	182 7,6%	250 10,5%

Bei den 1,24 Mio. Rentnerhaushalten mit einem Monatseinkommen unter 750 DM handelt es sich meistens um 1-Personen-Haushalte, bei den 1,28 Mio. Haushalten mit einem Einkommen zwischen 2000 und 3000 DM oft um 2-Personen-Haushalte. Die Unterschiede im Verbrauch würden auch bei Pro-Kopf-Berechnung erheblich bleiben. Quelle: DIW

stens 75% des Lohns. Herabsetzung Frauen, 55 Jahre bei Männern

Scheidung eintritt. Die Rentenkommission hat hier keinen detaillierten Vorschlag gemacht, sondern auf die bestehende Regelung verwiesen. Nach den 1977 verabschiedeten Regelungen für den ,,Versorgungsausgleich bei Ehescheidungen" erhalten beide Teile den gleichen Anteil der in der Ehe erworbenen Rentenansprüche. Sie hängen also von der Dauer der Ehe ab. Bei allen vor 1977 geschlossenen Ehen hat der Geschiedene nur dann einen Rentenanspruch aus der früheren Ehe, wenn er einen Versorgungsanspruch nachweisen kann. In der Mehrzahl der Fälle ist daher die Geschiedenenrente ausgesprochen gering; die meisten liegen gegenwärtig unter dem Sozialhilfesatz. Die familienkittende Wirkung der vorgesehenen Teilhaberente ist also unübersehbar. Sie ist abzulehnen. Stattdessen muß eine Rentenregelung für die Frau und Witwe, wie den Witwer, die Selbständigkeit beider Personen sicherstellen. Dies ist eine Entwicklung, die sich sowieso mit der wachsenden Erwerbstätigkeit der Frau durchsetzt. Dabei muß die Hausfrauentätigkeit für einen Rentenanspruch anerkannt werden.

Die Erwerbsquote verheirateter Frauen zwischen 15 und 65 Jahren liegt heute bereits bei knapp 45%. Dabei verändert sich die Erwerbstätigkeit der Frauen gerade in den letzten Jahren sehr stark. Insbesondere auch die verheiratete Frau ist heute länger in der Produktion tätig. Die Verteilung der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre zeigt, daß es kaum Frauen gibt, die weniger als 5 Jahre arbeiten. Diese Tatsachen drücken sich auch in dem Rentenanspruch aus. 1977 bezogen bereits 53% der Frauen über 65 Jahre eine eigene Rente gegenüber 86% bei den Männern. Bezieht man diese Zahlen nur auf die Frauen von Lohnabhängigen, so wird der Anteil der Rentenberechtigten Frauen noch höher sein. Vor allem wird sich dieser Anteil stark erweitern. Fast alle Frauen werden einen Rentenanspruch erwerben. Man erkennt dies schon daran, daß heute nur noch 8,4% aller Frauen in ihrem ganzen Leben niemals berufstätig waren. Wenigstens 5 Jahre Berufstätigkeit sollten also einen Rentenanspruch begründen, der ausreicht. Hausarbeit und Berufstätigkeit müßten dabei im Rentenanspruch gleichgestellt werden, d. h. als anrechnungsfähige Versicherungsjahre gelten. Die Hausarbeit ist ökonomisch erzwungen. Sie ist ein Mittel der Reproduktion. Wird also durch Hausarbeit ein Rentenanspruch erworben, so wird dieser Sachverhalt nur anerkannt. Die Teilhaberente der bürgerlichen Parteien garantiert gerade nicht einen selbständigen Rentenanspruch der Frau, sondern bindet ihn an den Mann. Ebenfalls bedeutet die Erziehungsrente keine Anerkennung der Hausarbeit als Berufstätigkeit, sondern soll das Kinderkriegen fördern. Um das zu begründen, weitet die SPD den Generationenvertrag bereits auf die nachwachsende Generation aus: ,,Denn die Familien mit Kindern... schaffen die Voraussetzungen für die Erfüllung der Rentenansprüche" der heute Erwerbstätigen.

Der selbständige Rentenanspruch der Frau und Witwe kann erreicht werden, nur indem die Berufstätigkeit und Hausarbeit sie begründet. Garantiert eine fünfjährige Berufstätigkeit bereits einen Rentenanspruch von 75% des Nettolohns, wird vermutlich eine erhebliche Verbesserung für die Frau erreicht. Eine Mindestrente würde die bestehende Notlage noch weiter einschränken.

,,Der **DGB Bundeskongreß (1977)** wiederholt: 1. Die Altersrente hat nach einem erfüllten Arbeitsleben 75 Prozent des Arbeitsverdienstes zu betragen. 2. Die Altersrenten sind jährlich automatisch der Bruttolohn- und Gehaltsentwicklung anzupassen. 3. Die Altersgrenze ist auf 60 Jahre herabzusetzen; es soll zunächst die Möglichkeit geschaffen werden, von dieser Altersgrenze ab bis zum vollendeten 65. Lebensjahr zwischen Beschäftigung und Altersgrenze frei wählen zu können. Ab dem 65. Lebensjahr ist jedoch Altersruhegeld ohne Rücksicht darauf zu gewähren, ob eine Beschäftigung ausgeübt wird oder nicht."

Sozialpolitisches Programm des DGB: ,,Nach einem erfüllten Arbeitsleben soll die Aufrechterhaltung des bisherigen erreichten Lebensstandards ermöglicht werden. Dies erfordert ein Alterseinkommen, das nicht unterhalb von 90% des Nettoeinkommens eines vergleichbaren Erwerbstätigen liegt."

12. Gewerkschaftstag der IG Leder 1980: ,,Den Bestrebungen nach Einführung einer Nettolohnanpassung bzw. einer Bruttolohn-

12. Gewerkschaftstag der IG Leder 1980: ,,Den Bestrebungen nach Einführung einer Nettolohnanpassung bzw. einer Bruttolohnanpassung mit Abschlägen, wird eine Absage erteilt. Der Aufstockung des Rentenversicherungsbeitrages durch die Arbeitgeber als Ausgleich für nicht vorhandene betriebliche Altersversorgungseinrichtungen kommt besondere Bedeutung zu. Ebenso notwendig sind weitere Schritte zur Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze auf das 60. Lebensjahr, sowie eine Reform des Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrentenrechts, welche den krankheitsbedingten Einkommensausfall ausgleicht. Der Bundeszuschuß zur Rentenversicherung muß angehoben werden. Seine Steigerung soll in Zukunft mit dem Wachstum der Rentenausgaben gekoppelt werden."

IG Metall Vertreterkonferenz Bochum; Antrag an den Gewerkschaftstag 1980: ,,Der Vorstand wird aufgefordert, auf den Gesetzgeber einzuwirken, das Rentenalter auf 60 Jahre und für Schichtarbeiter und Schwerbehinderte auf 55 Jahre zu verkürzen. Die hierfür erforderlichen Mittel sind vom Unternehmer aufzubringen. Der Vorstand wird beauftragt, bei künftigen Tarifverhandlungen darauf hinzuwirken, daß Schichtarbeit, die aus rein betriebswirtschaftlichen Gründen angeordnet wird, unzulässig ist. Aus arbeitsmedizinischen und humanitären Gründen kann Schichtarbeit nur angeordnet werden in äußerst dringenden Fällen. Beim Gesetzgeber ist Einfluß zu nehmen, entsprechende gesetzliche Grundlagen zu schaffen."



z.güv. Federzeichnung in einem Altenheim. – Kunstgruppe Hamburg der Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten.

Rentenformel in der Arbeiter- und Angestellten-Rentenversicherung

In der Arbeiter- und Angestellten-Rentenversicherung werden das Altersruhegeld und die Rente wegen Erwerbs unfähigkeit nach folgender Formel berechnet:

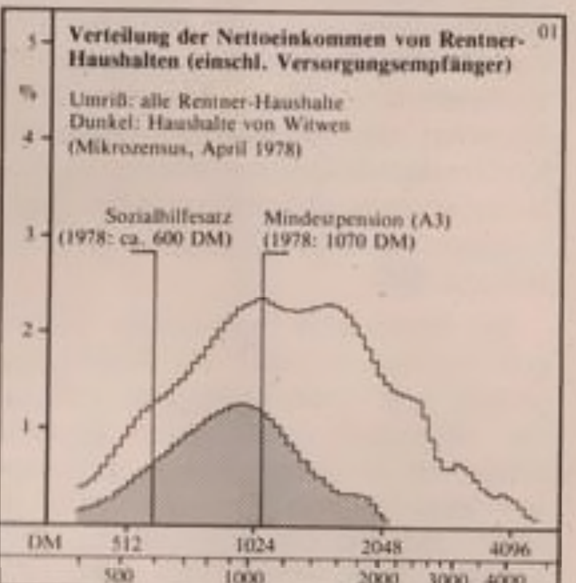
$$\text{Rente} = P \times D \times 0{,}015 \times J$$

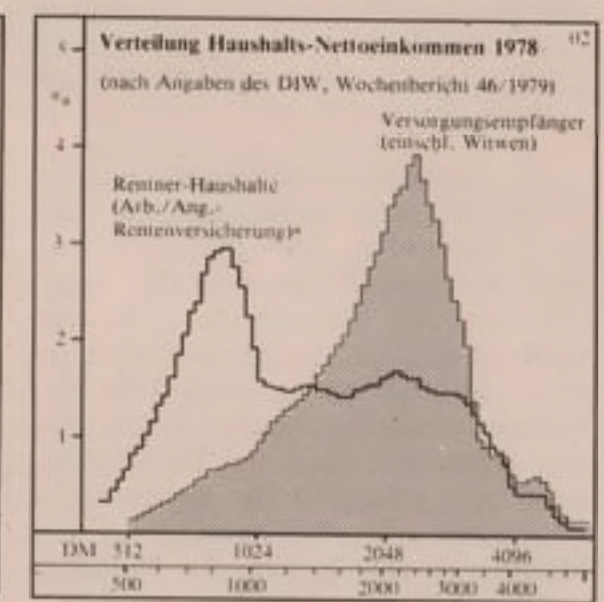
D ist die allgemeine Bemessungsgrundlage, das ist der durchschnittliche Bruttoverdienst aller rentenversicherten Arbeiter und Angestellten in den jeweils drei vergangenen Jahren. P ist das Verhältnis, in dem der persönliche Lohn im Durchschnitt aller Versicherungsjahre zum allgemeinen Durchschnittslohn gestanden hat. $P \times D$ heißt demzufolge die persönliche Bemessungsgrundlage. J ist die Zahl der Versicherungsjahre, die angerechnet werden. $0{,}015 \times J$ bestimmt also den Prozentsatz der Rente zur persönlichen Bemessungsgrundlage entsprechend den anerkannten Versicherungsjahren. Bei 50 Jahren erhält man 75% der persönlichen Bemessungsgrundlage als Rente, bei 20 Jahren nur 30%.

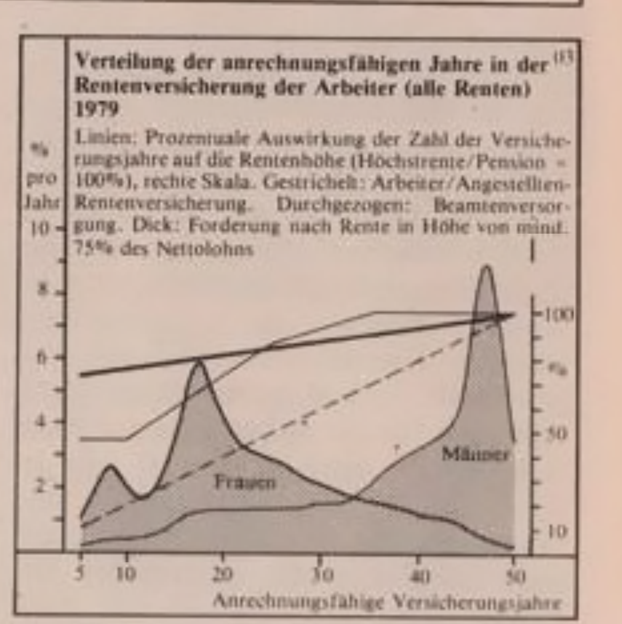
Berechnung von Ruhegehalt in der Beamtenversorgung

Ruhegehalt (Pension): ,,Das Ruhegehalt beträgt bis zur Vollendung einer 10jährigen ruhegehaltsfähigen Dienstzeit 35% und steigt mit jedem weiteren Dienstjahr bis zum vollendeten 25. Dienstjahr um 2%, von da ab um 1% der ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge bis zum Höchstsatz von 75%." ,,Ruhegehaltsfähige Dienstbezüge sind 1. das Grundgehalt, das dem Beamten nach dem Besoldungsrecht zuletzt zugestanden hat,..., 2. der Ortszuschlag bis zur Stufe II, 3. sonstige Dienstbezüge, die im Besoldungsrecht als ruhegehaltsfähig bezeichnet sind." (Beamtenversorgungsgesetz) Die Witwe erhält, von Sonderregelungen abgesehen, 60% der Pension ihres verstorbenen Mannes.

Mindestregelung: ,,Mindestens werden 65% der jeweils ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe A 3 gewährt. Die Mindestversorgung erhöht sich um 35 DM für den Ruhestandsbeamten und die Witwe." (Beamtenversorgungsgesetz)







Die Absicherung der Versicherungsjahre ist wichtig zur Anhebung der niedrigen Renten

z.jöd. Die Renten sind niedrig. Bei den Männern lagen 1979 44% der Renten unter 1000 DM, bei den Frauen 99%. Ein Vergleich mit dem Sozialhilfesatz, der 1979 bei etwa 600 DM lag, verhärtet diese Situation. Viele Rentenbezieher liegen darunter, bei der Arbeiterrentenversicherung (1979):

- 52% der Berufsunfähigkeitsrenten bei den Männern,
- 17,4% der Erwerbsunfähigkeitsrenten bei den Männern,
- 98,6% der Berufsunfähigkeitsrenten bei den Frauen,
- 80,2% der Erwerbsunfähigkeitsrenten bei den Frauen.

Auch wenn viele Rentnerhaushalte noch zusätzliche Einkommen haben – in Form von Ersparnissen, Mieteinnahmen und Zuverdienst durch Lohnarbeit –, liegen viele Rentenhaushalte unter dem Existenzminimum (Schau-
bild 1). Wie erklärt sich diese Spaltung arbeit –, liegen viele Rentnerhaushalte unter dem Existenzminimum (Schau-
bild 1). Wie erklärt sich diese Spaltung der Einkommen bei den Rentnerhaushalten?

– Die ökonomische Lage der Witwen ist ein Grund, warum viele Renten äußerst niedrig liegen.

– Die Rentenformel ermöglicht viele niedrige Renten. Denn neben der Lohnhöhe werden auch die Einzahlungsjahre mit eingerechnet, die bei Arbeitern und vor allem bei Frauen wirken, die nicht ihr ganzes Leben erwerbstätig waren, z.B. wegen Führung des Haushaltes. Zum Beispiel: 29% der Frauenrenten liegen deshalb 1979 unter 200 DM.

Vom Öffentlichen Dienst wissen wir, daß die Pensionen der Beamten deutlich höher liegen als die Renten (s. Schaubild 2) und daß es einen Mindestpensionsbetrag gibt. (Beamtenversorgungsgesetz, §14). Netto liegt er heute bei 1160 DM. Da die Beamten sich in einem entrechteten Dienstverhältnis befinden und andere Bedingungen vorliegen, sind Vergleiche zwar möglich, aber nicht einfach übertragbar. Im weiteren wollen wir die Bestimmungen der Beamtenversorgung (Pensionen) mit der Rentenformel in der Arbeiter- und Angestelltenrentenversicherung vergleichen.

1. Für alle Rentenbezieher ist die *allgemeine Bemessungsgrundlage* gleichwirkend. Sie wird durch den Durchschnitt aller Löhne und Gehälter in den jeweils vergangenen drei Jahren gebildet. Die Steigerung der Renten soll der Entwicklung der allgemeinen Bemessungsgrundlage folgen (Bruttolohnbezogenheit der Rente). Zur Zeit ist dies aber von der Bundesregierung außer Kraft gesetzt. Anstelle der tatsächlichen Steigerungsraten der Löhne und Gehälter wurde die Erhöhung der Renten auf 4% festgeschrieben. Dadurch wurde die Bruttolohnbezogenheit der Renten abgeschafft. Bei den Beamten ist die Regelung anders. Dort bemißt sich die Pension an den Bezügen, die der Beamte *zuletzt* erreicht hat. Und jede Gehaltserhöhung für die Beamten führt unmittelbar auch zu einer entsprechenden Anpassung der Pensionen. Dementsprechend ist also nicht nur die sofortige Rückkehr zur Bruttolohnbezogenheit der Renten zu fordern, sondern auch, daß die allgemeine Bemessungsgrundlage direkt den Durchschnittslöhnen und -gehältern entspricht.

2. Die Zahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre wirkt direkt auf die Berechnung der Renten. Vor allem bei wenigen Einzahlungsjahren wirkt sich dieser Faktor stark aus; die Rente steigt entsprechend den anrechnungsfähigen Jahren von 0 bis 100% linear. Für jeden, der nicht 50 Jahre voll gearbeitet und eingezahlt hat, resultiert daraus eine direkte Senkung der Rente. Auch dies ist bei den Versorgungsbezügen der Beamten anders (vergleiche Schaubild 3). Dort beträgt die Pension im Höchstfall 75% der ehemaligen Bezüge des Beamten, aber bereits nach 5
im Höchstfall 75% der ehemaligen Bezüge des Beamten, aber bereits nach 5
Dienstjahren erhält man einen Mindestbetrag von 35%. Zudem wirkt die Zahl der Dienstjahre nicht linear auf die Höhe der Pension, sondern zunächst überproportional, und ab dem 35. Dienstjahr gleichbleibend, d.h. zu diesem Zeitpunkt erreicht man bereits den höchsten Prozentsatz, in dem die Pension zum Gehalt steht. Daß die Versorgungsempfänger in ihren Haushaltseinkommen zumeist deutlich besser liegen als die Rentnerhaushalte (Schaubild 2), hängt also nicht nur mit den durchschnittlich höheren Gehältern der Beamten zusammen, sondern wesentlich auch mit der Berechnungsweise der Pensionen. Sie beinhaltet für die Pensionen bereits eine Mindestabsicherung.

3. Folgende Regelungen sollten aus den Pensionsberechnungen für die Beamten auf die Rentenversicherung übertragen werden:

– Es muß bereits nach 5 Versicherungsjahren ein Mindestbetrag der individuell erreichbaren Höchstrente gewährleistet werden.

– Und es muß eine Form gefunden werden, wie die unterschiedliche Anzahl von Versicherungsjahren weniger spalterisch auf die Verteilung der Renten wirkt.

4. Wir fordern, daß die Rente nicht weniger als 75% des ehemaligen Lohns (netto) beträgt. Dies kann durch eine Regelung entprechend der Beamtenversorgung erreicht werden. Wenn man die Berechnung der anzurechnenden Versicherungsjahre gestaltet, wie als dicke Linie in Schaubild 3 eingezeichnet, dann ergibt sich: Nach 5 Jahren werden mindestens 75% des Lohns als Rente erreicht, der Prozentsatz steigt dann gleichmäßig mit jedem weiteren Versicherungsjahr an, bis man schließlich bei 50 Versicherungsjahren 100% des ehemaligen Nettolohns erreicht. 50 Versicherungsjahre hat kaum einer. Diese Forderung kann im Zusammenhang mit der DGB-Forderung gesehen werden. Der DGB fordert: ,,... nach einem erfüllten Arbeitsleben (muß) die Aufrechterhaltung des bisherigen erreichten Lebensstandards ermöglicht werden. Dies erfordert ein Alterseinkommen, das nicht unterhalb von 90% des Nettoeinkommens eines vergleichbaren Erwerbstätigen liegt" (Sozialpolitisches Programm des DGB),

Es ist aber erforderlich, die DGB-Forderung in Hinblick auf eine effektive Mindestregelung zu konkretisieren, weil ein ,,erfülltes Arbeitsleben" nicht mit 50 Jahren Lohnarbeit gleichbedeutend ist. Entsprechend den Verhältnissen in der Beamtenversorgung: nach mindestens 5 Jahren.

5. In bezug auf die Rentenformel läßt sich die Forderung folgendermaßen präzisieren:

$$Rente = P \times D \times (0{,}5 + 0{,}004 \times J)$$

Dabei ist D die allgemeine Bemessungsgrundlage und P das Verhältnis.
Dabei ist D die allgemeine Bemessungsgrundlage und P das Verhältnis, in dem der persönliche Lohn zum allgemeinen Durchschnittslohn steht. Die Versicherungsjahre J wirken sich so aus, daß bereits nach 5 Jahen 52% der persönlichen Bemessungsgrundlage (P mal D) erreicht werden. Das sind etwa 75% des entsprechenden Nettolohns. Ist J = 50 Jahre, dann stünde die Rente bei 70% der persönlichen Bemessungsgrundlage, was ungefähr 100% des persönlichen Nettolohns sind.

6. Die Durchsetzung einer Forderung, daß die Rente mindestens 75% des Nettolohns beträgt, würde ein erster Fortschritt gegen die niedrigen Renten sein. Die Rente ist die Sicherung der Reproduktion der Lohnabhängigen im Alter, nachdem der Kapitalist die Arbeitskraft verbraucht hat. Wenn man davon ausgeht, müssen die erforderlichen Versicherungsbeiträge durch die Kapitalisten gezahlt werden. Die Durchsetzung der Forderung nach einer Rente in Höhe von mindestens 75% des bisherigen Nettolohns für jeden Rentenversicherten würde etwa 10 bis 12 Milliarden DM pro Jahr kosten. Die Gelder ließen sich dadurch aufbringen, daß die Beitragszahlungen der Kapitalisten zur Rentenversicherung um 2 Prozentpunkte von 9 auf 11% der Bruttolohn- und Gehaltssumme erhöht würden. Zahlen müssen die Kapitalisten, denn sie verschleißen die Arbeitskraft.

7. Die beschriebene Forderung ist nur eine relative Schranke gegen die niedrige Rente, denn der persönliche Lohn wird zur Grundlage der Berechnung gemacht. Es wird dadurch noch keine absolute Schranke festgelegt, unter der keine Rente liegen darf. Eine solche absolute Schranke muß in ihrer Höhe noch näher bestimmt werden. Notwendig ist sie deshalb, weil bei geringem Verdienst die Rente niedrig ist, so daß 75% vom Nettolohn auch äußerst wenig sein können. Hier muß im weiteren die Mindestrentenregelung des Beamtenversorgungsgesetzes geprüft werden, das eine Mindestpension in Höhe von 65% der Besoldungsgruppe A3 (heute etwa 1160 DM) festlegt.



Block der Beschäftigten von DIAG/Fritz-Werner-Werk auf der DGB-Demonstration am 1. Mai 1980 in Westberlin.

Betriebsführung von Fritz Werner erpreßt immer wieder Überstunden

r.kla. Das Fritz-Werner-Werk ist nach dem Verkauf von Ludwig Loewe der einzige Maschinenbaubetrieb in Westberlin, der noch zur DIAG gehört. 1000 Beschäftigte arbeiten derzeit noch bei Fritz Werner. Damit dieser Betrieb erhalten bleibe, hat die Betriebsführung die Belegschaft im April dieses Jahres zu „verstärktem Einsatz" (Betriebsführer Schulz) aufgefordert – und beim Gewerbeaufsichtsamt für die Arbeiter in der Montage vom 23. April bis zum 30. Juni jeweils täglich zwei Überstunden und samstags sechs, in einigen Abteilungen auch Sonntagsarbeit, angemeldet. Die Begründung: Der Aufsichtsrat habe unter Federführung von Dr. Hanns Arnt Vogels, persönlich haftender Gesellschafter der Friedrich Flick KG, beschlossen, daß die Halbjahresbilanz für das Fritz-Werner-Werk ausgeglichen sein müsse. Bei größeren Verlusten könne der Aufsichtsrat nicht für die Weiterexistenz von Fritz Werner garantieren.

garantieren.

Mit dieser Politik setzten die DIAG-Kapitalisten eine Tradition fort, die sie in den letzten Jahren bei Fritz Werner schon häufig geübt haben: Mit dem Argument der Erreichung eines bestimmten Umsatzziels zum Halbjahr oder Jahresende wird die Belegschaft zu ungeheurer Mehrarbeit genötigt. Und danach wird wieder „Personalabbau" gefordert, weil der Betrieb noch „wirtschaftlicher" gemacht werden müsse, um „das Vertrauen der Kapitalgeber wieder zu gewinnen". (Betriebsführer Schulz auf der Betriebsversammlung am 25.3. bei Fritz Werner). Versucht wird, diese Überstunden jeweils mit dem Damoklesschwert der drohenden Schließung von Fritz Werner zu erpressen.

Vollständig durchsetzen konnten sich die DIAG-Kapitalisten diesmal freilich nicht mit ihrer Forderung nach maßloser Ausdehnung des Arbeitstages. Vorausgegangen war dem bereits eine Auseinandersetzung zwischen Betriebsführung und Betriebsrat über die Einstellung von Leiharbeitern. Die Betriebsführung hat die Einstellung von Leiharbeitskräften gefordert, um das geplante Umsatzziel zu erreichen. Der Betriebsrat hatte dies abgelehnt angesichts der Entlassung bei Fritz Werner im vorangegangenen Jahr. Stützen konnte sich der Betriebsrat bei seiner Entscheidung auf den erklärten Willen der Belegschaft gegen die Einstellung von Leiharbeitern, wie auch auf die Forderung des DGB nach Verbot der Leiharbeit.

Als Reaktion darauf beantragte die Betriebsführung diese immense Zahl an Überstunden. Aber auch hier fand Betriebsführer Schulz nicht die Unterstützung des Betriebsrates. Der Betriebsrat erklärte, daß er nur Überstunden zustimmen werde, die von den Arbeitern freiwillig gemacht werden würden. Immerhin ist es der Betriebsführung aber gelungen, die wöchentliche Arbeitszeit für die Arbeiter in der Montage in den letzten drei Monaten auf durchschnittlich 48 Stunden auszudehnen.

Aber auch diese beträchtliche Zahl an Überstunden konnte die Betriebsführung weniger mit der erpresserischen Drohung der Schließung von Fritz Werner durchsetzen. Die Abteilungsleiter, die die Arbeiter zu der Überstundenarbeit auf Weisung

lungsleiter, die die Arbeiter zu der Überstundenarbeit auf Weisung

von Betriebsführer Schulz mit diesem Argument auffordern, wurden mehr oder weniger belächelt. Zu tief sitzt die Erkenntnis, daß die Alternative ungeheure Verausgabung der Arbeitskraft oder Entlassung für die Belegschaft keine Alternative ist. Stützen konnten sich die Abteilungsleiter bei der Durchsetzung der Überstunden vielmehr auf die Tatsache, daß die Entlohnung für die Überstundenarbeit zu einem notwendigen Lohnbestandteil geworden ist für den überwiegenden Teil der Arbeiter. Dies umso mehr, als der Urlaub vor der Tür steht. Eine Untersuchung bei 30 Arbeitern in der Montage für das Jahr 1979 ergab, daß bei einem durchschnittlichen Effektivlohn von 2428 DM davon 123 DM auf die Entlohnung für Überstunden entfielen. Das sind 5,1%. Zusätzlich hatten der diesjährige Tarifabschluß und die Tatsache, daß die 6,8% bei Fritz Werner nur auf den Tariflohn gezahlt wurden, der Betriebsführung Mittel in die Hand gegeben, außertarifliche Zulagen zu zahlen. Sie wurden offen entsprechend der „Einsatzbereitschaft der Mitarbeiter" bei den Überstunden verteilt. Es gibt Überlegungen im Vertrauensleutekörper, um dem in Zukunft einen Riegel vorzuschieben, per Betriebsvereinbarung zu erreichen, den jeweiligen Tarifabschluß auf den Effektivlohn umzuwälzen.

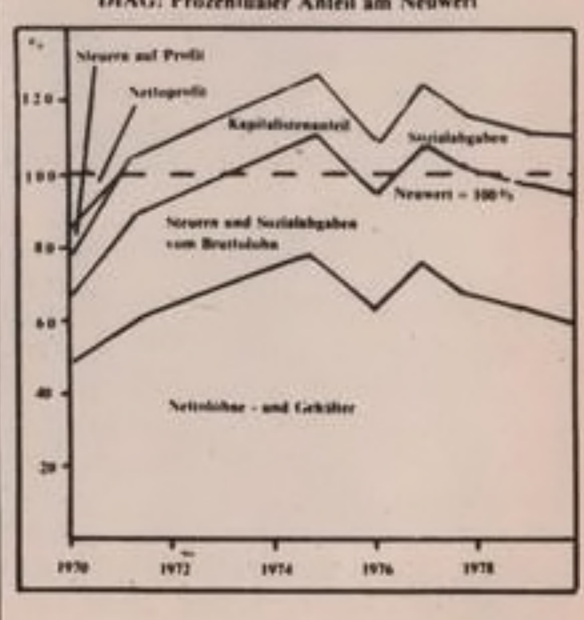
Staatsbetrieb DIAG

r.isr. Die Deutsche Industrieanlagen GmbH (DIAG) wurde 1966, dem Jahr der ersten großen ökonomischen Krise in der BRD und Westberlin, gegründet durch Fusion von sieben Westberliner Unternehmen: Borsig AG, Berliner Maschinenbau AG (vormals Schwarzkopff), Alkett Maschinenbau GmbH, Ludwig Loewe & Co. AG, Typograph GmbH, Hartung-Jachmann GmbH, Fritz-Werner-Verwaltungs-GmbH. Sechs dieser sieben Unternehmen produzierten seit Jahren Verluste in Millionenhöhe. Der Bund erwarb 90% des Konzernkapitals mit Mitteln aus dem Sondervermögen des Europäischen Wiederaufnahmeprogramms (ERP). Mit 80 Mio. DM Stammkapital, 12600 Beschäftigten und rund 400 Mio. DM Umsatz war die DIAG das siebtgrößte Unternehmen der Maschinenbau-Branche, die ihr diktierte Aufgabe: Konzentration des westdeutschen Maschinenbaus und Forcierung des Kapitalexports insbesondere in Länder der Dritten Welt.

Die DIAG ist in ihrer knapp 15jährigen Firmengeschichte ein Sanierungsprojekt geblieben, in das zur Deckung der alljährlich produzierten Verluste Millionen an Steuergeldern geflossen ist: zum Beispiel wurden 1973 40 Mio. DM Verlust ausgewiesen, 1975 176 Mio. DM, 1976 67 Mio. DM, 1978 wurden die aufgelaufenen Verluste auf 400 bis 500 Mio. DM beziffert. Die Sanierung der DIAG war geplant über eine Reduzierung der Belegschaft bei gleichzeitiger Einengung der Produktenpalette, über Rationalisierung in bestimmten Maschinenbaubetrieben bis 1978 über immer neue Versuche der Forcierung des industriellen Anlagengeschäfts in Länder der Dritten Welt, über Schließung und Reprivatisierung bestimmter Betriebsteile. Von den zur Zeit der Gründung des Konzerns 12600 Arbeitsplätzen in Westberlin sind heute noch nicht einmal mehr 2000 geblieben aufgrund von Massenentlassungen, Schließung von Betriebsteilen wie BMAG/Schwarzkopff, weitgehender Stillegung von Betriebsteilen wie Ludwig Loewe (inzwischen verkauft) und in den letzten beiden Jahren dem Industriellen Anlagengeschäft (IAG), sowie Reprivatisierung von Betrieben wie Borsig und Stock. Borsig wurde vier Jahre nach der DIAG-Gründung an den Maschinenbaukonzern Babcock & Wilcox verkauft, die DIAG verpflichtete sich noch für knapp drei Jahre zur Übernahme sämtlicher bei Borsig anfallenden Verluste; bereits 1971 hat Babcock von den 40 Mio. DM Ankaufspreis von der DIAG rund 26 Mio. DM zurückerhalten. Rationalisierungsmaßnahmen konzentrierten sich auf den Maschinenbaubetrieb Fritz Werner, wo über Kürzung der Akkordvorgabezeiten, verstärktem Einsatz NC-gesteuerter Werkzeugmaschinen, Einführung eines Fertigungs-Leitstandes und eines vollautomatischen Zentrallagers sowie der jetzt geplanten Einführung eines Prämienlohnsystems und der Ausweitung der Schichtarbeit eine nachdrückliche Steigerung des Pro-Kopf-Umsatzes erreicht werden soll.

Während noch im September 1977 nach der Hannoveraner Werkzeugmaschinenmesse verbreitet wird, das „Licht am Ende des Tunnels" sei sichtbar aufgrund eines hohen Auftragseingangs, wird zwei Monate später die Geschäftsführung ausgewechselt wegen „gigantischer Verluste", „Mißwirtschaft" und „schlechter Unternehmensleitung". Mit Hanns Arnt Vogels trat Ende 1977 die vorläufig letzte Geschäftsführung an, den DIAG-Konzern noch zu einem profitablen Unternehmen zu machen. Das industrielle Anlagengeschäft wurde weitgehend eingestellt aufgrund seines nicht ausreichend erkennbaren Risikos, gesetzt wird hauptsächlich auf Produktivitätssteigerung im Werkzeugmaschinenbereich. DIAG-Betriebsräte und -Vertrauensleute zogen nach jahrelangen Bemühungen, den Entlassungen entgegenzutreten, auf einer Funktionärsversammlung der IG Metall das bittere Resümee, „daß gerade beim Bundesunternehmen DIAG vorexerziert wird, wie Steuermittel ausschließlich dafür verwendet werden, Industriearbeitsplätze abzubauen."

DIAG: Prozentualer Anteil am Neuwert



DIAG – „Türöffner für die deutsche Wirtschaft"

r.kla. Die DIAG wurde 1966 gegründet durch Zusammenfassung mehrerer westdeutscher und Westberliner Maschinenbaubetriebe. Auf dieser Grundlage des Konzerns wurde das industrielle Anlagengeschäft entwickelt. Die Lieferung von kompletten Industrieanlagen ins Ausland war ein wesentlicher Gesichtspunkt, der die Bundesregierung zur Gründung der DIAG bewog. Die Bourgeoisie versprach sich davon die Überwindung der Krise 1966/67 für den westdeutschen Werkzeugmaschinenbau durch den Export. Der damalige Wirtschaftssenator König, der als Vertreter des Westberliner Senats im Aufsichtsrat der DIAG saß, formulierte das so: „Nur durch die Zusammenfassung unserer traditionsreichen Maschinenbaubetriebe erhält die deutsche Werkzeugmaschinenindustrie die geballte Kraft, um ins Ausland verstärkt vorstoßen zu können."

Den Export von Industrieanlagen konzentrierte die DIAG vor allem auf die Länder der Dritten Welt. Außerdem bekam im Zuge der „neuen Ostpolitik" der Bourgeoisie der Export von Industrieanlagen in den RGW zunehmende Bedeutung.

In der Dritten Welt konzentrierte der DIAG-Konzern seine Aktivitäten im Anlagengeschäft zu 45 bis 50% im Iran, zu 30% in Algerien. Die restlichen 20% verteilen sich auf Kolumbien, Burma, Indien, Indonesien, Nigeria, Zentralafrikanische Republik, Guinea und Thailand. Dieses Engagement kommentierte Ladewig, Sprecher der DIAG-Betriebsführung, im Jahre 1976: „Im Anlagengeschäft hat die DIAG kein politisches Mandat als Entwicklungshelfer auf dem Weltmarkt, aber sie sieht es mit als ihre Aufgabe an, hier echte Entwicklungshilfe zu leisten. Und zum anderen sehen wir uns als Promotor für die deutsche Wirtschaft, weil ein Großauftrag im Anlagengeschäft ja immer mindestens 350 Firmen beschäftigt. Wir sind sozusagen Türöffner für die deutsche Wirtschaft. Wenn wir als Deutsche auftreten, wollen wir auch als Deutsche profitieren." (Handelsblatt, 17.1.1976). Unter diesem Gesichtspunkt sind auch die Verluste zu betrachten, die die DIAG teilweise in ihrem Auslandsgeschäft gemacht hat. Es sind Verluste, die von den Massen aus Steuergeldern gezahlt werden müssen, damit andere westdeutsche Kapitalisten mit Folgeaufträgen beträchtliche Profite machen können. So machte die DIAG nach offiziellen Angaben in Thailand mit der Errichtung einer Schiffswerft eine knappe Million Verlust – Siemens und AEG erzielten aber 1977 bei dem gleichen Geschäft mit der Errichtung der elektrischen Anlagen und der Lieferung von Motoren ein „erfreuliches Gewinnergebnis". (Handelsblatt 47/77).

Freilich lief es nicht immer so nach den „Gewinnerwartungen" der westdeutschen Kapitalisten in der Dritten Welt. Die algerische Regierung setzte in den Verträgen mit der DIAG durch, daß erst bezahlt wird, wenn die Fabriken vollständig laufen und von algerischen Arbeitern auch betrieben werden können. Das Ergebnis: Das algerische Volk hat erreicht, daß die Industrieanlagen ihnen auch etwas nützen – die DIAG aber streichte 100 Mill. Verlust ein. Ein weiterer Schlag ins Gesicht der DIAG-Kapitalisten ist die „Krise im Iran". Nach dem Sturz des Schahs beschloß die iranische Regierung, Aufträge für 700 Millionen DM an die DIAG für die Lieferung von Maschinen für Rüstungswerke zurückzuziehen. Aufsichtsratsvorsitzender Vogels klagte dazu im Spiegel 1979, daß „300 Millionen Mark fest eingeplante Gewinne ausfallen."

Daten zur DIAG (1979):

Beschäftigte **4100**
Umsatz .... **1,3 Mrd. DM**

Gegenstand des Konzerns: Planung, Lieferung und Errichtung von Industrieanlagen sowie Herstellung und Vertrieb von Maschinen, Werkzeugen und Zulieferteilen aller Art.

Stammkapital 150000 Mio. DM, davon: 95,1% Berliner Industriebank AG, 3,7% Berliner Handels- und Frankfurter Bank, 1,2% Berliner Bank AG. Aufsichtsratsvorsitzender: Dr. Vogels, Hanns Arnt, persönlich haftender Gesellschafter der Friedrich Flick KG.

Deutsche Industrieanlagen GmbH
Westberlin
K: 150 Mio. DM B: 4100

Werkzeugmaschinenbau
- Fritz Werner, Westberlin, K: 35, B: 1000
- Gebr. Honsberg, Remscheid, B: 400
- Hermann Kolb, Köln, B: 500

Industrieanlagen
- Industr. Anlagenp., Westberlin, B: 100
- Fritz Werner Industrieausr., Geisenheim, K: 62 B: 2100

Aufsichtsratsmitglieder u.a.: Dr. Vogels, Persönlich haftender Gesellschafter der Friedrich Flick KG; Elfe, Mitglied des Vorstandes der Deutscher Eisenhandel AG; Dr. Fricke, Ministerialdirigent im Bundesministerium der Wirtschaft; Dr. Krämer, Vorsitzender des Vorstandes der STEAG AG; Lüder, Bürgermeister von Westberlin; Dr. Nebelung, Mitglied des Vorstandes der Berliner Bank AG; Dr. Spur, Universitätsprofessor TU Westberlin. Vorstandsvorsitzender: Heinz Boldt

B: Beschäftigte
K: nom. Gesellschaftskapital

Auslandsprojekte der DIAG

- USA: Ziegelei
- DDR: Rohrschweißanlage
- UdSSR: LKW-Werk
- Algerien: 7 Industrieanlagen, darunter Gießerei
- Iran: Rüstungswerke
- Burma: 9 Industrieanlagen darunter Motorenfabrik
- Libyen: Röhrenwerk
- Thailand: Schiffswerft
- Kolumbien: Maschinenfabrik
- Guinea: Kleiderfabrik
- Sudan: Reißverschlußfabrik
- Indonesien: Schwimmdock
- Zentralafrikan. Rep.: Zementfabrik
- Nigeria: 2 Industrieanlagen, darunter Zementfabrik